

Akten zur Auswärtigen Politik
der Bundesrepublik Deutschland

1983

Akten zur Auswärtigen Politik der Bundesrepublik Deutschland

Herausgegeben im Auftrag des Auswärtigen Amts
vom Institut für Zeitgeschichte

Haupterausgeber
Horst Möller

Mitherausgeber
Gregor Schöllgen und Andreas Wirsching

Oldenbourg Verlag München 2014

Akten zur Auswärtigen Politik der Bundesrepublik Deutschland 1983

Band I: 1. Januar bis 30. Juni 1983

Wissenschaftliche Leiterin
Ilse Dorothee Pautsch

Bearbeiter
Tim Geiger, Matthias Peter
und Mechthild Lindemann

Oldenbourg Verlag München 2014

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

Library of Congress Cataloging-in-Publication Data

A CIP catalog record for this book has been applied for at the Library of Congress

Dieses Werk ist urheberrechtlich geschützt. Die dadurch begründeten Rechte, insbesondere die der Übersetzung, des Nachdrucks, des Vortrags, der Entnahme von Abbildungen und Tabellen, der Funksendung, der Mikroverfilmung oder der Vervielfältigung auf anderen Wegen und der Speicherung in Datenverarbeitungsanlagen, bleiben, auch bei nur auszugsweiser Verwertung, vorbehalten. Eine Vervielfältigung dieses Werkes oder von Teilen dieses Werkes ist auch im Einzelfall nur in den Grenzen der gesetzlichen Bestimmungen des Urheberrechtsgesetzes in der jeweils geltenden Fassung zulässig. Sie ist grundsätzlich vergütungspflichtig. Zuwiderhandlungen unterliegen den Strafbestimmungen des Urheberrechts.

© 2014 Oldenbourg Wissenschaftsverlag GmbH
Rosenheimer Straße 143, 81671 München/Deutschland
www.degruyter.com/oldenbourg
Ein Unternehmen von De Gruyter

Gedruckt in Deutschland

Dieses Papier ist alterungsbeständig nach DIN/ISO 9706.

ISBN 978-3-486-74707-2
eISBN 978-3-486-74850-5

Inhalt

Vorwort	VII
Vorbemerkungen zur Edition	VIII
Verzeichnisse	XV
Dokumentenverzeichnis	XVII
Literaturverzeichnis	LXXXII
Abkürzungsverzeichnis	XCII
Dokumente	1
Band I (Dokumente 1–194)	3
Band II (Dokumente 195–397)	1007
Register	1967
Personenregister	1967
Sachregister	2043
Anhang: Organisationsplan des Auswärtigen Amts vom Juni 1983	

Vorwort

Mit den Jahresbänden 1983 wird zum einundzwanzigsten Mal eine Sammlung von Dokumenten aus dem Politischen Archiv des Auswärtigen Amts unmittelbar nach Ablauf der 30jährigen Aktensperrfrist veröffentlicht.

Das Erscheinen der vorliegenden Bände gibt Anlaß, allen an dem Werk Beteiligten zu danken. So gilt mein verbindlichster Dank dem Auswärtigen Amt, vor allem dem Politischen Archiv. Gleichermaßen zu danken ist dem Bundeskanzleramt für die Erlaubnis, unverzichtbare Gesprächsaufzeichnungen in die Edition aufnehmen zu können. Herrn Bundeskanzler a.D. Dr. Helmut Kohl danke ich für die Genehmigung zum Abdruck wichtiger und die amtliche Überlieferung ergänzender Schriftstücke. Zudem bin ich Herrn Professor Dr. h.c. Horst Teltschik für wertvolle Hinweise zu Dank verpflichtet.

Großer Dank gebührt ferner den Kollegen im Herausgebergremium, die sich ihrer viel Zeit in Anspruch nehmenden Aufgabe mit bewährter Kompetenz gewidmet haben. Gedankt sei auch dem präzise arbeitenden Verlag R. Oldenbourg sowie den in der Münchener Zentrale des Instituts Beteiligten, insbesondere der Verwaltungsleiterin Frau Ingrid Morgen.

Das Hauptverdienst am Gelingen der zwei Bände haben die Bearbeiter, Herr Dr. Tim Geiger, Herr Dr. Matthias Peter und Frau Dr. Mechthild Lindemann, zusammen mit der Wissenschaftlichen Leiterin, Frau Dr. Ilse Dorothee Pautsch. Ihnen sei für die erbrachte Leistung nachdrücklichst gedankt.

Wesentlich zur Fertigstellung der Edition beigetragen haben überdies: Herr Dr. Tim Szatkowski durch Mitarbeit bei der Kommentierung, Herr Dr. Christoph Franzen durch das Erstellen des Personenregisters, Herr Dr. Wolfgang Hölscher und Frau Britta Durstewitz durch die Herstellung des Satzes, Frau Jutta Bernlöhr, Frau Gabriele Tschacher und Frau Brigitte Hoffmann durch Schreibarbeiten sowie Herr Christian Bartlau, Frau Anina Falasca und Frau Janina Priebe.

Berlin, den 1. November 2013

Horst Möller

Vorbemerkungen zur Edition

Die „Akten zur Auswärtigen Politik der Bundesrepublik Deutschland 1983“ (Kurztitel: AAPD 1983) umfassen zwei Bände, die durchgängig paginiert sind. Den abgedruckten Dokumenten gehen im Band I neben Vorwort und Vorbemerkungen ein Dokumentenverzeichnis, ein Literaturverzeichnis sowie ein Abkürzungsverzeichnis voran. Am Ende von Band II finden sich ein Personen- und ein Sachregister sowie ein Organisationsplan des Auswärtigen Amts vom Juni 1983.

Dokumentenauswahl

Grundlage für die Fondsedition der „Akten zur Auswärtigen Politik der Bundesrepublik Deutschland 1983“ sind die Bestände des Politischen Archivs des Auswärtigen Amts (PA/AA). Schriftstücke aus anderen Bundesministerien, die in die Akten des Auswärtigen Amts Eingang gefunden haben, wurden zur Kommentierung herangezogen. Verschlusssachen dieser Ressorts blieben unberücksichtigt. Dagegen haben die im Auswärtigen Amt vorhandenen Aufzeichnungen über Gespräche des Bundeskanzlers mit ausländischen Staatsmännern und Diplomaten weitgehend Aufnahme gefunden. Als notwendige Ergänzung dienten die im Bundeskanzleramt überlieferten Gesprächsaufzeichnungen. Um die amtliche Überlieferung zu vervollständigen, wurde zusätzlich die Sammlung Bundeskanzler a. D. Dr. Helmut Kohl, Ludwigshafen-Oggersheim, eingesehen.

Entsprechend ihrer Herkunft belegen die edierten Dokumente in erster Linie die außenpolitischen Aktivitäten des Bundesministers des Auswärtigen. Sie veranschaulichen aber auch die Außenpolitik des jeweiligen Bundeskanzlers. Die Rolle anderer Akteure, insbesondere im parlamentarischen und parteipolitischen Bereich, wird beispielhaft dokumentiert, sofern eine Wechselbeziehung zum Auswärtigen Amt gegeben war.

Die ausgewählten Dokumente sind nicht zuletzt deshalb für ein historisches Verständnis der Außenpolitik der Bundesrepublik Deutschland von Bedeutung, weil Schriftstücke veröffentlicht werden, die bisher der Forschung unzugänglich waren. Zum überwiegenden Teil unterlagen sie als Verschlusssachen (VS) der Geheimhaltung. Dank einer entsprechenden Ermächtigung wurden den Bearbeitern die VS-Bestände des PA/AA ohne Einschränkung zugänglich gemacht und Anträge auf Herabstufung und Offenlegung von Schriftstücken beim Auswärtigen Amt ermöglicht. Das Bundeskanzleramt war zuständig für die Deklassifizierung von Verschlusssachen aus den eigenen Beständen. Kopien der offengelegten Schriftstücke, deren Zahl diejenige der in den AAPD 1983 edierten Dokumente weit übersteigt, werden im PA/AA zugänglich gemacht (Bestand B 150).

Nur eine äußerst geringe Zahl der für die Edition vorgesehenen Aktenstücke wurde nicht zur Veröffentlichung freigegeben. Hierbei handelt es sich vor allem um Dokumente, in denen personenbezogene Vorgänge im Vordergrund stehen oder die auch heute noch sicherheitsrelevante Angaben enthalten. Von einer Deklassifizierung ausgenommen war Schriftgut ausländischer Herkunft bzw. aus

dem Bereich multilateraler oder internationaler Organisationen wie etwa der NATO. Unberücksichtigt blieb ebenfalls nachrichtendienstliches Material.

Dokumentenfolge

Die 397 edierten Dokumente sind in chronologischer Folge geordnet und mit laufenden Nummern versehen. Bei differierenden Datumsangaben auf einem Schriftstück, z.B. im Falle abweichender maschinenschriftlicher und handschriftlicher Datierung, ist in der Regel das früheste Datum maßgebend. Mehrere Dokumente mit demselben Datum sind, soweit möglich, nach der Uhrzeit eingeordnet. Erfolgt eine Datierung lediglich aufgrund sekundärer Hinweise (z.B. aus Begleitschreiben, beigefügten Vermerken usw.), wird dies in einer Anmerkung ausgewiesen. Bei Aufzeichnungen über Gespräche ist das Datum des dokumentierten Vorgangs ausschlaggebend, nicht der meist spätere Zeitpunkt der Niederschrift.

Dokumentenkopf

Jedes Dokument beginnt mit einem halbfett gedruckten Dokumentenkopf, in dem wesentliche formale Angaben zusammengefaßt werden. Auf Dokumentennummer und Dokumentenüberschrift folgen in kleinerer Drucktype ergänzende Angaben, so rechts außen das Datum. Links außen wird, sofern vorhanden, das Geschäftszeichen des edierten Schriftstücks einschließlich des Geheimhaltungsgrads (zum Zeitpunkt der Entstehung) wiedergegeben. Das Geschäftszeichen, das Rückschlüsse auf den Geschäftsgang zuläßt und die Ermittlung zugehörigen Aktenmaterials ermöglicht, besteht in der Regel aus der Kurzbezeichnung der ausfertigen Arbeitseinheit sowie aus weiteren Elementen wie dem inhaltlich definierten Aktenzeichen, der Tagebuchnummer einschließlich verkürzter Jahresangabe und gegebenenfalls dem Geheimhaltungsgrad. Dokumentennummer, verkürzte Überschrift und Datum finden sich auch im Kolumnentitel über dem Dokument.

Den Angaben im Dokumentenkopf läßt sich die Art des jeweiligen Dokuments entnehmen. Aufzeichnungen sind eine in der Edition besonders häufig vertretene Dokumentengruppe. Der Verfasser wird jeweils in der Überschrift benannt, auch dann, wenn er sich nur indirekt erschließen läßt. Letzteres wird durch Hinzufügen der Unterschrift in eckigen Klammern deutlich gemacht und in einer Anmerkung erläutert („Verfasser laut Begleitvermerk“ bzw. „Vermuteter Verfasser der nicht unterzeichneten Aufzeichnung“). Läßt sich der Urheber etwa durch den Briefkopf eindeutig feststellen, so entfällt dieser Hinweis. Ist ein Verfasser weder mittelbar noch unmittelbar nachweisbar, wird die ausfertigende Arbeitseinheit (Abteilung, Referat oder Delegation) angegeben.

Eine weitere Gruppe von Dokumenten bildet der Schriftverkehr zwischen der Zentrale in Bonn und den Auslandsvertretungen. Diese erhielten ihre Informationen und Weisungen in der Regel mittels Drahterlaß, der fernschriftlich oder per Funk übermittelt wurde. Auch bei dieser Dokumentengruppe wird in der Überschrift der Verfasser genannt, ein Empfänger dagegen nur, wenn der Drahterlaß an eine einzelne Auslandsvertretung bzw. deren Leiter gerichtet war. An-

derenfalls werden die Adressaten in einer Anmerkung aufgeführt. Bei Runderlassen an sehr viele oder an alle diplomatischen Vertretungen wird der Empfängerkreis nicht näher spezifiziert, um die Anmerkungen nicht zu überfrachten. Ebenso sind diejenigen Auslandsvertretungen nicht eigens aufgeführt, die nur nachrichtlich von einem Erlaß in Kenntnis gesetzt wurden. Ergänzend zum Geschäftszeichen wird im unteren Teil des Dokumentenkopfes links die Nummer des Drahterlasses sowie der Grad der Dringlichkeit („cito“, „citissime“ und „citissime nachts“) angegeben. Rechts davon befindet sich das Datum und – sofern zu ermitteln – die Uhrzeit der Aufgabe. Ein Ausstellungsdatum wird nur dann angegeben, wenn es vom Datum der Aufgabe abweicht.

Der Dokumentenkopf bei einem im Auswärtigen Amt eingehenden Drahtbericht ist in Analogie zum Drahterlaß gestaltet. Als Geschäftszeichen der VS-Drahtberichte dient die Angabe der Chiffrier- und Fernmeldestelle des Auswärtigen Amtes (Referat 114). Ferner wird außer Datum und Uhrzeit der Aufgabe auch der Zeitpunkt der Ankunft festgehalten, jeweils in Ortszeit.

In weniger dringenden Fällen verzichteten die Botschaften auf eine fernschriftliche Übermittlung und zogen die Form des mit Kurier übermittelten Schriftberichts vor. Beim Abdruck solcher Stücke werden im Dokumentenkopf neben der Überschrift mit Absender und Empfänger die Nummer des Schriftberichts und das Datum genannt. Gelegentlich bedienten sich Botschaften und Zentrale des sogenannten Privatdienstschreibens, mit dem außerhalb des offiziellen Geschäftsgangs zu einem Sachverhalt Stellung bezogen werden kann; darauf wird in einer Anmerkung aufmerksam gemacht.

Neben dem Schriftwechsel zwischen der Zentrale und den Auslandsvertretungen gibt es andere Schreiben, erkennbar jeweils an der Nennung von Absender und Empfänger. Zu dieser Gruppe zählen etwa Schreiben der Bundesregierung, vertreten durch den Bundeskanzler oder den Bundesminister des Auswärtigen, an ausländische Regierungen, desgleichen auch Korrespondenz des Auswärtigen Amtes mit anderen Ressorts oder mit Bundestagsabgeordneten.

Breiten Raum nehmen die Niederschriften über Gespräche ein. Sie werden als solche in der Überschrift gekennzeichnet und chronologisch nach dem Gesprächsdatum eingeordnet, während Verfasser und Datum der Niederschrift – sofern ermittelbar – in einer Anmerkung ausgewiesen sind.

Die wenigen Dokumente, die sich keiner der beschriebenen Gruppen zuordnen lassen, sind aufgrund individueller Überschriften zu identifizieren.

Die Überschrift bei allen Dokumenten enthält die notwendigen Angaben zum Ausstellungs-, Absende- oder Empfangsort bzw. zum Ort des Gesprächs. Erfolgt keine besondere Ortsangabe, ist stillschweigend Bonn zu ergänzen. Hält sich der Verfasser oder Absender eines Dokuments nicht an seinem Dienort auf, wird der Ortsangabe ein „z. Z.“ vorangesetzt.

Bei den edierten Schriftstücken handelt es sich in der Regel jeweils um die erste Ausfertigung oder – wie etwa bei den Drahtberichten – um eines von mehreren gleichrangig nebeneinander zirkulierenden Exemplaren. Statt einer Erstausfertigung mußten gelegentlich ein Durchdruck, eine Abschrift, eine Ablichtung oder ein vervielfältigtes Exemplar (Matrizenabzug) herangezogen werden. Ein entsprechender Hinweis findet sich in einer Anmerkung. In wenigen Fällen

sind Entwürfe abgedruckt und entsprechend in den Überschriften kenntlich gemacht.

Dokumententext

Unterhalb des Dokumentenkopfes folgt – in normaler Drucktype – der Text des jeweiligen Dokuments, einschließlich des Betreffs, der Anrede und der Unterschrift. Die Dokumente werden ungekürzt veröffentlicht. Sofern in Ausnahmefällen Auslassungen vorgenommen werden müssen, wird dies durch Auslassungszeichen in eckigen Klammern („[...]“) kenntlich gemacht und in einer Anmerkung erläutert. Bereits in der Vorlage vorgefundene Auslassungen werden durch einfache Auslassungszeichen („...“) wiedergegeben.

Offensichtliche Schreib- und Interpunktionsfehler werden stillschweigend korrigiert. Eigentümliche Schreibweisen bleiben nach Möglichkeit erhalten; im Bedarfsfall wird jedoch vereinheitlicht bzw. modernisiert. Dies trifft teilweise auch auf fremdsprachige Orts- und Personennamen zu, deren Schreibweise nach den im Auswärtigen Amt gebräuchlichen Regeln wiedergegeben wird.

Selten vorkommende und ungebräuchliche Abkürzungen werden in einer Anmerkung aufgelöst. Typische Abkürzungen von Institutionen, Parteien etc. werden allerdings übernommen. Hervorhebungen in der Textvorlage, also etwa maschinenschriftliche Unterstreichungen oder Sperrungen, werden nur in Ausnahmefällen wiedergegeben. Der Kursivdruck dient dazu, bei Gesprächsaufzeichnungen die Sprecher voneinander abzuheben. Im äußeren Aufbau (Absätze, Überschriften usw.) folgt das Druckbild nach Möglichkeit der Textvorlage.

Unterschriftenformeln werden vollständig wiedergegeben. Ein handschriftlicher Namenszug ist nicht besonders gekennzeichnet, eine Paraphe mit Unterschriftencharakter wird aufgelöst (mit Nachweis in einer Anmerkung). Findet sich auf einem Schriftstück der Name zusätzlich maschinenschriftlich vermerkt, bleibt dies unerwähnt. Ein maschinenschriftlicher Name, dem ein „gez.“ vorangestellt ist, wird entsprechend übernommen; fehlt in der Textvorlage der Zusatz „gez.“, wird er in eckigen Klammern ergänzt. Weicht das Datum der Paraphe vom Datum des Schriftstückes ab, wird dies in der Anmerkung ausgewiesen.

Unter dem Dokumententext wird die jeweilige Fundstelle des Schriftstückes in halbfetter Schrifttype nachgewiesen. Bei Dokumenten aus dem PA/AA wird auf die Angabe des Archivs verzichtet und nur der jeweilige Bestand mit Bandnummer genannt. Dokumente aus VS-Beständen sind mit der Angabe „VS-Bd.“ versehen. Bei Dokumenten anderer Herkunft werden Archiv und Bestandsbezeichnung angegeben. Liegt ausnahmsweise ein Schriftstück bereits veröffentlicht vor, so wird dies in einer gesonderten Anmerkung nach der Angabe der Fundstelle ausgewiesen.

Kommentierung

In Ergänzung zum Dokumentenkopf enthalten die Anmerkungen formale Hinweise und geben Auskunft über wesentliche Stationen im Geschäftsgang. Angaben technischer Art, wie Registraturvermerke oder standardisierte Vertei-

ler, werden nur bei besonderer Bedeutung erfaßt. Wesentlich ist dagegen die Frage, welche Beachtung das jeweils edierte Dokument gefunden hat. Dies läßt sich an den Paraphen maßgeblicher Akteure sowie an den – überwiegend handschriftlichen – Weisungen, Bemerkungen oder auch Reaktionen in Form von Frage- oder Ausrufungszeichen ablesen, die auf dem Schriftstück selbst oder auf Begleitschreiben und Begleitvermerken zu finden sind. Die diesbezüglichen Merkmale sowie damit in Verbindung stehende Hervorhebungen (Unterstreichungen oder Anstreichungen am Rand) werden in Anmerkungen nachgewiesen. Auf den Nachweis sonstiger An- oder Unterstreichungen wird verzichtet. Abkürzungen in handschriftlichen Passagen werden in eckigen Klammern aufgelöst, sofern sie nicht im Abkürzungsverzeichnis aufgeführt sind.

In den im engeren Sinn textkritischen Anmerkungen werden nachträgliche Korrekturen oder textliche Änderungen des Verfassers und einzelner Adressaten festgehalten, sofern ein Konzipient das Schriftstück entworfen hat. Unwesentliche Textverbesserungen sind hiervon ausgenommen. Ferner wird auf einen systematischen Vergleich der Dokumente mit Entwürfen ebenso verzichtet wie auf den Nachweis der in der Praxis üblichen Einarbeitung von Textpassagen in eine spätere Aufzeichnung oder einen Drahterlaß.

Die Kommentierung soll den historischen Zusammenhang der edierten Dokumente in ihrer zeitlichen und inhaltlichen Abfolge sichtbar machen, weiteres Aktenmaterial und anderweitiges Schriftgut nachweisen, das unmittelbar oder mittelbar angesprochen wird, sowie Ereignisse oder Sachverhalte näher erläutern, die dem heutigen Wissens- und Erfahrungshorizont ferner liegen und aus dem Textzusammenhang heraus nicht oder nicht hinlänglich zu verstehen sind.

Besonderer Wert wird bei der Kommentierung darauf gelegt, die Dokumente durch Bezugsstücke aus den Akten der verschiedenen Arbeitseinheiten des Auswärtigen Amts bis hin zur Leitungsebene zu erläutern. Zitate oder inhaltliche Wiedergaben sollen die Entscheidungsprozesse erhellen und zum Verständnis der Dokumente beitragen. Dadurch wird zugleich Vorarbeit geleistet für eine vertiefende Erschließung der Bestände des PA/AA. Um die Identifizierung von Drahtberichten bzw. -erlassen zu erleichtern, werden außer dem Verfasser und dem Datum die Drahtberichtsnummer und, wo immer möglich, die Drahterlaßnummer angegeben.

Findet in einem Dokument veröffentlichtes Schriftgut Erwähnung – etwa Abkommen, Gesetze, Reden oder Presseberichte –, so wird die Fundstelle nach Möglichkeit genauer spezifiziert. Systematische Hinweise auf archivalische oder veröffentlichte Quellen, insbesondere auf weitere Bestände des PA/AA, erfolgen nicht. Sekundärliteratur wird generell nicht in die Kommentierung aufgenommen.

Angaben wie Dienstbezeichnung, Dienststellung, Funktion, Dienstbehörde und Nationalität dienen der eindeutigen Identifizierung der in der Kommentierung vorkommenden Personen. Bei Bundesministern erfolgt ein Hinweis zum jeweiligen Ressort nur im Personenregister. Eine im Dokumententext lediglich mit ihrer Funktion genannte Person wird nach Möglichkeit in einer Anmerkung namentlich nachgewiesen. Davon ausgenommen sind der jeweilige Bundespräsident, Bundeskanzler und Bundesminister des Auswärtigen.

Die Bezeichnung einzelner Staaten wird so gewählt, daß Verwechslungen ausgeschlossen sind. Der in der Forschung üblichen Praxis folgend, wird in der Kommentierung, den Verzeichnissen sowie den Registern der Begriff DDR für die Deutsche Demokratische Republik verwendet. Das Adjektiv „deutsch“ findet nur bei gesamtdeutschen Belangen oder dann Verwendung, wenn eine eindeutige Zuordnung gegeben ist. Der westliche Teil von Berlin wird als Berlin (West), der östliche Teil der Stadt als Ost-Berlin bezeichnet.

Die zur Kommentierung herangezogenen Editionen, Geschichtskalender und Memoiren werden mit Kurztitel angeführt, die sich über ein entsprechendes Verzeichnis auflösen lassen. Häufig genannte Verträge oder Gesetzestexte werden nur bei der Erstnennung nachgewiesen und lassen sich über das Sachregister erschließen.

Wie bei der Wiedergabe der Dokumente finden auch in den Anmerkungen die im Auswärtigen Amt gebräuchlichen Regeln für die Transkription fremdsprachlicher Namen und Begriffe Anwendung. Bei Literaturangaben in russischer Sprache wird die im wissenschaftlichen Bereich übliche Transliteration durchgeführt.

Die Kommentierung enthält schließlich auch Hinweise auf im Internet veröffentlichte Dokumente. Dabei wurden nur solche Dokumente berücksichtigt, die in gedruckter Form nicht ermittelt werden konnten. Die benutzten Internetadressen waren zum Zeitpunkt der letzten Prüfung (3.12.2013) gültig. Ein Ausdruck von jedem über das Netz ermittelten und zitierten Dokument mit dem Datum des jeweiligen Zugriffs befindet sich in den Akten der Editionsgruppe.

Verzeichnisse

Das *Dokumentenverzeichnis* ist chronologisch angelegt. Es bietet zu jedem Dokument folgende Angaben: Die halbfett gedruckte Dokumentennummer, Datum und Überschrift, die Fundseite sowie eine inhaltliche Kurzübersicht.

Das *Literaturverzeichnis* enthält die zur Kommentierung herangezogenen Publikationen, die mit Kurztiteln oder Kurzformen versehen wurden. Diese sind alphabetisch geordnet und werden durch bibliographische Angaben aufgelöst.

Das *Abkürzungsverzeichnis* führt die im Dokumententeil vorkommenden Abkürzungen auf, insbesondere von Organisationen, Parteien und Dienstbezeichnungen sowie sonstige im diplomatischen Schriftverkehr übliche Abkürzungen. Abkürzungen von Firmen werden dagegen im Sachregister unter dem Schlagwort „Wirtschaftsunternehmen“ aufgelöst. Nicht aufgenommen werden geläufige Abkürzungen wie „z. B.“, „d. h.“, „m. E.“, „u. U.“ und „usw.“ sowie Abkürzungen, die im Dokumententext oder in einer Anmerkung erläutert sind.

Register und Organisationsplan

Im *Personenregister* werden in der Edition vorkommende Personen unter Nennung derjenigen politischen, dienstlichen oder beruflichen Funktionen aufgeführt, die im inhaltlichen Zusammenhang der Dokumente wesentlich sind. Das *Sachregister* ermöglicht einen thematisch differenzierten Zugriff auf die einzel-

nen Dokumente. Näheres ist den dem jeweiligen Register vorangestellten Hinweisen zur Benutzung zu entnehmen.

Der *Organisationsplan* vom Juni 1983 zeigt die Struktur des Auswärtigen Amts und informiert über die Namen der Leiter der jeweiligen Arbeitseinheiten.

Verzeichnisse

Dokumentenverzeichnis

- | | | |
|----------|---|-------|
| 1 | 03.01. Botschafter Meyer-Landrut, Moskau, an das
Auswärtige Amt | S. 3 |
| | Meyer-Landrut skizziert Hintergründe der Wahl von Jurij Andropow zum Generalsekretär des ZK der KPdSU am 12. November 1982 und beurteilt die Aussichten für eine Änderung der sowjetischen Politik. | |
| 2 | 04.01. Botschafter Wieck, Brüssel (NATO), an das Auswärtige
Amt | S. 9 |
| | Wieck analysiert die Lage der NATO und stellt Überlegungen an, wie das Bündnis angesichts unterschiedlicher Meinungen, beispielsweise zur strategischen Bedeutung des Ost-West-Handels und zur Rolle der Nuklearwaffen, die bevorstehenden Belastungen überstehen könnte. | |
| 3 | 05.01. Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem
japanischen Außenminister Abe | S. 15 |
| | Im Mittelpunkt stehen die Handelsbeziehungen zwischen den Europäischen Gemeinschaften und Japan, insbesondere der Abbau von Zöllen. Weitere Themen sind der amerikanische Vorschlag zu Konsultationen über die strategische Bedeutung des Ost-West-Handels sowie die INF-Verhandlungen in Genf. | |
| 4 | 07.01. Aufzeichnung des Ministerialdirektors Pfeffer | S. 24 |
| | Pfeffer resümiert den Stand der Bemühungen, den Zeitplan für die Stationierung von amerikanischen Mittelstreckensystemen in der Bundesrepublik, Großbritannien und Italien zu harmonisieren. | |
| 5 | 07.01. Gesandter Wallau, Washington, an das Auswärtige Amt | S. 27 |
| | Wallau berichtet von einem Gespräch des Kanzlerkandidaten der SPD, Vogel, mit Präsident Reagan über die INF-Verhandlungen. | |
| 6 | 10.01. Botschafter Ruth an die Botschaft in Washington | S. 29 |
| | Ruth übermittelt ein Schreiben des Bundesministers Genscher an den amerikanischen Außenminister Shultz über die Weiterentwicklung der westlichen Position bei den INF-Verhandlungen, insbesondere hinsichtlich der Möglichkeit einer Zwischenlösung. | |

- | | | |
|-----------|--|-------|
| 7 | 11.01. Aufzeichnung des Ministerialdirektors Pfeffer | S. 31 |
| | <p>Pfeffer äußert sich zu den Folgen eines möglichen belgischen und niederländischen Rückzugs aus der integrierten Luftverteidigung der NATO und spricht sich dafür aus, bei den Regierungen in Brüssel und Den Haag zu demarchieren.</p> | |
| 8 | 11.01. Aufzeichnung des Botschafters Ruth | S. 35 |
| | <p>Ruth resümiert seine Gespräche am 6./7. Januar in Washington über Möglichkeiten, die westliche Position zur Null-Lösung bei den INF-Verhandlungen unter Beibehaltung der im NATO-Doppelbeschluß festgelegten Kriterien zu flexibilisieren.</p> | |
| 9 | 13.01. Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem norwegischen Außenminister Stray | S. 38 |
| | <p>Die Gesprächspartner behandeln das Verhältnis Norwegens zur EPZ sowie aktuelle Entwicklungen in den Europäischen Gemeinschaften, insbesondere den Stand der Erweiterung, die Fischereipolitik und das geplante Einfuhrverbot für Jungrobbenfelle. Weitere Themen sind die bilateralen Wirtschaftsbeziehungen, die INF-Verhandlungen, die Frage einer kernwaffenfreien Zone in Nordeuropa, die KSZE-Folgekonferenz in Madrid, der Ost-West-Handel und die Beziehungen der Bundesrepublik zu den Warschauer-Pakt-Staaten.</p> | |
| 10 | 18.01. Gespräch des Bundeskanzlers Kohl mit dem sowjetischen Außenminister Gromyko | S. 51 |
| | <p>Im Mittelpunkt stehen die INF-Verhandlungen. Thematisiert werden ferner die Kontinuität der Ostpolitik der Bundesrepublik, die innerdeutschen Beziehungen, der Stand der Familienzusammenführung und die Situation des sowjetischen Atomphysikers Sacharow.</p> | |
| 11 | 19.01. Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem italienischen Außenminister Colombo | S. 61 |
| | <p>Genscher unterrichtet Colombo über die Gespräche mit dem sowjetischen Außenminister Gromyko. Weitere Themen sind der bevorstehende Besuch von Colombo in der DDR, die Haltung Italiens zum Kauf von Flugzeugen des Typs „Airbus“ sowie EG-Fragen.</p> | |
| 12 | 19.01. Runderlaß des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Steinkühler | S. 66 |
| | <p>Steinkühler informiert über den Besuch des Generalsekretärs der Arabischen Liga, Klibi. Im Mittelpunkt der Gespräche mit Bundesminister Genscher und Bundeskanzler Kohl waren die Situation im Libanon und Wege zur Beilegung des Nahost-Konflikts, vor allem der Beitrag der EG-Mitgliedstaaten zu einer Lösung während der Ratspräsidentschaft der Bundesrepublik.</p> | |

- | | | | |
|-----------|--------|--|-------|
| 13 | 20.01. | Gespräch des Bundeskanzlers Kohl mit
Ministerpräsident Mauroy | S. 71 |
| | | Die Gesprächspartner erörtern die Möglichkeit, bei der Bewältigung der aktuellen Wirtschafts- und Währungsprobleme die Politik beider Staaten enger abzustimmen und dafür persönliche Vertraute zu benennen. | |
| 14 | 21.01. | Botschafter Ruth, z. Z. Washington, an Bundesminister
Genscher | S. 73 |
| | | Ruth berichtet von einem Gespräch mit dem stellvertretenden Sicherheitsberater des amerikanischen Präsidenten, McFarlane, über eine flexiblere westliche Einstellung zur Null-Lösung bei den INF-Verhandlungen. | |
| 15 | 24.01. | Runderlaß des Vortragenden Legationsrats I. Klasse
Steinkühler | S. 76 |
| | | Steinkühler bilanziert den Besuch des sowjetischen Außenministers Gromyko. Beide Seiten legten ausführlich ihre Standpunkte zur Reduzierung nuklearer Mittelstreckensysteme in Europa dar und erörterten darüber hinaus bilaterale Themen, die KSZE und den Vorschlag des Warschauer Pakts zum Abschluß eines Gewaltverzichtsvertrags mit der NATO. | |
| 16 | 24.01. | Botschafter von Pachelbel-Gehag, Addis Abeba, an das
Auswärtige Amt | S. 82 |
| | | Pachelbel-Gehag informiert über den unveränderten Stand bei der von Äthiopien zugesagten Rückgabe der 1978 beschlagnahmten Gebäude der Deutschen Schule und berichtet von den Schwierigkeiten, Näheres über die Gründe der Verzögerung zu erfahren. | |
| 17 | 25.01. | Gespräch des Bundeskanzlers Kohl mit
Ministerpräsident Lubbers | S. 85 |
| | | Im Mittelpunkt stehen der Besuch des sowjetischen Außenministers Gromyko, die INF-Verhandlungen in Genf und die niederländische Haltung zur Stationierung amerikanischer Marschflugkörper. Weitere Themen sind Energiefragen sowie die EG-Ratspräsidentschaft der Bundesrepublik. | |
| 18 | 25.01. | Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem
amerikanischen Außenminister Shultz in Washington | S. 91 |
| | | Die Gesprächspartner behandeln den Besuch des sowjetischen Außenministers Gromyko in Bonn und die INF-Verhandlungen, insbesondere die neuen sowjetischen Vorschläge, die innenpolitische Diskussion in der Bundesrepublik und die Weiterentwicklung einer Null-Lösung. Weitere Themen sind die Rede des Staatspräsidenten Mitterrand im Bundestag und die Aussichten für ein Treffen zwischen Präsident Reagan und dem Generalsekretär des ZK der KPdSU, Andropow. | |

- | | | | |
|-----------|--------|---|--------|
| 19 | 25.01. | Runderlaß des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Steinkühler | S. 99 |
| | | Steinkühler zieht eine Bilanz der Feierlichkeiten in Bonn und Paris anläßlich des 20. Jahrestags der Unterzeichnung des deutsch-französischen Vertrags. | |
| 20 | 26.01. | Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem amerikanischen Verteidigungsminister Weinberger in Washington | S. 102 |
| | | Die Minister erörtern START und die INF-Verhandlungen sowie die Auswirkungen der neuen sowjetischen Vorschläge auf die öffentliche Meinung. Ein weiteres Thema sind die Mittelkürzungen des Kongresses für die gemeinsamen Programme zur Unterstützung der im Ernstfall in die Bundesrepublik zu verlegenden amerikanischen Truppen. | |
| 21 | 26.01. | Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Citron | S. 107 |
| | | Citron faßt ein Gespräch des SPD-Abgeordneten Bahr mit dem Leiter der amerikanischen INF-Delegation, Nitze, zusammen, in dessen Mittelpunkt der Zeitplan für die Stationierung amerikanischer Mittelstreckensysteme und die INF-Verhandlungen standen. | |
| 22 | 26.01. | Botschafter Wieck, Brüssel (NATO), an das Auswärtige Amt | S. 109 |
| | | Wieck resümiert den Bericht des Leiters der amerikanischen INF-Delegation, Nitze, im Ständigen NATO-Rat über seine persönliche Unterredung mit dem Leiter der sowjetischen INF-Delegation, Kwizinskij, am 16. Juli 1982 in der Nähe von Genf („Waldspaziergang“). | |
| 23 | 26.01. | Botschafter Ruth, z. Z. Washington, an das Auswärtige Amt | S. 112 |
| | | Ruth berichtet von einem Gespräch des Bundesministers Genscher mit Präsident Reagan. Themen waren der Stand der INF-Verhandlungen, die neuen sowjetischen Vorschläge hierzu, das Festhalten am Ziel einer Null-Lösung und die Frage einer neuen Initiative noch vor der Bundestagswahl am 6. März. | |
| 24 | 27.01. | Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse von Ploetz | S. 116 |
| | | Ploetz faßt ein Gespräch des Bundesministers Genscher mit den amerikanischen Senatoren Percy und Baker zusammen. Im Mittelpunkt standen die vom Kongreß beschlossenen Mittelkürzungen für die Verteidigungszusammenarbeit, die INF-Verhandlungen und die personellen Veränderungen in der amerikanischen Rüstungskontroll- und Abrüstungsbehörde. | |

- | | | |
|-----------|--|--------|
| 25 | 27.01. Runderlaß des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Steinkühler | S. 119 |
| | Steinkühler informiert über die EG-Ministerratstagung am 24./25. Januar. Hauptthemen waren der britische Beitrag zum EG-Haushalt, die Wahlen zum Europäischen Parlament 1984, die Verhandlungen über einen EG-Beitritt von Portugal und Spanien, die Handelsbeziehungen zu den USA, Japan, der Türkei, Spanien und Griechenland, das Austrittsbegehren von Grönland sowie Maßnahmen gegen die Krise in der Stahlindustrie. | |
| 26 | 27.01. Botschafter Hermes, Washington, an das Auswärtige Amt | S. 125 |
| | Hermes analysiert die Entwicklung der amerikanischen Nuklearstrategie, insbesondere hinsichtlich der Vereinbarkeit von Überlegungen, in einem längeren Atomkrieg bestehen zu können, mit der bestehenden Abschreckungsdoktrin. | |
| 27 | 31.01. Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem amerikanischen Vizepräsidenten Bush | S. 129 |
| | Genscher und Bush erörtern zunächst die Stellung Griechenlands und der Türkei im westlichen Bündnis und widmen sich dann den INF-Verhandlungen, vor allem den sowjetischen Abrüstungsvorschlägen und ihrer Wirkung auf die Öffentlichkeit, dem Mittelstreckensystem „Pershing II“ und einer möglichen Erweiterung der Null-Lösung. | |
| 28 | 31.01. Gespräch des Bundeskanzlers Kohl mit dem amerikanischen Vizepräsidenten Bush | S. 137 |
| | Themen sind die Bundestagswahlen am 6. März und die Weiterentwicklung der Null-Lösung bei den INF-Verhandlungen, insbesondere der Vorschlag von Bush, für jede zu stationierende Pershing II oder Cruise Missile zwei oder drei ältere nukleare Waffensysteme mit kürzerer Reichweite abzuziehen. | |
| 29 | 01.02. Botschafter Petersen, Teheran, an das Auswärtige Amt | S. 142 |
| | Petersen übermittelt ein Schreiben des iranischen Außenministers Velayati an Bundesminister Genscher zum Fall des in Düsseldorf verhafteten Regierungsbeauftragten Tabatabai. Ferner informiert er über Gespräche im iranischen Außenministerium über die rechtlichen Voraussetzungen für eine Bereinigung der Angelegenheit. | |
| 30 | 02.02. Gespräch des Bundesministers Genscher mit Präsident Husák in Prag | S. 146 |
| | Die Gesprächspartner erörtern das Ost-West-Verhältnis, die außenpolitische Kontinuität nach dem Regierungswechsel vom 1. Oktober 1982 in der Bundesrepublik und die bevorstehenden Bundestagswahlen. Weitere Themen sind die INF-Verhandlungen und die Aussichten für ein Treffen zwischen Präsident Rea- | |

31	02.02.	Aufzeichnung des Ministerialdirektors Pfeffer	S. 153
		Pfeffer legt dar, warum die Bundesrepublik kein Mitsprache- bzw. Vetorecht bei der Entscheidung über einen Einsatz der zu stationierenden Pershing II anstreben sollte.	
32	02.02.	Vortragender Legationsrat I. Klasse Edler von Braunmühl, z. Z. Prag, an das Auswärtige Amt	S. 158
		Braunmühl informiert über ein Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem tschechoslowakischen Außenminister Chňoupek. Besprochen wurden zunächst bilaterale Themen, darunter der Jugendaustausch, die Erteilung von Visa für Journalisten, die Berichterstattung der tschechoslowakischen Presse über die Bundesrepublik, die Zusammenarbeit beim Umweltschutz und die Situation von in der ČSSR inhaftierten Personen. Weitere Themen waren die INF-Verhandlungen sowie der Vorschlag des Warschauer Pakts über ein Gewaltverzichtsabkommen mit den NATO-Mitgliedstaaten und die Namibia-Initiative.	
33	03.02.	Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem Leiter der amerikanischen INF-Delegation, Nitze, in Genf	S. 168
		Im Zentrum stehen die INF-Verhandlungen, vor allem die sowjetische Forderung nach Einbeziehung von Drittstaatsensystemen und die Notwendigkeit, mit Blick auf die Öffentlichkeit eine amerikanische Initiative für eine Zwischenlösung zu starten.	
34	03.02.	Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem Leiter der sowjetischen INF-Delegation, Kwizinskij, in Genf	S. 174
		Genscher und Kwizinskij erörtern die Entstehung des NATO-Doppelbeschlusses und die sowjetische Forderung nach Berücksichtigung der britischen und französischen Nuklearsysteme bei den INF-Verhandlungen. Des weiteren behandeln sie die Frage einer Verlegung oder Verschrottung sowjetischer Mittelstreckensysteme und die Möglichkeit einer erweiterten Null-Lösung.	
35	03.02.	Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Citron	S. 180
		Im Zusammenhang mit den INF-Verhandlungen weist Citron auf noch offene Fragen hin, darunter die Berücksichtigung der Drittstaatsensysteme und die Zählkriterien sowie die Einbeziehung der Flugzeuge, die Nuklearsysteme kürzerer Reichweite, die Verifizierung und das Verhältnis zu START.	

-
- | | | | |
|-----------|--------|--|--------|
| 36 | 03.02. | Botschafter Wieck, Brüssel (NATO), an das Auswärtige Amt | S. 184 |
| | | Wieck resümiert die Sitzung des Ständigen NATO-Rats mit dem amerikanischen Vizepräsidenten Bush zu Stand und Ausichten der Rüstungskontroll- und Abrüstungsverhandlungen mit der UdSSR sowie zur Informationspolitik gegenüber der Öffentlichkeit. | |
| 37 | 04.02. | Gespräch des Bundeskanzlers Kohl mit Premierministerin Thatcher in Chequers | S. 189 |
| | | Themen sind die INF-Verhandlungen und die Machtposition der UdSSR in den internationalen Beziehungen. Erörtert werden ferner die EG-Fischereipolitik, die Festlegung der Agrarpreise in den Europäischen Gemeinschaften und die Finanzierung des EG-Haushalts. | |
| 38 | 04.02. | Runderlaß des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Steinkühler | S. 193 |
| | | Steinkühler gibt einen Überblick über den Besuch des türkischen Außenministers Tümkmen. Themen der Gespräche mit Bundesminister Genscher waren der Stand der Assoziierung mit den Europäischen Gemeinschaften, das griechisch-türkische Verhältnis, die Ost-West-Beziehungen und die Klage gegen die Türkei vor der Europäischen Kommission für Menschenrechte. Des weiteren wurden die Frage der Wehrdienstleistung von deutsch-türkischen Doppelstaatlern und die Situation türkischer Arbeitnehmer in der Bundesrepublik behandelt. | |
| 39 | 07.02. | Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem israelischen Außenminister Shamir | S. 199 |
| | | Genscher und Shamir erörtern den Stand der Verhandlungen über den Abzug fremder Truppen aus dem Libanon sowie die Perspektiven für einen Frieden im Nahen Osten, die israelische Siedlungspolitik und die Rolle Ägyptens. Weiteres Thema sind die INF-Verhandlungen in Genf. | |
| 40 | 07.02. | Aufzeichnung des Ministerialdirektors Pfeffer | S. 208 |
| | | Pfeffer diskutiert Möglichkeiten, auf das in der Prager Erklärung des Warschauer Pakts vom 5. Januar enthaltene Angebot einzugehen, mit den NATO-Mitgliedstaaten einen Gewaltverichtsvertrag abzuschließen, und es im Sinne westlicher Zielvorstellungen zu nutzen. | |
| 41 | 07.02. | Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Lohse | S. 214 |
| | | Lohse schildert die Hintergründe der Abschiebung des ehemaligen SS-Hauptsturmführers Barbie nach Frankreich durch die bolivianische Regierung. | |

- | | | | |
|-----------|--------|---|--------|
| 42 | 08.02. | Botschafter Gehlhoff, Rom (Vatikan), an das Auswärtige Amt | S. 217 |
| | | Gehlhoff berichtet von einem Gespräch mit Kardinal Meisner über die Situation der katholischen Kirche in der DDR und die Diözesangrenzen. | |
| 43 | 08.02. | Bundeskanzler Kohl an Präsident Reagan | S. 219 |
| | | Im Nachgang zum Besuch des amerikanischen Vizepräsidenten Bush in der Bundesrepublik spricht sich Kohl für eine Initiative bei den INF-Verhandlungen aus, um die UdSSR zur Vorlage weiterer Angebote zu bewegen. | |
| 44 | 09.02. | Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Hofmann | S. 221 |
| | | Anhand amerikanischer Geheimdienstinformationen gibt Hofmann einen Überblick über die Stationierung sowjetischer nuklearer Kurzstreckensysteme in der CSSR, in der DDR, in Polen und in Ungarn. | |
| 45 | 11.02. | Aufzeichnung des Ministerialdirigenten Schauer | S. 224 |
| | | Schauer gibt amerikanische Informationen über die Flugzeit von Pershing-II-Raketen wieder. | |
| 46 | 11.02. | Runderlaß des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Steinkühler | S. 225 |
| | | Steinkühler resümiert den Besuch des spanischen Außenministers Morán. Im Zentrum der Gespräche mit Bundesminister Genscher standen die Verhandlungen über einen EG-Beitritt Spaniens, die KSZE-Folgekonferenz in Madrid und die INF-Verhandlungen, ferner bilaterale Fragen wie die Institutionalisierung der Zusammenarbeit und der Nachzug von Kindern spanischer Arbeitnehmer in der Bundesrepublik. | |
| 47 | 14.02. | Botschafter Ruth, z.Z. Brüssel, an das Auswärtige Amt | S. 231 |
| | | Ruth berichtet von einem Treffen von Vertretern der fünf Stationierungsländer für die amerikanischen Mittelstreckensysteme und der USA („Quint“). Hauptthemen waren der Vorschlag des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Andropow, vom 21. Dezember 1982 zu den INF-Verhandlungen und die Notwendigkeit, darauf mit einer amerikanischen Initiative in Genf zu antworten. | |
| 48 | 14.02. | Botschafter Ruth, z.Z. Brüssel, an das Auswärtige Amt | S. 236 |
| | | Ruth faßt den Verlauf der Sitzung der Special Consultative Group (SCG) der NATO zusammen. Besprochen wurden die Weiterentwicklung der amerikanischen INF-Position im Lichte der Europa-Reise des amerikanischen Vizepräsidenten Bush, der Stand der INF-Verhandlungen, die Verbesserung der Öffentlichkeitsarbeit und der Stand der Testserie für Cruise Missiles und Pershing II. | |

-
- | | | |
|-----------|--|--------|
| 49 | 15.02. Aufzeichnung des Ministerialdirektors Pfeffer | S. 242 |
| | <p>Pfeffer berichtet vom Treffen der Politischen Direktoren der Außenministerien der Bundesrepublik, Frankreichs, Großbritanniens und der USA in London. Zu den behandelten Themen gehörten eine Bilanz der Europareise des amerikanischen Vizepräsidenten Bush, die jeweiligen bilateralen Beziehungen zur UdSSR, die Überprüfung der Ost-West-Wirtschaftsbeziehungen und die Wiederaufnahme der Gespräche über eine Umschuldung der polnischen Verbindlichkeiten. Die Direktoren erörterten außerdem die KSZE und den Vorschlag der Warschauer-Pakt-Staaten für ein Gewaltverzichtsabkommen, Fragen der Abrüstung und Rüstungskontrolle, die Lage im Nahen Osten, das pakistanische Nuklearprogramm sowie den Konflikt zwischen Griechenland und der Türkei.</p> | |
| 50 | 15.02. Aufzeichnung des Ministerialdirektors Fischer | S. 268 |
| | <p>Fischer rekapituliert die Sondierungen Ungarns bei den Regierungen der Bundesrepublik, Frankreichs und Großbritanniens sowie bei der EG-Kommission hinsichtlich eines Handelsabkommens mit den Europäischen Gemeinschaften.</p> | |
| 51 | 17.02. Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Holik | S. 273 |
| | <p>Holik erläutert den Vorschlag der an den MBFR-Verhandlungen teilnehmenden Warschauer-Pakt-Staaten vom selben Tag, in dessen Zentrum Reduzierungen der Landstreitkräfte unter Ausklammerung der Datenfrage sowie ein Einfrieren der Truppenzahl und der Rüstungen aller direkten MBFR-Teilnehmerstaaten standen.</p> | |
| 52 | 17.02. Aufzeichnung des Ministerialdirigenten Bertele | S. 277 |
| | <p>Bertele diskutiert Optionen für die Gespräche mit Rumänien über die Familienzusammenführung nach Erlass des rumänischen Dekrets vom 22. Oktober 1982 über die Rückerstattung von Ausbildungskosten. Dabei geht er besonders auf den Zahlungsmodus aufgrund der Vereinbarungen von 1978 und 1981 sowie auf die Frage einer Folgevereinbarung ein.</p> | |
| 53 | 17.02. Botschafter Hermes, Washington, an das Auswärtige Amt | S. 283 |
| | <p>Hermes faßt ein Gespräch des Bundesministers Graf Lambsdorff mit dem amerikanischen Außenminister Shultz zusammen. Gegenstand waren die wirtschaftliche Entwicklung der Bundesrepublik und der USA, die Ost-West-Wirtschaftsbeziehungen, die Zollpolitik sowie die Differenzen zwischen den USA und den Europäischen Gemeinschaften wegen der Subventionen der EG für Agrarexporte.</p> | |

-
- 60** 08.03. Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse S. 321
Seitz
- Seitz erörtert Möglichkeiten und Opportunität einer Mitbestimmung der Bundesregierung bei der Entscheidung, die in der Bundesrepublik stationierten amerikanischen Mittelstreckensysteme einzusetzen (Zwei-Schlüssel-System).
- 61** 08.03. Botschafter Kastl, Madrid (KSZE-Delegation), an S. 325
Staatssekretär von Staden
- Kastl teilt mit, daß die USA bei der KSZE-Folgekonferenz auf Zugeständnissen der UdSSR im Bereich der Menschenrechte insistierten, und weist auf mögliche Folgen dieser Haltung für den Fortgang der Verhandlungen hin.
- 62** 09.03. Aufzeichnung des Legationsrats Rücker S. 328
- Mit Blick auf einen Fragenkatalog, der von Präsident Reagan zur Vorbereitung des Weltwirtschaftsgipfels in Williamsburg verschickt worden sei, legt Rücker die wirtschaftspolitischen Grundsätze der Bundesregierung dar.
- 63** 09.03. Botschafter Wieck, Brüssel (NATO), an S. 331
Ministerialdirektor Pfeffer
- Wieck befaßt sich mit der Frage, ob nach dem Einzug der Grünen in den Bundestag der Geheimschutz von NATO-Informationen noch gewährleistet sei.
- 64** 11.03. Botschafter Wieck, Brüssel (NATO), an das Auswärtige S. 334
Amt
- Wieck analysiert Verlauf und Ergebnisse der nuklearen Phase bei der NATO-Stabsrahmenübung WINTEX/CIMEX 83, insbesondere hinsichtlich möglicher Auswirkungen auf die Bundesrepublik im Ernstfall.
- 65** 13.03. Botschafter Terfloth, Islamabad, an das Auswärtige S. 339
Amt
- Terfloth berichtet über das Interesse der pakistanischen Regierung an einer Teilnahme der Kraftwerk Union AG bei der Ausschreibung zum Bau eines Kernkraftwerks in Chashma.
- 66** 15.03. Aufzeichnung des Ministerialdirigenten Schauer S. 341
- Schauer nimmt Stellung zu ersten Analysen der nuklearen Phase bei der NATO-Stabsrahmenübung WINTEX/CIMEX 83. Dabei betont er deren Spielcharakter, der nur eingeschränkt Aufschluß über das tatsächliche Verhalten im Ernstfall erlaube.
- 67** 16.03. Aufzeichnung des Legationsrats Nickel S. 345
- Nickel bilanziert eine Ressortbesprechung im Bundeskanzleramt unter Beteiligung des Bundesnachrichtendienstes, auf der

- die sowjetische Politik im Nahen Osten erörtert wurde, insbesondere die Stationierung sowjetischer Flugabwehrraketen in Syrien.
- 68** 16.03. Botschafter Herbst, Paris, an das Auswärtige Amt S. 347
Herbst erörtert die Belastungen, die sich in den deutsch-französischen Beziehungen aus der Notwendigkeit einer Wechselkursanpassung im Europäischen Währungssystem ergeben.
- 69** 18.03. Aufzeichnung des Ministerialdirigenten Bertele S. 350
Bertele informiert über Fälle, in denen die Bundesrepublik auf die Durchsetzung ihres Strafanspruchs gegen ausländische Staatsangehörige verzichtet hat, um im Gegenzug Entlastungen für im Ausland inhaftierte Bundesbürger zu erreichen.
- 70** 18.03. Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Kroneck S. 354
Kroneck resümiert die Ergebnisse einer Tagung der Rechtshilfe- und Konsularreferenten aus den Botschaften in den Warschauer-Pakt-Staaten und Jugoslawien, an denen auch Vertreter anderer mit der Ausreise Deutschstämmiger befaßter Bundesbehörden beteiligt waren.
- 71** 22.03. Gespräch des Bundeskanzlers Kohl mit Staatspräsident Mitterrand in Brüssel S. 357
Die Gesprächspartner erörtern die Regierungsbildung in beiden Staaten, die innenpolitische Lage der Bundesrepublik angesichts der Durchführung des NATO-Doppelbeschlusses von 1979 sowie wirtschaftliche Fragen, insbesondere die Kursanpassung im Europäischen Währungssystem und eine deutsch-französische Kooperation bei der Entwicklung von Hochgeschwindigkeitszügen.
- 72** 22.03. Aufzeichnung des Ministerialdirektors Fischer S. 363
Fischer informiert über den Stand der Überprüfung der Ost-West-Wirtschaftsbeziehungen im Rahmen von NATO, OECD und COCOM. Des weiteren legt er den Entwurf für ein Schreiben des Bundesministers Genscher an den amerikanischen Außenminister Shultz vor.
- 73** 23.03. Runderlaß des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Steinkühler S. 369
Steinkühler berichtet über den Besuch des Königs Hussein von Jordanien. Dieser habe seine Bemühungen dargestellt, die verschiedenen Friedensinitiativen für den Nahen Osten zu verbinden und voranzutreiben.

-
- | | | |
|-----------|--|--------|
| 74 | 23.03. Runderlaß des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Steinkühler | S. 373 |
| | Steinkühler unterrichtet über die Wechselkursanpassung im Europäischen Währungssystem und das Entgegenkommen, das die Bundesregierung dabei aus europapolitischen Gründen gegenüber Frankreich gezeigt habe. | |
| 75 | 23.03. Botschafter Ruth an Bundesminister Genscher, z.Z. Bangkok | S. 376 |
| | Ruth informiert über ein Schreiben des amerikanischen Präsidenten an Bundeskanzler Kohl. Reagan habe angekündigt, bei den INF-Verhandlungen in Genf den Vorschlag für eine Zwischenlösung einzuführen. | |
| 76 | 24.03. Gespräch des Staatssekretärs von Staden mit dem stellvertretenden amerikanischen Außenminister Dam | S. 381 |
| | Themen sind die Lage im Nahen Osten, insbesondere der Libanon-Konflikt und die israelische Siedlungspolitik, zudem die Entwicklung in El Salvador und Nicaragua, die KSZE-Folgekonferenz in Madrid und der Vorschlag des Präsidenten Reagan für ein Raketenabwehrsystem im Weltraum. | |
| 77 | 24.03. Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Hofmann | S. 391 |
| | Hofmann resümiert die Ergebnisse der Ministersitzung der Nuklearen Planungsgruppe (NPG) der NATO in Vilamoura. Im Zentrum standen die nukleare Rüstungspolitik der UdSSR, die Durchführung des NATO-Doppelbeschlusses, die Studie der High Level Group (HLG) über die nuklearen Kurzstreckensysteme der NATO sowie Fragen der sicherheitspolitischen Öffentlichkeitsarbeit. | |
| 78 | 24.03. Runderlaß des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Steinkühler | S. 398 |
| | Steinkühler berichtet über die Tagung des Europäischen Rats in Brüssel. Themen waren die Kursanpassung im Europäischen Währungssystem, die Beschäftigungs-, Bildungs- und Umweltpolitik, der Weltwirtschaftsgipfel in Williamsburg, die Beitrittsverhandlungen mit Portugal und Spanien und der EG-Haushalt. Erörtert wurden ferner die „Genscher-Colombo-Initiative“ für eine Europäische Union, der Nahost-Konflikt, der irakisch-iranische Krieg und die KSZE-Folgekonferenz in Madrid. | |
| 79 | 25.03. Aufzeichnung des Ministerialdirigenten Schauer | S. 403 |
| | Schauer äußert sich zur Fortschreibung der zuerst in der Ministerial Guidance 1977 der NATO vereinbarten Steigerung der Verteidigungsausgaben um jährlich drei Prozent. Er empfiehlt, die Bedenken des Bundesministeriums der Finanzen aus allianzpolitischen Gründen zurückzuweisen. | |

- | | | |
|-----------|--|--------|
| 80 | 28.03. Aufzeichnung der Ministerialdirigenten Schauer und Ungerer | S. 406 |
| | <p>Schauer und Ungerer bilanzieren den Stand der „Genscher-Colombo-Initiative“ für eine Europäische Union. Sie empfehlen Gespräche mit den zögernden Partnerstaaten Dänemark, Frankreich und Großbritannien und verweisen auf die Forderungen des Europäischen Parlaments.</p> | |
| 81 | 28.03. Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Citron | S. 409 |
| | <p>Citron analysiert den Vorschlag des Präsidenten Reagan für ein Raketenabwehrsystem im Weltraum, insbesondere im Hinblick auf eine mögliche Verletzung des ABM-Vertrags von 1972.</p> | |
| 82 | 29.03. Aufzeichnung des Ministerialdirektors Pfeffer | S. 412 |
| | <p>Pfeffer informiert über das Treffen der Politischen Direktoren der Außenministerien der Bundesrepublik, Frankreichs, Großbritanniens und der USA in Paris. Themen waren der Vorschlag des Präsidenten Reagan für ein Raketenabwehrsystem im Weltraum, die Verhandlungen im Genfer Abrüstungsausschuß über biologische und chemische Waffen sowie die KSZE-Folgekonferenz in Madrid. Erörtert wurden ferner die Beziehungen zur UdSSR, die Lage in Polen, die Ost-West-Wirtschaftsbeziehungen, die Außenpolitik Spaniens, die siebte Konferenz der Staats- und Regierungschefs blockfreier Staaten in Neu Delhi, der Kambodscha-Konflikt, der Weltwirtschaftsgipfel in Williamsburg und der Mechanismus der Vierer-Konsultationen.</p> | |
| 83 | 29.03. Aufzeichnung des Botschafters Ruth | S. 434 |
| | <p>Mit Blick auf den geplanten Besuch des neuen Leiters der amerikanischen MBFR-Delegation, Abramowitz, legt Ruth eine Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Holik vor. Dieser analysiert den Stand von MBFR und informiert über seine Gespräche in Wien.</p> | |
| 84 | 29.03. Aufzeichnung des Ministerialdirektors Fischer | S. 439 |
| | <p>Fischer untersucht die Vorschläge des Staatspräsidenten Mitterrand für den EG-Haushalt, die auf eine Erhöhung der Eigenmittel der Europäischen Gemeinschaften bei gleichzeitiger Einschränkung der Haushaltsrechte des Europäischen Parlaments abzielten.</p> | |
| 85 | 30.03. Aufzeichnung des Ministerialdirigenten Schauer | S. 443 |
| | <p>Schauer nimmt Stellung zum Entwurf der neutralen und nichtgebundenen Staaten vom 15. März für ein Schlußdokument der KSZE-Folgekonferenz in Madrid, der einen Großteil der westlichen Forderungen erfülle.</p> | |

-
- 86** 30.03. Runderlaß des Vortragenden Legationsrats I. Klasse S. 449
Steinkühler
- Steinkühler unterrichtet über die vierte Konferenz der Außenminister der EG- und ASEAN-Mitgliedstaaten in Bangkok, bei der die Konflikte in Kambodscha und Afghanistan, die Nord-Süd-Verhandlungen und Fragen der wirtschaftlichen Zusammenarbeit im Mittelpunkt standen.
- 87** 31.03. Aufzeichnung des Ministerialdirigenten Schauer S. 452
- Ausgehend von Presseberichten über die Koalitionsgespräche, erörtert Schauer die Frage, ob eine Unterbrechung der Entspannungspolitik möglich und sinnvoll sei. Dazu skizziert er die Grundsätze der Entspannungspolitik der Bundesregierung.
- 88** 01.04. Botschafter Boss, Wien (MBFR-Delegation), an das S. 456
Auswärtige Amt
- Boss zieht eine Bilanz der 29. Runde der MBFR-Verhandlungen in Wien. Er befaßt sich mit den Vorschlägen der teilnehmenden Warschauer-Pakt-Staaten vom 17. Februar und rät, bei der Antwort der beteiligten NATO-Mitgliedstaaten die Auswirkungen auf die Öffentlichkeitsarbeit im Blick zu behalten.
- 89** 11.04. Botschafter Held, Tripolis, an das Auswärtige Amt S. 463
- Held berichtet über ein Telefongespräch mit dem libyschen Geheimdienstchef Belgassem. Zur Sprache kamen mögliche Folgen der Verhaftung des libyschen Staatsangehörigen Al-Zaidi für die bilateralen Beziehungen, insbesondere für die Botschaft der Bundesrepublik in Tripolis.
- 90** 13.04. Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem S. 466
rumänischen Außenminister Andrei in Tegernsee
- Erörtert werden zum einen die Umschuldung der rumänischen Verbindlichkeiten, die Aussetzung der Hermes-Kreditbürgschaften und das Industrieprojekt in Temeschwar, zum anderen die Ausreise Deutschstämmiger nach dem rumänischen Dekret vom 22. Oktober 1982 über die Rückerstattung von Ausbildungskosten.
- 91** 13.04. Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem S. 477
rumänischen Außenminister Andrei in Tegernsee
- Themen sind die Tagung der Außenminister des Warschauer-Pakt-Staaten in Prag, der NATO-Doppelbeschluß von 1979, die KSZE-Folgekonferenz in Madrid und weitere Fragen des Ost-West-Verhältnisses.
- 92** 13.04. Aufzeichnung des Referats 200 S. 482
- Es wird eine Ressortbesprechung über die WEU zusammengefaßt, bei der neben der Aufhebung von Herstellungsbeschrän-

-
- 98** 15.04. Gespräch des Bundeskanzlers Kohl mit dem amerikanischen Vizepräsidenten Bush in Washington S. 501
- Mit Blick auf die Implementierung des NATO-Doppelbeschlusses wird die politische Lage in der Bundesrepublik erörtert, vor allem die Entwicklung der Grünen und der SPD, aber auch die Situation in anderen NATO-Mitgliedstaaten. Themen sind ferner die INF-Verhandlungen in Genf sowie eine bessere gesellschaftliche Verankerung der deutsch-amerikanischen Beziehungen.
- 99** 15.04. Gespräch des Bundeskanzlers Kohl mit dem amerikanischen Verteidigungsminister Weinberger in Washington S. 509
- Die Gesprächspartner diskutieren Fragen der Sicherheits- und Verteidigungspolitik, darunter den Master Restationing Plan, Fragen der Wehrpflicht, die Einstellung der Bevölkerung der Bundesrepublik zur Bundeswehr sowie die Ost-West-Wirtschaftsbeziehungen.
- 100** 15.04. Aufzeichnung des Ministerialdirigenten Loeck S. 512
- Loeck äußert sich zum britischen Vorhaben, Flugzeuge vom Typ Tornado aus deutsch-britisch-italienischer Koproduktion an Oman zu liefern. Er empfiehlt, die Zustimmung zu erteilen und zugleich eine deutsch-britische Regierungsvereinbarung über den Export gemeinsam gefertigter Rüstungsgüter zu schließen.
- 101** 15.04. Botschafter Ruth, z. Z. Washington, an das Auswärtige Amt S. 517
- Ruth berichtet über das Gespräch des Bundeskanzlers Kohl und des Bundesministers Genscher mit dem amerikanischen Außenminister Shultz. Im Zentrum standen die KSZE-Folgekonferenz in Madrid, die INF-Verhandlungen in Genf, die Lage in Polen sowie ein mögliches Treffen des Präsidenten Reagan mit dem Generalsekretär des ZK der KPdSU, Andropow.
- 102** 15.04. Vortragender Legationsrat I. Klasse Schenk, z. Z. Washington, an das Auswärtige Amt S. 524
- Schenk resümiert das Gespräch des Bundeskanzlers Kohl mit Präsident Reagan, bei dem die INF-Verhandlungen in Genf, die KSZE-Folgekonferenz in Madrid bzw. die KAE sowie der Weltwirtschaftsgipfel in Williamsburg erörtert wurden.
- 103** 17.04. Vortragender Legationsrat I. Klasse Schlagintweit, z. Z. Tripolis, an Bundesminister Genscher S. 528
- Schlagintweit informiert über eine Unterredung des Staatsministers Möllemann mit dem Stellvertreter von Oberst Gaddafi, Jalloud, in Tripolis. Im Mittelpunkt standen die Bemühungen um die Freilassung von in Libyen inhaftierten deutschen Staatsangehörigen im Gegenzug zur Abschiebung von in der Bundes-

- republik verurteilten bzw. festgenommenen libyschen Staatsangehörigen.
- 104** 18.04. Aufzeichnung des Ministerialdirektors Pfeffer S. 531
- Vor dem Hintergrund des NATO-Doppelbeschlusses analysiert Pfeffer den Stand der Ost-West-Beziehungen und skizziert mögliche Folgerungen für die Politik der Bundesregierung hinsichtlich der KSZE, der NATO, der Rüstungskontrolle, der Ost-West-Wirtschaftsbeziehungen und der Beziehungen zu Polen, Rumänien und zur DDR.
- 105** 18.04. Vortragender Legationsrat I. Klasse Joetze an die Botschaft in Paris S. 541
- Joetze übermittelt ein Schreiben des Bundesministers an den amerikanischen Außenminister Shultz, in dem sich Genscher für die Annahme des Entwurfs der neutralen und nichtgebundenen Staaten vom 15. März für ein Schlußdokument der KSZE-Folgekonferenz in Madrid ausspricht. Zusätzlich übersendet Joetze die Argumentationslinie der Bundesregierung zu den Themen KSZE und KAE.
- 106** 19.04. Gespräch des Bundeskanzlers Kohl mit Ministerpräsident Schlüter S. 545
- Zentrale Themen sind der Weltwirtschaftsgipfel in Williamsburg und der Ost-West-Konflikt, insbesondere die Implementierung des NATO-Doppelbeschlusses in der Bundesrepublik und in Dänemark. Des weiteren werden die jeweiligen Beziehungen zur DDR sowie Fischereifragen, das Verhältnis Grönlands zu den Europäischen Gemeinschaften und die „Genscher-Colombo-Initiative“ für eine Europäische Union erörtert.
- 107** 19.04. Aufzeichnung des Ministerialdirektors Pfeffer S. 559
- Pfeffer bilanziert die seit der Verhängung des Kriegsrechts am 13. Dezember 1981 gegenüber Polen verfolgte Politik und äußert sich zu den künftig anzustrebenden Zielen im politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Bereich.
- 108** 21.04. Gespräch des Bundeskanzlers Kohl und des Bundesministers Genscher mit NATO-Generalsekretär Luns S. 565
- Erörtert werden die Auswirkungen der Durchführung des NATO-Doppelbeschlusses auf die Bundesrepublik und die anderen europäischen Mitgliedstaaten.
- 109** 21.04. Gespräch des Bundeskanzlers Kohl mit Premierministerin Thatcher in London S. 570
- Themen sind der Besuch des Bundeskanzlers in den USA sowie seine bevorstehenden Gespräche in der UdSSR, ein eventuelles Treffen des Präsidenten Reagan mit dem Generalsekretär des

ZK der KPdSU, Andropow, und vor allem die Implementierung des NATO-Doppelbeschlusses.

- 110** 21.04. Bundeskanzler Kohl an Staatspräsident Mitterrand S. 574
- Kohl nimmt Stellung zu den im Schreiben des Staatspräsidenten Mitterrand vom 16. März enthaltenen europapolitischen Vorschlägen. Er äußert sich zur Homogenisierung der Wirtschafts- und Finanzpolitik, zur Süderweiterung der Europäischen Gemeinschaften und zur Berufsausbildung Jugendlicher.
- 111** 22.04. Gespräch des Bundeskanzlers Kohl mit Premierministerin Thatcher in London S. 578
- Im Mittelpunkt stehen Fragen des Rüstungsexports, die Implementierung des NATO-Doppelbeschlusses und die transatlantischen Beziehungen, ferner die Lage in Mittelamerika, das Verhältnis zu Japan, die Ost-West-Wirtschaftsbeziehungen und die Entwicklungen innerhalb der Warschauer-Pakt-Staaten. Außerdem werden die künftige Finanzierung der Europäischen Gemeinschaften, die EG-Agrarpolitik und die „Genscher-Colombo-Initiative“ für eine Europäische Union besprochen.
- 112** 22.04. Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem britischen Außenminister Pym in London S. 593
- Erörtert werden der Besuch des Bundeskanzlers Kohl in den USA und sein bevorstehender Aufenthalt in der UdSSR, der Stationierungsteil des NATO-Doppelbeschlusses, die KSZE-Folgekonferenz in Madrid, die Lage in Polen, die Konflikte im Nahen Osten, in Mittelamerika und auf den Falkland-Inseln sowie die Namibia-Frage.
- 113** 22.04. Aufzeichnung des Ministerialdirektors Fischer S. 597
- Fischer resümiert den EG- und EPZ-Themen gewidmeten Teil des Gesprächs des Bundesministers Genscher mit dem britischen Außenminister Pym in London. Besprochen wurden die „Genscher-Colombo-Initiative“ für eine Europäische Union, die Finanzierung des EG-Haushalts, der britische Beitrag hierzu sowie die Krise der europäischen Stahlindustrie.
- 114** 22.04. Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Seitz S. 601
- Seitz konstatiert, daß die europäische Industrie im Bereich der Informationstechnologie hinter die der USA und Japans zurückzufallen drohe, und nimmt Stellung zu einer Initiative für eine europäische Technologiepolitik.
- 115** 22.04. Runderlaß des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Vergau S. 605
- Anläßlich verschiedener Äußerungen von CSU-Politikern übermittelt Vergau eine Stellungnahme des Bundesministers Gen-

- scher zu Vermutungen, die Bundesrepublik vollziehe in ihrer Politik gegenüber dem südlichen Afrika eine Wende.
- 116** 23.04. Vortragender Legationsrat I. Klasse Joetze, S. 606
z. Z. London, an das Auswärtige Amt
- Joetze unterrichtet über das Londoner Treffen der Politischen Direktoren der Außenministerien der Bundesrepublik, Frankreichs, Großbritanniens und der USA sowie der vier Delegationsleiter bei der KSZE-Folgekonferenz in Madrid. Thema war die weitere Behandlung des Entwurfs der neutralen und nicht-gebundenen Staaten vom 15. März für ein Schlußdokument.
- 117** 25.04. Runderlaß des Vortragenden Legationsrats I. Klasse S. 610
Steinkühler
- Steinkühler zieht eine Bilanz des im Rahmen des Europäisch-Arabischen Dialogs veranstalteten Symposiums über die Begegnung beider Kulturen in Hamburg und berichtet über ein aus diesem Anlaß geführtes Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem Generalsekretär der Arabischen Liga, Klibi.
- 118** 27.04. Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem S. 614
italienischen Außenminister Colombo
- Themen sind die Finanzierung des EG-Haushalts, die Gemeinsame Agrarpolitik und die „Genscher-Colombo-Initiative“ für eine Europäische Union.
- 119** 28.04. Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse S. 617
Arnot
- Arnot nimmt zu den amerikanischen Vorbedingungen für ein Gipfeltreffen des Präsidenten Reagan mit dem Generalsekretär des ZK der KPdSU, Andropow, Stellung und legt dar, warum die Bundesregierung Begegnungen auf höchster Ebene für geboten hält.
- 120** 28.04. Ministerialdirigent Schauer, z. Z. Rom, an das S. 622
Auswärtige Amt
- Schauer resümiert das Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem italienischen Außenminister Colombo in Rom. Erörtert wurden die Entwicklung in El Salvador, Afghanistan und im Nahen Osten, die Ost-West-Beziehungen, der Weltwirtschaftsgipfel in Williamsburg und EG- bzw. EPZ-Fragen, vor allem die „Genscher-Colombo-Initiative“ für eine Europäische Union.
- 121** 29.04. Aufzeichnung des Ministerialdirektors Pfeffer S. 627
- Pfeffer unterrichtet über die Bitte der Wochenzeitschrift „Stern“, Bundesminister Genscher möge auf die Vier Mächte einwirken, eine Befragung des in Spandau inhaftierten Rudolf Heß zur Authentizität der „Hitler-Tagebücher“ zuzulassen.

-
- 122** 29.04. Ministerialdirigent Bertele an die Staatsanwaltschaft in Bonn S. 631
- Angesichts einer Strafanzeige gegen Angehörige des Auswärtigen Amts wegen unterlassener Hilfeleistung unterrichtet Bertele über die seit 1976 erfolgten Interventionen und Demarchen der Bundesregierung bei der argentinischen Regierung zugunsten inhaftierter oder verschollener Personen mit deutscher Staatsangehörigkeit bzw. Abstammung.
- 123** 30.04. Staatssekretär Bräutigam, Ost-Berlin, an das Auswärtige Amt S. 638
- Bräutigam analysiert mögliche Hintergründe für die Absage des Besuchs des Generalsekretärs des ZK der SED, Honecker, in der Bundesrepublik. Er untersucht die Frage, ob dahinter ein verschärfter Kurs der Abgrenzung stehe und ob dieser durch interne Überlegungen oder sowjetischen Druck bedingt sei.
- 124** 02.05. Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem kubanischen Außenminister Malmierca S. 645
- Neben den bilateralen Beziehungen steht die Lage in Nicaragua und El Salvador im Zentrum des Gesprächs. Weitere Themen sind das kubanische Engagement in Angola und die Beachtung der Menschenrechte in Kuba.
- 125** 02.05. Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Hofmann S. 651
- Hofmann informiert über die Sitzung der High Level Group (HLG) der Nuklearen Planungsgruppe in Neapel, auf der vor allem die Studie über die nuklearen Kurzstreckensysteme der NATO und die amerikanischen Überlegungen zu einem Raketabwehrsystem im Weltraum erörtert wurden.
- 126** 03.05. Gespräch des Bundeskanzlers Kohl mit Ministerpräsident González S. 656
- Im Mittelpunkt stehen der EG-Beitritt Spaniens und die spanische NATO-Mitgliedschaft. Weitere Themen sind die INF-Verhandlungen in Genf und die KSZE-Folgekonferenz in Madrid.
- 127** 03.05. Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem spanischen Außenminister Morán S. 668
- Die Gesprächspartner erörtern Möglichkeiten, eine Einigung über ein Schlußdokument der KSZE-Folgekonferenz in Madrid zu erzielen. Sie befassen sich außerdem mit der Lage in Mittelamerika, den noch offenen Fragen eines EG-Beitritts Spaniens, einer Institutionalisierung der bilateralen Regierungsgespräche und der spanischen Sorge hinsichtlich einer Änderung der Nachzugsregelung für die Familien ausländischer Arbeitnehmer in der Bundesrepublik.

- | | | | |
|------------|--------|---|--------|
| 128 | 04.05. | Vortragender Legationsrat I. Klasse Gerhardt an die Botschaft in Moskau | S. 674 |
| | | Gerhardt erläutert die Initiative der Bundesregierung, im Rahmen von COCOM eine gesonderte Liste zu schützender Technologien einzuführen, um eine Harmonisierung der Regeln für den Transfer von Hochtechnologie zu erreichen. | |
| 129 | 07.05. | Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Edler von Braunmühl | S. 677 |
| | | Braunmühl gibt eine Einschätzung der Lage bei der KSZE-Folgekonferenz in Madrid, nachdem die UdSSR den Entwurf der neutralen und nichtgebundenen Staaten vom 15. März für ein Schlußdokument angenommen hat. | |
| 130 | 09.05. | Runderlaß des Vortragenden Legationsrats Karkow | S. 680 |
| | | Karkow schildert die Besetzung der Botschaft in Managua durch eine Gruppe sog. „Internationalisten“ aus der Bundesrepublik, die friedlich beendet werden konnte. | |
| 131 | 09.05. | Ministerialdirigent Schauer, z. Z. Paris, an das Auswärtige Amt | S. 683 |
| | | Schauer informiert über das Gespräch zwischen Genscher und den Außenministern Cheysson (Frankreich), Pym (Großbritannien) und Shultz (USA) in Paris. Im Mittelpunkt standen die Verhandlungen über ein israelisch-libanesisches Abkommen, die KSZE-Folgekonferenz in Madrid und mögliche sowjetische Reaktionen auf die Umsetzung des NATO-Doppelbeschlusses. | |
| 132 | 10.05. | Gespräch des Bundeskanzlers Kohl mit dem amerikanischen Botschafter Burns | S. 689 |
| | | Burns erläutert die amerikanische Haltung zur weiteren Behandlung des Entwurfs der neutralen und nichtgebundenen Staaten vom 15. März für ein Schlußdokument der KSZE-Folgekonferenz in Madrid, nachdem dieser von der UdSSR gebilligt wurde. | |
| 133 | 10.05. | Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem kanadischen Außenminister MacEachen | S. 692 |
| | | Erörtert werden Fischereifragen, die Richtlinie der Europäischen Gemeinschaften zur Einfuhr von Jungrobbenfellen, die bilaterale Zusammenarbeit im Industrie- und im Energiebereich sowie aktuelle Themen der internationalen Beziehungen. | |
| 134 | 11.05. | Ministergespräch mit Bundeskanzler Kohl | S. 699 |
| | | Hauptthemen des Gesprächs zur Vorbereitung der Tagung des Europäischen Rats in Stuttgart sind die künftige EG-Finanzierung und Erleichterungen bei den Kontrollen im innergemeinschaftlichen Grenzverkehr. | |

-
- | | | | |
|------------|--------|---|--------|
| 135 | 13.05. | Aufzeichnung des Botschafters Ruth | S. 702 |
| | | Ruth resümiert Änderungen der sowjetischen Haltung zu den INF-Verhandlungen seit dem Amtsantritt des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Andropow. | |
| 136 | 13.05. | Aufzeichnung des Ministerialdirektors Gorenflos | S. 707 |
| | | Gorenflos informiert über die Absicht des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit, Verhandlungen mit einigen afrikanischen Staaten über Entwicklungshilfe zu verzögern. Er spricht sich dafür aus, das BMZ zu baldigen Gesprächen mit Simbabwe zu veranlassen. | |
| 137 | 13.05. | Aufzeichnung des Ministerialdirigenten Bertele | S. 713 |
| | | Bertele berichtet von der Sitzung des Politischen Ausschusses der NATO mit Rechtsexperten über die Zusatzprotokolle von 1977 zu den Genfer Rotkreuz-Abkommen von 1949, auf der die weiterhin uneinheitliche Haltung der NATO-Mitgliedstaaten zur Einbeziehung chemischer Waffen und zu einem Repressalienvorbehalt deutlich geworden sei. Bertele kündigt eine Vorlage für den Bundessicherheitsrat an, sobald die Position der beteiligten Ressorts geklärt sei. | |
| 138 | 13.05. | Botschafter Röding, Warschau, an das Auswärtige Amt | S. 718 |
| | | Röding unterrichtet über ein Gespräch mit dem Primas von Polen, in dem Glomp sich zur innenpolitischen Situation in Polen und zu den Erwartungen hinsichtlich des Besuchs von Papst Johannes Paul II. im Juni äußerte. | |
| 139 | 13.05. | Gesandter Wallau, Washington, an das Auswärtige Amt | S. 720 |
| | | Wallau erläutert die Änderungen der amerikanischen Position für die START-Verhandlungen, die auf Empfehlungen der Scowcroft-Kommission beruhten. | |
| 140 | 15.05. | Aufzeichnung des Referats 200 | S. 723 |
| | | Resümiert wird ein Gespräch während des informellen Treffens der Außenminister der EG-Mitgliedstaaten im Rahmen der EPZ auf Schloß Gymnich über die Frage, wie die Öffentlichkeitsarbeit zum NATO-Doppelbeschluß verbessert werden könne. | |
| 141 | 15.05. | Aufzeichnung des Ministerialdirektors Pfeffer | S. 726 |
| | | Pfeffer faßt seine Gespräche am 10./11. Mai in Moskau zusammen. Neben bilateralen Fragen standen die INF-Verhandlungen, die KSZE-Folgekonferenz in Madrid, der Vorschlag der Warschauer-Pakt-Staaten für ein Gewaltverzichtsabkommen und die sowjetische Asienpolitik im Mittelpunkt. | |

- | | | | |
|------------|--------|---|--------|
| 142 | 16.05. | Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem französischen Außenminister Cheysson in Paris | S. 739 |
| | | Im Zentrum stehen die Finanzierung der Europäischen Gemeinschaften und die Zukunft der Namibia-Kontaktgruppe. Erörtert werden außerdem die Zusammenarbeit beim Satellitenfernsehen, die Abwanderung ausländischer Arbeitnehmer aus der Bundesrepublik nach Frankreich und der spanische Wunsch nach engerer Kooperation bei der Terrorismus-Bekämpfung. | |
| 143 | 16.05. | Gespräch des Bundeskanzlers Kohl mit Staatspräsident Mitterrand in Paris | S. 746 |
| | | Vor dem Hintergrund des Besuchs von Mitterrand in der Volksrepublik China wird zunächst die dortige Entwicklung erörtert. Weitere Themen sind der französische Vorschlag für eine Reform des internationalen Währungssystems, das Ost-West-Verhältnis, die bilateralen Wirtschaftsbeziehungen und die weitere Entwicklung der Europäischen Gemeinschaften. | |
| 144 | 16.05. | Botschafter Kastl, Madrid (KSZE-Delegation), an das Auswärtige Amt | S. 755 |
| | | Kastl übermittelt Informationen des Leiters der amerikanischen KSZE-Delegation, Kampelman, über seine Gespräche mit Präsident Reagan zum weiteren Vorgehen auf der KSZE-Folgekonferenz in Madrid. | |
| 145 | 17.05. | Gespräch des Bundeskanzlers Kohl mit Staatspräsident Mitterrand in Paris | S. 757 |
| | | Mitterrand erläutert die französische Haltung zu einem eventuell von den USA beim bevorstehenden Weltwirtschaftsgipfel in Williamsburg geäußerten Wunsch, eine gemeinsame Erklärung über die INF-Verhandlungen zu verabschieden. Erörtert werden außerdem die Lage in den Europäischen Gemeinschaften und das französische Wirtschaftsprogramm. | |
| 146 | 17.05. | Runderlaß des Vortragenden Legationsrats Karkow | S. 762 |
| | | Karkow informiert über das informelle Treffen der Außenminister der EG-Mitgliedstaaten im Rahmen der EPZ auf Schloß Gymnich. Themen waren die Finanzierung der Europäischen Gemeinschaften, die „Genscher-Colombo-Initiative“ für eine Europäische Union, die KSZE-Folgekonferenz in Madrid sowie die Lage im Libanon, in Mittelamerika und in Afghanistan. | |
| 147 | 18.05. | Botschafter Lahusen, z. Z. Kapstadt, an das Auswärtige Amt | S. 768 |
| | | Lahusen berichtet von seinem Antrittsbesuch beim südafrikanischen Außenminister. Botha habe sich kritisch zur Namibia-Politik der Bundesregierung geäußert und Unzufriedenheit über die bilateralen Beziehungen erkennen lassen. | |

-
- | | | |
|------------|---|--------|
| 148 | 18.05. Botschafter Herbst, Paris, an das Auswärtige Amt | S. 771 |
| | <p>Herbst übermittelt eine Aufzeichnung über die Plenarsitzung der deutsch-französischen Konsultationen, in der die Teilnehmer über ihre Einzelgespräche berichteten. Neben der internationalen Wirtschaftspolitik und der Situation in den Europäischen Gemeinschaften wurden vor allem Fragen der Rüstungskoooperation, die bilaterale Handelspolitik und die Zusammenarbeit bei der Verkehrs- und Industriepolitik erörtert.</p> | |
| 149 | 19.05. Aufzeichnung des Ministerialdirigenten Schauer | S. 785 |
| | <p>Schauer beantwortet eine Frage des Bundesministers Genscher zu den in der Bundesrepublik stationierten nuklearen Waffensystemen und zu den Möglichkeiten ihrer Reduzierung.</p> | |
| 150 | 20.05. Drahterlaß des Ministerialdirigenten Schauer | S. 787 |
| | <p>Schauer informiert über Gespräche mit einer amerikanischen Delegation zum Einsatz von Streitkräften einzelner NATO-Mitgliedstaaten außerhalb des Bündnisgebiets („out of area“) und zu den Möglichkeiten ihrer Unterstützung.</p> | |
| 151 | 21.05. Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem libanesischen Außenminister Salem | S. 791 |
| | <p>Die Gesprächspartner erörtern den Libanon-Konflikt, insbesondere das israelisch-libanesisches Abkommen über den Abzug fremder Truppen aus dem Libanon und die syrische Haltung dazu.</p> | |
| 152 | 21.05. Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Edler von Braunmühl | S. 800 |
| | <p>Braunmühl nimmt zur Überprüfung der amerikanischen Politik gegenüber Polen („Poland Review“) Stellung und unterbreitet Vorschläge für das weitere Vorgehen, insbesondere mit Blick auf bevorstehende Beratungen in der NATO.</p> | |
| 153 | 24.05. Vortragender Legationsrat I. Klasse Holik an die KSZE-Delegation in Madrid | S. 808 |
| | <p>Holik skizziert Überlegungen zur Einbettung von KAE und MBFR in ein rüstungskontrollpolitisches Gesamtkonzept für Europa, um so das amerikanische Desinteresse an einer KAE zu überwinden.</p> | |
| 154 | 24.05. Botschafter Jovy, Bukarest, an das Auswärtige Amt | S. 810 |
| | <p>Jovy übermittelt Informationen des bayerischen Ministerpräsidenten Strauß zu einem Gespräch mit dem rumänischen Präsidenten in Snagov. Darin habe Ceauşescu vor allem den Wunsch nach wirtschaftlicher Unterstützung bekräftigt.</p> | |

- | | | | |
|------------|--------|---|--------|
| 155 | 26.05. | Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem Leiter der amerikanischen MBFR-Delegation in Wien, Abramowitz | S. 813 |
| | | Abramowitz erläutert die amerikanische Position für die MBFR-Verhandlungen und äußert sich zur möglichen sowjetischen Reaktion auf die neuen Vorschläge. | |
| 156 | 26.05. | Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem iranischen Botschafter Navab-Motlagh | S. 816 |
| | | Navab-Motlagh bringt Wünsche zur Verbesserung der bilateralen Beziehungen vor; darunter nennt er Erleichterungen für die Einreise von Iranern sowie einen regeren Handelsaustausch. Außerdem hoffe der Iran auf eine Wiederaufnahme der Rüstungszusammenarbeit nach Beendigung des Kriegs mit dem Irak. | |
| 157 | 26.05. | Aufzeichnung des Botschafters Ruth | S. 822 |
| | | Ruth resümiert eine Sitzung von Vertretern der fünf Stationierungsländer für die amerikanischen Mittelstreckensysteme und der USA („Quint“). Im Mittelpunkt stand der bei den INF-Verhandlungen vorgelegte amerikanische Entwurf für eine Zwischenlösung. Weitere Themen waren die Behandlung nuklearer Systeme kürzerer Reichweite, die japanische Haltung zu INF und die Frage der Zählkriterien. | |
| 158 | 26.05. | Botschafter Wieck, Brüssel (NATO), an Bundesminister Genscher | S. 828 |
| | | Mit Blick auf ein Gespräch der Bundesminister Genscher und Stoltenberg äußert sich Wieck zu den Haushaltsproblemen der NATO und weist auf den möglichen Schaden einer allzu rigiden Haltung der Bundesregierung gegenüber einzelnen Finanzierungswünschen der NATO hin. | |
| 159 | 27.05. | Aufzeichnung des Ministerialdirektors Fischer | S. 833 |
| | | Fischer informiert über saudi-arabische Rüstungswünsche, insbesondere zur Lieferung von Panzern und Flugabwehrsystemen, und legt rechtliche, politische und wirtschaftliche Gesichtspunkte für eine Entscheidung der Bundesregierung dar. | |
| 160 | 28.05. | Gespräch des Bundeskanzlers Kohl mit Ministerpräsident Nakasone in Williamsburg | S. 843 |
| | | Themen sind die wirtschaftliche Lage in beiden Staaten, die INF-Verhandlungen und die möglichen innenpolitischen Auswirkungen der Stationierung amerikanischer Mittelstreckensysteme in der Bundesrepublik. | |

-
- | | | | |
|------------|--------|---|--------|
| 161 | 28.05. | Aufzeichnung der Vortragenden Legationsrätin Siebourg | S. 847 |
| | | Siebourg faßt ein Gespräch der Außenminister während des Weltwirtschaftsgipfels in Williamsburg zusammen. Erörtert wurden die Lage im Nahen Osten, der irakisch-iranische Krieg sowie die iranischen Bemühungen um eine Verbesserung der Beziehungen zu den westlichen Industriestaaten und die Situation in Asien. | |
| 162 | 30.05. | Gespräch des Bundeskanzlers Kohl mit Staatspräsident Mitterrand in Williamsburg | S. 851 |
| | | Im Mittelpunkt stehen die Erklärung der Staats- und Regierungschefs zu Abrüstung und Rüstungskontrolle und die für den Herbst erwarteten Demonstrationen in der Bundesrepublik gegen die Stationierung amerikanischer Mittelstreckensysteme. | |
| 163 | 31.05. | Gespräch des Bundesministers Genscher mit Präsident Ceauçescu in Snagov | S. 854 |
| | | Erörtert werden die Nicht-Anwendung des rumänischen Dekrets vom 22. Oktober 1982 über die Rückerstattung von Ausbildungskosten auf ausreisewillige Personen deutscher Volkszugehörigkeit sowie die rumänischen Wünsche nach finanzieller und wirtschaftlicher Unterstützung. | |
| 164 | 31.05. | Gespräch des Bundesministers Genscher mit Präsident Ceauçescu in Snagov | S. 864 |
| | | Die Gesprächspartner tauschen ihre Standpunkte zur Deutschland-Frage aus. | |
| 165 | 01.06. | Botschafter Wieck, Brüssel (NATO), an das Auswärtige Amt | S. 865 |
| | | Wieck berichtet über die Ministersitzung der Eurogroup. Themen waren die Folgen der Entscheidung des dänischen Parlaments vom 26. Mai zum NATO-Doppelbeschluß, der Einsatz von Streitkräften einzelner NATO-Mitgliedstaaten außerhalb des Bündnisgebiets, amerikanische Pläne für ein Raketenabwehrsystem im Weltraum, geplante Kürzungen der Verteidigungsausgaben in Belgien und den Niederlanden sowie die Gespräche des Bundesministers Wörner mit dem amerikanischen Verteidigungsminister Weinberger. | |
| 166 | 01.06. | Botschafter Wieck, Brüssel (NATO), an das Auswärtige Amt | S. 869 |
| | | Wieck informiert über die Ministersitzung des Ausschusses für Verteidigungsplanung (DPC) der NATO. Im Mittelpunkt standen Verteidigungsfähigkeit und Nuklearstrategie der NATO sowie der Einsatz von Truppen außerhalb des Bündnisgebiets. Weitere Themen waren Kürzungen im belgischen Verteidigungshaushalt, der Beschluß des dänischen Parlaments vom 26. Mai | |

- zum NATO-Doppelbeschluss, das amerikanische Programm zur Entwicklung einer Raketenabwehr im Weltraum, der amerikanische Verteidigungshaushalt, die Beziehungen Spaniens zur NATO und die Friedensbewegung.
- 167** 02.06. Runderlaß des Vortragenden Legationsrats Karkow S. 874
- Karkow gibt einen Überblick über den Verlauf des Weltwirtschaftsgipfels in Williamsburg. Besprochen wurden Wege zur Verbesserung der Wirtschafts- und Währungslage, die Liberalisierung des Welthandels, die Nord-Süd-Beziehungen, die Technologie-, Energie- und Umweltpolitik sowie die Überprüfung der Grundlagen des Ost-West-Handels. An politischen Themen behandelten die Teilnehmer vor allem den Stand der Gespräche über Abrüstung und Rüstungskontrolle sowie die Situation in Namibia, im Nahen Osten und in Südostasien.
- 168** 02.06. Botschafter Wieck, Brüssel (NATO), an das Auswärtige Amt S. 881
- Wieck bilanziert die Ministersitzung des Ausschusses für Verteidigungsplanung (DPC) der NATO und weist auf die Gefahr nachlassenden Rückhalts im Bündnis für den NATO-Doppelbeschuß hin.
- 169** 03.06. Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem Leiter der amerikanischen INF-Delegation, Nitze S. 884
- Themen sind der Stand der INF-Verhandlungen nach Einbringung des amerikanischen Entwurfs für eine Zwischenlösung am 19. Mai, die persönliche Unterredung der Leiter der amerikanischen und sowjetischen INF-Delegation, Nitze und Kwizinskij, vom Juli 1982 („Waldspaziergang“), die Gefahr einer sowjetischen Gegenstationierung auf Kuba sowie der bevorstehende Besuch des Bundeskanzlers Kohl in der UdSSR.
- 170** 03.06. Vortragender Legationsrat I. Klasse Freitag an die Botschaft in Moskau S. 891
- Freitag unterrichtet über ein Gespräch des Bundesministers Genscher mit der Stieftochter des sowjetischen Atomphysikers Sacharow, Tatjana Jankelewitsch, und ihrem Ehemann. Thema war der Ausreisewunsch des Ehepaars Sacharow.
- 171** 07.06. Aufzeichnung des Botschafters Ruth S. 893
- Ruth weist auf die Notwendigkeit einer eigenständigen Haltung der Bundesregierung zu dem im „Waldspaziergang“ vom Juli 1982 enthaltenen Gedanken hin, auf eine Stationierung amerikanischer Mittelstreckensysteme vom Typ „Pershing II“ zu verzichten.

-
- | | | | |
|------------|--------|---|--------|
| 172 | 07.06. | Botschafter Kastl, Madrid (KSZE-Delegation), an Staatssekretär von Staden | S. 895 |
| | | Kastl rekapituliert die aktuelle Phase der Verhandlungen der KSZE-Folgekonferenz in Madrid, in deren Verlauf die NATO-Mitgliedstaaten Änderungswünsche zum Entwurf der neutralen und ungebundenen Staaten vom 15. März für ein Schlußdokument vorlegten. Ferner wägt er die Aussichten einer spanischen Vermittlungsinitiative ab. | |
| 173 | 09.06. | Ministerialdirektor Pfeffer, z.Z. Paris, an das Auswärtige Amt | S. 900 |
| | | Pfeffer faßt das am Vorabend der NATO-Ministerratstagung stattgefundene Gespräch der Außenminister Cheysson (Frankreich), Genscher (Bundesrepublik) und Shultz (USA) sowie des Abteilungsleiters im britischen Außenministerium, Bullard, zu Deutschland- und Berlinfragen zusammen. | |
| 174 | 09.06. | Botschaftsrat Ehni, Brüssel (NATO), an das Auswärtige Amt | S. 903 |
| | | Ehni bewertet die Ministersitzung des Ausschusses für Verteidigungsplanung (DPC) der NATO und geht besonders auf die Rolle Dänemarks und Spaniens in der Allianz ein. Ferner erörtert er das Thema des Streitkräfteeinsatzes außerhalb des Vertragsgebiets der NATO und geht auf Forderungen nach Erhöhung der Infrastrukturmittel ein. | |
| 175 | 09.06. | Ministerialdirektor Pfeffer, z.Z. Paris, an das Auswärtige Amt | S. 907 |
| | | Pfeffer informiert über das Gespräch der Außenminister Cheysson (Frankreich), Genscher (Bundesrepublik) und Shultz (USA) sowie des Abteilungsleiters im britischen Außenministerium, Bullard, am Vorabend der NATO-Ministerratstagung. Erörtert wurden die amerikanische Verhandlungsposition bei START, die KSZE-Folgekonferenz in Madrid, der geplante Besuch von Papst Johannes Paul II. in Polen, die Entwicklung in Mittelamerika und die Haltung Spaniens gegenüber der NATO. | |
| 176 | 10.06. | Gespräch des Bundeskanzlers Kohl mit VN-Generalsekretär Pérez de Cuéllar | S. 917 |
| | | Schwerpunkte des Gesprächs sind die Vermittlungsversuche der Vereinten Nationen in Afghanistan, in Polen, im Libanon, im Irak und im Iran sowie im südlichen Afrika. Gleichfalls erörtert werden die INF-Verhandlungen, die Lage in Mittelamerika, die Weiterentwicklung der Europäischen Gemeinschaften sowie die VN-Konferenz für Handel und Entwicklung (UNCTAD VI) in Belgrad. | |

- | | | | |
|------------|--------|--|--------|
| 177 | 10.06. | Gespräch des Bundesministers Genscher mit VN-Generalsekretär Pérez de Cuéllar | S. 929 |
| | | Themen sind die Bemühungen der Contadora-Gruppe zur Lösung des Konflikts in Mittelamerika, die Lage im südlichen Afrika, die VN-Konferenz für Handel und Entwicklung (UNCTAD VI) in Belgrad, die Entwicklung in Kambodscha und die Bedeutung regionaler Zusammenschlüsse wie ASEAN. | |
| 178 | 10.06. | Botschafter Wieck, z. Z. Paris, an das Auswärtige Amt | S. 935 |
| | | Wieck berichtet von der NATO-Ministerratstagung und faßt die Erklärung des amerikanischen Außenministers Shultz zusammen, in deren Mittelpunkt die Ost-West-Beziehungen sowie die neue amerikanische START-Position standen. | |
| 179 | 10.06. | Botschafter Wieck, z. Z. Paris, an das Auswärtige Amt | S. 939 |
| | | Wieck resümiert die Erklärung des Bundesministers Genscher bei der NATO-Ministerratstagung, die Abrüstung und Rüstungskontrolle, insbesondere INF und KSZE, sowie Vorschläge zur Schaffung einer nuklearwaffenfreien Zone in Europa und zum Abschluß eines Gewaltverzichtsvertrags behandelte. | |
| 180 | 13.06. | Vortragender Legationsrat I. Klasse Seitz an Vortragenden Legationsrat Jansen, z. Z. Brüssel | S. 943 |
| | | Seitz berichtet über eine Sitzung der Studiengruppe „Internationale Sicherheit“ der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik (DGAP) zur Frage der Stationierung amerikanischer Mittelstreckensysteme. | |
| 181 | 16.06. | Aufzeichnung des Ministerialdirektors Pfeffer | S. 947 |
| | | Pfeffer stellt den Vermittlungsvorschlag des Ministerpräsidenten González für ein Schlußdokument der KSZE-Folgekonferenz in Madrid vor und erörtert die Frage, wie der bevorstehende Europäische Rat in Stuttgart darauf reagieren solle. | |
| 182 | 16.06. | Bundesminister Genscher an Bundesminister Stoltenberg | S. 952 |
| | | Genscher erläutert die Vereinbarung mit Rumänien vom 21. Mai über die Ausreise Deutschstämmiger und bittet darum, nunmehr die noch ausstehenden vierteljährlichen Sonderzahlungen wiederaufzunehmen. | |
| 183 | 20.06. | Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Hartmann | S. 955 |
| | | Hartmann befaßt sich mit den von Präsident Reagan am 8. Juni bekanntgegebenen Vorschlägen für die START-Verhandlungen und arbeitet die Änderungen gegenüber der bisherigen Position heraus. | |

-
- | | | |
|------------|--|--------|
| 184 | 21.06. Aufzeichnung des Ministerialdirektors Pfeffer | S. 959 |
| | <p>Im Anschluß an Forderungen der SPD-Fraktion, den Bundestag vor Beginn der Stationierung amerikanischer Mittelstreckensysteme erneut mit der Angelegenheit zu befassen, beschäftigt sich Pfeffer mit der Frage, wie diesen Wünschen Rechnung getragen werden könnte, wenn am vereinbarten Stationierungsplan festgehalten werden soll.</p> | |
| 185 | 21.06. Runderlaß des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Steinkühler | S. 962 |
| | <p>Steinkühler faßt die Ergebnisse der Tagung des Europäischen Rats in Stuttgart zusammen, auf der die Staats- und Regierungschefs über die Finanzierung des EG-Haushalts, die Gemeinsame Agrarpolitik, die EG-Erweiterung sowie die Entwicklung neuer Politiken, etwa hinsichtlich Technologie und Umweltschutz, berieten. Ferner informiert er über die Unterzeichnung der Feierlichen Deklaration zur Europäischen Union.</p> | |
| 186 | 23.06. Aufzeichnung des Ministerialdirektors Pfeffer | S. 967 |
| | <p>Pfeffer diskutiert die mögliche Reaktion der UdSSR auf die Entscheidung des Bundeskanzlers Kohl, amerikanische Mittelstreckensysteme erst nach dem 15. November stationieren zu lassen.</p> | |
| 187 | 24.06. Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem ägyptischen Außenminister Ali | S. 969 |
| | <p>Im Mittelpunkt stehen die Ost-West-Beziehungen und die Lage im Nahen Osten, vor allem der Libanon-Konflikt, die Entwicklung der PLO sowie die Rolle der UdSSR und Syriens. Weitere Themen sind die Außenpolitik Libyens, die ägyptisch-israelischen Beziehungen, der irakisch-iranische Krieg sowie bilaterale Fragen.</p> | |
| 188 | 25.06. Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem amerikanischen Botschafter Burns | S. 980 |
| | <p>Themen sind die Entscheidung des Bundeskanzlers Kohl, eine Stationierung von Pershing II erst nach dem 15. November vorzunehmen, und der Beschluß des Bundestags vom 23. Juni, im Lichte des Ergebnisses der INF-Verhandlungen erneut über die Dislozierung zu beraten.</p> | |
| 189 | 25.06. Gespräch des Bundeskanzlers Kohl mit dem amerikanischen Vizepräsidenten Bush in Krefeld | S. 983 |
| | <p>Kohl erläutert die Hintergründe für seine Entscheidung, vor dem 15. November keine amerikanischen Mittelstreckensysteme vom Typ „Pershing II“ in der Bundesrepublik aufstellen zu lassen. Er berichtet außerdem über den Beschluß des Bundestags vom 23. Juni zu einer weiteren Debatte über die Stationierung.</p> | |

- Weiteres Thema sind die Proteste am Rande des Besuchs von Bush in Krefeld.
- 190** 28.06. Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem japanischen Außenminister Abe in Bangkok S. 988
- Auf japanischen Wunsch erörtern die Gesprächspartner die Frage, ob in den Vereinten Nationen eine Streichung der Artikel 53 und 107 der VN-Charta („Feindstaatenklauseln“) angestrebt werden solle.
- 191** 28.06. Vortragender Legationsrat Jansen, z.Z. Bangkok, an das Auswärtige Amt S. 991
- Jansen faßt ein Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem amerikanischen Außenminister Shultz über den Beschluß des Bundestags vom 23. Juni zur Stationierung von Pershing II zusammen. Weitere Themen waren die bevorstehenden Gespräche von Bundeskanzler Kohl und von Genscher in der UdSSR sowie MBFR und der Stand der KSZE-Folgekonferenz in Madrid.
- 192** 29.06. Vortragender Legationsrat I. Klasse Martius an die Botschaft in Washington S. 996
- Martius unterrichtet die Botschaft über amerikanische Bedenken hinsichtlich der Erklärung des Europäischen Rats in Stuttgart zur Situation in Mittelamerika und übermittelt den Text eines Schreibens des amerikanischen Außenministers Shultz, in dem dieser zu Presseäußerungen des Bundesministers Genscher vom 15. Mai Stellung nimmt.
- 193** 30.06. Gespräch des Bundeskanzlers Kohl mit dem Leiter der amerikanischen INF-Delegation, Nitze, und dem Leiter der amerikanischen KSZE-Delegation, Kampelman S. 999
- Die Teilnehmer erörtern den bevorstehenden Besuch von Kohl in der UdSSR, die INF-Verhandlungen und den Zeitplan für die Stationierung von Pershing II nach dem Beschluß des Bundestags vom 23. Juni.
- 194** 30.06. Runderlaß des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Steinkühler S. 1003
- Steinkühler informiert über das Dialogtreffen der Außenminister der ASEAN-Mitgliedstaaten mit denen Australiens, Japans, Kanadas, Neuseelands, der USA und der EG-Troika sowie mit einem Vertreter der EG-Kommission in Bangkok. Im Mittelpunkt standen weltpolitische Themen und Nord-Süd-Fragen, insbesondere die VN-Konferenz für Handel und Entwicklung (UNCTAD VI).

-
- 195** 01.07. Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem S. 1007
Abteilungsleiter im amerikanischen Außenministerium,
Burt, und dem Leiter der amerikanischen INF-
Delegation, Nitze
- Die Gesprächspartner erörtern die Stationierung amerikanischer Mittelstreckensysteme, die INF-Verhandlungen und START, den Zeitpunkt der Eröffnung einer KAE sowie den politischen Konsultationsmechanismus zwischen den EG-Mitgliedstaaten und den USA („EPZ-Troika“).
- 196** 02.07. Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem S. 1015
Leiter der amerikanischen KSZE-Delegation,
Kampelman, in Wachtberg-Pech
- Kampelman bewertet den Stand der KSZE-Folgekonferenz in Madrid und berichtet von seinen vertraulichen Gesprächen mit dem stellvertretenden Leiter der sowjetischen KSZE-Delegation, Kondraschow, über „humanitäre Gesten“ der UdSSR. Weiteres Thema ist der Beginn einer KAE.
- 197** 02.07. Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse S. 1021
Edler von Braunmühl
- Braunmühl vermerkt ein Gespräch des Bundesministers Genscher mit einem Emissär von Papst Johannes Paul II., dem Leiter des Pressebüros des polnischen Episkopats, Orszulik, und dem Sekretär der Deutschen Bischofskonferenz, Homeyer. Themen waren die Lage in Polen nach dem Papstbesuch und dessen Bedeutung für die westliche Polenpolitik. Behandelt wurden ferner das Landwirtschaftsprojekt der katholischen Kirche und die Umschuldung der polnischen Verbindlichkeiten.
- 198** 04.07. Runderlaß des Vortragenden Legationsrats I. Klasse S. 1027
Steinkühler
- Steinkühler informiert über die Sondertagung des Europäischen Parlaments am 29./30. Juni in Straßburg aus Anlaß der Beendigung der EG-Ratspräsidentschaft der Bundesrepublik, bei der Bundeskanzler Kohl und Bundesminister Genscher Bilanz zogen und über die Tagung des Europäischen Rats vom 17. bis 19. Juni in Stuttgart berichteten.
- 199** 05.07. Botschafter Meyer-Landrut, Moskau, an das S. 1030
Auswärtige Amt
- Meyer-Landrut berichtet über das deutsch-sowjetische Regierungsgespräch vom Vortag, in dem Bundeskanzler Kohl und Ministerpräsident Tichonow ihre Positionen zum Stand der bilateralen Beziehungen sowie zu den Ost-West-Beziehungen vortrugen, insbesondere zu den INF-Verhandlungen, zur KSZE-Folgekonferenz in Madrid und zum Vorschlag der Warschauer-Pakt-Staaten für ein Gewaltverzichtsabkommen.

- 200** 05.07. Gespräch des Bundeskanzlers Kohl mit dem Generalsekretär des ZK der KPdSU, Andropow, in Moskau S. 1035
- Im Zentrum stehen die Durchführung des NATO-Doppelbeschlusses, vor allem die Antwort der UdSSR auf eine Stationierung amerikanischer Mittelstreckensysteme, die Zukunft der Rüstungskontrolle und die Aussichten für ein sowjetisch-amerikanisches Gipfeltreffen. Des weiteren werden der Vorschlag der Warschauer-Pakt-Staaten zum Abschluß eines Gewaltverzichtsvertrags und die Entwicklung der bilateralen Beziehungen erörtert.
- 201** 05.07. Oberstleutnant i. G. Graf von Pfeil und Klein Ellguth, Bern, an das Auswärtige Amt S. 1047
- Pfeil resümiert ein Gespräch des Bundesministers Wörner mit dem schweizerischen Verteidigungsminister Chevallaz über den Erwerb von 420 Kampfpanzern des Typs „Leopard II“ durch die Schweiz auf der Grundlage einer Lizenzproduktion und wirtschaftlicher Kompensationen.
- 202** 05.07. Ministerialdirektor Pfeffer, z. Z. Moskau, an das Auswärtige Amt S. 1051
- Pfeffer informiert über den ersten Teil des Gesprächs des Bundesministers Genscher mit dem sowjetischen Außenminister Gromyko. Themen waren die Beendigung der KSZE-Folgekonferenz in Madrid und der Beginn einer KAE, darüber hinaus die bilateralen Beziehungen, vor allem humanitäre und Fragen der wirtschaftlichen Zusammenarbeit, sowie die innerdeutschen Beziehungen.
- 203** 05.07. Botschafter Ruth, z. Z. Moskau, an das Auswärtige Amt S. 1058
- Ruth faßt den INF-Teil des Gesprächs des Bundesministers Genscher mit dem sowjetischen Außenminister Gromyko zusammen, in dem beide Seiten noch einmal ihre Haltung zum NATO-Doppelbeschluß darlegten.
- 204** 06.07. Botschafter Meyer-Landrut, Moskau, an das Auswärtige Amt S. 1060
- Meyer-Landrut berichtet über das zweite Gespräch des Bundeskanzlers Kohl mit dem Generalsekretär des ZK der KPdSU, Andropow, am Vortag. Themen waren die innerdeutschen Beziehungen und bilaterale Fragen, darunter der Rückgang der Ausreisezahlen, der Fall Rudolf Heß sowie der Schutz der Umwelt und die Wiederaufnahme der Gespräche über den Abschluß bilateraler Verträge.
- 205** 06.07. Botschafter Ruth, z. Z. Moskau, an das Auswärtige Amt S. 1065
- Ruth informiert über das Gespräch des Bundeskanzlers Kohl und des Bundesministers Genscher mit dem sowjetischen Ver-

- teidigungsminister Ustinow am Vortag über Fragen der Abrüstung und Rüstungskontrolle. Behandelt wurden vor allem die Aussichten für die INF-Verhandlungen.
- 206** 06.07. Botschafter Kastl, Madrid (KSZE-Delegation), an das Auswärtige Amt S. 1070
- Kastl bewertet die Bemühungen des Leiters der amerikanischen KSZE-Delegation, Kampelman, um eine Verbesserung der sowjetischen Menschenrechtspolitik, die Voraussetzung für eine Zustimmung der USA zum Abschluß der KSZE-Folgekonferenz in Madrid sei.
- 207** 07.07. Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem Leiter der Ständigen Vertretung der DDR, Moldt S. 1073
- Genscher berichtet von den Gesprächen mit der sowjetischen Regierung in Moskau. Weiter werden Themen der Abrüstung und Rüstungskontrolle, die Frage eines Abschlusses der KSZE-Folgekonferenz in Madrid auf Ministerebene sowie mögliche Treffen zwischen Genscher und dem Außenminister der DDR, Fischer, behandelt.
- 208** 07.07. Runderlaß des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Steinkühler S. 1077
- Steinkühler informiert über die VN-Konferenz für Handel und Entwicklung (UNCTAD VI) in Belgrad, die mit einer Erklärung zur Lage der Weltwirtschaft und mit Ergebnissen in den Bereichen Rohstoffe, Handel sowie Währung und Finanzen zu Ende ging.
- 209** 08.07. Aufzeichnung des Botschafters Hansen, z. Z. Bonn S. 1081
- Hansen erörtert mögliche Reaktionen Israels im Falle der Lieferung von Kampfpanzern des Typs „Leopard II“ an Saudi-Arabien und unterbreitet Vorschläge, wie Bundeskanzler Kohl die Angelegenheit bei seinem geplanten Besuch mit der israelischen Regierung behandeln solle.
- 210** 11.07. Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem amerikanischen Außenminister Shultz in Washington S. 1085
- Themen sind der Besuch des Bundeskanzlers Kohl und des Bundesministers Genscher in der UdSSR, die INF-Verhandlungen sowie ein baldiger Abschluß der KSZE-Folgekonferenz in Madrid.
- 211** 11.07. Botschafter Hermes, Washington, an das Auswärtige Amt S. 1089
- Hermes berichtet über ein weiteres Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem amerikanischen Außenminister Shultz. Im Zentrum standen die Vorbereitung der KAE, die Umschuldung der polnischen Verbindlichkeiten und das Landwirtschafts-

projekt der katholischen Kirche in Polen sowie die Reise von Shultz nach Asien und in den Nahen Osten. Weitere Themen waren die Ausreisevereinbarung zwischen der Bundesrepublik und Rumänien, Namibia, die Beschränkung europäischer Edelmetalllexporte in die USA und die Lage in Mittelamerika.

- 212** 11.07. Botschafter Hermes, Washington, an das Auswärtige S. 1093
 Amt

Hermes faßt das Gespräch des Bundesministers Genscher mit Präsident Reagan zusammen. Genscher gab einen Überblick über die Gespräche während des Besuchs des Bundeskanzlers Kohl in der UdSSR, und sprach die INF-Verhandlungen, den Abschluß der KSZE-Folgekonferenz in Madrid sowie die Entsendung eines Botschafters der Bundesrepublik nach El Salvador an.

- 213** 12.07. Botschafter Ruth, z. Z. Washington, an das Auswärtige S. 1096
 Amt

Ruth resümiert seine Gespräche mit der amerikanischen Regierung über Themen der Rüstungskontrolle. Im Fokus stand die Intensivierung der Konsultationen. Ferner wurden die Themen INF und START erörtert, besonders Fragen zu globalen und regionalen Obergrenzen, zur Einbeziehung von Drittstaatensystemen, zu den Kurzstreckensystemen und zur Verifikation.

- 214** 13.07. Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse S. 1100
 von Ploetz

Ploetz faßt eine Unterredung des Bundesministers Genscher mit zwei amerikanischen Ärzten zusammen, die auf Wunsch des amerikanischen Außenministers Shultz stattfand. Erörtert wurde der Gesundheitszustand des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Andropow.

- 215** 13.07. Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats S. 1102
 Horstmann

Horstmann vermerkt die Ergebnisse eines am Vortrag geführten Gesprächs der Bundesminister Genscher und Warnke über die Rahmenplanung für die Entwicklungshilfe, insbesondere über die vom Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit angestrebten Kürzungen für afrikanische Staaten.

- 216** 13.07. Botschafter Gehlhoff, Rom (Vatikan), an das Auswärtige S. 1106
 Amt

Gehlhoff berichtet über eine Unterredung mit Kardinalstaatssekretär Casaroli zum Besuch von Papst Johannes Paul II. in Polen und zu möglichen Folgerungen für die westliche Polenpolitik.

-
- 217** 13.07. Botschafter Wieck, Brüssel (NATO), an das Auswärtige Amt S. 1109
- Wieck resümiert die Konsultationen des Ständigen NATO-Rats mit dem Sonderbeauftragten des amerikanischen Präsidenten, Stoessel. Gegenstand war die Frage, wie auch nach Abschluß der KSZE-Folgekonferenz in Madrid auf die Verwirklichung der Menschenrechte vor allem in Osteuropa hingewirkt werden könne.
- 218** 14.07. Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem Staatsratsvorsitzenden Schiwkow in Sofia S. 1114
- Themen sind die INF-Verhandlungen in Genf, die Folgen einer Stationierung amerikanischer Mittelstreckensysteme in Europa und die Aussichten für ein amerikanisch-sowjetisches Gipfeltreffen. Außerdem werden der bevorstehende Abschluß der KSZE-Folgekonferenz in Madrid, der Besuch von Genscher und Bundeskanzler Kohl in der UdSSR, die Rolle der Bundesrepublik in den internationalen Beziehungen und ihr Verhältnis zur DDR erörtert.
- 219** 17.07. Vortragender Legationsrat I. Klasse Edler von Braumnühl, z. Z. Varna, an das Auswärtige Amt S. 1124
- Braumnühl bewertet den Meinungsaustausch des Bundesministers Genscher mit der bulgarischen Regierung. Dabei geht er insbesondere auf die Aussichten für eine Fortsetzung der Entspannungspolitik ein.
- 220** 20.07. Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem Leiter der amerikanischen START-Delegation, Rowny S. 1126
- Rowny informiert über den Stand der START-Verhandlungen nach Vorlage eines amerikanischen Vertragsentwurfs und sowjetischer Gegenvorschläge. Weitere Themen sind die Gespräche von Genscher in der UdSSR und Bulgarien sowie die Frage einer Zusammenlegung der INF-Verhandlungen und START.
- 221** 25.07. Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem jugoslawischen Außenminister Mojsow in Bischofsgrün S. 1132
- Im Mittelpunkt stehen die INF-Verhandlungen, die mögliche Reaktion der UdSSR auf eine Stationierung amerikanischer Mittelstreckensysteme und die Hintergründe der sowjetischen Entscheidung, Nuklearsysteme des Typs „SS-20“ zu stationieren.
- 222** 25.07. Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem jugoslawischen Außenminister Mojsow in Bischofsgrün S. 1138
- Zentrale Themen sind die Weiterentwicklung der Nord-Süd-Beziehungen nach Beendigung der VN-Konferenz für Handel und Entwicklung (UNCTAD VI), ferner die Chancen, die regionalen Konflikte in Mittelamerika, Afrika und dem Nahen Osten beizulegen.

- 223** 25.07. Runderlaß des Vortragenden Legationsrats I. Klasse S. 1144
Steinkühler
Steinkühler bilanziert den Verlauf der KSZE-Folgekonferenz nach der Einigung auf ein Schlußdokument und gewichtet den Beitrag der Bundesrepublik zu einem positiven Abschluß.
- 224** 25.07. Botschafter Boss, Wien (MBFR-Delegation), an das S. 1149
Auswärtige Amt
Boss resümiert die 30. Runde der MBFR-Verhandlungen und bewertet den von den teilnehmenden Warschauer-Pakt-Staaten am 23. Juni vorgelegten Vertragsentwurf, auf den eine westliche Reaktion in der nächsten Verhandlungsrunde erfolgen müsse.
- 225** 26.07. Botschafter Wegener, Genf (Delegation beim S. 1153
Abrüstungsausschuß), an das Auswärtige Amt
Wegener berichtet über ein Gespräch mit dem Unterabteilungsleiter im amerikanischen Verteidigungsministerium, Watson, über die wachsenden sowjetischen Fähigkeiten zur chemischen Kriegführung und die Notwendigkeit, die amerikanischen Kapazitäten in diesem Bereich auszubauen.
- 226** 26.07. Botschafter Ruth, z. Z. Brüssel, an das Auswärtige Amt S. 1158
Ruth faßt die Sitzung der Special Consultative Group (SCG) der NATO zusammen. Schwerpunkte waren das weitere Vorgehen der UdSSR angesichts der bevorstehenden Stationierung amerikanischer Mittelstreckensysteme und mögliche westliche Reaktionen.
- 227** 28.07. Aufzeichnung des Ministerialdirektors Fischer S. 1162
Fischer äußert sich zur Möglichkeit eines baldigen Beitrittsantrags der Türkei zu den Europäischen Gemeinschaften und macht Vorschläge, wie der türkischen Regierung die Bedenken der EG-Mitgliedstaaten vermittelt werden könnten.
- 228** 28.07. Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse S. 1168
Schenk
Schenk resümiert das Treffen der Politischen Direktoren der Außenministerien der Bundesrepublik, Frankreichs, Großbritanniens und der USA. Themen waren die Unterstützung des Landwirtschaftsprojekts der katholischen Kirche in Polen sowie die Wiederaufnahme der Verhandlungen über eine Umschuldung der polnischen Verbindlichkeiten und der politischen Kontakte mit Polen auf hoher Ebene.
- 229** 29.07. Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats von Berg S. 1173
Berg erläutert und bewertet zwei Papiere zum Ausbau der innerdeutschen Beziehungen und zum Grenzregime der DDR, die

der Generalsekretär des ZK der SED, Honecker, dem bayerischen Ministerpräsidenten Strauß am 24. Juli in der DDR übergeben habe.

- 230** 01.08. Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem österreichischen Außenminister Lanc auf Schloß Kleßheim S. 1177
- Die Gesprächspartner erörtern gegenseitige Besuche, eine grenzüberschreitende Zusammenarbeit insbesondere beim Umweltschutz und die Kooperation zwischen den Europäischen Gemeinschaften und der EFTA. Weitere Themen sind die Umschuldung der polnischen Verbindlichkeiten und das Landwirtschaftsprojekt der katholischen Kirche in Polen sowie die Lage in Mittelamerika und im Nahen Osten.
- 231** 08.08. Gesandter Pabsch, Washington, an das Auswärtige Amt S. 1183
- Pabsch gibt die Information des amerikanischen Verteidigungsministeriums weiter, daß im Zusammenhang mit dem von Veteranen des Vietnamkriegs angestrebten Prozeß gegen die Hersteller des Entlaubungsmittels „Agent Orange“ vom Gericht geheime Dokumente angefordert worden seien, in denen die Namen von Wissenschaftlern aus der Bundesrepublik genannt würden. Das Pentagon bitte diese Personen zu befragen, ob aus Gründen des Persönlichkeitsschutzes die Herausgabe der Dokumente verweigert werden sollte.
- 232** 09.08. Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Citron S. 1186
- Citron resümiert die vierte Runde der START-Verhandlungen, in der die USA eine flexiblere Position hinsichtlich der Höchstgrenzen für ballistische Raketen eingenommen hätten. Auch die UdSSR habe Entgegenkommen gezeigt, indem sie ihre Vorschläge präzisiert habe.
- 233** 09.08. Botschafter Wegener, Genf (Delegation beim Abrüstungsausschuß), an das Auswärtige Amt S. 1190
- Wegener erörtert die Frage, warum nach einem erfolgversprechenden Beginn der Verhandlungen über ein Verbot chemischer Waffen das Interesse an einem Vertragsabschluß erlahmt ist.
- 234** 15.08. Treffen der Politischen Direktoren der Außenministerien der Bundesrepublik, Frankreichs, Großbritanniens und der USA S. 1197
- Im Mittelpunkt stehen die KAE in Stockholm, insbesondere deren organisatorische Vorbereitung, und die Überprüfung der amerikanischen Position für die bevorstehende Runde der INF-Verhandlungen. Thematisiert wird auch START.

- 235** 16.08. Aufzeichnung des Ministerialdirektors Pfeffer S. 1203
- Im Zusammenhang mit einer Stellungnahme des BND zur Bedrohungsperzeption der UdSSR bei einer Stationierung von amerikanischen GLCM und Pershing-II-Raketen weist Pfeffer auf die unterschiedliche Abschreckungswirkung der beiden Waffensysteme hin.
- 236** 16.08. Drahterlaß des Ministerialdirektors Pfeffer S. 1205
- Pfeffer informiert über das Treffen der Politischen Direktoren der Außenministerien der Bundesrepublik, Frankreichs, Großbritanniens und der USA am Vortag. Im Zentrum standen der durch Malta verzögerte Abschluß der KSZE-Folgekonferenz in Madrid, das Landwirtschaftsprojekt der katholischen Kirche in Polen und eine IWF-Mitgliedschaft Polens, die amerikanisch-sowjetischen Beziehungen sowie die Lage in Chile, in Mittelamerika, im Tschad und in Afghanistan.
- 237** 16.08. Botschafter Ruth an die Botschafter Hermes, S. 1214
Washington, und Ruhfus, London
- Ruth übermittelt den Beschluß des Bundessicherheitsrats vom 13. Juli zu einer neuen MBFR-Initiative und weist die Botschafter an, den Gesprächspartnern bei der Übergabe zu erläutern, warum die Bundesregierung eine solche Initiative für politisch wichtig hält.
- 238** 16.08. Vortragender Legationsrat Pöhlmann an die Botschaft S. 1217
in Washington
- Pöhlmann befürwortet eine Zustimmung zum VN-Waffenübereinkommen von 1980 einschließlich Brandwaffenprotokoll, um die amerikanische Regierung davon abzubringen, Vorbehalte gegen das Brandwaffenprotokoll einzulegen bzw. auf eine Ratifizierung des gesamten Übereinkommens zu verzichten.
- 239** 17.08. Runderlaß des Vortragenden Legationsrats Karkow S. 1220
- Karkow informiert über die Ergebnisse der zweiten Weltrassismuskonferenz in Genf, auf der kein Konsens über die Kapitel der Schlußerklärung zum Nahen Osten und zu Südafrika erzielt werden können.
- 240** 18.08. Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse S. 1223
Hartmann
- Hartmann befaßt sich mit amerikanischen Bemühungen um eine Intensivierung der Kontakte mit der UdSSR zur Rüstungskontrolle. In diesem Zusammenhang weist er vor allem auf die angestrebte Verschärfung der Bedingungen für Nuklearexporte hin.

-
- | | | | |
|------------|--------|---|---------|
| 241 | 23.08. | Aufzeichnung des Ministerialdirektors Pfeffer | S. 1227 |
| | | Pfeffer analysiert das Schreiben des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Andropow, vom 12. August an Bundeskanzler Kohl und stellt Überlegungen zu der von beiden Seiten gewünschten Zusammenarbeit beim Umweltschutz an. | |
| 242 | 23.08. | Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Citron | S. 1232 |
| | | Citron erläutert den sowjetischen Entwurf für ein Abkommen über das Verbot der Anwendung von Gewalt im Weltraum und aus dem Weltraum gegen die Erde. Er äußert die Sorge, daß dadurch die amerikanische Haltung zur Arbeitsgruppe „Rüstungskontrolle im Weltraum“ erschwert werde, die im Rahmen des Abrüstungsausschusses in Genf gebildet werden solle. | |
| 243 | 23.08. | Vortragender Legationsrat Jansen an Botschafter Hermes, Washington | S. 1237 |
| | | Jansen übermittelt das Antwortschreiben des Bundesministers Genscher auf die Bitte des amerikanischen Vizepräsidenten Bush, ihm für seine Besuche in Rumänien, Ungarn, Jugoslawien und Österreich Hinweise zu geben, besonders für die Präsentation der westlichen Politik gegenüber der UdSSR. | |
| 244 | 29.08. | Botschafter Ruth, z. Z. Washington, an das Auswärtige Amt | S. 1243 |
| | | Ruth berichtet über seine Gespräche mit dem Abteilungsleiter im amerikanischen Außenministerium, Burt, zu möglichen neuen Vorschlägen bei der Wiederaufnahme der INF-Verhandlungen. | |
| 245 | 30.08. | Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse von Ploetz | S. 1247 |
| | | Ploetz rekapituliert die Beratungen innerhalb der Bundesregierung und mit der israelischen Regierung im Vorfeld der kurzfristigen Absage des Besuchs des Bundeskanzlers Kohl in Israel, die durch den Rücktritt des Ministerpräsidenten Begin ausgelöst worden sei. | |
| 246 | 31.08. | Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem chinesischen Botschafter An Zhiyuan | S. 1251 |
| | | An Zhiyuan antwortet auf den von Genscher am 21. Juli übermittelten Wunsch des Heiligen Stuhls, einen direkten Gesprächskontakt zur chinesischen Regierung herzustellen, um über Möglichkeiten zur Normalisierung der Beziehungen zu beraten. | |

- 247** 31.08. Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats Jansen S. 1253
- Jansen resümiert Gespräche des Bundesministers Genscher mit den Außenministern Andreotti (Italien), Cheysson (Frankreich) und Howe (Großbritannien) zur Abstimmung der Position zu den INF-Verhandlungen.
- 248** 31.08. Aufzeichnung des Ministerialdirektors Pfeffer S. 1260
- Pfeffer legt eine Aufzeichnung zu denkbaren politischen Maßnahmen im zweiten Halbjahr 1983 vor. Sie sollen vor allem auf die Öffentlichkeit und die osteuropäischen Staaten wirken und die innen- und außenpolitische Abschirmung der Nachrüstung bezwecken.
- 249** 02.09. Aufzeichnung des Ministerialdirektors Pfeffer S. 1271
- Pfeffer unterrichtet über die Bitte der amerikanischen Regierung, Munitionslieferungen für die libanesische Armee aus Depots der amerikanischen Streitkräfte in der Bundesrepublik ausfliegen zu dürfen.
- 250** 03.09. Botschafter Ruth, z.Z. Brüssel, an das Auswärtige Amt S. 1274
- Ruth informiert über die Sitzung der Special Consultative Group (SCG) der NATO. Themen waren das weitere Vorgehen bei den INF-Verhandlungen nach dem Abschluß eines südkoreanischen Passagierflugzeugs durch die UdSSR sowie die Demonstrationen der Friedensbewegung in Ramstein und Mutlangen.
- 251** 05.09. Gespräch des Botschafters Ruth mit dem Leiter der amerikanischen INF-Delegation, Nitze S. 1277
- Erörtert wird die bevorstehende sechste Runde der INF-Verhandlungen. Dabei steht die Frage im Mittelpunkt, wie der Anstoß zu einer neuen amerikanischen Initiative gegeben werden könne.
- 252** 05.09. Botschafter Ruth an Bundesminister Genscher, z.Z. Belgrad S. 1280
- Ruth berichtet über das Gespräch des Bundeskanzlers Kohl mit dem Leiter der amerikanischen INF-Delegation, Nitze. Behandelt wurde vor allem ein Schreiben Kohls an Präsident Reagan über eine neue amerikanische INF-Initiative.
- 253** 05.09. Vortragender Legationsrat I. Klasse von Boehmer an die Botschaft in Washington S. 1282
- Im Zusammenhang mit der Produzentenhaftungsklage amerikanischer Vietnamkriegsveteranen gegen Hersteller des Entlaubungsmittels „Agent Orange“ gibt Boehmer Informationen zu der Frage weiter, ob deutsche Wissenschaftler an dessen Entwicklung beteiligt gewesen seien.

-
- | | | | |
|------------|--------|--|---------|
| 254 | 05.09. | Botschafter Buchrucker, Maputo, an das Auswärtige Amt | S. 1284 |
| | | Buchrucker berichtet über die mosambikanische Forderung nach Abberufung des Kanzlers I. Klasse Büttner, gegen den fälschlicherweise Spionagevorwürfe erhoben würden. | |
| 255 | 06.09. | Botschaftsrat I. Klasse Gerz, Belgrad, an das Auswärtige Amt | S. 1289 |
| | | Gerz faßt ein Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem jugoslawischen Außenminister Mojsov zusammen. Themen waren die KSZE-Folgekonferenz in Madrid und Abrüstungsfragen, insbesondere die INF-Verhandlungen, die KAE und die Schaffung nuklearwaffenfreier Zonen in Europa. Ferner wurden der Nahost-Konflikt und die Beziehungen zwischen der UdSSR und der Volksrepublik China besprochen. | |
| 256 | 06.09. | Gesandter Wallau, Washington, an das Auswärtige Amt | S. 1295 |
| | | Wallau erörtert die Reaktionen der amerikanischen Regierung auf den Abschluß eines südkoreanischen Passagierflugzeugs durch die UdSSR, vor allem hinsichtlich des Luftverkehrs, des KSZE-Prozesses und der Rüstungskontrollgespräche mit der UdSSR. | |
| 257 | 07.09. | Botschafter Böcker, Bagdad, an das Auswärtige Amt | S. 1299 |
| | | Böcker berichtet von seinem Antrittsbesuch bei Präsident Saddam Hussein, bei dem dieser zur Frage einer Lieferung von Panzern des Typs „Leopard II“ an Saudi-Arabien Stellung genommen habe. | |
| 258 | 08.09. | Gespräch der Außenminister der EG-Mitgliedstaaten in Madrid | S. 1301 |
| | | Im Zentrum steht der Abschluß eines südkoreanischen Passagierflugzeugs durch die UdSSR und die Frage, wie angesichts amerikanischer Forderungen nach harten Sanktionen darauf reagiert werden solle. | |
| 259 | 08.09. | Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Seitz | S. 1305 |
| | | Seitz informiert über die Bemühungen des Bundesverbands der Deutschen Industrie, angesichts eines drohenden Wettbewerbsverlusts eine Strategie für eine europäische Technologiepolitik zu entwickeln. | |
| 260 | 08.09. | Aufzeichnung des Ministerialdirigenten Schauer | S. 1308 |
| | | Schauer resümiert die Haltung der Washingtoner Botschaftergruppe zum Vorschlag des Oberbefehlshabers Live Oak, Rogers, die militärische Eventualfallplanung der Drei Mächte für Berlin zu überarbeiten. | |

-
- | | | | |
|------------|--------|--|---------|
| 268 | 15.09. | Botschafter Meyer-Landrut, Moskau, an das
Auswärtige Amt | S. 1340 |
| | | Meyer-Landrut informiert über die Verschlechterung der Lebensumstände des sowjetischen Atomphysikers Sacharow und seiner Ehefrau in Gorki. | |
| 269 | 16.09. | Gespräch des Bundeskanzlers Kohl mit einer
Delegation des niederländischen Parlaments | S. 1343 |
| | | Kohl und die niederländischen Abgeordneten diskutieren über die Implementierung des NATO-Doppelbeschlusses und die niederländische Haltung zu einer Stationierung amerikanischer Mittelstreckensysteme in der Bundesrepublik. | |
| 270 | 21.09. | Gespräche des Bundeskanzlers Kohl mit
Premierministerin Thatcher | S. 1352 |
| | | Erörtert werden die INF-Verhandlungen in Genf und die Ausführung des NATO-Doppelbeschlusses. Weitere Themen sind die wirtschaftliche Lage in beiden Ländern, die Weiterentwicklung des „Airbus“ und EG-Fragen, vor allem die EG-Agrarpolitik. | |
| 271 | 23.09. | Gespräch des Bundeskanzlers Kohl mit
Ministerpräsident Craxi | S. 1364 |
| | | Im Mittelpunkt stehen die INF-Verhandlungen und die Implementierung des NATO-Doppelbeschlusses, besonders die Beachtung des Zeitplans für die Stationierung amerikanischer Mittelstreckensysteme. Ferner wird die Fortentwicklung der Europäischen Gemeinschaften erörtert. | |
| 272 | 23.09. | Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem
italienischen Außenminister Andreotti | S. 1376 |
| | | Die Außenminister befassen sich mit der Durchführung des NATO-Doppelbeschlusses. Besprochen werden ferner die Einbeziehung der Drittstaatsysteme in die Rüstungskontrolle und die Lehren aus der Kuba-Krise von 1962. | |
| 273 | 23.09. | Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem
italienischen Außenminister Andreotti | S. 1380 |
| | | Im Zentrum stehen die Wiederwahl der UdSSR in den ICAO-Rat, die Lage im Libanon, die Beteiligung der Bundeswehr an VN-Friedenstruppen und die voraussichtliche Entwicklung der Ost-West-Beziehungen nach einer Stationierung amerikanischer Mittelstreckensysteme in Europa. | |
| 274 | 23.09. | Gespräch des Bundeskanzlers Kohl mit Präsident
Bagaza | S. 1385 |
| | | Themen sind die bilateralen Beziehungen und die wirtschaftliche Lage in Burundi, ferner der Konflikt im Tschad und Fragen der Entwicklungspolitik. | |

- | | | |
|------------|--|---------|
| 275 | 23.09. Gespräch des Bundeskanzlers Kohl mit Präsident Shagari | S. 1390 |
| | Erörtert werden die wirtschafts- und entwicklungspolitische Zusammenarbeit mit Nigeria, insbesondere dessen Zahlungsschwierigkeiten, sowie der Konflikt im Tschad. | |
| 276 | 23.09. Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse von Ploetz | S. 1394 |
| | Ploetz protokolliert eine Hausbesprechung über Möglichkeiten, das ausgefallene Treffen des Bundesministers Genscher mit dem sowjetischen Außenminister Gromyko am Rande der VN-Generalversammlung in New York an einem dritten Ort nachzuholen. | |
| 277 | 23.09. Aufzeichnung des Ministerialdirektors Gorenflos | S. 1397 |
| | Gorenflos unterrichtet über die Bitte der Firma Bayer AG, durch die Botschaft in Tel Aviv Urkunden über den Verkauf einer Tochterfirma in Israel legalisieren zu lassen. Gorenflos legt die unterschiedlichen Ansichten der Abteilungen zu der Frage dar, inwieweit dadurch eine Beteiligung amtlicher Stellen der Bundesrepublik am Israel-Boykott der Arabischen Liga gegeben sei. | |
| 278 | 26.09. Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Schlagintweit | S. 1401 |
| | Schlagintweit resümiert ein Gespräch des Staatssekretärs von Würzen, Bundesministerium für Wirtschaft, mit dem Staatssekretär im iranischen Außenministerium, Kazempour Ardebili, in Teheran über den Export von Rüstungsgütern in den Iran. | |
| 279 | 27.09. Aufzeichnung des Ministerialdirektors Fischer | S. 1405 |
| | Fischer informiert über den Versuch von in der amerikanischen Botschaft tätigen CIA-Mitarbeitern, vertrauliche Unterlagen über laufende COCOM-Anträge beim Bundesamt für gewerbliche Wirtschaft zu erhalten, und unterbreitet Vorschläge zum weiteren Vorgehen. | |
| 280 | 27.09. Ministerialdirigent Schauer an Bundesminister Genscher, z. Z. New York | S. 1408 |
| | Schauer analysiert die Studie der High Level Group (HLG) der Nuklearen Planungsgruppe über Umfang und Zusammensetzung des künftigen Nuklearwaffenarsenals der NATO. | |
| 281 | 27.09. Ministerialdirektor Pfeffer, z. Z. New York, an das Auswärtige Amt | S. 1413 |
| | Pfeffer unterrichtet über das Gespräch des Bundesministers Genscher mit den Außenministern Cheysson (Frankreich), Howe (Großbritannien) und Shultz (USA). Im Mittelpunkt standen | |

der Abschuß eines südkoreanischen Passagierflugzeugs durch die UdSSR, die INF-Verhandlungen, die Kontroverse zwischen den USA und den Europäischen Gemeinschaften über die Agrarpolitik sowie der Namibia-Konflikt und der irakisch-iranische Krieg.

- 282** 28.09. Aufzeichnung des Ministerialdirigenten Montfort S. 1421
- Montfort befaßt sich mit dem südafrikanischen Wunsch, einen neuen Militärattaché nach Bonn zu entsenden, und erörtert mögliche Gegenleistungen der Regierung in Pretoria.
- 283** 29.09. Aufzeichnung des Ministerialdirigenten Ungerer S. 1425
- Ungerer berichtet, die Initiative des Präsidenten Reagan für ein Treffen der nuklearen Hauptlieferländer zur Überprüfung der „Comprehensive Safeguards“ stoße bei der Bundesrepublik und anderen westlichen Staaten aus inhaltlichen und prozeduralen Gründen auf Vorbehalte.
- 284** 30.09. Vortragender Legationsrat Jansen an Vortragenden S. 1430
Legationsrat I. Klasse von Ploetz, z. Z. New York
- Jansen informiert über die Sitzung des Unterausschusses Abrüstung und Rüstungskontrolle des Bundestags am 28. September, bei der vor allem CDU-Abgeordnete die amerikanischen Vorschläge für eine verbesserte Zwischenlösung bei den INF-Verhandlungen kritisiert hätten.
- 285** 03.10. Drahterlaß des Ministerialdirigenten Haas S. 1432
- Haas teilt mit, die UdSSR habe über Präsident Nyerere die Bundesregierung gebeten, sich für die Freilassung von in Mosambik entführten sowjetischen Staatsangehörigen einzusetzen. Auf Weisung des Bundesministers Genscher solle dieses Anliegen der südafrikanischen Regierung vorgetragen werden.
- 286** 03.10. Botschafter van Well, New York (VN), an das S. 1434
Auswärtige Amt
- Van Well resümiert die Gespräche des Bundesministers Genscher bei der VN-Generalversammlung in New York und zieht eine erste Bilanz des bisherigen Sitzungsverlaufs.
- 287** 04.10. Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse S. 1442
Martius
- Martius faßt die Gespräche des Bundesministers Genscher mit Präsident Monge und Außenminister Volio in Costa Rica zusammen, in denen die bilateralen Beziehungen, die Lage in Mittelamerika sowie die Beziehungen der Europäischen Gemeinschaften zu dieser Region behandelt wurden.

- | | | | |
|------------|--------|--|---------|
| 288 | 04.10. | Brigadegeneral Steinkopff, Washington, an das Auswärtige Amt | S. 1446 |
| | | Steinkopff übermittelt Äußerungen des Mitarbeiters im amerikanischen Verteidigungsministerium, Latham, zur Freigabe amerikanischer Nuklearsysteme und zur Gefahr eines Nuklearkriegs durch Computerversagen. | |
| 289 | 04.10. | Botschafter Hermes, Washington, an das Auswärtige Amt | S. 1449 |
| | | Hermes berichtet von einem Gespräch des Bundesministers Genscher mit den amerikanischen Senatoren Lugar und Percy über Abrüstungsfragen, namentlich die amerikanische Initiative für die START-Verhandlungen, das Arsenal an Nuklearwaffen im Falle ihrer Modernisierung zu vermindern („build-down“-Konzept). | |
| 290 | 05.10. | Vortragender Legationsrat I. Klasse von Ploetz, z. Z. Washington, an das Auswärtige Amt | S. 1453 |
| | | Ploetz gibt das Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem amerikanischen Vizepräsidenten wieder, in dessen Zentrum Bushs Besuch in Ungarn, die Implementierung des NATO-Doppelbeschlusses und die Aussichten auf ein amerikanisch-sowjetisches Gipfeltreffen standen. | |
| 291 | 06.10. | Gespräch des Bundeskanzlers Kohl mit König Hussein in Amman | S. 1456 |
| | | Im Mittelpunkt stehen die Implementierung des NATO-Doppelbeschlusses und der Nahost-Konflikt, insbesondere die Vermittlungsbemühungen Jordaniens, die Haltung der USA, Saudi-Arabiens und Syriens sowie die Entwicklungen im Libanon und innerhalb der PLO. | |
| 292 | 06.10. | Aufzeichnung des Referats 012 | S. 1466 |
| | | Referat 012 gibt einen Überblick über die sicherheitspolitische Öffentlichkeitsarbeit der Bundesregierung durch Herausgabe von Broschüren und Informationsmaterialien. | |
| 293 | 06.10. | Runderlaß des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Steinkühler | S. 1469 |
| | | Steinkühler informiert über die Botschafterkonferenz in San José, in der vor allem die Lage in Nicaragua und El Salvador sowie die Beziehungen der Bundesrepublik bzw. der Europäischen Gemeinschaften zur mittelamerikanischen Region behandelt wurden. | |

-
- 294** 07.10. Vortragender Legationsrat I. Klasse von Ploetz an Staatsminister Möllemann, z. Z. Kairo S. 1471
- Ploetz übermittelt eine Mitteilung des Bundesministers Genscher, mit der Möllemann aufgefordert wird, jede weitere öffentliche Äußerung zu einem möglichen Rüstungsexport nach Saudi-Arabien zu unterlassen.
- 295** 08.10. Gespräch des Bundeskanzlers Kohl mit Ministerpräsident Mohieddin in Kairo S. 1473
- Themen sind die Frage von ägyptischen Panzerkäufen bzw. der Produktion von Panzern im Lizenzverfahren sowie die Errichtung von Kernkraftwerken in Ägypten.
- 296** 10.10. Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrat I. Klasse Citron S. 1475
- Citron analysiert das Meinungsbild in der FDP zum NATO-Doppelbeschluß und unterbreitet Vorschläge, wie die Zustimmung zur Regierungspolitik verbessert werden könnte.
- 297** 13.10. Gespräch des Bundeskanzlers Kohl mit Präsident Mobutu Sese Seko S. 1477
- Im Vordergrund stehen die bilateralen Beziehungen, vor allem im Wirtschafts- und Finanzbereich, sowie die Entwicklung afrikanischer Staaten und der Tschad-Konflikt.
- 298** 13.10. Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats Horstmann S. 1481
- Horstmann resümiert die Unterredung des Bundesministers Genscher mit dem pakistanischen Außenminister Yaqub-Khan am 29. September in New York. Im Mittelpunkt standen die Entwicklung in Afghanistan und die Lage in der UdSSR.
- 299** 13.10. Botschafter Freiherr von Stein, Djidda, an das Auswärtige Amt S. 1483
- Stein berichtet über das Gespräch des Bundeskanzlers Kohl mit dem saudi-arabischen Verteidigungsminister Sultan am 10. Oktober. Erörtert wurde insbesondere die Frage eines Exports von Panzern des Typs „Leopard II“ nach Saudi-Arabien.
- 300** 14.10. Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem Leiter der ACDA, Adelman, und dem Leiter der amerikanischen INF-Delegation, Nitze S. 1487
- Im Zentrum stehen die Perspektiven der INF-Verhandlungen nach Einführung der amerikanischen Vorschläge für eine verbesserte Zwischenlösung und die Entwicklung der Ost-West-Beziehungen.

- | | | |
|------------|--|---------|
| 301 | 14.10. Aufzeichnung des Botschafters Ruth | S. 1497 |
| | Ruth informiert über die Vorbereitungen der Bundesregierung sowie der NATO für die KVAE in Stockholm und stellt dabei konzeptionelle Unterschiede zu den USA heraus. | |
| 302 | 14.10. Aufzeichnung des Ministerialdirigenten Montfort | S. 1502 |
| | Montfort analysiert Meldungen, denen zufolge der Iran mit einer Sperrung der für die Erdölversorgung westlicher Staaten wichtigen Straße von Hormuz drohe. | |
| 303 | 15.10. Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem sowjetischen Außenminister Gromyko in Wien | S. 1505 |
| | Themen sind die Beziehungen der UdSSR zur Bundesrepublik sowie zu den USA und die INF-Verhandlungen. Dabei bewerten die Gesprächspartner insbesondere den jüngsten amerikanischen Vorschlag für eine verbesserte Zwischenlösung. | |
| 304 | 15.10. Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem sowjetischen Außenminister Gromyko in Wien | S. 1515 |
| | Genscher und Gromyko vertiefen ihre Diskussion über die INF-Verhandlungen und START. Im Zentrum steht dabei die unterschiedliche Einschätzung des amerikanischen Vorschlags für eine verbesserte Zwischenlösung. | |
| 305 | 16.10. Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem sowjetischen Außenminister Gromyko in Wien | S. 1524 |
| | Diskutiert werden Fragen der Abrüstung und Rüstungskontrolle, u. a. der Anteil der Bundesrepublik am NATO-Doppelbeschluß und die Perspektiven des Ost-West-Verhältnisses bei einer Stationierung amerikanischer Mittelstreckensysteme in Europa. | |
| 306 | 16.10. Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem sowjetischen Außenminister Gromyko in Wien | S. 1529 |
| | Die Gesprächspartner erörtern Fragen der bilateralen Beziehungen, insbesondere die Zusammenarbeit im Bereich der Wirtschaft und des Umweltschutzes, sowie humanitäre Angelegenheiten. | |
| 307 | 16.10. Botschafter Freiherr von Stein, Djidda, an das Auswärtige Amt | S. 1537 |
| | Stein informiert über das Gespräch des Bundeskanzlers Kohl mit dem saudi-arabischen Innenminister Prinz Nayif am 11. Oktober. Themen waren der Terrorismus und die Zusammenarbeit beider Staaten im Bereich der inneren Sicherheit. | |

- | | | | |
|------------|--------|---|---------|
| 308 | 17.10. | Gespräche des Bundesministers Genscher mit dem schwedischen Außenminister Bodström | S. 1539 |
| | | Genscher berichtet von seinen Gesprächen mit dem sowjetischen Außenminister Gromyko in Wien über die INF-Verhandlungen. Erörtert wird ferner die Verletzung schwedischer Hoheitsgewässer durch sowjetische U-Boote. Außerdem kommen die Namibia-Frage, der Nahost-Konflikt, die Lage in Mittelamerika und die innerdeutschen Beziehungen zur Sprache. | |
| 309 | 17.10. | Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse von Ploetz | S. 1548 |
| | | Ploetz notiert die Ergebnisse der Gespräche des Bundesministers Genscher mit dem österreichischen Außenminister Lanc in Wien. Im Mittelpunkt standen das Treffen zwischen Genscher und dem sowjetischen Außenminister Gromyko, die Beziehungen zwischen Österreich und der DDR sowie die KVAE. | |
| 310 | 17.10. | Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Edler von Braunmühl | S. 1553 |
| | | Braunmühl bewertet die Gespräche des Bundesministers Genscher mit dem sowjetischen Außenminister Gromyko in Wien und hebt hervor, letzterer habe die amerikanische Politik kritisiert und die Großmachtrolle der UdSSR in Europa betont. | |
| 311 | 18.10. | Bundeskanzler Kohl an Präsident Reagan | S. 1557 |
| | | Kohl resümiert den Stand der MBFR-Verhandlungen in Wien und spricht sich für eine baldige Initiative der NATO-Mitgliedstaaten aus. | |
| 312 | 18.10. | Vortragender Legationsrat I. Klasse Fiedler an die Botschaft in Kairo | S. 1559 |
| | | Fiedler informiert über das Vier-Augen-Gespräch des Bundeskanzlers Kohl mit Präsident Mubarak in Kairo. Behandelt wurden die Lage in Ägypten und im Nahen Osten sowie Fragen der bilateralen Wirtschaftsbeziehungen. | |
| 313 | 21.10. | Ministerialdirigent Haas, z.Z. London, an das Auswärtige Amt | S. 1562 |
| | | Haas unterrichtet über die Bemühungen der Namibia-Kontaktgruppe und benennt als weiterhin bestehendes Problem die Anwesenheit kubanischer Truppen in Angola sowie die militärischen Operationen Südafrikas im Süden Angolas. | |
| 314 | 24.10. | Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats Jansen | S. 1565 |
| | | Jansen gibt einen Überblick über das informelle Treffen der Außenminister der EG-Mitgliedstaaten im Rahmen der EPZ in Vouliagmeni. Behandelt wurden ein Handelsabkommen mit Un- | |

- garn, die Lage im Libanon und auf Zypern, Mittelamerika sowie die EG-Stahlkrise.
- 315** 24.10. Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse S. 1571
 Edler von Braunmühl
- Braunmühl analysiert einen Vortrag vor der Konrad-Adenauer-Stiftung, in dem sich der Vorsitzende des RPR, Chirac, über eine stärkere Einbindung der Bundesrepublik in die nukleare Verteidigung Westeuropas äußerte.
- 316** 25.10. Gespräch des Bundeskanzlers Kohl mit dem S. 1574
 Vorsitzenden der Landesregierung Grönlands,
 Motzfeldt
- Themen sind der angekündigte EG-Austritt Grönlands und dessen künftiger Status, die Hochseefischerei vor Grönland und das Problem der Festlegung von Fangmengen.
- 317** 25.10. Drahterlaß des Vortragenden Legationsrats I. Klasse S. 1579
 von Ploetz
- Ploetz teilt mit, Bundesminister Genscher habe den amerikanischen Botschafter empfangen. Burns habe die Gründe für das militärische Eingreifen auf Grenada sowie die Ziele der USA dargelegt.
- 318** 27.10. Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse S. 1581
 Kastrup
- Kastrup vermerkt, Frankreich, Großbritannien und die USA hätten in der Bonner Vierergruppe Bedenken gegen Treffen von Politikern aus der Bundesrepublik und Berlin (West) mit Vertretern der DDR in Berlin geäußert und darauf hingewiesen, daß auf diese Weise einer De-facto-Anerkennung der Souveränität der DDR über Ost-Berlin Vorschub geleistet werden könnte.
- 319** 28.10. Bundeskanzler Kohl an den Generalsekretär des ZK der S. 1583
 KPdSU, Andropow
- Kohl informiert über die Entscheidung der Bundesregierung, für 1984 zu einer multilateralen Konferenz über Umweltfragen nach München einzuladen, und regt eine bilaterale Kooperation in diesem Bereich an. Der Bundeskanzler äußert sich ferner zu den INF-Verhandlungen und zur KVAE.
- 320** 31.10. Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem S. 1587
 Außenminister von El Salvador, Chávez Mena
- Im Vordergrund stehen die innere Entwicklung El Salvadors, die Lage in Mittelamerika sowie die bilateralen Beziehungen, insbesondere die Frage der Wiederentsendung eines Botschafters der Bundesrepublik.

-
- 321** 31.10. Aufzeichnung des Ministerialdirigenten Schauer S. 1590
- Schauer rekapituliert die Ergebnisse der Ministersitzung der Nuklearen Planungsgruppe (NPG) der NATO in Montebello. Im Zentrum der Beratungen standen ein Bericht der High Level Group (HLG) über Anpassungen des Nukleararsenals der NATO in Europa und das Fortbestehen der HLG.
- 322** 01.11. Gespräch des Bundeskanzlers Kohl mit S. 1594
Ministerpräsident Nakasone in Tokio
- Die Gesprächspartner erörtern sicherheitspolitische Fragen, darunter die Durchführung des NATO-Doppelbeschlusses, die globalen politischen Ziele der UdSSR und das Verhältnis Japans zur westlichen Sicherheitsgemeinschaft. Weitere Themen sind der Nahost-Konflikt, die Lage im Libanon und der irakisch-iranische Krieg.
- 323** 01.11. Gespräch des Bundeskanzlers Kohl mit S. 1601
Ministerpräsident Nakasone in Tokio
- Im Mittelpunkt stehen bilaterale Fragen wie die Nutzung des Geländes der ehemaligen japanischen Botschaft in Berlin, die konsularische Betreuung von Personen aus der DDR in Japan durch die Bundesrepublik sowie die Handelsbeziehungen. Erörtert werden außerdem das VN-Seerechtsübereinkommen und die politische Entwicklung in Ost- und Südostasien.
- 324** 03.11. Aufzeichnung des Botschafters Ruth S. 1610
- Ruth faßt Gespräche mit dem Abteilungsleiter im Außenministerium der DDR, Krabatsch, über Abrüstungsfragen zusammen. Gegenstand waren die INF-Verhandlungen und ihre Auswirkungen auf das innerdeutsche Verhältnis, die KVAE, MBFR und die Beratungen im Genfer Abrüstungsausschuß über ein Verbot chemischer Waffen.
- 325** 03.11. Ministerialdirigent Schauer, z.Z. Helsinki, an das S. 1616
Auswärtige Amt
- Schauer resümiert ein Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem finnischen Außenminister Väyrynen. Themen waren die Ost-West-Beziehungen, vor allem die INF-Verhandlungen, der irakisch-iranische Krieg, die Lage im Libanon, die Aussichten für eine Lösung des Namibia-Konflikts, die militärische Intervention auf Grenada, die KVAE-Vorbereitungskonferenz sowie bilaterale Fragen.
- 326** 03.11. Bundeskanzler Kohl an Präsident Reagan S. 1623
- Kohl macht Ausführungen zur Notwendigkeit eines baldigen neuen Reduzierungsvorschlags bei den INF-Verhandlungen in Genf, der in der Special Consultative Group (SCG) der NATO zu vereinbarende konkrete Zahlen nennen und öffentlichkeitswirksam präsentiert werden müsse.

- 327** 04.11. Aufzeichnung des Botschafters Ruth S. 1625
- Ruth rekapituliert die Debatte über die Einbeziehung der nuklearen Drittstaatsysteme in die Rüstungskontrollverhandlungen und wägt die Chancen für eine Konferenz der Nuklearstaaten ab.
- 328** 05.11. Gespräch des Bundeskanzlers Kohl mit Präsident Suharto in Jakarta S. 1635
- Themen sind Politik, Wirtschaft und Gesellschaft Indonesiens, Perspektiven der deutsch-indonesischen Zusammenarbeit, darunter der mögliche Kauf von Flugzeugen des Typs „Airbus A-320“ durch Indonesien, die Ost-West-Beziehungen, der Kambodscha-Konflikt und der Nord-Süd-Dialog.
- 329** 06.11. Gespräch des Bundeskanzlers Kohl mit Ministerpräsidentin Gandhi in Neu Delhi S. 1646
- Gandhi gibt einen Überblick über die soziale, politische und wirtschaftliche Entwicklung Indiens. Weitere Themen sind der Konflikt mit Pakistan sowie die Unruhen in Sri Lanka.
- 330** 07.11. Aufzeichnung des Botschafters Ruth S. 1656
- Ruth analysiert ein Schreiben des Präsidenten Ceaușescu an Bundeskanzler Kohl mit Vorschlägen für einen erfolgreichen Abschluß der INF-Verhandlungen. Genannt werden ein Abkommen über die spätere Behandlung der britischen und französischen Nuklearsysteme sowie ein Moratorium für amerikanische Mittelstreckensysteme im Gegenzug zur Reduzierung sowjetischer SS-20.
- 331** 07.11. Botschafter Hermes, Washington, an das Auswärtige Amt S. 1658
- Hermes befaßt sich mit der amerikanischen Wahrnehmung der Auseinandersetzungen in der Bundesrepublik um den NATO-Doppelbeschluß sowie mit deren Konsequenzen für die Beziehungen auf bilateraler Ebene und innerhalb des Bündnisses.
- 332** 08.11. Gespräch des Bundeskanzlers Kohl und des Bundesministers Genscher mit dem stellvertretenden amerikanischen Außenminister Dam S. 1662
- Zentrales Thema ist die militärische Intervention von Truppen der USA und sechs karibischer Staaten auf Grenada. Ferner wird die Entwicklung im Libanon nach den Anschlägen auf amerikanische und französische Truppen der MNF behandelt.
- 333** 08.11. Gespräch des Bundeskanzlers Kohl mit Premierministerin Thatcher S. 1669
- Die Gesprächspartner erörtern die Vorbereitungen für die Stationierung amerikanischer Mittelstreckensysteme und die in-

nenpolitischen Auseinandersetzungen hierüber, des weiteren die militärische Intervention von Truppen der USA und sechs karibischer Staaten auf Grenada und die Frage, wie die amerikanische Regierung auf den Anschlag auf ihre MNF-Truppen im Libanon reagieren werde.

- 334** 08.11. Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem britischen Außenminister Howe S. 1676
- Behandelt werden die Krise im Libanon, die militärische Intervention von Truppen der USA und sechs karibischer Staaten auf Grenada, die Aussichten für eine Lösung der Zypern-Frage und die bevorstehende Abstimmung über eine Resolution der VN-Generalversammlung zur Beilegung des Falkland-Konflikts.
- 335** 08.11. Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem britischen Außenminister Howe S. 1681
- Im Mittelpunkt stehen die INF-Verhandlungen im Lichte des Vorschlags von Präsident Ceaușescu über die Nichteinbeziehung der Drittstaatsysteme und Möglichkeiten, die transatlantischen Konsultationen zu verbessern.
- 336** 08.11. Aufzeichnung des Botschafters Ruth S. 1683
- Ruth resümiert ein Gespräch des Bundeskanzlers Kohl und des Bundesministers Genscher mit dem stellvertretenden amerikanischen Außenminister Dam. Dieser präsentierte einen Vorschlag für die zahlenmäßige Konkretisierung einer Zwischenlösung bei den INF-Verhandlungen, der auf Wunsch der Bundesregierung möglichst bald unterbreitet werden sollte.
- 337** 08.11. Aufzeichnung des Ministerialdirektors Bertele S. 1687
- Unter dem Aspekt geltenden Völkerrechts analysiert Bertele die Begründung der USA für deren militärisches Eingreifen auf Grenada nach dem dortigen Putsch am 19./20. Oktober.
- 338** 09.11. Gespräch des Bundeskanzlers Kohl mit Premierministerin Thatcher S. 1690
- Mit Blick auf den Europäischen Rat vom 4. bis 6. Dezember in Athen erörtern Kohl und Thatcher die Finanzierung des EG-Haushalts, die Gemeinsame Agrarpolitik und die Grenzausgleichsabgaben sowie die Neuordnung des Stahlmarkts.
- 339** 09.11. Aufzeichnung des Ministerialdirigenten Schauer S. 1695
- Schauer informiert über den Stand der amerikanischen Planungen für die Entwicklung eines Raketenabwehrsystems im Weltraum und äußert rüstungskontrollpolitische Bedenken gegen das Programm.

- 340** 09.11. Botschafter Kastl, Moskau, an das Auswärtige Amt S. 1697
- Kastl untersucht die Aussichten für die Rüstungskontrollverhandlungen. Er widmet sich dabei vor allem der Frage nach Spielraum und Taktik der UdSSR in der verbleibenden Zeit der INF-Verhandlungen und nach dem Beginn der Stationierung amerikanischer Mittelstreckensysteme sowie den möglichen Auswirkungen auf START.
- 341** 11.11. Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse S. 1701
 Roßbach, Bundeskanzleramt
- Roßbach faßt die Ausführungen des Bundeskanzlers Kohl gegenüber einer Delegation der Organisation B'nai B'rith zusammen. Gegenstand waren der Rückgang der Ausreisen von Juden aus der UdSSR, die Gefahr des Antisemitismus in der Bundesrepublik, das Verhältnis zwischen Juden und Deutschen sowie die Ausländerpolitik der Bundesregierung.
- 342** 11.11. Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse S. 1704
 Schenk
- Schenk setzt sich mit Empfehlungen auseinander, die Bundeskanzler Kohl im Anschluß an den Bericht der High Level Group (HLG) der Nuklearen Planungsgruppe ausgesprochen habe. Diese betreffen Anpassungen des Nukleararsenals der NATO in Europa im Hinblick auf eine Neufassung der Politischen Richtlinien für den Einsatz von Nuklearwaffen.
- 343** 11.11. Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse S. 1708
 Hartmann
- Hartmann resümiert die Ergebnisse eines Briefings von Mitarbeitern des amerikanischen Geheimdienstes CIA über die technische Ausstattung der sowjetischen nuklearen Kurz- und Mittelstreckensysteme, deren Einsatzbereitschaft und Stationierung.
- 344** 11.11. Botschafter Boss, Wien (MBFR-Delegation), an das S. 1710
 Auswärtige Amt
- Boss zieht eine Bilanz nach zehn Jahren MBFR-Verhandlungen. Er gewichtet deren Bedeutung für die NATO, skizziert die Zielsetzungen der Teilnehmer und beurteilt vor dem Hintergrund des Verhandlungsstands die Aussichten für eine neue westliche Initiative.
- 345** 11.11. Vortragender Legationsrat I. Klasse Citron, z. Z. S. 1716
 Helsinki, an das Auswärtige Amt
- Citron berichtet von der Einigung über ein Schlußdokument des KVAE-Vorbereitungstreffens und bewertet den Verlauf der Konferenz unter besonderer Beachtung der Zusammenarbeit der NATO-Mitgliedstaaten, des Vorgehens der Warschauer-Pakt-

Staaten sowie der Rolle der Neutralen und Nichtgebundenen und Maltas.

- 346** 12.11. Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse S. 1719
Schenk
- Schenk resümiert das Treffen der Politischen Direktoren der Außenministerien der Bundesrepublik, Frankreichs, Großbritanniens und der USA am Vortag in London. Erörtert wurden u.a. die amerikanischen Bemühungen um Aufrechterhaltung des Dialogs mit der UdSSR, die KVAE, die START-Verhandlungen, die Entwicklung eines amerikanischen Raketenabwehrsystems im Weltraum, mögliche Folgen der Stationierung amerikanischer Mittelstreckensysteme für den Berlin-Verkehr und die Lage in Polen.
- 347** 12.11. Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse S. 1725
Schenk
- Schenk informiert über weitere Themen des Vierertreffens der Politischen Direktoren in London: die Lage in der UdSSR, die Finanzhilfe für Jugoslawien, die Entwicklung auf Grenada, eine mögliche Unabhängigkeitserklärung Nordzyperns, die spanische NATO-Mitgliedschaft, den Libanon-Konflikt, den irakisch-iranischen Krieg und den Entwurf der Bundesrepublik für eine VN-Resolution zur Ächtung von Kriegen.
- 348** 14.11. Gespräch des Bundeskanzlers Kohl mit dem S. 1731
Präsidenten der Weltbank, Clausen
- Clausen wirbt um Unterstützung seiner Bemühungen um die siebte Auffüllung der Kreditmittel für die International Development Agency (IDA VII) und weist darauf hin, daß damit ein stärkerer Einfluß auf die Weltbank verbunden sein würde.
- 349** 14.11. Aufzeichnung des Ministerialdirigenten Seitz S. 1734
- Vor dem Hintergrund der öffentlichen Debatte über das Mitspracherecht der Stationierungsländer beim Einsatz amerikanischer Mittelstreckensysteme befaßt sich Seitz mit der Frage, ob die bisherige Sprachregelung dazu geändert werden sollte.
- 350** 14.11. Aufzeichnung des Ministerialdirektors Bertele S. 1736
- Bertele gibt einen Briefwechsel zwischen Präsident Reagan und Bundeskanzler Kohl zur internationalen Zusammenarbeit bei der Bekämpfung des Terrorismus wieder und erörtert die amerikanischen Vorschläge dazu.
- 351** 14.11. Botschafter Schoeller, Paris, an das Auswärtige Amt S. 1741
- Mit Blick auf die deutsch-französischen Konsultationen am 24./25. November gibt Schoeller eine Übersicht über die französische Außenpolitik, insbesondere die Beziehungen zur UdSSR und weiteren osteuropäischen Staaten, die Sicherheits- und

- Abrüstungspolitik, die Deutschland- und Europa-Politik sowie die Haltung zu Staaten der Dritten Welt.
- 352** 15.11. Vortragender Legationsrat I. Klasse Schenk an die Botschaft in Ottawa S. 1750
- Schenk informiert über den Besuch des kanadischen Ministerpräsidenten, bei dem Trudeau Bundeskanzler Kohl seine Überlegungen zur Stabilisierung der Ost-West-Beziehungen unterbreitete.
- 353** 15.11. Botschafter Oncken, Ankara, an das Auswärtige Amt S. 1752
- Oncken berichtet über ein Gespräch mit Präsident Evren zu der unmittelbar vorher bekanntgewordenen Unabhängigkeitserklärung der „Nordzyprischen Türkischen Republik“.
- 354** 17.11. Gespräch des Bundeskanzlers Kohl mit dem Präsidenten der EG-Kommission, Thorn S. 1754
- Im Mittelpunkt stehen die Themen für die Tagung des Europäischen Rats vom 4. bis 6. Dezember in Athen, insbesondere die EG-Finanzierung, die Agrarpolitik und die Frage neuer Gemeinschaftspolitiken.
- 355** 22.11. Aufzeichnung des Ministerialdirektors Fischer S. 1761
- Fischer befaßt sich mit dem amerikanischen Wunsch, in der Bundesrepublik ausgesonderte Flugzeuge des Typs „F-104“ zum Weiterverkauf an die Republik China (Taiwan) zu erwerben, und warnt vor den möglichen Folgen für die Beziehungen zur Volksrepublik China.
- 356** 24.11. Gespräch der Bundesminister Genscher und Wörner mit dem französischen Außenminister Cheysson und Verteidigungsminister Hernu S. 1765
- Neben der bilateralen Rüstungskooperation werden mögliche sowjetische Reaktionen auf die Stationierung amerikanischer Mittelstreckensysteme in Europa sowie die Zukunft der INF- und START-Verhandlungen diskutiert. Weitere Themen sind der kanadische Vorschlag einer Konferenz der fünf Atommächte, die KVAE, die kommende NATO-Ministerratstagung, die amerikanischen Überlegungen zu einem Raketenabwehrsystem im Weltraum und die Zusammenarbeit in der WEU.
- 357** 24.11. Gespräch des Bundeskanzlers Kohl mit Staatspräsident Mitterrand S. 1776
- Im Mittelpunkt stehen die Debatte des Bundestags am 21./22. November über den NATO-Doppelbeschluß und die sowjetische Haltung dazu, die Verhandlungen über einen EG-Beitritt Portugals und Spaniens, die Lage im Nahen Osten, die Rolle Libyens in Afrika sowie die Persönlichkeit von Oberst Gaddafi.

-
- 358** 24.11. Botschafter Metzger, Sanaa, an das Auswärtige Amt S. 1790
- Metzger gibt den Wunsch des Präsidenten Saleh nach Hilfe beim Aufbau eines Sicherheitsdienstes in der Arabischen Republik Jemen (Nordjemen) weiter.
- 359** 25.11. Deutsch-französische Konsultationen S. 1792
- Im Anschluß an Überlegungen zur gemeinsamen Entwicklung von Hochgeschwindigkeitsstrecken im Bahnverkehr werden EG-Fragen erörtert: die Beitrittsverhandlungen mit Portugal und Spanien und die Finanzierung der Gemeinschaften, vor allem der Agrarpolitik.
- 360** 25.11. Gespräch des Bundeskanzlers Kohl mit S. 1799
Ministerpräsident Papandreou
- Im Mittelpunkt stehen die Themen für die Tagung des Europäischen Rats vom 4. bis 6. Dezember in Athen: die Erhöhung der Eigenmittel der Europäischen Gemeinschaften und die Finanzierung der Agrarpolitik sowie die Beitrittsverhandlungen mit Portugal und Spanien. Die Gesprächspartner befassen sich außerdem mit der Zypern-Frage nach der Ausrufung der „Nordzyprischen Türkischen Republik“.
- 361** 25.11. Aufzeichnung des Ministerialdirektors Fischer S. 1807
- Fischer faßt ein Gespräch der Bundesminister Genscher und Stoltenberg mit ihren französischen Amtskollegen Cheysson und Delors zusammen. Erörtert wurden die auf der Tagung des Europäischen Rats in Athen zur Entscheidung anstehenden Fragen, nämlich die Stahlkrise, die Agrarpolitik und der Währungsausgleichsbetrag, die Erhöhung der Eigeneinnahmen der Europäischen Gemeinschaften und die Neuen Politiken.
- 362** 29.11. Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse S. 1810
Citron
- Citron stellt Überlegungen an zur Vorbereitung der KVAE in Stockholm und zur Entwicklung einer flexiblen und öffentlichkeitswirksamen Position der NATO-Mitgliedstaaten.
- 363** 01.12. Gespräch des Bundeskanzlers Kohl mit S. 1813
Ministerpräsident FitzGerald
- Die Gesprächspartner erörtern die auf der Tagesordnung des Europäischen Rats in Athen stehenden Themen sowie die Weiterentwicklung der europäischen Integration, außerdem die Lage in der UdSSR und den osteuropäischen Staaten, die Beziehungen zu den USA und schließlich den Konflikt in Nordirland.

- | | | | |
|------------|--------|--|---------|
| 364 | 01.12. | Runderlaß des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Vergau | S. 1823 |
| | | Vergau informiert über den Besuch des südafrikanischen Außenministers Botha in der Bundesrepublik. Im Mittelpunkt des Gesprächs mit Bundesminister Genscher standen die bilateralen Beziehungen, die Menschenrechtslage in Südafrika und die Namibia-Frage. | |
| 365 | 01.12. | Bundeskanzler Kohl an Präsident Reagan | S. 1830 |
| | | Kohl plädiert dafür, die Initiative bei den Rüstungskontrollverhandlungen mit der UdSSR zu behalten und auf der NATO-Ministerratstagung am 8./9. Dezember entsprechende Akzente zu setzen. Er spricht sich zudem für eine gesonderte Politische Erklärung der NATO aus, um der Öffentlichkeit die Bündnisstrategie zu erläutern. | |
| 366 | 01.12. | Bundeskanzler Kohl an Präsident Reagan | S. 1833 |
| | | Kohl bittet Reagan, seine Entscheidung gegen eine neue MBFR-Initiative noch einmal zu überdenken, und wirbt für entsprechende Vorschläge der Bundesregierung. | |
| 367 | 02.12. | Drahterlaß des Ministerialdirigenten Schauer | S. 1835 |
| | | Schauer übermittelt ein Schreiben des Bundesministers Genscher an den britischen Außenminister, in dem Howe die Überlegungen der Bundesregierung für eine Politische Erklärung auf der kommenden NATO-Ministerratstagung erläutert werden. | |
| 368 | 02.12. | Botschafter Hermes, Washington, an das Auswärtige Amt | S. 1838 |
| | | Hermes bewertet die öffentliche Debatte in den USA über die Bedeutung nationalistischer und neutralistischer Tendenzen in der Bundesrepublik. | |
| 369 | 03.12. | Botschafter Brunner, Madrid, an das Auswärtige Amt | S. 1842 |
| | | Brunner informiert über ein Gespräch des Bundesministers Genscher mit Ministerpräsident González. Es wurden vor allem die auf der Tagung des Europäischen Rats in Athen anstehenden Fragen, der EG-Beitritt Spaniens sowie die Entwicklung in Mittelamerika und im Nahen Osten besprochen. | |
| 370 | 05.12. | Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Henze | S. 1845 |
| | | Henze befaßt sich mit der Frage, ob dem israelischen Wunsch nach Lieferung von Panzerabwehrraketen des Typs „Milan“ stattgegeben werden sollte. | |

-
- 371** 06.12. Gespräch des Bundeskanzlers Kohl und des Bundesministers Genscher mit dem amerikanischen Außenminister Shultz S. 1848
- Im Mittelpunkt stehen die Lage nach der Entscheidung des Bundestags vom 22. November über die Stationierung amerikanischer Mittelstreckensysteme in der Bundesrepublik und der Konflikt im Nahen Osten.
- 372** 06.12. Aufzeichnung des Botschafters Ruth S. 1854
- Ruth äußert sich zu den Möglichkeiten und Voraussetzungen für eine Wiederaufnahme von Rüstungskontrollgesprächen mit der UdSSR nach dem Abbruch der INF-Verhandlungen.
- 373** 07.12. Gespräch des Bundeskanzlers Kohl mit dem Hohen Flüchtlingskommissar der Vereinten Nationen, Hartling S. 1860
- Themen sind der UNHCR-Bericht über die Situation Asylsuchender in der Bundesrepublik sowie der Beitrag der Bundesregierung zur Arbeit des Hohen Flüchtlingskommissars.
- 374** 08.12. Ministerialdirektor Pfeffer, z. Z. Brüssel, an das Auswärtige Amt S. 1862
- Pfeffer berichtet über das Vierer-Treffen der Außenminister am Vorabend der NATO-Ministerratstagung. Erörtert wurden der Stand der Ost-West-Beziehungen, die Aussichten für die START-Verhandlungen, mögliche Schritte gegenüber Polen und die amerikanischen Überlegungen hinsichtlich eines Raketenabwehrsystems im Weltraum.
- 375** 09.12. Runderlaß des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Steinkühler S. 1870
- Steinkühler informiert über das Scheitern der Tagung des Europäischen Rats in Athen, nachdem es den Regierungschefs nicht gelungen sei, sich auf Einsparungen in der Agrarpolitik, den Abbau des Währungsausgleichs und Lösungen für die Haushaltsprobleme zu einigen.
- 376** 09.12. Botschafter Wieck, Brüssel (NATO), an das Auswärtige Amt S. 1874
- Wieck resümiert die Sitzung des NATO-Ministerrats im kleinsten Kreis, in der über den Entwurf einer Politischen Erklärung, die Teilnahme der Außenminister an der Eröffnung der KVAE in Stockholm und eine Initiative der an den MBFR-Verhandlungen teilnehmenden NATO-Mitgliedstaaten beraten wurde.

- 377** 12.12. Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem polnischen Botschafter Olechowski S. 1876
- Themen sind die bilateralen Beziehungen, besonders das Landwirtschaftsprojekt der katholischen Kirche in Polen, die Umschuldung der polnischen Verbindlichkeiten, die Umsetzung der „Information“ von 1970 über die Lösung humanitärer Fragen und die Wiederaufnahme der bilateralen Wirtschaftsgespräche.
- 378** 14.12. Bundeskanzler Kohl an den Generalsekretär des ZK der KPdSU, Andropow S. 1884
- In Antwort auf das Schreiben von Andropow zum Abbruch der INF-Verhandlungen bekräftigt Kohl das Interesse an einer Fortsetzung des Dialogs über Rüstungskontrolle sowie die Bereitschaft zur Zusammenarbeit auf allen Gebieten.
- 379** 14.12. Vortragender Legationsrat I. Klasse Holik an Botschafter Ruth, z.Z. New York S. 1887
- Holik rekapituliert die Bemühungen der Bundesregierung um eine MBFR-Initiative und bittet Ruth, das Thema bei den Gesprächen im amerikanischen Außenministerium über rüstungskontrollpolitische Fragen aufzunehmen.
- 380** 15.12. Botschafter Wieck, Brüssel (NATO), an das Auswärtige Amt S. 1890
- Wieck bilanziert die Ergebnisse der Ministersitzung des Ausschusses für Verteidigungsplanung (DPC) der NATO am 6./7. Dezember. Neben der Lageeinschätzung nach Beginn der Stationierung amerikanischer Mittelstreckensysteme seien Probleme bei der Finanzierung des Infrastrukturprogramms und die Verbesserung der konventionellen Verteidigung diskutiert worden.
- 381** 19.12. Aufzeichnung des Ministerialdirektors Pfeffer S. 1895
- Pfeffer erläutert die Stellungnahme des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Schenk vom 11. November zu den Vorstellungen des Bundeskanzlers Kohl über den Umfang und die Zusammensetzung des nuklearen Potentials der NATO in Europa.
- 382** 19.12. Aufzeichnung der Ministerialdirektoren Pfeffer und Fischer S. 1898
- Pfeffer und Fischer nehmen zum jüngsten Entwurf des Europäischen Parlaments für einen Vertrag zur Gründung einer Europäischen Union Stellung und schlagen vor, die bisherigen Arbeiten öffentlich positiv zu würdigen.
- 383** 19.12. Aufzeichnung des Ministerialdirigenten Montfort S. 1905
- Montfort informiert über die Entwicklung der Menschenrechte in Argentinien und empfiehlt, die neue Regierung des Mini-

sterpräsidenten Alfonsín in ihren Bemühungen um die Aufklärung des Schicksals verschwundener Personen und die juristische Aufarbeitung der Politik der Militärregierung zu unterstützen.

- 384** 19.12. Vortragender Legationsrat I. Klasse Holik an das Bundesministerium der Justiz S. 1909
- Mit Blick auf die im Januar 1984 beginnende KVAE in Stockholm erinnert Holik an die Notwendigkeit, das Gerichtsverfassungsgesetz zu ändern, um eine Immunität für Manöverbeobachter aus der DDR zu gewährleisten.
- 385** 20.12. Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Hartmann S. 1911
- Hartmann zieht eine Bilanz der fünften START-Verhandlungsrunde. Er analysiert die Vorschläge über vertrauensbildende Maßnahmen und die amerikanische Initiative, den jeweiligen Vorrat an Nuklearwaffen im Falle ihrer Modernisierung zu vermindern („build down“-Konzept).
- 386** 20.12. Botschafter Boss, Wien (MBFR-Delegation), an das Auswärtige Amt S. 1916
- Boss resümiert den Verlauf der 31. Runde der MBFR-Verhandlungen in Wien, die ohne Vereinbarung eines Termins zur Wiederaufnahme beendet worden sei. Im Mittelpunkt hätten die Erläuterungen der teilnehmenden Warschauer-Pakt-Staaten zu ihrem Vertragsentwurf vom 23. Juni gestanden, insbesondere zur Reduzierungsphase bis zur Herstellung der Parität.
- 387** 20.12. Botschafter Brunner, Madrid, an das Auswärtige Amt S. 1922
- Brunner informiert über die Unterzeichnung einer deutsch-spanischen Vereinbarung über die Rüstungszusammenarbeit auf dem Gebiet der Kampfpanzer und bewertet das dahinterliegende spanische Interesse.
- 388** 20.12. Bundesminister Genscher an Staatssekretär a.D. von Staden S. 1925
- Genscher erläutert die Transformationsstrategie, welche die NATO-Mitgliedstaaten gegenüber den Warschauer-Pakt-Staaten verfolgen, und hebt dabei die zentrale Rolle des KSZE-Prozesses hervor.
- 389** 21.12. Gespräch des Bundeskanzlers Kohl mit Bundeskanzler Sinowatz S. 1926
- Im Mittelpunkt steht der Vorschlag der Ausstrahlung eines gemeinsamen deutschsprachigen Fernsehprogramms über Satellit durch Rundfunkanstalten aus der Bundesrepublik, Österreich und der Schweiz. Anschließend erläutert Kohl die gesellschafts-politische und wirtschaftliche Lage in der Bundesrepublik.

- 390** 21.12. Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem ungarischen Außenminister Várkonyi S. 1931
- Themen sind das Ost-West-Verhältnis nach dem Abbruch der INF-Verhandlungen, die Perspektiven der Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und Ungarn sowie die bevorstehende KVAE in Stockholm.
- 391** 21.12. Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Citron S. 1942
- Citron hebt die Bedeutung der im Januar 1984 beginnenden KVAE hervor, zeigt mögliche Schwierigkeiten für den Konferenzverlauf auf und unterbreitet Vorschläge, wie die NATO-Mitgliedstaaten eine Blockierung vermeiden könnten.
- 392** 21.12. Staatssekretär Bräutigam, Ost-Berlin, an das Auswärtige Amt S. 1945
- Bräutigam gibt einen Überblick über die kirchlichen und staatlichen Feiern in der DDR anlässlich des 500. Geburtstags von Martin Luther. Er benennt die damit verknüpften Ziele und äußert sich zu der Frage, ob aus der aus diesem Anlaß gezeigten Zusammenarbeit eine Veränderung des Verhältnisses zwischen Kirche und Staat erwachsen könnte.
- 393** 27.12. Aufzeichnung des Ministerialdirigenten Seitz S. 1947
- Seitz resümiert die Ergebnisse eines Symposiums der OECD zum Thema grenzüberschreitender Datenflüsse. Im Mittelpunkt standen die wachsende Bedeutung der Ressource Information für die wirtschaftliche Entwicklung der OECD-Mitgliedstaaten und die Gefahr der Abhängigkeit von ausländischen, vor allem amerikanischen Datenbanken.
- 394** 28.12. Aufzeichnung des Ministerialdirektors Pfeffer S. 1953
- Pfeffer faßt sein Gespräch mit dem Abteilungsleiter im französischen Außenministerium, Andréani, zum Thema KVAE und Gewaltverzicht zusammen. Im Vordergrund stand die Abstimmung der Positionen zur bevorstehenden Konferenz in Stockholm.
- 395** 28.12. Aufzeichnung des Ministerialdirektors Pfeffer S. 1958
- Aus seiner Konsultation mit dem Abteilungsleiter im französischen Außenministerium vermerkt Pfeffer die Äußerungen von Andréani zum Stand der West-Ost-Beziehungen. Entscheidend sei ein zwischen der Bundesrepublik und Frankreich abgestimmtes Vorgehen auf der Basis des Harmel-Berichts.
- 396** 28.12. Aufzeichnung des Ministerialdirektors Pfeffer S. 1961
- Pfeffer resümiert die mit dem Abteilungsleiter im französischen Außenministerium, Andréani, diskutierten Einschätzungen der sowjetischen Haltung zu Rüstungskontrollverhandlungen.

397 28.12. Aufzeichnung des Ministerialdirektors Pfeffer S. 1963

Pfeffer notiert die Unterredung mit dem Abteilungsleiter im französischen Außenministerium, Andréani, zur Deutschen Frage, zu der er die Haltung der Bundesregierung dargelegt und um die Unterstützung Frankreichs geworben habe.

Literaturverzeichnis

AAPD	Akten zur Auswärtigen Politik der Bundesrepublik Deutschland, hrsg. im Auftrag des Auswärtigen Amts vom Institut für Zeitgeschichte, Jahresbände 1949/50–1953, 1962–1982, München 1994–2013.
ADAP, D	Akten zur deutschen auswärtigen Politik 1918–1945. Serie D (1937–1945). Band II: Deutschland und die Tschechoslowakei (1937–1938), Baden-Baden 1950.
AdG	Archiv der Gegenwart, zusammengestellt von Heinrich von Siegler, Bonn/Wien/Zürich 1955 ff.
AMERIKA-DIENST	Amerika-Dienst. Information und Dokumentation, hrsg. vom United States Information Service, Bonn 1971 ff.
AMTSBLATT DER EUROPÄISCHEN GEMEINSCHAFTEN	Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaften (EGKS, EWG, EURATOM), Brüssel 1958 ff.
ANDROPOW, Ausgewählte Reden	Juri Andropow, Ausgewählte Reden und Schriften, Berlin [Ost] 1983.
ANDROPOW, Reden und Schriften	Juri Andropow, Reden und Schriften, Köln 1983.
ARAB-ISRAELI CONFLICT	The Arab-Israeli Conflict. Band IV: The Difficult Search for Peace (1975–1988). 2 Teilbände, hrsg. von John Norton Moore, Princeton 1991.
AUSSENPOLITIK DER DDR	Dokumente zur Außenpolitik der Deutschen Demokratischen Republik. Band XXXI: 1983, bearbeitet von Werner Hänisch, Heinz Williemit, Berlin [Ost] 1986.
AUSSERORDENTLICHER PARTEITAG DER SPD	Bundesdelegierten-Konferenz und Außerordentlicher Parteitag der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands. 18. und 19. November 1983. Köln, Messe-Kongreß-Zentrum Ost. Protokoll der Verhandlungen. Dokumentarischer Anhang, hrsg. vom Vorstand der SPD, Bonn o. J.
BRESHNEW, Wege	Leonid I. Breshnew, Auf dem Wege Lenins. Reden und Aufsätze. Band 8: April 1979–März 1981, Berlin [Ost] 1982. Band 9: März 1981–November 1982, Berlin [Ost] 1984.
BT ANLAGEN	Verhandlungen des Deutschen Bundestages. Anlagen zu den Stenographischen Berichten, Bonn 1950 ff.
BT STENOGRAPHISCHE BERICHTE	Verhandlungen des Deutschen Bundestages. Stenographische Berichte, Bonn 1950 ff.
LXXXII	

- BULLETIN
Bulletin des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung, Bonn 1951 ff.
- BULLETIN DER EG
Bulletin der Europäischen Gemeinschaften, hrsg. vom Generalsekretariat der Kommission der Europäischen Gemeinschaften, Brüssel 1968 ff.
- BUNDESANZEIGER
Bundesanzeiger, hrsg. vom Bundesminister der Justiz, Bonn 1950 ff.
- BUNDESGESETZBLATT
Bundesgesetzblatt, hrsg. vom Bundesminister der Justiz, Bonn 1949 ff.
- BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND UND CHINA
Bundesrepublik Deutschland und China 1949 bis 1995. Politik – Wirtschaft – Wissenschaft – Kultur. Eine Quellensammlung, hrsg. von Mechthild Leutner, Berlin 1995.
- CARSTENS, Erinnerungen
Karl Carstens, Erinnerungen und Erfahrungen, hrsg. von Kai von Jena und Reinhard Schmoeckel, Boppard am Rhein 1993.
- CONSTITUTIONS OF NATIONS
Constitutions of Nations. Second Edition. Band II: France to New Zealand, hrsg. von Amos J. Peaslee, Den Haag 1956.
Constitutions of Nations. Third Revised Edition. Band II: Asia, Australia and Oceania, hrsg. von Amos J. Peaslee, bearbeitet von Dorothy Peaslee Xydis, Den Haag 1966.
- CONSTITUTIONS OF THE COUNTRIES OF THE WORLD
Constitutions of the Countries of the World. Band XVII: The Democratic Socialist Republic of Sri Lanka. Constitution, hrsg. von Rüdiger Wolfrum und Rainer Grote, New York 2010.
- DENKSCHRIFTEN DER EVANGELISCHEN KIRCHE
Die Denkschriften der Evangelischen Kirche in Deutschland. Band I: Frieden, Menschenrechte, Mitverantwortung. Teil 3, hrsg. von der Kirchenkanzlei der Evangelischen Kirche in Deutschland, Gütersloh 1993.
- DEPARTMENT OF STATE BULLETIN
The Department of State Bulletin. The Official Weekly Record of United States Foreign Policy bzw. The Official Monthly Record of United States Foreign Policy, Washington D. C. 1947 ff.
- DEVELOPMENT OF AMERICAN STRATEGIC THOUGHT
The Development of American Strategic Thought. Basic Documents from the Eisenhower and Kennedy Periods, Including the Basic National Security Policy Papers from 1953–1959, hrsg. von Marc Trachtenberg, New York/London 1988.
- DOBRYNIN, Confidence
Anatoly Dobrynin, In Confidence. Moscow's Ambassador to America's Six Cold War Presidents (1966–1986), London 1996.

- DOCUMENTS ON DISARMAMENT Documents on Disarmament, hrsg. von der United States Arms Control and Disarmament Agency, Washington D. C. 1962 ff.
- DOKUMENTATION ZUR ABRÜSTUNG UND SICHERHEIT Dokumentation zur Abrüstung und Sicherheit. Band XIX: 1981. Band XX: 1982. Band XXI: 1983, hrsg. von Hanswilhelm Haefs, Sankt Augustin 1984–1988.
- DOKUMENTY MCHG Dokumenty Moskovskoj Chel'sinkskoj Gruppy 1976–1982, zusammengestellt und bearbeitet von G.V. Kuzovkin, D.I. Zubarev und N.V. Kostenko, Moskau 2001.
- DzD II Dokumente zur Deutschlandpolitik. II. Reihe: Vom 9. Mai 1945 bis 4. Mai 1955. Band 1: Die Konferenz von Potsdam, 3 Teilbände, hrsg. vom Bundesministerium des Innern, bearbeitet von Gisela Biewer, Neuwied/Frankfurt am Main 1992.
- DzD III Dokumente zur Deutschlandpolitik. III. Reihe: Vom 5. Mai 1955 bis 9. November 1958. Band 1: Vom 5. Mai bis 31. Dezember 1955, hrsg. vom Bundesminister des Innern, bearbeitet von Ernst Deuerlein, München 1961.
- DzD V Dokumente zur Deutschlandpolitik. V. Reihe: Vom 1. Dezember 1966 bis 20. Oktober 1969. Band 2: Vom 1. Dezember 1966 bis 31. Dezember 1967, 2 Teilbände, hrsg. vom Bundesminister des Innern, bearbeitet von Gisela Oberländer, München 1987.
- DzD VI Dokumente zur Deutschlandpolitik. VI. Reihe: Vom 21. Oktober 1969 bis 30. September 1982. Band 1: Vom 21. Oktober 1969 bis 31. Dezember 1970, hrsg. vom Bundesministerium des Innern und vom Bundesarchiv, bearbeitet von Daniel Hofmann, München 2002.
- ECONOMIC AND SOCIAL COUNCIL, OFFICIAL RECORDS 1982 United Nations. Economic and Social Council. Official Records. Thirty-Eighth Session, 1 February–12 March 1982. Commission on Human Rights, Supplement Nr. 2, New York 1982.
- EUROPA-ARCHIV Europa-Archiv. Zeitschrift für Internationale Politik, Bonn 1946 ff.
- EUROPÄISCHES PARLAMENT, SITZUNGSDOKUMENTE 1982/83 Europäisches Parlament. Sitzungsdokumente 1982–1983, o. O. o. J.
- FRUS 1909 Papers Relating to the Foreign Relations of the United States with the Annual Message of the President Transmitted to Congress December 7, 1909, Washington D. C. 1914.

- FRUS 1912 Papers Relating to the Foreign Relations of the United States with the Annual Message of the President Transmitted to Congress December 3, 1912, Washington D.C. 1919.
- FRUS 1950 Foreign Relations of the United States, 1950. Band VII: Korea, Washington D.C. 1976.
- FRUS 1961–1963 Foreign Relations of the United States, 1961–1963. Band XI: Cuban Missile Crisis and Aftermath. Band XIII: Western Europe and Canada, Washington D.C. 1997 bzw. 1994.
- FRUS 1964–1968 Foreign Relations of the United States, 1964–1968. Band XIII: Western Europe Region. Band XV: Germany and Berlin, Washington D.C. 1995 bzw. 1999.
- FRUS 1977–1980 Foreign Relations of the United States, 1977–1980. Band XIII: China, Washington D.C. 2013.
- FRUS, Malta and Yalta 1945 Foreign Relations of the United States. Diplomatic Papers. The Conferences at Malta and Yalta, 1945, Washington D.C. 1955.
- DE GAULLE, Discours et messages, Bd. 1 Charles de Gaulle, Discours et messages. Band 1: Pendant la guerre (juin 1940 – janvier 1946), Paris 1970.
- GENSCHER, Erinnerungen Hans-Dietrich Genscher, Erinnerungen, Berlin 1995.
- GESETZBLATT DER DDR Gesetzblatt der Deutschen Demokratischen Republik, Berlin [Ost] 1949 ff.
- DIE GESETZGEBUNG DER SOZIALISTISCHEN STAATEN Die Gesetzgebung der Sozialistischen Staaten. Band 4: Tschechoslowakei, Ungarn, internationale Organisationen, hrsg. von Herwig Roggemann, Berlin 1971.
- GROMYKO, Friedenskurs Andrej A. Gromyko, Auf dem Friedenskurs Lenins. Ausgewählte Reden und Schriften, Berlin [Ost] 1985.
- HÄBER-PROTOKOLLE Die Häber-Protokolle. Schlaglichter der SED-Westpolitik 1973–1985, hrsg. von Detlef Nakath und Gerd-Rüdiger Stephan, Berlin 1999.
- HANSARD, Commons The Parliamentary Debates (Hansard). House of Commons, Official Report. Fifth Series. Band 995 (Session 1980–1981). Sixth Series. Band 35 (Session 1982–1983). Band 47 (Session 1983–1984), London [1981–1984].
- JAHRESBERICHT Jahresbericht der Bundesregierung 1982, hrsg. vom Presse- und Informationsamt der Bundesregierung, Bonn 1982.

- JAHRESBERICHT DER BUNDESREGIERUNG 1983,
hrsg. vom Presse- und Informationsamt der
Bundesregierung, Bonn 1983.
- JOURNAL OFFICIEL, ASSEMBLÉE
NATIONALE
Journal Officiel de la République Française.
Débats Parlementaires. Assemblée Nationale,
Paris 1947 ff.
- JOURNAL OFFICIEL, LOIS ET DÉCRETS
Journal Officiel de la République Française.
Lois et Décrets. Arrêtés, Circulaires, Avis,
Communications, Informations et Annonces,
Paris 1947 ff.
- KABINETTSPROTOKOLLE 1961
Die Kabinettsprotokolle der Bundesregie-
rung, hrsg. für das Bundesarchiv von Hart-
mut Weber, Band 14: 1961, bearbeitet von
Ulrich Enders und Jörg Filthaut, München
2004.
- KISSINGER, Jahre
Henry Kissinger, Jahre der Erneuerung.
Erinnerungen, München 1999.
- KOALITION DER VERNUNFT
Die „Koalition der Vernunft“. Deutschlandpo-
litik in den 1980er Jahren, hrsg. von Heinrich
Potthoff, München 1995.
- KOHL, Erinnerungen
Helmut Kohl, Erinnerungen. 1930–1982,
München 2004.
- KUBA-KRISE
Bernd Greiner, Kuba-Krise. 13 Tage im Okto-
ber. Analysen, Dokumente, Zeitzeugen, Nörd-
lingen 1988.
- KÜRSCHNERS DEUTSCHER GELEHRTEN-
KALENDER
Kürschners Deutscher Gelehrten-Kalender
1954. Lexikon der lebenden deutschsprachi-
gen Wissenschaftler. 8. Ausgabe, hrsg. von
Gerhard Oestreich, Berlin 1954.
Kürschners Deutscher Gelehrten-Kalender
1983. 14. Ausgabe, hrsg. von Werner Schuder,
Berlin/New York 1982.
Kürschners Deutscher Gelehrten-Kalender
1987. Bio-bibliographisches Verzeichnis
deutschsprachiger Wissenschaftler der Ge-
genwart. 15. Ausgabe, hrsg. von Werner
Schuder, Berlin/New York 1986.
- KWIZINSKI, Sturm
Julij A. Kwizinski, Vor dem Sturm. Erinne-
rungen eines Diplomaten, Berlin 1993.
- MOLOTOW, Lage
W. M. Molotow, Die internationale Lage und
die Außenpolitik der Regierung der UdSSR.
Bericht auf der 2. Tagung des Obersten So-
wjets der UdSSR, 8. Februar 1955, Berlin [Ost]
1955.
- NATO FINAL COMMUNIQUÉS
1949–1974
Texts of Final Communiqués 1949–1974.
Issued by Ministerial Sessions of the North
- LXXXVI

- Atlantic Council, the Defence Planning Committee, and the Nuclear Planning Group, Brüssel o. J.
- NATO FINAL COMMUNIQUÉS 1975–1980
 Texts of Final Communiqués 1975–1980. Issued by Ministerial Sessions of the North Atlantic Council, the Defence Planning Committee, and the Nuclear Planning Group, Brüssel o. J.
- NATO FINAL COMMUNIQUÉS 1981–1985
 Texts of Final Communiqués 1981–1985. Issued by Ministerial Sessions of the North Atlantic Council, the Defence Planning Committee, and the Nuclear Planning Group, Brüssel o. J.
- NATO STRATEGY DOCUMENTS
 NATO Strategy Documents 1949–1969, hrsg. von Gregory W. Pedlow in Zusammenarbeit mit den NATO International Staff Central Archives, Brüssel [1997].
- NITZE, Hiroshima
 Paul Henry Nitze mit Ann Martin Smith und Steven L. Rearden, From Hiroshima to Glasnost. At the Center of Decision. A Memoir, New York 1989.
- PARTEITAG DER SPD
 Parteitag der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands vom 19. bis 23. April 1982 in München. Protokoll der Verhandlungen, Angenommene und überwiesene Anträge, 2 Bände, hrsg. vom Vorstand der SPD, Bonn 1982.
- LA POLITIQUE ÉTRANGÈRE
 La Politique Étrangère de la France. Textes et Documents. 1981 (6 Teilbände), 1982 (4 Teilbände), 1983 (6 Teilbände), hrsg. vom Ministère des Affaires Étrangères, Paris 1981–1982/83.
- PUBLIC PAPERS, TRUMAN 1952/53
 Public Papers of the Presidents of the United States. Harry S. Truman. Containing the Public Messages, Speeches and Statements of the President. January 1, 1952, to January 20, 1953, Washington D. C. 1966.
- PUBLIC PAPERS, CARTER 1977
 Public Papers of the Presidents of the United States. Jimmy Carter. Band I: January 30 to June 24, 1977. Band II: June 25 to December 31, 1977, Washington D. C. 1978.
- PUBLIC PAPERS, CARTER 1978
 Public Papers of the Presidents of the United States. Jimmy Carter. Band I: January 1 to June 30, 1978. Band II: June 30 to December 31, 1978, Washington D. C. 1979.
- PUBLIC PAPERS, CARTER 1980
 Public Papers of the Presidents of the United States. Jimmy Carter 1980–81. Band I: January 1 to May 23, 1980. Band II: May 24 to September 26, 1980. Band III: September 29,

- 1980 to January 20, 1981, Washington D. C. 1981 und 1982.
- PUBLIC PAPERS, NIXON 1969 Public Papers of the Presidents of the United States. Richard Nixon. Containing the Public Messages, Speeches, and Statements of the President. January 20 to December 31, 1969, Washington D. C. 1971.
- PUBLIC PAPERS, NIXON 1972 Public Papers of the Presidents of the United States. Richard Nixon. Containing the Public Messages, Speeches, and Statements of the President. January 1 to December 31, 1972, Washington D. C. 1974.
- PUBLIC PAPERS, REAGAN 1981 Public Papers of the Presidents of the United States. Ronald Reagan. January 20 to December 31, 1981, Washington D. C. 1982.
- PUBLIC PAPERS, REAGAN 1982 Public Papers of the Presidents of the United States. Ronald Reagan. Band I: January 1 to July 2, 1982. Band II: July 3 to December 31, 1982, Washington D. C. 1983.
- PUBLIC PAPERS, REAGAN 1983 Public Papers of the Presidents of the United States. Ronald Reagan. Band I: January 1 to July 1, 1983. Band II: July 2 to December 31, 1983, Washington D. C. 1984 und 1985.
- PUBLIC PAPERS, REAGAN 1984 Public Papers of the Presidents of the United States. Ronald Reagan. Band I: January 1 to June 29, 1984, Washington D. C. 1986.
- REICHSGESETZBLATT Reichsgesetzblatt, hrsg. vom Reichsministerium des Innern, Berlin 1919–1945.
- RESOLUTIONS AND DECISIONS 1980 United Nations Resolutions and Decisions of the Security Council 1980. Official Records, Thirty-Fifth Year, New York 1981.
- RESOLUTIONS AND DECISIONS 1982 United Nations Resolutions and Decisions of the Security Council 1982. Official Records, Thirty-Seventh Year, New York 1983.
- RESOLUTIONS AND DECISIONS 1983 United Nations Resolutions and Decisions of the Security Council 1983. Official Records, Thirty-Eighth Year, New York 1984.
- SACHAROW, Frieden Andrej D. Sacharow, Den Frieden retten! Ausgewählte Aufsätze, Briefe, Aufrufe 1978–1983, hrsg. von Cornelia Gerstenmaier, Stuttgart 1983.
- SCHALCK-GOLODKOWSKI, Deutsch-deutsche Erinnerungen Alexander Schalck-Golodkowski, Deutsch-deutsche Erinnerungen, Reinbek bei Hamburg 2000.
- SCHMIDT, Menschen Helmut Schmidt, Menschen und Mächte, Berlin 1987.

- SHULTZ, Turmoil
George P. Shultz, Turmoil and Triumph. My Years as Secretary of State, New York 1993.
- SICHERHEIT UND ZUSAMMENARBEIT, Bd. 2
Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (KSZE). Analyse und Dokumentation 1973–1978, hrsg. von Hans-Adolf Jacobsen, Wolfgang Mallmann und Christian Meier, Köln 1978.
- SOUTHEAST ASIA DOCUMENTS
Southeast Asia Documents of Political Development and Change, hrsg. von Roger M. Smith, Ithaca, NY/London 1974.
- SPECKLE, Streit
Birgit Speckle, Streit ums Bier in Bayern. Wertevorstellungen um Reinheit, Gemeinschaft und Tradition, Münster/New York/München/Berlin 2001.
- STATISTISCHES JAHRBUCH
Statistisches Jahrbuch für die Bundesrepublik Deutschland, hrsg. vom Statistischen Bundesamt, Stuttgart 1952 ff.
- STRAUSS, Erinnerungen
Franz Josef Strauß, Die Erinnerungen, Berlin 1989.
- TEHERAN – JALTA – POTSDAM
Teheran – Jalta – Potsdam. Die sowjetischen Protokolle der Kriegskonferenzen der „Großen Drei“, hrsg. von Alexander Fischer, Köln 1968.
- TEXTE ZUR DEUTSCHLANDPOLITIK
Texte zur Deutschlandpolitik. III. Reihe, 1. Teilband: 13. Oktober 1982–30. Dezember 1983, hrsg. vom Bundesministerium für innerdeutsche Beziehungen, Bonn 1985.
- UNCTAD PROCEEDINGS 1983
Proceedings of the United Nations Conference on Trade and Development. Sixth Session, Belgrade 6 June–2 July 1983, 3 Bände, New York 1984.
- UN GENERAL ASSEMBLY, 29th Session, Plenary Meetings
United Nations. Official Records of the General Assembly. Twenty-Ninth Session. Plenary Meetings. Verbatim Records of Meetings, 17 September–18 December 1974, and 16 September 1975, 3 Bände, New York 1986 und 1987.
- UN GENERAL ASSEMBLY, 36th Session, Plenary Meetings
United Nations. Official Records of the General Assembly. Thirty-Sixth Session. Plenary Meetings. Verbatim Records of Meetings, 15 September–18 December 1981, 16, 19, 29 March, 28 April, and 20 September 1982, 3 Bände, New York 1986.
- UN GENERAL ASSEMBLY, 38TH Session, Plenary Meetings
United Nations. Official Records of the General Assembly. Thirty-Eighth Session. Plenary Meetings. Verbatim Records of Meetings, 20 September–14 October 1983, 20 October–25

- November 1983, 28 November–20 December 1983, 26 June and 17 September 1984, 3 Bände, New York 1988.
- UNITED NATIONS RESOLUTIONS
Serie I
- United Nations Resolutions. Series I: Resolutions Adopted by the General Assembly, hrsg. von Dusan J. Djonovich, Dobbs Ferry, New York 1972 ff.
- UNITED NATIONS RESOLUTIONS
Serie II
- United Nations Resolutions. Series II: Resolutions and Decisions Adopted by the Security Council, hrsg. von Dusan J. Djonovich, Dobbs Ferry, New York 1988 ff.
- UNTS
- United Nations Treaty Series. Treaties and International Agreements. Registered or Filed and Recorded with the Secretariat of the United Nations, [New York] 1946/47 ff.
- US STATUTES AT LARGE
- United States Statutes at Large. Containing the Laws and Concurrent Resolutions Enacted During the Second Session of the Ninety-Third Congress of the United States of America. 1974 and Proclamations. Band 88 (2 Teilbände), Teil 1: Public Laws 93–246 Through 93–446, Washington D. C. 1976.
- US TREATIES
- United States Treaties and Other International Agreements. Band 24 (2 Teilbände), Washington D. C. 1974.
- VERFASSUNGSSCHUTZBERICHT
NORDRHEIN-WESTFALEN
- Verfassungsschutzbericht des Landes Nordrhein-Westfalen 1982, hrsg. vom Innenminister des Landes Nordrhein-Westfalen, Düsseldorf o. J.
- VERHANDLUNGEN DES EUROPÄISCHEN
PARLAMENTS 1983/84
- Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaften. Anhang. Verhandlungen des Europäischen Parlaments. Sitzungsperiode 1983–1984. Ausführliche Sitzungsberichte, o. O. o. J.
- VIZIT KANCLERA ADENAUERA
- Vizit Kanclera Adenauera v Moskvu 8–14 sentjabrja 1955 g. Dokumenty i materialy, hrsg. von A. V. Zagorskij, Moskau 2005.
- VOGEL, Nachsichten
- Hans-Jochen Vogel, Nachsichten. Meine Bonner und Berliner Jahre, München/Zürich 1996.
- VON HUBERTUSSTOCK NACH BONN
- Von Hubertusstock nach Bonn. Eine dokumentierte Geschichte der deutsch-deutschen Beziehungen auf höchster Ebene 1980–1987, hrsg. von Detlef Nakath und Gerd-Rüdiger Stephan, Berlin 1995.
- WAHLPARTEITAG DER SPD
- Wahlparteitag der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands. 21. Januar 1983. Dortmund, Westfalenhalle. Protokoll der Verhandlungen.
- XC

- | | |
|---|--|
| | Anlagen, hrsg. vom Vorstand der SPD, Bonn
o. J. |
| YEARBOOK OF THE INTERNATIONAL LAW
COMMISSION | Yearbook of the International Law Commis-
sion. 1979. Band II, 2. Teilband: Report of the
Commission to the General Assembly on the
work of its thirty-first session, New York
1980. |
| YEARBOOK OF THE UNITED NATIONS | Yearbook of the United Nations, hrsg. vom
Department of Public Information, New York
1947 ff. |

Abkürzungsverzeichnis

A	Austria (Österreich)	BIZ	Bank für Internationalen Zahlungsausgleich
AA	Auswärtiges Amt	BK	Bundeskanzler
ABC-Waffen	Atomare, biologische und chemische Waffen	BKA	Bundeskanzleramt bzw. Bundeskriminalamt
ABM	Anti-Ballistic Missile	BM	Bundesminister/ium
ACDA	(United States) Arms Control and Disarmament Agency	BMA	Bundesminister/ium für Arbeit und Soziales
ADM	Atomic Demolition Munition	BMB	Bundesminister/ium für innerdeutsche Beziehungen
AG	Arbeitsgruppe bzw. Aktiengesellschaft	BMD	Ballistic Missile Defense
AHG	Ad-hoc-Gruppe	BMF	Bundesminister/ium der Finanzen
AK	Arbeitskreis	BMFT	Bundesminister/ium für Forschung und Technologie
AKP	Afrika, Karibik, Pazifik	BMI	Bundesminister/ium des Innern
AL	Abteilungsleiter bzw. Arabische Liga	BMJ	Bundesminister/ium der Justiz
ALCM	Air-Launched Cruise Missile	BML	Bundesminister/ium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten
AM	Außenminister	BMP/BMPPost	Bundesminister/ium für das Post- und Fernmeldewesen
ANC	African National Congress	BMVg	Bundesminister/ium der Verteidigung
Anl./Anlg.	Anlage/Anlagen	BMW	Bundesminister/ium für Wirtschaft
ARG	Argentinien	BMZ	Bundesminister/ium für wirtschaftliche Zusammenarbeit
ASAT	Anti-Satelliten(-Waffe/-System)	BND	Bundesnachrichtendienst
ASEAN	Association of Southeast Asian Nations	BPA	Presse- und Informationsamt der Bundesregierung
AsTV	Ausschuß der Ständigen Vertreter	BPräs	Bundespräsident
ATH	Äthiopien	BR	Bundesrepublik
AUS	Australien	BR (I)	Botschaftsrat (I. Klasse)
AWACS	Airborne Warning and Control System	BRD	Bundesrepublik Deutschland
AWG	Außenwirtschaftsgesetz	BReg	Bundesregierung
AZ	Aktenzeichen		
B/BE	Belgien		
BAM	Bundesaußenminister/ium		
BDI	Bundesverband der Deutschen Industrie		
BfV	Bundesamt für Verfassungsschutz		
BGS	Bundesgrenzschutz		
BIP	Bruttoinlandsprodukt		
XCII			

BSP	Bruttosozialprodukt	CSU	Christlich-Soziale Union
BSR	Bundessicherheitsrat	CTB	Comprehensive Test Ban
BStS	Büro Staatssekretäre	CW	Chemical Weapons bzw. Chemiewaffen
BT	Bundestag		
BUL	Bulgarien	CYP	Cyprus
CA/CAN/CDN	Canada	D	Deutschland bzw. (Ministerial-)Direktor
CARICOM	Caribbean Community and Common Market	DB	Drahtbericht
CBM	Confidence-Building Measures	DC	Democrazia Cristiana
CD	Committee on Disarmament	DDR	Deutsche Demokratische Republik
CDA	Christen-Demokratisch Appel	DE	Drahterlaß
CDE	Conference on Disarmament in Europe	DED	Deutscher Entwicklungsdienst
CDU	Christlich-Demokratische Union Deutschlands	DFG	Deutsche Forschungsgemeinschaft
CH	Confederatio Helvetica (Schweiz)	Dg	(Ministerial-)Dirigent
ChBK	Chef des Bundeskanzleramts	DGAP	Deutsche Gesellschaft für Auswärtige Politik
CHN	China (Volksrepublik)	DGB	Deutscher Gewerkschaftsbund
CIA	Central Intelligence Agency	DIA	Defense Intelligence Agency
CIMEX	Civil Military Exercise	DIHT	Deutscher Industrie- und Handelstag
CINCENT	Commander-in-Chief Allied Forces Central Europe	DK	Dänemark
CM	Cruise Missile	DKP	Deutsche Kommunistische Partei
CND	Campaign for Nuclear Disarmament	DL	Delegationsleiter
COCOM	Coordinating Committee for East-West Trade Policy	DM	Deutsche Mark
COMECON	Council for Mutual Economic Aid/Assistance	DPC	Defense Planning Committee
Coreu	Correspondance européenne	DRK	Deutsches Rotes Kreuz
COS	Costa Rica	DVJ	Demokratische Volksrepublik Jemen
CSBM	Confidence- and Security- Building Measures	DVRK	Demokratische Volksrepublik Korea
CSCE	Conference on Security and Cooperation in Europe	DW	Dritte Welt
ČSSR	Československá Socialistická Republika (Tschechoslowakische Sozialistische Republik)	EA	Europäische Akte
		EAD	Europäisch-Arabischer Dialog
		ECE	Economic Commission for Europe
		ECU	European Currency Unit
		EEC	European Economic Community

EFTA	European Free Trade Association	FNLA	Frente Nacional de Libertação de Angola
EG	Europäische Gemeinschaften	FRELIMO	Frente de Libertação de Moçambique
EGK	Europäische Gemeinschaften-Kommission	FRG	Federal Republic of Germany
EGKS	Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl	FROG	Free Rocket Over Ground
EH	Entwicklungshilfe	FS	Fernschreiben
EIB	Europäische Investitionsbank	FSLN	Frente Sandinista de Liberación Nacional
EKD	Evangelische Kirche in Deutschland	Fü S	Führungsstab der Streitkräfte
EL	Entwicklungsländer	FZ	Finanzielle Zusammenarbeit
ELS	El Salvador	FZIO	Friedenszone Indischer Ozean
EP	Europäisches Parlament	GAP	Gemeinsame Agrarpolitik
EPZ	Europäische Politische Zusammenarbeit	GATT	General Agreement on Tariffs and Trade
ER	Europäischer Rat	GB/GR/GRO	Großbritannien
ESA	European Space Agency	GDR	German Democratic Republic
ESRO	European Space Research Organisation	GE	Germany
ETA	Euskadi Ta Askatasuna	geh.	geheim
EU	Europäische Union	GG	Grundgesetz
EuGH	Europäischer Gerichtshof	GK	Generalkonsul/at
EURATOM	Europäische Atomgemeinschaft	GL	Gruppenleiter
EURODIF	European Gaseous Diffusion Uranium Enrichment	GLCM	Ground-Launched Cruise Missile
EVP	Europäische Volkspartei	GPG	General Political Guidelines
EWG	Europäische Wirtschaftsgemeinschaft	GR/GRI	Griechenland
EWS	Europäisches Währungssystem	GRE	Grenada
EZ	Entwicklungszusammenarbeit	GS	Generalsekretär
F/FR/FRA	Frankreich	GSG	Grenzschutzgruppe
FBS	Forward Based Systems	GTZ	Deutsche Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit
FCO	Foreign and Commonwealth Office	GV	Generalversammlung
FDP	Freie Demokratische Partei	GVG	Gerichtsverfassungsgesetz
FF	Französischer Franc/ Franc français	HLG	High Level Group
FIN	Finnland	HNS	Host Nation Support
		I/IT/ITA	Italien
		IAEA	International Atomic Energy Agency

IAEO	Internationale Atomenergieorganisation	KGB	Komitet gosudarstvennoj bezopasnosti
IAU	International Accounting Unit	KH	Kapitalhilfe
ICAO	International Civil Aviation Organisation	KK	Korpskommandant
ICBM	Intercontinental Ballistic Missile	KKW	Kernkraftwerk
IDA	International Development Association	KP	Kommunistische Partei
IDD	Integrated Decision Document	KPCh	Kommunistische Partei Chinas
IEA	International Energy Agency/Internationale Energieagentur	KPdSU	Kommunistische Partei der Sowjetunion
IG	Interessengemeinschaft bzw. Industriegewerk- schaft	KPF	Kommunistische Partei Frankreichs
i. G.	im Generalstab	KSZE	Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa
IL	Industrieländer	KVAE	Konferenz über Vertrauens- und Sicherheitsbildende Maßnahmen und Abrüstung in Europa
ILO	International Labour Organization	KWFZ	Kernwaffenfreie Zone
IMF	International Monetary Fund	KWKG	Kriegswaffenkontroll- gesetz
INF	Intermediate-Range Nuclear Forces	KZ	Konzentrationslager
INFCE	International Nuclear Fuel Cycle Evaluation	L/LUX	Luxemburg
IRA	Irish Republican Army	LA	Lateinamerika
IRBM	Intermediate-Range Ballistic Missile	LLDC	Least Developed Countries
IRK	Irak	LMB	Leiter Ministerbüro
IRL	Irland	LR (I)	Legationsrat (I. Klasse)
IRN	Iran	LRINF	Long-Range Intermediate Nuclear Forces
ISR	Israel	LRTNF	Long-Range Theater Nuclear Forces
IWF	Internationaler Währungsfonds	MARV	Maneuverable Reentry Vehicle
JAN/JAP	Japan	MB	Ministerbüro
JAR	Jemenitische Arabische Republik	MBFR	Mutual and Balanced Force Reductions
JCS	Joint Chiefs of Staff	MC	Military Committee
JUG	Jugoslawien	MD	Ministerialdirektor
KAE	Konferenz über Abrüstung in Europa	MdB	Mitglied des Bundestags
KAN	Kanada	MDg	Ministerialdirigent
KG	Kontaktgruppe	MdL	Mitglied des Landtags
		MfAA	Minister/ium für Aus- wärtige Angelegenheiten
		MIRV	Multiple Independently Targetable Reentry Vehicle

MM	Mittelmeer	OECD	Organization for Economic Cooperation and Development
MNF	Multinational Force in Lebanon		
MOS	Mosambik	OMA	Oman
MP	Ministerpräsident/in	OPEC	Organization of Petroleum Exporting Countries
MPLA	Movimento Popular de Libertação de Angola	o. V. i. A.	oder Vertreter im Amt
MR	Ministerialrat	OZ	Ortszeit
MRBM	Medium-Range Ballistic Missiles	P/PO/POR/PTG	Portugal
MRV	Multiple Reentry Vehicle	PAK	Pakistan
MS	Mitgliedstaaten	PEN	Poets, Essayists and Novelists
MWSt.	Mehrwertsteuer	PFLP	Popular Front for the Liberation of Palestine
MX	Missile Experimental		
N/NO/NOR/NWG	Norwegen	PK	Politisches Komitee
NAM	Namibia	PL/POL	Polen
NATO	North Atlantic Treaty Organization	PLO	Palestine Liberation Organization
NfD	Nur für den Dienstgebrauch	PM	Premierminister/in
NIC	Nicaragua	PNC	Palestine National Council
NL/NLD	Niederlande	POMCUS	Prepositioned Overseas Material Configured in Unit Sets
N+N	Neutrale und Nichtgebundene Staaten	PS	Parti Socialiste
NNA	Neutral and Non-Aligned States	PSI	Partito Socialista Italiano
NO	Naher Osten	PSOE	Partido Socialista Obrero Español
NPG	Nuclear Planning Group/ Nukleare Planungsgruppe	PStS	Parlamentarischer Staatssekretär
NPT	Non-Proliferation Treaty	PVAP	Polnische Vereinigte Arbeiterpartei
NRW	Nordrhein-Westfalen	PvdA	Partij van de Arbeid
NS	Nationalsozialismus	RA	Rechtsanwalt
NSC	National Security Council	RDF/RDJTF	Rapid Deployment (Joint Task) Force
NSDAP	Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei	Res.	Resolution
NV/NVV	Nichtverbreitung/ Nichtverbreitungsvertrag	RGW	Rat für Gegenseitige Wirtschaftshilfe
NVA	Nationale Volksarmee	RK	Rechts- und Konsularangelegenheiten
NY	New York	RL	Referatsleiter
OAE	Organisation für Afrikanische Einheit	RPR	Rassemblement Pour La République
OAS	Organization of American States/Organisation Amerikanischer Staaten	RUM	Rumänien
		S	Schweden

SA	Sturmabteilung	StPO	Strafprozeßordnung
SACEUR	Supreme Allied Commander Europe	StS	Staatssekretär
SALT	Strategic Arms Limitation Talks	St.V.	Ständiger Vertreter
SAM	Surface-to-Air Missile bzw. Sowjetisches Außen- minister/ium	SU	Sowjetunion
SAR	Saudi-Arabien	SUA	Südafrika
SCC	Standing Consultative Commission	SWA	Südwestasien
SCG	Special Consultative Group	SWAPO	South West Africa People's Organization
SED	Sozialistische Einheits- partei Deutschlands	SWP	Stiftung Wissenschaft und Politik
SF	Suomi-Finnland	SZR	Sonderziehungsrecht
SFR	Schweizer Franken	TNF	Theater Nuclear Forces
SG	Special Group	TO(P)	Tagesordnung(-spunkt)
SHAPE	Supreme Headquarters Allied Powers Europe	TR/TU/TUR	Türkei
SI	Sozialistische Internationale	TSE	Tschechoslowakei
SIM	Simbabwe	TZ	Technische Zusammenarbeit
SLBM	Submarine-Launched Ballistic Missile	UA	Unterabteilung
SLCM	Sea-Launched Cruise Missile	UDF	Union pour la Démocratie Française
SNCF	Société nationale des chemins de fer français	UdSSR	Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken
SOW	Sowjetunion	UK	United Kingdom
SPA	Spanien	UN(O)	United Nations (Organization)
SPC	Senior Political Committee	UNCTAD	United Nations Conference on Trade and Development
SPD	Sozialdemokratische Partei Deutschlands	UNESCO	United Nations Educational, Scientific and Cultural Organization
SR	Sicherheitsrat bzw. Sozialistische Republik	UNG	Ungarn
SRINF	Short-Range Intermediate Range Nuclear Forces	UNHCR	United Nations High Commissioner for Refugees
SS	Surface to Surface	UNIFIL	United Nations Interim Force in Lebanon
SSSR	Sojuz Sovetskich Socialistitčeskich Respublik	UNITA	União Nacional para a Independência Total de Angola
StAM	Stellvertretender Außenminister	UNTAG	United Nations Transition Assistance Group
START	Strategic Arms Reduction Talks	US/USA	United States of America
StGB	Strafgesetzbuch	USAP	Ungarische Sozialistische Arbeiterpartei
StM	Staatsminister	USSR	Union of Soviet Socialist Republics
		UStS	Unterstaatssekretär

VAE	Vereinigte Arabische Emirate	VS-v	VS-vertraulich
VAM	Vizeaußenminister	VVD	Volkspartij voor Vrijheid en Democratie
VAR	Vereinigte Arabische Republik	WEOG	Western European and Others Group
VBM	Vertrauensbildende Maßnahmen	WEU	Westeuropäische Union
VK	Vereinigtes Königreich	WHNS	Wartime Host Nation Support
VLR (I)	Vortragender Legationsrat (I. Klasse)	WINTEX	Winter Exercise
VM	Verteidigungsminister	WP	Warschauer Pakt
VN	Vereinte Nationen	YU/YUG	Yugoslavia
VO	Verordnung	ZA	Zentralamerika
VP	Vizepräsident	ZANU (PF)	Zimbabwe African National Union (Patriotic Front)
VR	Volksrepublik bzw. Völkerrechtsreferat		
VS	Verschlusssache	ZAPU	Zimbabwe African People's Union
VSBM	Vertrauens- und Sicherheitsbildende Maßnahmen	ZK	Zentralkomitee
		ZYP	Zypern

Dokumente

1

Botschafter Meyer-Landrut, Moskau, an das Auswärtige Amt

114-10002/83 VS-vertraulich
Fernschreiben Nr. 5

Aufgabe: 3. Januar 1983, 13.35 Uhr¹
Ankunft: 3. Januar 1983, 14.51 Uhr

Betr.: Die sowjetische Politik seit Andropows Wahl²

Bezug: a) DE Nr. 924 vom 23.12.82, 213-322.00-3241/82 VS-v³

b) Laufende Berichterstattung

I. 1) Der Einfluß des Generalsekretärs des ZK der KPdSU auf die sowjetische Politik war seit der Revolution so groß, daß es sich als sinnvoll erwiesen hat, die Geschichte der SU nach ihrer Amtszeit in die Lenin-, Stalin-, Chruschtschow- und Breschnew-Periode zu unterteilen. Mancherorts ist so die Frage entstanden, ob sich auch jetzt die sowjetische Politik signifikant verändern könnte.

2) Zwar ist es noch zu früh, um die Bedeutung der Amtsübernahme Andropows mit einiger Sicherheit zu bewerten. Jedoch spricht vieles dafür, dieses Mal dem Personenwechsel an der Spitze erheblich weniger Gewicht beizulegen als der Konstanz der Probleme und der Institutionen.

3) Denn 65 Jahre nach der Oktoberrevolution ist das sowjetische System inhaltlich und organisatorisch so verfestigt, daß auch ein neuer, energischer und intelligenter Mann an der Spitze – als solcher gilt Andropow – auch dann keine radikalen Veränderungen durchsetzen könnte, wenn er dies wollte.

4) Zu der im Laufe der Jahrzehnte gewachsenen Systemverfestigung kommt als weiterer Faktor, der seinen Spielraum einengt, hinzu, daß er wohl nicht der unumstrittene Nachfolgekandidat aller politischen Kräfte in der SU gewesen ist.

II. 1) Zwar ist es nach wie vor richtig, davon auszugehen, daß das eigentliche Zentrum der Macht in der SU im Parteiapparat liegt. Die Anzeichen einer Rivalität zwischen Andropow und Tschernenko im ZK-Apparat nach Suslows Tod⁴ deuten auch darauf hin, daß die Beherrschung dieses Apparates entscheidend ist.

¹ Das Fernschreiben wurde in zwei Teilen übermittelt. Vgl. Anm. 12.

Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Arnot am 3. Januar 1983 vorgelegen.

² Nach dem Tod des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Breschnew, am 10. November 1982 wurde der ehemalige Vorsitzende des Komitees für Staatssicherheit der UdSSR, Andropow, am 12. November 1982 zum Nachfolger gewählt. Zu den Hintergründen äußerte sich Botschafter Meyer-Landrut, Moskau, am 26. November 1982: „Der Mann Breschnews war zweifellos Tschernenko. [...] Daß die Wahl auf Andropow fiel, muß sich folglich daraus ergeben, daß dieser seine Stellung im Kreis der Mitglieder und Kandidaten des Politbüros besser absichern und unterhalb der Führung breiter abstützen konnte als Tschernenko. Bei dieser Absicherung und Abstützung spielen ideologisch kaum begründbare und nach außen tunlichst verschwiegene Querverbindungen eine Rolle“. Vgl. den Drahtbericht Nr. 5123; Referat 213, Bd. 133169.

³ Vortragender Legationsrat I. Klasse Arnot hat die Botschaft in Moskau um eine „Gesamtbewertung der seit Andropows Wahl eingetretenen Veränderungen in der Innen- einschließlich der Wirtschaftspolitik und der voraussichtlichen weiteren Entwicklung in diesem Bereich sowie der bisherigen sowjetischen Bewegungen in der Außenpolitik und der wahrscheinlichen weiteren Schritte“. Vgl. VS-Bd. 13281 (213); B 150, Aktenkopien 1982.

⁴ Der Sekretär des ZK der KPdSU, Suslow, starb am 25. Januar 1982.

- 2) Die anderen Säulen des Apparates – das Militär, die Maschinerie der Wirtschaftssteuerung in der Regierung, der KGB, im geringeren Maße auch das Außenministerium – besitzen bei Klarheit im ZK-Sekretariat kein entscheidendes Gewicht, auch weil die Partei mit Hilfe des ZK-Apparates und durch Besetzung der Spitzenposten diese Organisationen wohl weitgehend kontrolliert.
- 3) Diese beherrschende Stellung des ZK-Apparates kann sich aber nicht auswirken, wenn sich die Gewichte in ihm, auf Grund von Rivalitäten der führenden Sekretäre, neutralisieren. Dann wird u. a. die Koalition eines dieser Sekretäre mit einer der anderen Säulen des Apparates ausschlaggebend für die Konstellation im Politbüro, wo die Entscheidungen am Ende fallen.
- 4) Das Politbüro ist zwar institutionell dem Parteiapparat zugeordnet, seine Zusammensetzung macht es jedoch zu einer auch allen anderen Säulen des Apparates zuzuordnenden Entscheidungsinstanz, in der Art eines geheimen Staatsrates anderer politischer Systeme, in dem alle wesentlichen Interessen vertreten sind, mit der Aufgabe, die Richtlinien der Politik zu bestimmen.
- 5) Vieles spricht dafür, daß Andropow auch deshalb Generalsekretär wurde, weil er seit seiner Zeit als ZK-Sekretär für die regierenden sozialistischen Parteien⁵ eine gute Machtbasis im ZK-Apparat, insbesondere in den dort für Außenpolitik, Propaganda und Ideologie sowie innere Sicherheit zuständigen Abteilungen hatte.
- 6) Tschernenko scheint sich dagegen auf die für die Parteikader und -organisation sowie für die Wirtschaft zuständigen Abteilungen gestützt zu haben. In mancher Weise erinnert er an Malenkow, der seine Karriere ebenfalls fast völlig als persönlicher Gehilfe des Generalsekretärs (Stalin) gemacht hatte und mit dessen Tod⁶ seine eigentliche Machtbasis verlor. Typisch dafür war wohl, daß er offenbar von den Provinzfürsten, die seit Jahren im Politbüro sitzen, als „Newcomer“ betrachtet wurde, der nie ausreichend eigenverantwortlich gewesen war.
- 7) In dieser Lage des Übergangs kam der Kontrolle der für die innere Sicherheit zuständigen Apparate des KGB und des Innenministeriums sowie einem guten Verhältnis zu den Streitkräften, also der Kontrolle der zur Verwendung von Gewalt fähigen Instanzen, eine möglicherweise ausschlaggebende Bedeutung zu.
- 8) Zwar ist es nicht möglich, die Position Fedortschuks als KGB-Chef und jetzt als Innenminister sowie seines Nachfolgers als KGB-Vorsitzender, Tschebrikow, genau zu bestimmen. Alle Anzeichen sprechen aber dafür, daß Andropow mit seinem Wechsel ins ZK-Sekretariat die politische Kontrolle des KGB nicht verlor.
- 9) Neben den Todestag Breschnews tritt so der 27.10.1982, der Tag des Zusammentreffens der engeren Führung (Breschnew, Andropow, Tichonow, Tschernenko, Ustinow, Gromyko) mit den Kommandeuren der Streitkräfte, als wesentliches Datum, weil dieses Treffen den Kompromiß der Wirtschafts- und der Verteidigungsinteressen, darum ging es in Breschnews Rede, billigte.⁷

⁵ Jurij Wladimirowitsch Andropow war von 1962 bis 1967 Sekretär des ZK der KPdSU.

⁶ Der Generalsekretär des ZK der KPdSU, Stalin, starb am 5. März 1953.

⁷ Für den Wortlaut der Rede des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Breschnew, auf einer Bera-

10) Vorausgegangen war aller Wahrscheinlichkeit nach ein Tauziehen um die Höhe der Ressourcen, die für das auf dem ZK-Plenum im Mai beschlossene und nie völlig ausgearbeitete Lebensmittelprogramm zur Verfügung gestellt werden sollten.⁸

Mit diesem Programm waren vor allem Breschnew, Tschernenko und Tichonow identifiziert. Es ist plausibel, daß die Militär- und Rüstungsinteressen, die Ustinow vertritt, diesem Programm zurückhaltend gegenüberstanden, insbesondere, seit sich abzeichnete, daß es Reagan gelingen würde, eine substantielle Aufstockung des US-Verteidigungshaushalts durchzusetzen.⁹ Andropow war insoweit frei.

III. 1) Es ist insofern logisch, daß die Wirtschaftspolitik im Zentrum von Andropows ersten Anstrengungen zu stehen scheint. In der gegebenen Kräftekonstellation sind größere Ressourcenverschiebungen kaum möglich. Mit dem Transportwesen, das in der Tat seit langem im argen liegt, hat er ein Gebiet zum Schwerpunkt gemacht, auf dem – bei gleichbleibender Mittelzuweisung an Industrie und Landwirtschaft – durch bessere Verteilung für ein höheres Gesamtergebnis gesorgt werden soll.

2) Daneben scheinen organisatorische Veränderungen im Planungs- und Lenkungsapparat beabsichtigt, die in der Tendenz die Verantwortung „vor Ort“ stärken, im Mittelbau der Ministerien Kompetenzdoppelungen beseitigen und an der Spitze straffen.

3) Ein höheres Gesamtergebnis soll offenbar gleichzeitig durch eine Veränderung der Lohnstruktur erreicht werden, die den Lohn stärker am Produktionsergebnis als an der benötigten Arbeitszeit ausrichtet. Dies scheint der Kern der im übrigen ideologisch gefaßten derzeitigen Kampagne für „mehr Disziplin“ zu sein.¹⁰

Fortsetzung Fußnote von Seite 4

tung mit Offizieren der sowjetischen Streitkräfte am 27. Oktober 1982 in Moskau vgl. BRESHNEW, Wege, Bd. 9, S. 360–364.

Botschaftsrat I. Klasse Kästner, Moskau, teilte am 28. Oktober 1982 mit, die Rede Breschnews sei „nach innen gewendet eine Beruhigung der Streitkräfte darüber, daß die sowjetische Außen- und Wirtschaftspolitik die vitalen Sicherheitsinteressen des Landes immer voll berücksichtigen und den Streitkräften die zur Erfüllung ihrer Aufgaben nötigen Mittel zur Verfügung stellen“ werde. Nach außen könne sie „als Annahme der amerikanischen Herausforderung, insbesondere im Rüstungsbereich, verstanden werden“. Vgl. den Drahtbericht Nr. 4686; Referat 213, Bd. 133171.

⁸ Das Plenum des ZK der KPdSU billigte am 24. Mai 1982 einen Bericht des Generalsekretärs Breschnew über das „Lebensmittelprogramm der UdSSR für die Zeit bis 1990“ und beauftragte Ministerrat, Staatliches Plankomitee und andere Organe damit, auf dieser Grundlage „Jahrespläne der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung des Landes“ auszuarbeiten. Ziel sei die „Versorgung der Bevölkerung mit Lebensmitteln in möglichst kurzen Fristen“. Vgl. den Artikel „Rede Leonid Breschnew auf dem ZK-Plenum der KPdSU“, NEUES DEUTSCHLAND vom 25. Mai 1982, S. 1 f.

⁹ Am 20. Dezember 1982 verabschiedete der amerikanische Kongreß den vorläufigen Verteidigungshaushalt 1983 in Höhe von 232 Mrd. Dollar in Form einer „Continuing Resolution“, die von Präsident Reagan am folgenden Tag unterzeichnet wurde. Gesandter Wallau, Washington, informierte am 21. Dezember 1982, daß die Mittel für MX-Raketen gestrichen worden seien, da Meinungsverschiedenheiten über das Dislozierungskonzept der Regierung bestünden. Der Kongreß habe ferner unter Hinweis auf gescheiterte Testversuche die Gelder für Pershing II nicht bewilligt. Das amerikanische Verteidigungsministerium sei aber zuversichtlich, daß die Mittel für letztere nach erfolgreichen Tests noch freigegeben würden. Vgl. dazu den Drahtbericht Nr. 5450; Referat 201, Bd. 125653.

¹⁰ Botschafter Meyer-Landrut, Moskau, berichtete am 10. Januar 1983 über „Aufrufe zu mehr Gesetzestreue und einer härteren Hand zur Durchsetzung dieser Forderung“ in den sowjetischen Medien. Ausgangspunkt hierfür sei „die Kritik Andropows über mangelnde Disziplin und seine Forderung, „Kräfte der Trägheit und alte Gewohnheiten“ zu beseitigen, unfähige Funktionäre abzulösen. [...]

4) Neue Akzente der Außenhandelspolitik sind noch nicht erkennbar. Bekannt ist, daß Tschernenko hier das Gewicht sehr viel mehr auf RGW-Integration als auf Westhandel gelegt hat. Ein umgekehrtes Indiz mag in der Beförderung Alchimows (Leiter der Staatsbank) zum Vollmitglied des ZK auf dem November-Plenum¹¹ liegen.

Die internationale Kreditverknappung, auch nach der polnischen Entwicklung, und politische Erwägungen, nicht erpreßbar zu werden, wirken zwar negativ auf den Westhandel ein. Die RGW-Integration bietet aber dafür keinen wirklichen Ersatz. Nur im Westhandel lassen sich durch Rohstoffexport die für den Import der benötigten westlichen Technologie notwendigen Devisen verdienen. Diese Sachlage dürfte sich durchsetzen.

¹²IV. 1) In der Innenpolitik waren die letzten Wochen wegen des 60. Jahrestages der Gründung der SU¹³ stark von der Nationalitätenfrage bestimmt. Hier sind Tendenzen besonders schwer zu erkennen, da Teil der Flüsterkampagnen in Moskau während des letzten Dreivierteljahres zur Demontage oder zum Lob Andropows Erzählungen über seinen Kampf gegen den russischen Chauvinismus waren, die reine Zweckpropaganda zur Herabsetzung seiner damaligen Rivalen sein können. Sein ideologisch-orthodoxer Ansatz „Endziel – Verschmelzung der Nationen“¹⁴ spricht aber dafür, daß er tendenziell tatsächlich den groß-russischen Chauvinismus bekämpft, der sich gegen ein „Aufgehen“ des russischen Volkes im „sowjetischen Volk“ wehrt.

2) Der andere, wohl kaum weniger wichtige Schwerpunkt war die mit Personalveränderungen an der Spitze des Sicherheitsapparates verbundene, erst im Anlauf befindliche Kampagne, z. B. mit Hilfe des Briefwesens, gegen alle Arten von „Bummelantentum“ und Verletzung der „sozialistischen (Arbeits-)Moral“. Sie geht einher mit Personalverschiebungen im Propagandaapparat und einer Betonung der Notwendigkeit „effektiver“ ideologischer Arbeit durch Andropow. Erste Indizien für eine Verhärtung der Kulturpolitik liegen vor.

Fortsetzung Fußnote von Seite 5

An Rechtsverstößen, die mit härteren repressiven Maßnahmen bekämpft werden sollen, werden insbesondere genannt: unzureichende Sicherheit in einigen Städten und Dörfern auf den Straßen, Desorganisation der Produktion, Rowdytum, Trunksucht, Spekulation, Bestechung und Diebstahl.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 111; Referat 213, Bd. 139287.

¹¹ Die Sitzung des Plenums des ZK der KPdSU fand am 22. November 1982 in Moskau statt.

¹² Beginn des mit Drahtbericht Nr. 6 übermittelten zweiten Teils des Fernschreibens. Vgl. Anm. 1.

¹³ Die Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken wurde am 30. Dezember 1922 gegründet.

¹⁴ Vortragender Legationsrat I. Klasse Arnot erläuterte am 21. Dezember 1982, daß der Generalsekretär des ZK der KPdSU, Andropow, in seiner Rede anläßlich des 60. Jahrestags der UdSSR am selben Tag in Moskau „den Klassencharakter des Nationalitätenproblems“ betont habe: „Bei der Erwähnung der in einer ‚brüderlichen Familie‘ zusammenlebenden Völker und Völkerschaften ist eine bemerkenswerte neue Nuance die namentliche Nennung von vier Völkerschaften, die keine eigene regionale Verwaltungseinheit besitzen, der Deutschen, Polen, Koreaner und Kurden (in dieser Reihenfolge). Die von Andropow in diesem Zusammenhang gemachte Bemerkung, daß für diese Völkerschaften die SU lange Heimat geworden sei und daß sie vollwertige Sowjetbürger seien, dient – zumindest was die Deutschen betrifft – offenbar dem Zweck, ihrem Wunsch auf Ausreise aus der SU den Boden zu entziehen. [...] In gleichem Atemzug bezeichnet es Andropow – seit längerem als erster sowjetischer Führer – als Endziel der sowjetischen Nationalitätenpolitik, die Nationen der SU einander nicht nur näherzubringen, sondern sie zu ‚verschmelzen‘.“ Vgl. Referat 213, Bd. 133171.

Für den Wortlaut der Rede Andropows vgl. ANDROPOW, Ausgewählte Reden, S. 9–25. Vgl. dazu ferner AAPD 1982, II, Dok. 360.

V. 1) Dieser stärker ideologisch geprägte Ansatz, in dem Andropows Vergangenheit im internationalen Apparat des ZK zu Zeiten Chruschtschows zum Ausdruck kommt, hat sich auch außenpolitisch niedergeschlagen.

2) Beginnend mit der Taschkenter Rede Breschnews¹⁵, die China wieder als sozialistischen Staat bezeichnete, zeichnet sich eine Belebung der Vorstellungen „vom sozialistischen Weltsystem“ ab, die jetzt in der Rede zum 60. Jahrestag ausgesprochen werden.

3) Die Belebung der sowjetischen Chinapolitik, aber auch nuanciertes, aufmerksames Vorgehen gegenüber Jugoslawien, Nordkorea und in Ansätzen sogar Albanien, sind Teil dieser Entwicklung, genauso wie die stark ideologisch geprägte Bemühung um die Staaten der Dritten Welt, die sich in einer großen Zahl von Rednern aus diesen Ländern bei den 60-Jahr-Feiern niederschlug.

4) Die Konsolidierung des engeren Hegemonialverbandes ist zwar bisher noch nicht besonders herausgestellt worden. Die tiefe Sorge Andropows über die Bedeutung der polnischen Entwicklung für den „realen Sozialismus“ insgesamt ergibt sich jedoch aus seiner Rede an Lenins Geburtstag im vergangenen Frühjahr.¹⁶

5) Eine stärkere Konzentration auf die Frage, wie die Last des Afghanistan-Problems¹⁷ schneller verringert werden kann, ist zu beobachten. Das Mittel dazu scheint aber nicht in Konzessionen, sondern in einer aktiveren Pakistanpolitik zu bestehen, in der sich Werbung und Druck vermischen.

VI. 1) Trotz dieser ideologisch geprägten Hinwendung zur „weiteren Familie“ stehen aber die USA bisher in einer Weise im Mittelpunkt von Andropows Außenpolitik, die selbst die Konzentration Breschnews auf dieses Problem noch übersteigt. Die fast völlige Konzentration des außenpolitischen Teils der Rede zum 60. Jahrestag auf die Beziehungen zu den USA, und hier auf den START¹⁸- und INF-Prozeß¹⁹, sind dafür bezeichnend.

15 Für den Wortlaut der Rede des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Breschnew, am 24. März 1982 in Taschkent vgl. BRESHNEW, Wege, Bd. 9, S. 246–261.

16 Für den Wortlaut der Rede des Vorsitzenden des Komitees für Staatssicherheit der UdSSR, Andropow, am 22. April 1982 in Moskau vgl. ANDROPOW, Ausgewählte Reden, S. 214–229.

17 Am 24. Dezember 1979 intervenierten Streitkräfte der UdSSR in Afghanistan. Am 27. Dezember 1979 wurde in Kabul Präsident Amin getötet. Nachfolger als Präsident des Revolutionsrats wurde Babrak Karmal. Vgl. dazu AAPD 1979, II, Dok. 393–395.

Botschaftsrat I. Klasse Bauch, Kabul, äußerte sich am 21. Dezember 1982 zur Lage in Afghanistan: „Auch nach drei Jahren hat die SU ihre mit der militärischen Intervention verfolgten Nahziele nicht erreicht. Der bewaffnete Widerstand hält an, trotz zum Teil erheblicher und verlustreicher Rückschläge konnte er noch nicht entscheidend getroffen werden. Auch politisch konnte die SU noch keine Stabilisierung des von ihr eingesetzten Regimes in der Bevölkerung erreichen, dessen internationale Isolierung anhält. Vgl. den Drahtbericht Nr. 269; Referat 340, Bd. 136765.

18 Präsident Reagan schlug am 9. Mai 1982 in Eureka (Illinois) vor, bei den amerikanisch-sowjetischen Verhandlungen über die Verminderung strategischer Rüstungen (START) die interkontinentalen ballistischen Trägerwaffen (ICBM und SLBM) sowie die Anzahl ihrer Gefechtsköpfe zu reduzieren. Vgl. dazu PUBLIC PAPERS, REAGAN 1982, S. 580–586. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1982, D 300–303 (Auszug). Vgl. dazu AAPD 1982, I, Dok. 142.

Die ersten beiden Runden fanden vom 29. Juni 1982 bis 12. August 1982 bzw. vom 6. Oktober bis 2. Dezember 1982 statt. Vgl. dazu AAPD 1982, II, Dok. 228 und Dok. 342.

Zur dritten Runde, die am 2. Februar 1983 begann, vgl. Dok. 96.

19 Die amerikanisch-sowjetischen Verhandlungen über die nuklearen Mittelstreckensysteme in Europa (INF) begannen am 30. November 1981 in Genf und wurden am 16. Dezember 1981 unterbrochen. Im Mittelpunkt standen der amerikanische Vorschlag für eine Null-Lösung und ein sowjeti-

2) Auch dafür ist nicht nur die klare Analyse der Machtverhältnisse entscheidend. Hinzu tritt die Vorstellung von den zwei Lagern in der Welt, in der nach der Imperialismus-Theorie Lenins es letztlich keine Dritten gibt, sondern die jungen Völker die Verbündeten des Sozialismus sind. Andropows Reden zu Lenins Geburtstag 1976²⁰ und 1982 zeigen dieses Weltbild.

Das nuklearstrategische „Kräfteverhältnis“ ist so die machtpolitisch zwischen den beiden Lagern entscheidende Frage. Der START/INF-Prozeß ist nur die andere Seite der Münze. Die in ihm steckenden Möglichkeiten, die Westeuropäer von den USA zu trennen, betonen seine politische Potenz.

3) Seine besondere Bedeutung ergibt sich für Andropow aber nicht nur aus Erwägung der Konsolidierung der sowjetischen und Eingrenzung der amerikanischen Macht sowie dem Versuch, durch Herausstellung dieser Machtverhältnisse das Übergewicht im geistigen Kampf mit dem „Imperialismus“ zu gewinnen. Verschiedene Äußerungen von Gesprächspartnern, die Andropow seit längerem verbunden sind, deuten darauf hin, daß wirtschaftliche Erwägungen dabei auch eine bedeutende Rolle spielen.

4) Wenn man sich vergegenwärtigt, welche Mittel die USA in den nächsten Jahren für ihre Verteidigung aufwenden wollen, und in Rechnung stellt, daß wegen der Effizienzprobleme der hiesigen Wirtschaft für das gleiche Ergebnis wahrscheinlich ein Mehrfaches an Mitteln aufgewendet werden müßte, dann zeigt sich das große Interesse am START-Prozeß allein schon, um diesen Aufwand so gering wie möglich zu halten. Dies gilt erst recht in einer Lage stagnierenden Wachstums der Wirtschaft und geringer Entscheidungsspielräume zwischen den institutionalisierten Interessen.

VII. 1) Außenpolitisch wird der START/INF-Prozeß der Schwerpunkt bleiben. Die Chinapolitik dient eher der Entlastung.

Fortsetzung Fußnote von Seite 7

scher Zwei-Stufen-Plan, der bis 1985 eine beiderseitige Reduzierung der Mittelstreckensysteme, einschließlich der britischen und französischen, auf 600 und anschließend bis 1990 auf 300 Systeme vorsah. Vgl. dazu AAPD 1981, III, Dok. 356 und Dok. 380.

Nach Wiederaufnahme der Verhandlungen am 12. Januar 1982 unterbreiteten die USA am 2. Februar 1982 einen Entwurf für ein INF-Abkommen. Die UdSSR folgte am 4. Februar mit dem Entwurf für eine Absichtserklärung. Die Verhandlungen wurden am 16. März 1982 vertagt. Vgl. dazu AAPD 1982, I, Dok. 39, Dok. 40 und Dok. 83.

Vom 20. Mai bis 20. Juli 1982 setzten die USA und die UdSSR die Verhandlungen fort. Am 25. Mai 1982 legte die UdSSR den Entwurf für ein INF-Abkommen vor, der ihre bisherigen Vorschläge bündelte. Er sah die Schaffung einer Reduzierungszone (Europa, einschließlich der Türkei, sowie der europäische Teil der UdSSR und die angrenzenden Seegebiete) vor, innerhalb derer die Mittelstreckensysteme von NATO und Warschauer Pakt binnen fünf Jahren auf je 300 verringert werden sollten; die Zusammensetzung der Waffen und die Option zu ihrer Modernisierung bliebe davon unberührt (Artikel IV). Ferner sollte die Stationierung von Raketen systemen außerhalb der Reduzierungszone, die aufgrund ihrer Reichweite auf Ziele innerhalb dieser Zone gerichtet werden konnten, verboten werden (Artikel VI). Vgl. dazu AAPD 1982, I, Dok. 169.

In der dritten Verhandlungsrunde vom 30. September bis 30. November 1982 variierte die UdSSR ihre Haltung dahingehend, daß sie statt der bisher vorgesehenen Reduzierung auf 300 Einheiten eine Obergrenze von 255 Systemen und innerhalb dieses Rahmens eine spezielle Obergrenze für Raketen vorschlug. Konträre Standpunkte blieben u. a. die Einbeziehung der britischen und französischen Systeme, die Zählkriterien und die Reduzierungsschritte. Vgl. dazu AAPD 1982, II, Dok. 351.

²⁰ Für den Wortlaut der Rede des Vorsitzenden des Komitees für Staatssicherheit der UdSSR, Andropow, am 22. April 1976 in Moskau vgl. ANDROPOW, Reden und Schriften, S. 190–219.

2) Wirtschaftspolitisch ist an dem Grundproblem der falsch gesetzten Stimuli aus ideologischen und machtpolitischen Gründen – die zentrale Lenkung der Wirtschaft ist Teil eines die politische Macht extrem zentralisierenden Systems – nichts zu ändern. Die Verteilungsenergieprobleme bleiben, könnten aber abgemildert werden.

3) Die personelle Konstellation an der Spitze ist noch nicht völlig konsolidiert, was den politischen Spielraum weiter verengt. Gleichzeitig ist der Generationswechsel nach dem Ausscheiden Suslows, Breschnews und Kirilenkos in diesem Jahr noch nicht abgeschlossen. Tichonow ist 77, Tschernenko 71, Ustinow 74 und Gromyko 73 Jahre alt. Eventuelle Nachfolger stünden aber vor den im wesentlichen gleichen Zwängen, vor denen jetzt der neue Generalsekretär steht. Ein anderer Erfahrungshintergrund, z.B. keine Kriegserinnerungen mehr, fallen demgegenüber wohl weniger ins Gewicht.

4) Andropow braucht Zeit. Erst das nächste Frühjahrsplenum des ZK²¹ dürfte genauen Aufschluß geben. Die Gesamttendenz deutet aber nicht auf eine flexiblere sowjetische Politik.

[gez.] Meyer-Landrut

VS-Bd. 13383 (213)

2

Botschafter Wieck, Brüssel (NATO), an das Auswärtige Amt

114-10025/83 VS-vertraulich
Fernschreiben Nr. 6
Cito

Aufgabe: 4. Januar 1983, 18.57 Uhr¹
Ankunft: 4. Januar 1983, 19.26 Uhr

Betr.: Die Lage der Allianz um die Jahreswende 1982/83

Zur Unterrichtung

I. 1) Die Allianz hat im Jahre 1982 die Probleme operativer Natur, mit denen sie sich konfrontiert sah (Polen, Ost-West-Wirtschaftsbeziehungen, Entwicklung des Out-of-area-Konzepts, Rüstungskontrollfragen, Beitritt Spaniens zur Allianz², Fortsetzung der Verteidigungsprogramme bei abnehmender Leistungs-

²¹ Die Tagung des Plenums des ZK der KPdSU fand am 14./15. Juni 1983 in Moskau statt.

¹ Das Fernschreiben wurde in zwei Teilen übermittelt. Vgl. Anm. 12.

Hat Vortragendem Legationsrat Pieck am 6. Januar 1983 vorgelegen, der handschriftlich verfügte: „RL n[ach] R[ückkehr].“

Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Schenk am 9. Januar 1983 vorgelegen.

² Die NATO-Mitgliedstaaten und Spanien unterzeichneten am 10. Dezember 1981 in Brüssel ein Protokoll zum NATO-Vertrag vom 4. April 1949 über den Beitritt Spaniens, der am 30. Mai 1982 erfolgte. Für den Wortlaut vgl. BUNDESGESETZBLATT 1982, Teil II, S. 400–402.

Am 2. Dezember 1982 berichtete Botschafter Brunner, Madrid, der am selben Tag gewählte neue Ministerpräsident González habe im Parlament erklärt: „Die Beitrittsentscheidung der Regierung

fähigkeit der Volkswirtschaften), relativ befriedigend bewältigen können. Zu diesem verhältnismäßig günstigen Ergebnis haben die Begegnungen im Allianzrahmen auf der Ebene der Staats- und Regierungschefs am 10. Juni 1982 in Bonn³ sowie die regulären und die besonderen Außenministertreffen (letztere am 11. Januar 1982 wegen Polen⁴ und 2./3. Oktober über Fragen des Ost-West-Verhältnisses vor allem auf wirtschaftlichem Gebiet⁵) entscheidend beigetragen.

2) Die politischen Spannungen innerhalb des Bündnisses machten aber auch deutlich, daß die Vereinigten Staaten gegenwärtig für die Gestaltung des Ost-West-Verhältnisses, insbesondere in den Bereichen der Technologie und der Kredite, eine negative dogmatische Politik verfolgen, während Europa und Kanada langfristig auf die positiven Wirkungen einer stabilen, aktiven Entwicklung im Bereich der Ost-West-Wirtschaftsbeziehungen bauen. Spannungen zwischen den Bündnispartnern sind deshalb auch in Zukunft unvermeidbar.

3) Die öffentlichkeitswirksame Kräftigung der gemeinsamen Grundlagen und Ziele des Bündnisses sowie im Blick auf konkrete Zielvorstellungen (Programm für den Frieden in Freiheit⁶) durch den Bonner Gipfel wurde durch die anschließend von Präsident Reagan ohne Konsultation verfügten Sanktionen gegen die eigenen Verbündeten in Verbindung mit dem europäisch-sowjetischen Erdgasgeschäft⁷ politisch weitgehend neutralisiert.⁸ Ein langer und tiefer Schatten ist

Fortsetzung Fußnote von Seite 9

Calvo-Sotelo werde – ohne Hast – überprüft. In der Debatte wiederholte er die früheren Absichtserklärungen zum sofortigen Einfrieren des laufenden militärischen Integrationsprozesses und – ohne Zeitvorstellung – späteren Referendum.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 957; Referat 203, Bd. 124904.

³ Zur Tagung des NATO-Rats auf der Ebene der Staats- und Regierungschefs vgl. AAPD 1982, I, Dok. 179.

⁴ Die außerordentliche NATO-Ministerratstagung fand in Brüssel statt. Vgl. dazu AAPD 1982, I, Dok. 17 und Dok. 18.

⁵ Bei einem informellen Treffen der Außenminister der NATO-Mitgliedstaaten am 2./3. Oktober 1982 in La Sapinière schlugen die USA vor, die Ost-West-Wirtschaftsbeziehungen unter strategischen Gesichtspunkten zu überprüfen, darunter den Technologietransfer, die Kreditgewährung und die alternative Energieversorgung. Vgl. dazu AAPD 1982, II, Dok. 253.

Auf der Basis eines amerikanischen Non-papers vom 8. November 1982 kamen die Außenminister Cheysson (Frankreich), Genscher (Bundesrepublik), Pym (Großbritannien) und Shultz (USA) am 8. Dezember 1982 in Brüssel überein, von COCOM, OECD und NATO eine Reihe von Studien zu diesen Themen ausarbeiten zu lassen. Vgl. dazu AAPD 1982, II, Dok. 339.

⁶ Vgl. dazu die Erklärung der Staats- und Regierungschefs anlässlich der Tagung des NATO-Rats am 10. Juni 1982 in Bonn; NATO FINAL COMMUNIQUE 1981–1985, S. 72–74. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1982, D 342–345.

⁷ Die Ruhrgas AG und die sowjetische Sojuszgasexport schlossen am 20. November 1981 in Essen ein Abkommen über die Lieferung von jährlich 10,5 Mrd. cbm Erdgas ab 1984/85. Die Referate 405 und 421 vermerkten am 26. November 1981: „Das Erdgasgeschäft mit der SU ist Teil unserer Bemühungen, den Anteil des Erdöls an der Deckung unseres Primärenergieverbrauchs zurückzudrängen (gegenwärtig ca. 48 %) und damit unserer Versorgungsbasis zu diversifizieren. [...] Es handelt sich um ein westeuropäisch-sowjetisches Geschäft. Neben der Bundesrepublik sind noch Frankreich, Belgien, die Niederlande, Italien, Österreich und möglicherweise in einem späteren Stadium auch weitere westliche Länder beteiligt.“ Die jährlich von der UdSSR zu liefernde Gesamtmenge Erdgas betrage 40 bis 55 Milliarden Kubikmeter. Berlin (West) sei mit einer Option auf eine jährliche Belieferung von bis zu 700 Millionen Kubikmetern in das Geschäft einbezogen. Vgl. Referat 421, Bd. 141337.

⁸ Am 22. Juni 1982 gab Präsident Reagan den Beschluß bekannt, die am 29. Dezember 1981 gegen die UdSSR wegen der Verhängung des Kriegsrechts in Polen erlassenen Sanktionen auf Öl- und Gasförderungstechnologien auszuweiten. Dies sollte auch für amerikanische Tochterfirmen im Ausland oder für von ausländischen Firmen in amerikanischer Lizenz hergestellte Produkte gelten. Vgl. dazu PUBLIC PAPERS, REAGAN 1982, S. 798.

Dementsprechend wurde im Sommer 1982 die französische Firma Dresser-France auf eine „schwarze Liste“ gesetzt. Die italienische wie die britische Regierung erklärten, daß Unternehmen ihrer Län-

auf das transatlantische Verhältnis geworfen, unabhängig davon, daß die Streit-sache als solche inzwischen aus der Welt geschaffen wurde. Die Glaubwürdigkeit der Allianz hat in den Augen der Öffentlichkeit Schaden genommen.

4) Die offenen politischen Konsultationen einzelner Partner außerhalb der Allianz über letztlich die Allianzpartner in ihrer Gesamtheit berührende Fragen – wie zum Beispiel Orientierungen für den Ost-West-Handel – haben die Solidarität innerhalb des Bündnisses negativ beeinflußt. Die Guadeloupe-Konsultationen (der vier Mächte)⁹ hatten bekanntlich schon bei der Vorbereitung des NATO-Doppelbeschlusses vom Dezember 1979¹⁰ eine unrühmliche Rolle gespielt und manche der negativen Haltungen in den Beneluxländern zur Stationierung der Marschflugkörper im eigenen Lande verursacht.

II. 1) Mit dem vorbezeichneten, von positiven und von negativen Tendenzen bestimmten Bild am Ende des Jahres 1982 steht die Allianz nicht schlechter da als in den meisten vorangegangenen Jahren. Aber die Allianz ist gleichwohl in einer tiefen Krise – und zwar wegen der nuklearen Frage und aller ihrer Implikationen, auch im Verhältnis Europas zu den Vereinigten Staaten. Die nukleare Frage verunsichert heute fast alle Völker im Bündnis, insbesondere auch viele tragende politische Kräfte beiderseits des Atlantiks. Diese Zweifel betreffen die Glaubwürdigkeit des Kernstücks der Allianz – die Strategie der nuklearen Abschreckung zur Erhaltung des Friedens. Auf der Glaubwürdigkeit der nuklearen Abschreckung in Verbindung mit angemessenen konventionellen Verteidigungsmitteln beruhte der Frieden Ost–West über 30 Jahre. Das nukleare Risiko für die Sowjetunion stellte und stellt die einzige verlässliche strategische Bedrohung der Sowjetunion dar und hat daher eine neutralisierende

Fortsetzung Fußnote von Seite 10

der weiterhin Industrieanlagen an die UdSSR liefern würden. Ministerialdirektor Fischer notierte am 13. August 1982: „Bundesminister Graf Lambsdorff hatte bereits in seiner zweiten Gesprächsrunde in Washington gegenüber US-Handelsminister Baldrige erklärt, daß sich auch die Bundesregierung voraussichtlich gezwungen sehen werde, ebenso zu handeln wie die drei übrigen betroffenen Staaten.“ Vgl. Referat 421, Bd. 141338. Vgl. dazu auch AAPD 1982, II, Dok. 235.

Am 13. November 1982 hob Reagan die Entscheidungen vom 22. Juni 1982 wieder auf. Vgl. dazu AAPD 1982, II, Dok. 317.

⁹ Am 5./6. Januar 1979 trafen sich Premierminister Callaghan, Präsident Carter, Staatspräsident Giscard d'Estaing und Bundeskanzler Schmidt auf Guadeloupe zur Erörterung außen-, sicherheits- und wirtschaftspolitischer Fragen. Vgl. dazu AAPD 1979, I, Dok. 2, Dok. 3 und Dok. 5.

¹⁰ Auf der gemeinsamen Konferenz der Außen- und Verteidigungsminister der NATO-Mitgliedstaaten mit Ausnahme Frankreichs am 12. Dezember 1979 in Brüssel wurde beschlossen, daß angesichts des Aufwuchses weitreichender sowjetischer Nuklearsysteme „die zwei parallelen und sich ergänzenden Ansätze LRTNF-Modernisierung und -Rüstungskontrolle verfolgt werden“ sollten. Im Modernisierungsteil des NATO-Doppelbeschlusses wurde dafür die Dislozierung von 108 Abschußvorrichtungen für Pershing-II-Raketen als Ersatz für die bisher stationierten amerikanischen Pershing-Ia-Raketen sowie von 464 bodengestützten Marschflugkörpern (GLCM) „in ausgewählten Ländern“ beschlossen. Zugleich wurde betont, daß die Modernisierung der Mittelstreckensysteme die Bedeutung nuklearer Waffen für die NATO nicht erhöhen werde. Daher kamen die Minister überein, „daß als integraler Bestandteil der TNF-Modernisierung so bald wie möglich 1000 amerikanische nukleare Gefechtsköpfe aus Europa abgezogen werden“. Die Minister würdigten ferner den Beitrag, den der SALT-II-Vertrag vom 18. Juni 1979 „zu einem stabileren militärischen Kräfteverhältnis zwischen Ost und West und zur Förderung des Entspannungsprozesses“ beitrage. Die Entscheidung der USA wurde unterstützt, mit der UdSSR im Zuge von SALT III über Begrenzungen für amerikanische und sowjetische landgestützte LRTNF-Raketensysteme zu verhandeln. Diese Begrenzungen müßten verifizierbar sein und in einer Form vereinbart werden, „die de jure Gleichheit sowohl für die Obergrenzen als auch für die daraus resultierenden Rechte festlegt“. Für den Wortlaut vgl. NATO FINAL COMMUNIQUE 1975–1980, S. 121–123. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1980, D 35–37. Vgl. dazu ferner AAPD 1979, II, Dok. 373, Dok. 375 und Dok. 376.

Wirkung gegenüber jeder eventuellen aggressiven Absicht oder Versuchung der Sowjetunion. Abschreckung auf der Grundlage des nuklearen amerikanischen Schirmes für Europa ist für die nichtnuklearen Länder Europas von existentieller Bedeutung gegenüber dem historisch verankerten und heute machtpolitisch gestützten Hegemonialstreben der Sowjetunion in Europa.

2) Nur wenn der Einsatz dieser nuklearen Mittel zu jeder Zeit möglich und glaubhaft bleibt, kann die Sowjetunion wirksam von einem Angriff abgehalten werden. Frankreichs Potential sichert nur Frankreich im Sinne der Abschreckung. Großbritanniens strategische Nuklearstreitkräfte haben primär dieselbe Funktion wie die Frankreichs, auch wenn sie parallel hinsichtlich der Zielplanung mit dem strategischen Potential der USA abgestimmt sind. Die friedenssichernde Wirkung des atomaren Schirms der USA kann nicht aufrechterhalten werden

- (1) bei Annahme der No-first-use-These,
- (2) bei Annahme der No-early-first-use-These,
- (3) bei Verzicht auf die amerikanischen INF-Systeme in Europa und einer von der Null-Lösung¹¹ abweichenden Lösung für die Sowjetunion,
- (4) bei nuklearfreien Zonen in Europa (NATO-Gebiet),
- (5) bei Freeze ohne Gleichstand,
- (6) bei einseitigem Verzicht auf Modernisierung im nuklearen Bereich,
- (7) bei Umschaltung auf den Versuch einer konventionellen Abschreckung.

Entfällt die nukleare Bedrohung der Sowjetunion durch die USA zur Abwehr gegenüber politischen und militärischen Bedrohungen Europas, dann wird – dem Gesetz der Geschichte folgend – die sowjetische Hegemonialmacht in Europa die nicht unter atomarem Schutz stehenden Länder Europas früher oder später Schritt für Schritt erpressen können. Die Allianz hätte dann ihre Fähigkeit verloren, die Sicherheit und Unabhängigkeit sowie die Freiheit der nichtnuklearen europäischen NATO-Partner zu sichern, weil sich die Grundvoraussetzungen des Bündnisses verändert haben. Die nichtnuklearen europäischen Länder würden früher oder später nach anderen Wegen suchen, ihre Sicherheit und – soweit wie möglich – ihre Unabhängigkeit zu erhalten.

Das Jahr 1983 kann auf diese Situation zugehen – oder aber mit der wirksamen Aufrechterhaltung der Abschreckung der Sowjetunion auch von Angriffen auf die nichtnuklearen Staaten Europas Frieden und Freiheit aller Bündnisländer bewahren.

III. 1) Diese Grundfragen bestimmen die Ausgangspositionen, mit denen das Bündnis in eines der wichtigsten und ¹²entscheidendsten Jahre seiner bisherigen Entwicklung eintritt – das Jahr 1983. Die die Allianz stützenden Kräfte in

¹¹ Vor den Mitgliedern des National Press Club führte Präsident Reagan am 18. November 1981 in Washington aus, die USA seien bereit, auf die Dislozierung von Pershing-II-Raketen und landgestützten Marschflugkörpern in Europa zu verzichten, sollte die UdSSR ihre SS-4-, SS-5- und SS-20-Raketen abbauen. Vgl. dazu PUBLIC PAPERS, REAGAN 1981, S. 1065. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1981, D 657. Vgl. dazu ferner AAPD 1982, I, Dok. 62.

Die amerikanische Position wurde vom Leiter der amerikanischen INF-Delegation, Nitze, in der am 30. November 1981 beginnenden ersten Verhandlungsrunde in Genf präzisiert. Vgl. dazu AAPD 1981, III, Dok. 356 und Dok. 380.

¹² Beginn des mit Drahtbericht Nr. 7 übermittelten zweiten Teils des Fernschreibens. Vgl. Anm. 1.

den Bündnisländern sind, innenpolitisch betrachtet, vielfach in die politische Defensive geraten. Das zeigt schon die westliche Reaktion auf die – den sowjetischen Verhandlungsvorschlägen – entsprechenden öffentlichen Andropow-Initiativen in der INF-Frage.¹³ Von entscheidender Bedeutung für die Handlungsfähigkeit des Bündnisses wird das Wahlergebnis in Deutschland im Frühjahr 1983¹⁴ sein.

2) Welche Schritte sind auf der Seite der Allianz einzuleiten, um die existentielle Belastungsprobe 1983 befriedigend bestehen zu können?

(1) Eine aktive Verhandlungspolitik in Rüstungskontrollfragen mit den Schwerpunkten INF und START sowie ein aktiver Ost-West-Dialog (u. a. Gipfelbegegnung Reagan–Andropow und europäischer Partner mit der Sowjetunion und mit den USA) und eine aktive KSZE-Politik sind innen- und außenpolitisch von höchster Bedeutung für die Handlungsfähigkeit des Bündnisses und die Rückgewinnung der politischen Initiative durch die pro-atlantischen politischen Kräfte in den innenpolitischen Auseinandersetzungen in fast allen Bündnisländern.

(2) Eine aktivere Aufklärungspolitik in unseren Öffentlichkeiten ist von großer Bedeutung. Die Folgen einseitiger nuklearer Reduktionsmaßnahmen müssen mit großer Offenheit dargelegt werden. Auch die politische Natur des Bündnisses sollte hervorgehoben werden. Die Allianzpartner zögern, sich in diesen Fragen intensiver zu verständigen, obschon es einmütige Auffassung aller Außenminister bei der Herbsttagung 1982¹⁵ war, daß die Entscheidung über INF in dem „Ring um die Herzen und um die Seele der Bürger“ fallen wird.

(3) Die Strategie-Diskussion muß wieder auf feste Grundlagen gestellt werden. Wenn in der Diskussion um die Bekämpfung der zweiten Staffeln der Eindruck der Machbarkeit der konventionellen Abschreckung entstünde, würde die Glaubwürdigkeit der nuklearen Reaktion der NATO und damit die Glaubwürdigkeit der nuklearen Abschreckung sowie die These der flexiblen Reaktion¹⁶ zur Wiederherstellung der Abschreckung unterminiert. Das Risiko für die Sowjetunion muß demgegenüber vielmehr unkalkulierbar bleiben. Die westeuropäischen

¹³ In einer Rede am 21. Dezember 1982 in Moskau erklärte der Generalsekretär des ZK der KPdSU, Andropow, die UdSSR könne darauf eingehen, „daß die Sowjetunion in Europa nur genauso viele Raketen behält, wie Großbritannien und Frankreich besitzen, und nicht eine einzige mehr. Das bedeutet, daß die Sowjetunion Hunderte Raketen abbauen würde, darunter mehrere Dutzend der modernsten Raketen, die im Westen als SS-20 bezeichnet werden. [...] Es gilt auch gleichzeitig, eine Reduzierung der Zahl der Trägerflugzeuge für Kernwaffen mittlerer Reichweite, die sowohl die UdSSR als auch die NATO-Länder in der betreffenden Region haben, auf ein für beide Seiten gleiches Niveau zu vereinbaren.“ Vgl. ANDROPOW, Ausgewählte Reden, S. 24. Vgl. dazu auch AAPD 1982, II, Dok. 360.

Andropow wiederholte seine Vorschläge in einem am 31. Dezember 1982 in der sowjetischen Tageszeitung „Prawda“ veröffentlichten Interview mit dem amerikanischen Journalisten Kingsbury-Smith. Vgl. dazu ANDROPOW, Ausgewählte Reden, S. 249.

¹⁴ Die Wahlen zum Bundestag fanden am 6. März 1983 statt.

¹⁵ Die NATO-Ministerratstagung fand am 9./10. Dezember 1982 in Brüssel statt. Vgl. dazu AAPD 1982, II, Dok. 344–346.

¹⁶ Der Ausschuß für Verteidigungsplanung (DPC) der NATO stimmte am 12. Dezember 1967 in Brüssel der vom Militärausschuß vorgelegten Direktive MC-14/3 („Overall Strategic Concept for the Defense of the North Atlantic Treaty Organization Area“) zu. Nach dem unter dem Begriff „flexible response“ bekanntgewordenen Konzept sollten begrenzte Angriffe zunächst konventionell und, falls notwendig, mit taktischen Nuklearwaffen abgewehrt werden. Lediglich bei einem Großangriff sollte das strategische nukleare Potential zum Einsatz kommen. Für den Wortlaut vgl. NATO STRATEGY DOCUMENTS, S. 345–370. Vgl. dazu ferner AAPD 1967, III, Dok. 386.

Länder des Bündnisses, die keine eigene nukleare Abschreckungskraft haben, wie sie Frankreich und Großbritannien für sich selbst besitzen, müssen Sanktuarium in dem gleichen Sinne sein wie das Territorium der westlichen Nuklearmächte, das anzugreifen den strategischen Schlag gegen das Mutterland des Angreifers selbst zur Folge haben muß, wenn er nicht von dem Angriff abläßt.

(4) Eine deutlichere Sprache in den strategischen Fragen muß gefunden werden, weil sonst die Glaubwürdigkeit leidet.

Davon ist die Notwendigkeit der konventionellen Verstärkung angesichts der sowjetischen Verstärkungsmaßnahmen zu unterscheiden. Es darf nichts geschehen, was den Eindruck vermitteln könnte, daß die Sowjetunion ohne Gefahr für das Mutterland in Europa politische und militärische Bedrohungen und Aggressionen vornehmen könnte. In diesen Fragen haben sich offenbar, wie das Insistieren von General Rogers zeigt, amerikanische und europäische Vorstellungen weiter voneinander entfernt, als es zunächst den Anschein hatte.¹⁷

(5) Das Schlagwort moderner Technologie-Nutzung für die Streitkräfte ist gleichfalls mißverständlich. Der Westen mußte schon immer moderne Technologien nutzen. Das ist ein ehernes Gesetz der westlichen gesellschaftlichen und technischen Entwicklung. Wir haben das auch in der Vergangenheit getan, jede Überbetonung muß zu Mißverständnissen Anlaß geben.

(6) Die Verstärkung und Verbesserung substantieller Konsultationen ist notwendig, um Fehlentwicklungen zu vermeiden, wie sie 1982 eingetreten sind. Die Meinungsbildung innerhalb europäischer Gruppierungen kann verbessert werden, wenn sie darauf verzichtet, sich außerhalb der Allianz zu vollziehen.

(7) Ungeachtet der wirtschaftlichen Schwierigkeiten ist es notwendig, hohe Verteidigungsanstrengungen fortzusetzen und Verbesserungen bei den Streitkräften durchzubringen. Das gilt auch und vor allem für die integrationsorientierten Bereiche der Infrastruktur, Militärhilfe, Luftverteidigung und der Frühwarnung sowie hinsichtlich der nationalen Mobilisierungsfähigkeiten. Deutschland sollte bei den säumigen europäischen Partnern parallel zu den Vereinigten Staaten die Gespräche darüber verstärken und nicht in der Reserve bleiben.

(8) Die Vereinigten Staaten pflegen auf bilateralem Wege systematisch die von ihnen für notwendig angesehenen Punkte hinsichtlich der Allianz vorzubereiten. Deutsche Abstinenz in dieser Beziehung kann auch mißverstanden werden. Es ist unseren Interessen abträglich, wenn bei unseren Nachbarn der Ein-

¹⁷ Im Herbst 1982 sprach sich der Oberbefehlshaber der Alliierten Streitkräfte in Europa (SACEUR), Rogers, mehrfach öffentlich für eine Stärkung der konventionellen Verteidigungsfähigkeit der NATO durch eine Erhöhung der jährlichen Verteidigungsausgaben der Mitgliedstaaten um 4 % aus. Rogers zufolge lasse sich so ein zusätzliches Potential konventioneller Waffen zur Abwehr der dem ersten Angriff von Truppen des Warschauer Pakts folgenden „zweiten Staffel“ aufbauen und so insgesamt die Schwelle zum Übergang einer nuklearen Kriegführung anheben. Vgl. dazu den Artikel „Non-Nuclear Defence Plan for Europe. NATO Chief Wants Boost in Conventional Forces“; THE GUARDIAN vom 29. September 1982, S. 1 und 26. Vgl. dazu ferner AAPD 1982, III, Dok. 289.

Am 6. Januar 1983 erläuterte Botschafter Wieck, Brüssel (NATO), Rogers sei seit etwa einem Jahr dazu übergegangen, seine Überlegungen „voll inhaltlich öffentlich“ zu äußern: „Ein Rückgriff auf nukleare Waffen bedeutet für ihn Abhängigkeit von der politischen Entscheidung des US-Präsidenten und Abhängigkeit von nicht zu übersehenden politischen Einflüssen anderer Bündnispartner. Das will er vermeiden.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 18; VS-Bd. 11969 (201); B 150, Aktenkopien 1983.

druck entstehen sollte, Deutschland wolle sich in der Verteidigungs- und Bündnispolitik hinter den schwächeren europäischen Partnern verstecken.

(9) Angesichts der kritischen und brisanten Lage, in der sich die Allianz befindet, sollte der von dem Bundesminister des Auswärtigen bei der Herbst-Ministertagung vorgebrachte Gedanke, in Verbindung mit dem INF-Doppelbeschluß oder aus anderem Grunde Sondertreffen der Außenminister vorzusehen, gegebenenfalls initiativ weiterverfolgt werden. Evtl. wäre auch an ein außerplanmäßiges Treffen der Verteidigungsminister zu denken.

[gez.] Wieck

VS-Bd. 12946 (204)

3

Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem japanischem Außenminister Abe

5. Januar 1983¹

Gespräch des Bundesministers mit dem japanischen AM Shintaro Abe am 5.1.1983, 7.30 Uhr²

BM eröffnete das Gespräch mit einem Dank an den japanischen Gast für seinen Besuch, in dem er ein Interesse Japans an Europa und der EG sehe. Deutschland und Japan hätten die gemeinsame Pflicht, das Dreieck EG–Japan–USA zu stärken. Der japanische AM säße nicht nur dem deutschen Außenminister, sondern auch dem Vorsitzenden des EG-Ministerrats³ gegenüber. Der Vorsitz sei damit bei einem Land, für das die Beziehungen zu Japan traditionell Priorität hätten.

BM begrüßte, daß die deutsch-japanische Freundschaft in den Händen eines außenpolitisch so erfahrenen Mannes läge.

AM Abe erklärte, auch dem zurückgetretenen Kabinett schon angehört zu haben und daß auch nach dem erfolgten Regierungswechsel⁴ die außenpolitische Grundlinie Japans unverändert sei. Höchste Priorität gelte, wie bisher, den Beziehungen Japans zu den USA und Europa, jedoch werde sich die neue japanische Regierung bemühen, die Beziehungen zu Europa noch weiter zu vertiefen.

¹ Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Ministerialdirigent Peckert am 11. Januar 1983 gefertigt. Hat Staatssekretär Lautenschlager am 6. Januar vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „Vor Verteilung Reinschrift mit meinen Anmerkungen nach Billung durch Bundesminister fertigen.“

² Der japanische Außenminister Abe hielt sich am 4./5. Januar 1983 in der Bundesrepublik auf.

³ Die Bundesrepublik hatte vom 1. Januar bis 30. Juni 1983 die EG-Ratspräsidentschaft inne.

⁴ Am 12. Oktober 1982 verkündete Ministerpräsident Suzuki, daß er nicht mehr zur Wiederwahl als Vorsitzender der Liberaldemokratischen Partei Japans – und damit als Regierungschef – zur Verfügung stehen werde. Nachfolger als Parteivorsitzender wurde am 25. November 1982 Yasuhiro Nakasone, der am folgenden Tag vom Parlament zum neuen Ministerpräsidenten gewählt wurde.

Dafür sehe er, Abe, als früherer⁵ Außenhandelsminister eine besondere Notwendigkeit.

Die Welt sei in einer politisch schwierigen Situation. Japan sei keine Ausnahme mehr. Solidarität sei notwendig, um den Protektionismus zu bekämpfen und den freien Welthandel zu schützen. Japan sei bereit, in diesem Bestreben seine Rolle zu spielen. Der deutsche AM habe als Vorsitzender des Ministerrats der EG eine wichtige Funktion. Er wolle den Besuch zur Erörterung der Fragen benutzen, was gemeinsam getan werden könne. Er, Abe, erwarte viel von der Präsidentschaft des BM.

BM: Wenn gegenwärtige schwierige Wirtschaftslage Summe der Fehler aller Beteiligten sei, dann könne die Überwindung der Schwierigkeiten nur durch die Zusammenarbeit aller zu erwarten sein. Jeder müsse bei sich daheim anfangen. Die Bundesregierung habe den schmerzhaften Prozeß der Konsolidierung der öffentlichen Finanzen und der Förderung der privaten Investitionen begonnen. Der Prozeß sei so schwierig gewesen, daß er einen Regierungswechsel erforderlich gemacht habe.⁶ Noch steige die Arbeitslosigkeit, doch seien erste Anzeichen der Erholung zu beobachten. Noch gebe es Zurückhaltung der Wirtschaft im Blick auf die bevorstehenden Wahlen.⁷ Die Auftragsbücher vieler Fabrikanten seien voll von Klauseln, die ein Rücktrittsrecht am 7. März zum Inhalt hätten, weil man erst nach dem Wahlergebnis eine Investitionsentscheidung treffen wolle. Danach würde sichtbar werden, daß die Bundesregierung die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen verbessert habe. Sie wolle ihren Teil zur Überwindung der Krise beitragen und erwarte von anderen, daß diese das ihrige beisteuern.

Von großer Bedeutung sei die wirtschaftliche Entwicklung in den USA. Interessant sei zu sehen, welche wirtschaftlichen Prioritäten die neue Führung in Moskau⁸ setzen werde. Das Maß der Verschuldung einiger COMECON-Länder und einiger großer Schwellenländer der Dritten Welt⁹ sei so groß, daß sie auch die westlichen Wirtschaften erschüttern könne. Die Krise sei immer die Stunde der Protektionisten. Die Bundesregierung werde, wie in der Vergangenheit, auch in Zukunft den freien Welthandel verteidigen. Dies sei gleichsam unsere „wirtschaftspolitische Staatsräson“.¹⁰

Er, BM, wäre nicht ehrlich, wenn er nicht auch sagen würde¹¹, daß nicht alle EG-Staaten dieser Meinung seien. Hier wirkten andere traditionelle und poli-

⁵ Dieses Wort wurde von Staatssekretär Lautenschlager handschriftlich eingefügt. Dafür wurde gestrichen: „alter“.

⁶ In der Folge von Auseinandersetzungen zwischen den Regierungsparteien SPD und FDP über den Bundeshaushalt 1983 traten am 17. September 1982 die Bundesminister Baum, Ertl, Genscher und Graf Lambsdorff zurück. Im Rahmen eines konstruktiven Mißtrauensvotums gegen Bundeskanzler Schmidt wählte der Bundestag am 1. Oktober 1982 den Vorsitzenden der CDU/CSU-Fraktion, Kohl, zu dessen Nachfolger.

⁷ Die Wahlen zum Bundestag fanden am 6. März 1983 statt.

⁸ Zum Wechsel an der Spitze der KPdSU vgl. Dok. 1, Anm. 2.

⁹ Die Wörter „der Dritten Welt“ wurden von Staatssekretär Lautenschlager handschriftlich eingefügt.

¹⁰ Dieser Satz ging auf Streichungen und handschriftliche Einfügungen des Staatssekretärs Lautenschlager zurück. Vorher lautete er: „Dies sei unsere wirtschaftliche Staatsräson.“

¹¹ Die Wörter „auch sagen würde“ wurden von Staatssekretär Lautenschlager handschriftlich eingefügt. Dafür wurde gestrichen: „zugeben wolle“.

tische Konstellationen. Die Bundesregierung bliebe in der EG der Herold des freien Welthandels. Sie suche dazu Verbündete wie Japan.

Die Bundesregierung habe mit Interesse den Abbau von Zöllen und nichttarifären Handelshindernissen in Japan vermerkt.¹² Dies seien Schritte in der richtigen Richtung, aber sie würden noch nicht ausreichen, um unsere Position mit Erfolg¹³ in der EG durchhalten zu können.

AM Abe unterstrich, daß die Industrieländer besonders durch die Arbeitslosigkeit in einer schwierigen Lage seien. Verglichen mit den USA und Europa sei Japan noch etwas besser dran: Die Preissteigerung sei mäßig (auf Frage BM: 3,3 % p. a.), eine geringe Arbeitslosigkeit und Exportüberschüsse im Außenhandel. Schwierig sei dagegen die Lage der Staatsfinanzen. 26 % des Budgets müßten durch geliehenes Geld finanziert werden. Japan habe Staatsausgaben für Bildung und Wohnungsbau gekürzt, jedoch die Verteidigungsausgaben in Kenntnis der internationalen Verantwortung gegen interne Kritik vermehrt.

Die Wiederbelebung der Weltwirtschaft werde auch von Japan als prioritäres Ziel angesehen. In den USA seien Anzeichen der Besserung zu erkennen. Japan würde seinerseits durch Öffnung seiner Märkte zur wirtschaftlichen Erholung beitragen. Die Bundesregierung verdiene als Verteidigerin des freien Welthandels Hochachtung. Das Prinzip des Freihandels sei jedoch in Gefahr. Japan habe unter der Regierung Suzuki zweimal seine Zölle abgebaut, das neue Kabinett habe bei 47 Agrar- und 27 Industriepositionen gegen innere Widerstände, auch im Parlament, die Zölle erneut gesenkt. Der AM erwähnte hier einige Positionen wie Tabak, Schokolade, Menthol¹⁴, Agrar- und Werkzeugmaschinen und betonte, daß damit den Wünschen insbesondere auch¹⁵ des Grafen Lambsdorff nachgekommen worden sei.¹⁶

Japan gehöre jetzt zu den Ländern mit dem niedrigsten Zollniveau in der Welt. Es wisse jedoch, daß noch mehr getan werden müsse. In den Ministerien werde hart gearbeitet, um das japanische Kabinett in Stand zu setzen, am 13. Januar

¹² Die japanische Regierung beschloß im Dezember 1981 bzw. Januar 1982, die Zölle von 1650 Warenpositionen zu senken. Am 28. Mai 1982 gab sie ein weiteres Maßnahmenpaket mit einem Liefervolumen für die EG-Mitgliedstaaten und die USA in Höhe von 5,6 Mrd. DM bekannt. Vgl. dazu die Aufzeichnung des Ministerialdirektors Fischer vom 26. Januar 1983; Referat 411, Bd. 131141.

Am 24. Dezember 1982 entschied die japanische Regierung über ein drittes Maßnahmenpaket mit einem Liefervolumen von 1,4 Mrd. DM. Dazu stellte das Bundesministerium für Wirtschaft am 3. Januar 1983 fest, daß mit dieser Entscheidung „ein weiterer, vom Volumen her allerdings kleinerer Schritt“ zur Öffnung des japanischen Marktes getätigt worden sei. Vgl. Referat 411, Bd. 131141.

¹³ Die Wörter „mit Erfolg“ wurden von Staatssekretär Lautenschlager handschriftlich eingefügt.

¹⁴ Dieses Wort wurde von Staatssekretär Lautenschlager handschriftlich eingefügt.

¹⁵ Die Wörter „insbesondere auch“ wurden von Staatssekretär Lautenschlager handschriftlich eingefügt.

¹⁶ Bei einem Besuch vom 3. bis 8. April 1982 in Japan erörterte Bundesminister Graf Lambsdorff Fragen der japanischen Handelspolitik. Das Bundesministerium für Wirtschaft informierte am 13. April 1982, Lambsdorff habe „eindringlich auf die Notwendigkeit weiterer Einfuhrerleichterungen [...] hingewiesen, um die Atmosphäre in der Gemeinschaft und den USA zu verbessern“. Hinsichtlich der Zölle für Kupfer, Leder, Schuhe, Felle, Menthol und Werkzeugmaschinen sei die Reaktion des japanischen Handelsministers Abe unbefriedigend gewesen: „Es wurde deshalb dringend gebeten, japanische Haltung in diesen Bereichen nochmals zu überprüfen.“ Vgl. Referat 341, Bd. 126994.

neue Maßnahmen zur Öffnung des japanischen Marktes (im Bereich der nicht-tarifären Handelshemmnisse)¹⁷ vorzuschlagen.¹⁸

BM bemerkte, daß die japanischen Handelsstrukturen ein Hemmnis darstellten, gegen das etwas getan werden müsse, um den Protektionisten den Wind aus den Segeln zu nehmen.

BM erkundigte sich, wie es mit einer von der Regierung Suzuki in Auftrag gegebenen Studie über strukturelle Handelshindernisse stünde.

AM Abe erwiderte, daß er jedes Mal, wenn er mit Mitgliedern der EG zusammentreffe, auf die japanischen Handelsstrukturen angesprochen würde. Diese seien in der Tradition verwurzelt, eine Modernisierung dieser Strukturen könne nur ein allmählicher Prozeß sein.¹⁹ Immerhin stelle Japan mit 110 Mio. Einwohnern und einem hohen Masseneinkommen einen aufnahmebereiten Markt, insbesondere für deutsche Waren, dar. Das im „Spiegel“ zitierte Beispiel des Erfolges der Elektrorasierer der Firma Braun zeige, daß man auf dem japanischen Markt erfolgreich sein könne, wenn man sich bemühe.²⁰ Die japanische Regierung würde ihrerseits durch Vereinfachung der Zollprozeduren und der Normen zur Erleichterung des Handels beitragen. Der im kommenden Jahr bevorstehenden deutschen Industrieausstellung²¹ werde große Bedeutung zukommen. PM Nakasone habe an die Japaner appelliert, ausländische Waren zu kaufen.

Die japanische Regierung bedauere den Entschluß der EG, Artikel 23 Abs. 2 des GATT anzurufen.²² Japan sei sich über die Zuständigkeit des GATT für diese Frage zwar nicht klar, werde sich jedoch den Vorwürfen stellen. Schließlich handele es sich um das innerjapanische Problem der Handelsstruktur.

¹⁷ Der Passus „(im ... Handelshemmnisse)“ wurde von Staatssekretär Lautenschlager handschriftlich eingefügt.

¹⁸ Ministerpräsident Nakasone gab am 13. Januar 1983 weitere Entscheidungen zur Liberalisierung der japanischen Handelspolitik bekannt. Sie betrafen vor allem den Abbau nichttarifärer Handelschranken, etwa die Erleichterung von Normen- und Test-Verfahren für ausländische Produkte sowie die Vergrößerung der Anzahl von Tabakläden zum Verkauf ausländischer Tabakerzeugnisse. Vgl. dazu den Drahtbericht Nr. 27 des Gesandten Massion, Tokio, vom 13. Januar 1983; Referat 411, Bd. 131141.

¹⁹ Der Passus „eine Modernisierung ... sein“ wurde von Staatssekretär Lautenschlager handschriftlich eingefügt. Dafür wurde gestrichen: „jedoch müsse Japan modernisieren“.

²⁰ Vgl. dazu den Artikel „Das braucht Zeit und starke Nerven“; DER SPIEGEL, Nr. 1 vom 3. Januar 1983, S. 80–86.

²¹ Die Ausstellung „Made in Germany – Gestern – Heute – Morgen“ fand vom 23. April bis 6. Mai 1984 in Tokio statt.

²² Für den Wortlaut des Artikels XXIII Absatz 2 des Allgemeinen Zoll- und Handelsabkommens vom 30. Oktober 1947 in der Fassung vom 21. April 1951 vgl. BUNDESGESETZBLATT 1951, Teil II, Anlagenbände I–III.

Referat 411 vermerkte am 4. Januar 1983: „Um stärkeren Druck auf Japan auszuüben, führt die Gemeinschaft z. Z. mit Japan Konsultationen nach Art. XXIII Para[graph] 1 GATT. AM-Rat hat am 25./26.10.1982 mangelnden Fortschritt auch in der dritten bisher stattgefundenen Konsultationsrunde bedauert und die EG-Kommission aufgefordert, weitere Konsultationen auf der Basis einer ergänzten und konkretisierten Forderungsliste der EG zu führen. Auf der EG-Ministerratstagung am 13. Dezember 1982 in Brüssel, sei der „Übergang zu Konsultationen nach Art. XXIII [Paragraph] 2 GATT, Fortsetzung der bisherigen Konsultationsrunden mit Japan parallel dazu und Verlängerung bei inhaltlicher Erweiterung (auf weitere Produkte) des statistischen Importüberwachungssystems für bestimmte japanische Exporte in die EG um ein Jahr beschlossen“ worden. Vgl. Referat 411, Bd. 131141.

Handelsbeschränkungen, wie sie bei der EG bestünden, wobei Abe besonders auf Frankreich und das Zollamt von Poitiers²³ hinwies, würden bedauert. Solche Beschränkungen seien nicht dazu angetan, die japanische Regierung zu ermutigen, mehr für die Öffnung der Märkte zu tun. Japan sei sich jedoch im klaren darüber, daß der Export auf manchen Märkten, wie bei Werkzeugmaschinen, Autos und Videos, geordnet werden müsse. AM Abe bat, die japanische Bemühungen zu würdigen.

BM: Die Bundesregierung ermutige die Japaner weiterzugehen. Auch die deutsche Wirtschaft sei von den französischen Maßnahmen betroffen. „Wir sind Brüder im Geiste. Erleichtern Sie uns den Kampf gegen den Protektionismus.“

AM Abe erklärte auf Fragen des BM²⁴ japanische Zufriedenheit mit den Ergebnissen der Seerechtskonferenz.²⁵ Japan werde demnächst (Ende Januar)²⁶ unterzeichnen.²⁷ Er erkundigte sich nach der deutschen Haltung.

BM erwiderte, er könne nur für sich, nicht aber für die Bundesregierung sprechen, da diese noch keine Entscheidung getroffen habe. Nach Abwägung von Pro und Contra sei das Auswärtige Amt und er selbst für die Unterzeichnung. Das Kabinett werde sich mit der Frage erneut beschäftigen.²⁸

²³ Die französische Regierung erließ am 21. Oktober 1982 eine Verordnung, wonach die Einfuhr von Videorekordern ausschließlich über das Zollamt von Poitiers im Departement Vienne erfolgen durfte. In der Presse hieß es dazu: „Die Einfuhr von jährlich 550 000 Videorekordern kostet Devisen im Gegenwert von rund 2 Milliarden Franc. Die Importeure verweisen darauf, daß für 1983 bereits eine Videorecordersteuer von 471 Franc je Gerät vorgesehen ist. Doch noch schlimmer sei die Wahl von Poitiers ‚abseits der großen Handelsstraßen‘. Der Zwang, alle Zollformalitäten in Poitiers zu erledigen, führe zwangsläufig zu einer Steigerung der Transport- und Lagerkosten. Zudem verfüge die Zollstelle Poitiers nur über eine Belegschaft von vier Zollnern ohne Datenverarbeitungsanlage.“ Vgl. den Artikel „Die Zollabfertigung in Poitiers“; FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG vom 27. Oktober 1982, S. 13. Für den Wortlaut der Verordnung vgl. JOURNAL OFFICIEL. LOIS ET DÉCRETS 1982, S. 9488 f.

²⁴ Die Wörter „auf Fragen des BM“ wurden von Staatssekretär Lautenschlager handschriftlich eingefügt.

²⁵ Am 10. Dezember 1982 endete die Dritte VN-Seerechtskonferenz in Montego Bay (Jamaika) mit der Unterzeichnung der Schlußakte und der Verabschiedung des Seerechtsübereinkommens, das zwei Jahre lang zur Zeichnung aufgelegt wurde. Für den Wortlaut des Übereinkommens vgl. UNTS, Bd. 1833–1835. Für den deutschen Wortlaut vgl. BUNDESGESETZBLATT 1994, Teil II, S. 1799–2018. Vgl. dazu ferner AAPD 1982, II, Dok. 352.

²⁶ Die Wörter „(Ende Januar)“ wurden von Staatssekretär Lautenschlager handschriftlich eingefügt.

²⁷ Japan unterzeichnete am 7. Februar 1983 das Seerechtsübereinkommen vom 10. Dezember 1982.

²⁸ Dieser Satz wurde von Staatssekretär Lautenschlager handschriftlich eingefügt. Dafür wurde „im Hinblick auf spätere Verteilung“ gestrichen: „BM forderte AM Abe scherzhaft auf, bei seinem Gespräch mit dem Bundeskanzler als Missionar dieser Heilslehre aufzutreten; er könne sich damit große Verdienste erwerben.“

Das Kabinett beschloß am 8. Dezember 1982, wegen der Bedenken einiger Ministerien insbesondere hinsichtlich des Meeresbodenregimes zum gegenwärtigen Zeitpunkt noch keine Entscheidung über die Unterzeichnung des Seerechtsübereinkommens vom 10. Dezember 1982 zu treffen. Am 4. März 1983 resümierte Vortragender Legationsrat I. Klasse Duisberg die Argumente, die für eine rasche Unterzeichnung sprächen: „Zeichnung verpflichtet nicht zur Ratifizierung, die ausdrücklich von Verbesserungen abhängig gemacht werden sollte. Zeichnung eröffnet aber vollberechtigte Mitgliedschaft in Vorbereitungskommission, die wichtiges Sekundärrecht auszuarbeiten hat [und] Forum für Erörterung von Anpassungen, Modifikationen der Konvention werden kann. Wichtige Partner mit gleichgelagerten ähnlichen Interessen und gleichen Bedenken gegen Meeresbodenregime – F, NL und JAP – haben deshalb gezeichnet.“ Zudem drohe eine Isolierung in den Europäischen Gemeinschaften: „Außer GB und uns sind alle für Zeichnung durch EWG, sobald Voraussetzungen vorliegen.“ Vgl. Arbeitsstab 50, Bd. 125438.

AM *Abe* teilte mit, daß er an der erweiterten ASEAN-Konferenz im Juni teilnehmen werde.²⁹ Er hoffe, daß BM ebenfalls daran teilnehmen könne. Er bat darüber hinaus den BM, bald nach den Wahlen zu Konsultationen nach Tokio zu kommen.

BM versicherte den japanischen Gast seines Interesses an einem baldigen Besuch in Tokio.

AM *Abe* führte das Gespräch auf Ost-West-Fragen. Solidarität des westlichen Lagers sei erforderlich³⁰. Japan habe große Achtung für den Beitrag, den die Bundesrepublik Deutschland zur NATO leiste. US-Secretary Shultz habe vorgeschlagen, Ost-West-Handelsbeziehungen wegen deren strategischer Bedeutung in der NATO zu erörtern. Dies würde bedeuten, daß Japan nicht teilnehmen könne. Japan ließe sich jedoch keine Ergebnisse aufzwingen, an deren Zustandekommen es nicht beteiligt gewesen sei. Japan müsse an der Diskussion beteiligt werden und sehe dafür vielleicht den Kreis der Botschafter der sieben Länder in Washington als ein geeignetes Gremium.

BM erwiderte, er sehe in Ost-West-Wirtschaftsbeziehungen ein stabilisierendes Element. Die Bundesregierung werde sich an einem Handelskrieg nicht beteiligen. Sie sei jedoch bereit, die Sicherheitsaspekte der Ost-West-Wirtschaftsbeziehungen zu erörtern. Die vorgebrachte japanische Besorgnis wegen der Rolle Japans bei dieser Erörterung verstehe und teile er.

In der NATO-AM-Konferenz am 2./3.10.1982 habe Shultz diesen Vorschlag erstmals vorgebracht.³¹ Er, BM, habe wegen des Regierungswechsels, in dessen Verlauf er für zehn Tage das Amt des Außenministers nicht ausgeübt habe³², an dieser Konferenz nicht teilgenommen, obwohl sie seiner Initiative entsprungen sei. Er habe dann am 5.10. Shultz in New York³³ gesagt, es würde ein Fehler sein, die Ost-West-Wirtschaftsbeziehungen in der NATO erörtern zu wollen.³⁴ Japan und die europäischen Staaten, die nicht NATO-Mitglieder seien, müßten beteiligt werden. Er habe Shultz den Botschafterkreis in Washington (einschließlich EG-Ratsmacht und -Kommission)³⁵ vorgeschlagen. Im Augenblick habe diese Arbeitsgruppe auch wegen der Kontroverse Reagan/Mitterrand³⁶ in der Abschlußphase keine Wirkungsmöglichkeiten. Diese Siebener-

²⁹ Zum Dialog-Treffen der Außenminister der ASEAN-Mitgliedstaaten mit den Außenministern Abe (Japan), Cooper (Neuseeland), MacEachen (Kanada), Shultz (USA) und Street (Australien) sowie mit Bundesminister Genscher als amtierendem EG-Ratspräsidenten am 27./28. Juni 1983 in Bangkok vgl. Dok. 194.

³⁰ An dieser Stelle wurde von Staatssekretär Lautenschlager gestrichen: „das leider nicht einheitlich handeln könne“.

³¹ Die Außenminister der NATO-Mitgliedstaaten trafen sich am 2./3. Oktober 1982 auf informeller Ebene in La Sapinière. Vgl. dazu AAPD 1982, II, Dok. 253.

³² Hans-Dietrich Genscher war zwischen seinem Rücktritt am 17. September 1982 und dem Amtsantritt der Regierung Kohl am 4. Oktober 1982 ohne Ministeramt.

³³ Bundesminister Genscher und der amerikanische Außenminister Shultz trafen sich am Rande der VN-Generalversammlung. Vgl. dazu AAPD 1982, II, Dok. 262.

³⁴ Der Passus „es würde ... zu wollen“ ging auf Streichungen und handschriftliche Einfügungen des Staatssekretärs Lautenschlager zurück. Vorher lautete er: „es sei ein schwerer Fehler, die Ost-West-Wirtschaftsbeziehungen in der NATO zu erörtern.“

³⁵ Die Wörter „(einschließlich EG-Ratsmacht und -Kommission)“ wurden von Staatssekretär Lautenschlager handschriftlich eingefügt.

³⁶ Vgl. dazu die amerikanisch-französischen Meinungsverschiedenheiten in der Frage von Sanktionen gegen die UdSSR; Dok. 2, Anm. 8.

Gruppe könnte jedoch als ein höchst inoffizielles Steering-Komitee zu gegebener Zeit wieder aktiviert werden. Verhandelt werden müsse eher in der OECD (und im COCOM), weil man bestehende, alle Industrieländer umfassende Organisationen nützen solle.³⁷ Dies habe er bei der NATO-Tagung im Dezember in aller Deutlichkeit gesagt.³⁸

Zu allgemeinen Ost-West-Fragen bemerkte der BM, daß die Prager Gipfelkonferenz der WP-Staaten³⁹ heute wohl eine „Friedensoffensive“ starten werde, mit der Andropow demonstrieren wolle, daß er das Heft in der Hand habe und daß die Außenpolitik der SU kontinuierlich fortgesetzt würde. Für diese „Friedensoffensive“ gebe es außen- und innenpolitische Gründe. Die Probleme im kommunistischen Lager seien viel größer, als es die Öffentlichkeit wahrnehme. Der Krieg in Afghanistan schädige den Nimbus der Unbesiegbarkeit der Roten Armee und verursache große Kosten.

Der Ehrgeiz der sowjetischen Regierung, die alten Fehler früherer Kolonialmächte noch einmal zu machen, sei unstillbar. Die Lage in Polen⁴⁰ sei ernst, die Versorgung in allen WP-Staaten, mit Ausnahme vielleicht Ungarns und Bulgariens, sei schlecht. Die Weltöffentlichkeit blicke jedoch weniger auf diese Schwierigkeiten, sondern auf die Außenpolitik, deren Akrobaten gewissermaßen unter der Zirkuskuppel ihre Kunststücke vorführen.

Im Zentrum der Aufmerksamkeit stünden die Mittelstreckenraketen⁴¹ und die START-Verhandlungen. Die Tendenz der sowjetischen Politik sei klar. Man wolle eine Trennung Europas von den USA erreichen.

Die Verhandlungen über die Mittelstreckenraketen seien bis jetzt höchst bemerkenswert verlaufen. Die SU hätte auf die üblichen prozeduralen Tricks verzichtet; man⁴² sei sofort zu den entscheidenden Fragen vorgestoßen. Jetzt stagnierten die Verhandlungen. Das würde wohl auch bis Ende März so bleiben. Die

³⁷ Der Passus „Im Augenblick ... nützen solle“ ging auf Streichungen und handschriftliche Änderungen des Staatssekretärs Lautenschlager zurück. Vorher lautete er: „Diese Arbeitsgruppe sei jedoch wegen der Kontroverse Reagan/Mitterrand in ihren Wirkungsmöglichkeiten reduziert. Die Bundesregierung würde diese Siebener-Gruppe jedoch als ein höchst inoffizielles Steering-Komitee der freien Marktwirtschaft gern erhalten. Verhandelt werden müsse dann in der OECD, weil man bestehende Organisationen nützen solle.“

³⁸ Vgl. dazu die Ausführungen des Bundesministers Genscher am 9. Dezember 1982 bei der NATO-Ministerratstagung in Brüssel; AAPD 1982, II, Dok. 344.

³⁹ Zur Tagung des Politischen Beratenden Ausschusses des Warschauer Pakts am 4./5. Januar 1983 vgl. Dok. 40.

⁴⁰ Am 8. Oktober 1982 billigte das polnische Parlament ein Gesetz, das in Artikel 52 die Registrierung von Gewerkschaften vor Verkündung des Kriegsrechts am 13. Dezember 1981 für ungültig erklärte und damit die Zulassung der Gewerkschaft „Solidarność“ widerrief. Für den Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1983, D 187–192 (Auszug).

Referat 214 vermerkte am 13. Dezember 1982, daß Ministerpräsident Jaruzelski am Vortag die Absicht der Regierung bekanntgegeben habe, das Kriegsrecht zum Jahresende „zu suspendieren“. „Die Enttäuschung über diesen halben Schritt dürfte im westlichen Ausland, das die Voraussetzungen für eine Wiederherstellung der Normalität der bilateralen Beziehungen in substantieller Weise erfüllt zu sehen hoffte, weit größer sein als in der pessimistisch gestimmten polnischen Bevölkerung selbst. [...] Die Internierten sollen entlassen werden. Im Augenblick ist nur in Umrissen bekannt, welche Kriegsrechtsbestimmungen weitergelten und welche durch zivile Notstandsregelungen ersetzt werden sollen. Deutlich wird nur, daß der Militärrat vorerst erhalten bleibt.“ Vgl. Referat 214, Bd. 133026.

⁴¹ Korrigiert aus: „Raketen-“.

⁴² Dieses Wort wurde von Staatssekretär Lautenschlager handschriftlich eingefügt. Dafür wurde gestrichen: „und“.

SU warte auf das deutsche Wahlergebnis. Erst dann würde zur Sache weiterverhandelt. Ein gutes Ergebnis der Raketenverhandlungen sei dann zu erwarten, wenn die Sowjets wissen, daß andernfalls die amerikanischen Raketen in Europa stationiert würden.

Der Besuch Gromykos in Bonn⁴³ werde ein Teil dieser Operation sein. Er sei wichtig, weil Gelegenheit gegeben würde, die Politik der neuen Bundesregierung zu erläutern, die mit einer wichtigen Ausnahme die Sicherheits- und Außenpolitik der alten Bundesregierung kontinuierlich fortsetze. Die Ausnahme liege im Bereich des Doppelbeschlusses der NATO. Die Bundesregierung halte an dem fest, was in der NATO beschlossen wurde, würde dabei jedoch nicht mehr auf das Einverständnis der Opposition rechnen können, die aus manchen, vorwiegend innerparteilichen Gründen, diese Linie nicht weiter durchhalten könne.

Die Bundesrepublik wolle als gespaltenes Land und an gefährdeter Stelle ein positives Ergebnis der Raketenverhandlungen. Es sei nicht hilfreich, was der US-Senat jetzt in der Frage der MX-Raketen und einigen anderen Dingen im Verteidigungsbereich⁴⁴ getan habe.⁴⁵ Es sei nicht gut, wenn man Absichten verkünde, die man dann nicht verwirklichen könne. Die sowjetische Haltung würde damit verhärtet. Er, BM, sei zuversichtlich, daß die SU nach dem Wahltag einsieht, daß sie Zugeständnisse machen muß.

AM Abe dankte für die deutsche Reaktion auf den Vorschlag von US-Secretary Shultz betr. die Behandlung der Ost-West-Wirtschaftsfragen⁴⁶. Der Sieben-Botschafter-Rahmen in Washington erscheine der japanischen Regierung nützlich, Verhandlungen sollten ansonsten in den bestehenden wirtschaftlichen Organisationen geführt werden (OECD).⁴⁷

Den Mittelstreckenraketen-Vorschlag von Andropow⁴⁸ betrachte die japanische Regierung mit großer Skepsis. Die Lage in Ostasien würde kritisch verändert werden, wenn die SU ihre SS-20-Raketen im Westen ab- und im Osten wieder aufbaue. Das SS-20-Problem müsse auf dem gesamten Territorium der SU gesehen werden. Japan sei für die Null-Lösung (Einwurf von BM: „die wir erfunden haben“).

AM Abe unterstrich die Hochachtung, mit der Japan die Beiträge der NATO zur Sicherung des Westens würdige. Japan könne nicht bei Aktionen der NATO selbst teilnehmen, sei aber bereit, mittelbar Beiträge zum gemeinsamen Ziel zu leisten. So habe Japan mit 100 Mio. Dollar der Türkei geholfen.

⁴³ Zum Besuch des sowjetischen Außenministers Gromyko vom 16. bis 19. Januar 1983 vgl. Dok. 10 und Dok. 15.

⁴⁴ Die Wörter „im Verteidigungsbereich“ wurden von Staatssekretär Lautenschlager handschriftlich eingefügt.

⁴⁵ Zur Entscheidung des amerikanischen Kongresses vom 20. Dezember 1982 über einen vorläufigen Verteidigungshaushalt für das Jahr 1983 vgl. Dok. 1, Anm. 9, und Dok. 20, Anm. 20 und 21.

⁴⁶ Der Passus „betr. ...Ost-West-Wirtschaftsfragen“ wurde von Staatssekretär Lautenschlager handschriftlich eingefügt. Dafür wurde gestrichen: „Wirtschaftsfragen im NATO-Rahmen zu verhandeln“.

⁴⁷ Dieser Satz ging auf Streichungen und handschriftliche Einfügungen des Staatssekretärs Lautenschlager zurück. Vorher lautete er: „Der Sieben-Botschafter-Rahmen in Washington scheine der japanischen Regierung brauchbar zu sein.“

⁴⁸ Zu den Vorschlägen des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Andropow, vom 21. Dezember 1982 vgl. Dok. 2, Anm. 13.

Man betrachte die Lage in Polen ohne Optimismus und blicke mit Sorge auf die monetären Schwierigkeiten in Jugoslawien.⁴⁹ Eine Krise in diesem Land würde sich auf die Sicherheit des Westens negativ auswirken. Japan sei daher bereit, auch dort zu helfen.

BM begrüßte diese japanische Bereitschaft mit der Bemerkung, wir säßen alle in einem Boot, Deutschland und Japan mehr am Rande als die USA, aber wenn das Boot kentern würde, fielen alle ins Wasser.

BM erklärte, daß wir die für heute zu erwartenden sowjetischen Vorschläge genau prüfen und positive Ansätze weiterentwickeln wollten. Der jetzt anstehende Besuch des japanischen Gastes beim Bundeskanzler⁵⁰ zwingt, die Unterhaltung zu beenden. Es sei vieles nicht besprochen worden, so Kambodscha, Afrika, Südamerika und anderes. Die Gespräche über Ost-West-Fragen hätten auch der Vertiefung bedurft. Es sei wohl ein ganzer Tag nötig, um dieses Pensum zu absolvieren. Er hoffe, dies bald in Japan nachholen zu können.

AM Abe bedankte sich beim *BM* und wünschte ihm besonders im Hinblick auf die bevorstehenden Wahlen alles Gute.

Das Gespräch dauerte von 7.30 bis 9.20 Uhr.

Referat 341, Bd. 126985

⁴⁹ Referat 422 notierte am 7. April 1983: „Außen- und binnenwirtschaftliche Schwierigkeiten führten Ende 1982 zu erheblichen Zahlungsschwierigkeiten Jugoslawiens. Die in diesem Fall übliche Umschuldung lehnte jugoslawische Regierung ab.“ Auch die USA hätten diese Haltung unterstützt, weil eine Umschuldung als Fehlschlag der jugoslawischen Wirtschaftsreformen interpretiert, damit die eine stärkere Bindung an die SU anstrebenden orthodoxen Kräfte unterstützt sowie Jugoslawiens Stellung bei den Blockfreien und als Gastgeber für UNCTAD VI beeinträchtigt werden könnte: „Die 16 wichtigsten westlichen Handelspartner Jugoslawiens vereinbarten daher unter Schweizer Vorsitz am 19.1.1983 eine Stützungsaktion über \$ 1,3 Mrd., bei der z. T. Finanzkredite oder Bürgschaften für ungebundene Finanzkredite von Banken (\$ 250 Mio.), z. T. Bürgschaft für Exportkredite gegeben wurden“. Die Bundesrepublik sei an der Aktion mit Hermes-Bürgschaften in Höhe von 220 Mio. Dollar beteiligt, davon 46 Mio. Dollar für die Deckung der Verlängerung mittelfristiger gebundener Finanzkredite um drei Jahre und 174 Mio. Dollar für mittelfristige Exportkredite. Vgl. Referat 422, Bd. 140063.

⁵⁰ Bundeskanzler Kohl und der japanische Außenminister Abe erörterten am 5. Januar 1983 die Entwicklung der kulturellen Beziehungen beider Staaten und ihr Verhältnis zu den USA, ferner die Auswirkungen der INF-Verhandlungen auf Asien und die Beziehungen zwischen der UdSSR und der Volksrepublik China. Vgl. dazu die Gesprächsaufzeichnung; Bundeskanzleramt, AZ: 21-30 100 (56), Bd. 63; B 150, Aktenkopien 1983.

Aufzeichnung des Ministerialdirektors Pfeffer

201-363.31 INF-44/83 geheim

7. Januar 1983¹

Über Herrn Staatssekretär² Herrn Bundesminister³ mit der Bitte um Kenntnisnahme

Betr.: Zeitplan und Vorbereitung zur Stationierung amerikanischer INF-Systeme in Europa;
hier: Abstimmung mit amerikanischer Regierung

Bezug: Vorlage der Abteilung 2 vom 14.12.1982⁴ und Weisung BM betr. STN⁵ zu Antwortschreiben AM Shultz

Anlg.: 2 (nur für Original)

I. 1) Mit anliegendem Schreiben (Anlage 1⁶) haben Sie AM Shultz unsere Haltung zur Synchronisierung der Zeitpläne für die Stationierung amerikanischer INF-Systeme in Europa dargelegt. Sie haben dabei insbesondere auf die Notwendigkeit eines annähernd gleichzeitigen Beginns der Stationierung in der BR Deutschland, Italien und dem Vereinigten Königreich nicht vor September 1983 hingewiesen und die Bereitschaft der amerikanischen Regierung begrüßt, bei der Abstimmung der Stationierungszeitpläne mit ihren deutschen, italienischen und britischen Partnern auch unsere Wünsche zu berücksichtigen.⁷

2) In seiner Antwort (Anlage 2⁸) bekundet AM Shultz Verständnis für die Öffentlichkeitsaspekte der Stationierung und sichert eine enge Abstimmung mit uns und den anderen Stationierungsländern über alle Aspekte des Stationierungsprogramms zu. Shultz bringt jedoch Besorgnis über unseren „Vorschlag“ zum Ausdruck. Damit bezieht er sich offenbar auf die Terminvorstellung „nicht vor September 1983“. Ohne dies näher zu begründen, macht er deutlich, daß unser

¹ Die Aufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Hofmann und Vortragendem Legationsrat Seibert konzipiert.

² Hat Staatssekretär Lautenschlager am 11. Januar 1983 vorgelegen.

³ Hat Bundesminister Genscher am 13. Januar 1983 vorgelegen.

Hat Amtsrat Kusnezow am 19. Januar 1983 vorgelegen, der den Rücklauf über das Büro Staatssekretäre an Referat 201 verfügte.

Hat Staatssekretär von Staden am 21. Januar 1983 vorgelegen.

Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Hofmann am 25. Januar 1983 erneut vorgelegen.

⁴ Ministerialdirektor Pfeffer legte Entwürfe für Schreiben des Bundesministers Genscher an den amerikanischen und britischen Außenminister, Shultz und Pym, „zur Frage der Synchronisierung der Zeitpläne für die Stationierung amerikanischer INF-Systeme in Europa“ vor. Vgl. VS-Bd. 12051 (201); B 150, Aktenkopien 1982.

⁵ Stellungnahme.

⁶ Dem Vorgang nicht beigelegt.

Das Schreiben des Bundesministers Genscher an den amerikanischen Außenminister Shultz wurde am 20. Dezember 1982 von Ministerialdirigent Dröge mit Drahterlaß Nr. 1315 an die Botschaft in Washington übermittelt. Vgl. dazu VS-Bd. 12051 (201); B 150, Aktenkopien 1982.

⁷ Ein inhaltsgleiches Schreiben richtete Bundesminister Genscher am 20. Dezember 1982 an den britischen Außenminister Pym. Vgl. dazu Dok. 9, Anm. 42.

⁸ Dem Vorgang beigelegt. Für das Schreiben des amerikanischen Außenministers Shultz vom 3. Januar 1983 an Bundesminister Genscher vgl. VS-Bd. 12052 (201).

Wunsch die im Doppelbeschluß für Ende 1983 vorgesehene Einsatzfähigkeit der ersten amerikanischen Mittelstreckensysteme gefährden und damit ein Signal mangelnder Entschlossenheit geben könnte.

II. 1) Bei unserem Synchronisierungsvorschlag sind wir im Einvernehmen mit dem BMVg davon ausgegangen, daß es bei verzugsloser Programmabwicklung technisch möglich sein müsse, innerhalb von drei Monaten nach Eintreffen des ersten Großgeräts die Einsatzfähigkeit der ersten Pershing II und Marschflugkörper bis Ende 1983 zu erreichen. Dies müsse insbesondere für die BR Deutschland gelten, wo die Pershing II in bereits bestehende Strukturen und Einrichtungen übernommen wird.

2) Eine Delegation des Pentagon mit Beteiligung des State Department hat am 3. November 1982 im Auswärtigen Amt nachstehenden Stationierungsplan vorgelegt:

Activity	GLCM	GLCM	P II
	UK	IT	GE
Begin Construction of Base	Oct 81	Apr 82	None required
First Equipment Arrives	Jun 83	Oct 83	Jun 83/Sep 83
First Warhead Arrives	Sep 83	Dec 83	Nov 83
IOC ⁹ (First Flight/Battery Deployed)	Dec 83	Mar 84	Dec 83
FOC ¹⁰ (All Flights/Batteries Deployed)	Sep 88	Oct 87	Dec 85

Übereinstimmend nahmen Botschafter Ruth und die Vertreter des BMVg gegen diesen Zeitplan im Sinne unserer Position (nicht mehr als vier Wochen Zeitunterschied und nicht vor September 1983) Stellung. Beide Seiten stimmten darin überein, daß in dem Spannungsfeld der Vermeidung einer zu frühzeitigen Stationierung einerseits und der Notwendigkeit, die Einsatzfähigkeit der ersten Systeme bis Ende 1983 sicherzustellen, eine gemeinsame abgestimmte Lösung gefunden werden müsse.¹¹

⁹ Initial Operational Capability.

¹⁰ Full Operational Capability.

¹¹ Die amerikanische Delegation hielt sich nach Besuchen in London und Rom am 3. November 1982 in Bonn auf. Referat 220 vermerkte dazu am 4. November 1982: „D2A und Oberst Glatt kritisierten hierauf die für GR[ößbritannien] (Juni 83) und uns angegebenen Termine für das erste physische Erscheinen von Abschußfahrgestellen (GLCM) in GR und sogenannter ‚Erector-Launcher Conversion-Kits‘ (PII). Man müsse die Dislozierungsvorbereitungen in Europa im Zusammenhang sehen. Das Auftauchen von GLCM-Abschußfahrgestellen in GR bereits im Juni werde nicht ohne Auswirkungen auf die öffentliche Debatte bei uns und in den anderen Stationierungsländern bleiben. Hier stünde die Glaubwürdigkeit des Bündnisses auf dem Spiel. Es sei zwecklos, in der öffentlichen Debatte auf den Unterschied zwischen dem Erscheinen von Abschußgestellen und der Dislozierung der eigentlichen Raketen zu verweisen. Dasselbe gelte für die ‚Conversion Kits‘ bei der PII.“ Es sei klargestellt worden, daß Pershing II nicht vor September 1983 erscheinen dürften und der Zeitunterschied bei der Dislozierung in der Bundesrepublik, Großbritannien und Italien nicht mehr als vier Wochen betragen solle. Vgl. VS-Bd. 11350 (220); B 150, Aktenkopien 1982.

In diesem Sinne sagten die Amerikaner zu, die Stationierungsplanung mit uns, Italien und dem Vereinigten Königreich genau abzustimmen. Dies wurde sowohl von VM Weinberger in einem Gespräch mit BM Wörner am Rande der NPG¹² als auch von AM Shultz in seinem anliegenden Schreiben bestätigt.

III. Die Synchronisierung der Stationierungszeitpläne wird weiterhin Gegenstand deutsch-amerikanischer Gespräche sein, die beginnend im Februar (am Rande der Sitzungen von HLG¹³ und SCG¹⁴) über die Sitzungen der NPG am 22./23.3. in Portugal¹⁵ sowie am Rande der DPC-Ministertagung¹⁶ vor allem vom federführenden BMVg geführt werden. Eine weitere Kontaktaufnahme von Ihnen mit AM Shultz erscheint zum gegenwärtigen Zeitpunkt nicht erforderlich.

Die Vorlage ist mit dem BMVg abgestimmt. D 2A¹⁷ hat zugestimmt.

Pfeffer

VS-Bd. 12052 (201)

¹² Die Ministersitzung der Nuklearen Planungsgruppe (NPG) der NATO fand am 30. November 1982 in Brüssel statt.

Staatssekretär Rühl, Bundesministerium der Verteidigung, z.Z. Brüssel, informierte am 1. Dezember 1982, daß Bundesminister Wörner am Vortag den amerikanischen Verteidigungsminister Weinberger auf die Bedeutung harmonisierter Einführungszeiten in den Stationierungsländern hingewiesen habe: „Insbesondere müsse vermieden werden, daß in der Öffentlichkeit der Eindruck vorzeitiger Stationierungen in Mitgliedsländern der NATO zu der Beschuldigung führen könnte, die Zeit für Rüstungskontrollverhandlungen sei nicht optimal genutzt worden. Wir würden unverrückbar am vorgesehenen Zeitplan festhalten.“ Weinberger habe erwidert, „daß die für Ende 1983 vorgesehene Initial Operational Capability (IOC) nur gesichert werden könnte, wenn bereits vorher Ausrüstungsteile eingeführt würden“. Vgl. den Drahtbericht Nr. 2189; VS-Bd. 11981 (201); B 150, Aktienkopien 1982.

¹³ Zur Sitzung der High Level Group (HLG) der NATO vom 7. bis 10. Februar 1983 in San Diego vgl. Dok. 17, Anm. 15.

¹⁴ Zur Sitzung der Special Consultative Group (SCG) der NATO am 13./14. Februar 1983 in Brüssel vgl. Dok. 47 und Dok. 48.

¹⁵ Zur Ministersitzung der Nuklearen Planungsgruppe (NPG) der NATO in Vilamoura vgl. Dok. 77.

¹⁶ Zur Ministersitzung des Ausschusses für Verteidigungsplanung (DPC) der NATO am 1./2. Juni 1983 in Brüssel vgl. Dok. 166.

¹⁷ Friedrich Ruth.

5

Gesandter Wallau, Washington, an das Auswärtige Amt

114-10090/83 VS-vertraulich
Fernschreiben Nr. 72
Cito

Aufgabe: 7. Januar 1983, 20.50 Uhr
Ankunft: 8. Januar 1983, 03.21 Uhr

Betr.: Besuch des SPD-Kanzlerkandidaten Dr. Vogel in Washington
vom 5. bis 7. Januar 1983¹;
hier: Begegnung mit Präsident Reagan

Zur Unterrichtung

Präsident Reagan empfing am 7.1. Dr. Vogel zu einem rund zehnminütigen Gespräch, an dem VP Bush, Sicherheitsberater Clark, sein Vertreter McFarlane, Counselor Meese, Europa-Direktor Burt (State Department) und ich teilnahmen. Nach dem Gespräch stellte sich der Präsident zusammen mit Herrn Vogel kurz der im Rosengarten des Weißen Hauses aufgebauten Bildpresse.

Der Präsident eröffnete mit dem INF-Thema. Er betonte das amerikanische Festhalten am Doppelbeschluß und unterstrich die amerikanische Verhandlungsbereitschaft in Genf, aber auch die amerikanische Absicht, ohne Verhandlungsergebnis die Stationierung durchzuführen.

Dr. Vogel stellte drei Punkte heraus:

- 1) Als Basis der Allianz verwies er auf die verfaßte Gemeinsamkeit der westlichen freien Gesellschaften und die Grenzen zwischen Individuen und Staat.
- 2) Dr. Vogel erwähnte die wachsende Sorge vieler Menschen über das nukleare Wettrüsten. Die Angst nähme zu, daß mit oder ohne Willen eine Katastrophe über die Welt hereinbrechen könnte, eine Sorge, die bis in die Kirchen reiche und auch ihn als Katholiken bewege. Der Präsident sei der mächtigste Mann der westlichen Welt und trage eine schwere Last auf seinen Schultern. Er, Vogel, sei zu Vertrauen bereit und dafür dankbar, daß der Verhandlungsprozeß in Gang gesetzt worden sei. INF sei ein wichtiges Thema. Aus den jüngsten sowie-

¹ Der Kanzlerkandidat der SPD, Vogel, hielt sich mit seinem sicherheitspolitischen Berater Freiherr von Weizsäcker und den SPD-Abgeordneten Bahr und Wischniewski in Washington auf. Weitere Gespräche führte er u. a. mit Vizepräsident Bush, dem amerikanischen Außenminister Shultz, Verteidigungsminister Weinberger, dem Leiter der Rüstungskontroll- und Abrüstungsbehörde, Rostow, und dem Leiter der amerikanischen INF-Delegation, Nitze, sowie mit Abgeordneten des Kongresses. Gesandter Wallau, Washington, teilte am 8. Januar 1983 mit, Abrüstungsfragen hätten im Mittelpunkt aller Gespräche gestanden: „Zu INF führte Vogel aus, die SPD gebe dem Abrüstungsteil des Doppelbeschlusses Vorrang. Es gehe ihr darum, daß alle Verhandlungsmöglichkeiten ausgeschöpft würden, um die Stationierung der Mittelstreckenraketen zu vermeiden. [...] Die Stationierung werde nicht ausgeschlossen, aber nur in dem Fall befürwortet, daß sich bis zum Jahresende 1983 keine andere Möglichkeit als gangbar erweise. In diesem Fall werde der Stationierung zugestimmt werden müssen. Für diese Politik suche er das Mandat als Kanzler. Wenn BK Kohl, wie er in Washington erklärt zu haben scheine, in den Wahlen ein Mandat für die Stationierung suche, werde die SPD dafür zu kämpfen haben, daß die Entscheidung offen bleibe.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 69; Referat 220, Bd. 124486. Vgl. dazu ferner VOGEL, Nachsichten, S. 172 f.

tischen Vorschlägen² verdienten zwei Elemente Beachtung, die Bereitschaft zur Reduzierung sowie die getrennte Zählweise für Raketen und Flugzeuge. Dies allein reiche nicht aus, sei auch so nicht akzeptabel, aber Anzeichen dafür, daß der Doppelbeschluß Wirkung zeige. Er bitte (beg) den Präsidenten daher dringend, auf eine Vereinbarung hinzuwirken, die eine Herabsetzung dieser tödlichen Waffen bewirke.

3) Er wolle sich einsetzen für eine internationale Zusammenarbeit zur Überwindung der Arbeitslosigkeit und damit für die Stabilisierung und Sicherheit unserer Länder.

Dr. Vogel erwähnte kurz seine Wahlaussichten³ nicht ohne Zuversicht. Er berichtete weiter, bei einem kürzlichen Besuch im Vatikan gleichfalls der Sorge um die nukleare Abrüstung begegnet zu sein.⁴ In Genf brauche die Eröffnungsposition nicht dem Endergebnis entsprechen zu müssen – häufig sehe der Verhandlungsbeginn anders als das Verhandlungsergebnis aus.

Der Präsident erwiderte, daß die amerikanische Seite für einen Verhandlungserfolg hart kämpfe und „in good faith“ verhandle. Als einziger Fortschritt zeige sich bisher, daß die SU auf halbem Wege entgegenkomme und mit der Nulloption auf amerikanischer Seite einverstanden sei. Das amerikanische Ziel sei der Frieden, zu ihm gebe es keine Alternative. Er wolle die besonders destabilisierenden Systeme soweit wie möglich beseitigen. Festigkeit biete dafür die besten Aussichten.

[gez.] Wallau

VS-Bd. 11293 (220)

² Zu den Vorschlägen des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Andropow, vom 21. Dezember 1982 vgl. Dok. 2, Anm. 13.

³ Die Wahlen zum Bundestag fanden am 6. März 1983 statt.

⁴ Der Kanzlerkandidat der SPD, Vogel, hielt sich am 15./16. Dezember 1982 in Italien und im Vatikan auf.

6

Botschafter Ruth an die Botschaft in Washington**220-371.76 INF-24/83 geheim****10. Januar 1983¹****Fernschreiben Nr. 33****Aufgabe: 11. Januar 1983, 11.32 Uhr****Citissime**

Betr.: Vorbereitung der nächsten INF-Runde²;
 hier: Schreiben des Bundesministers an AM Shultz

In der Anlage wird ein Schreiben des Bundesministers an Außenminister Shultz übersandt. Mit diesem Schreiben greift der Bundesminister das Thema der kürzlichen Konsultationen von Botschafter Ruth über die Frage der Weiterentwicklung der westlichen INF-Position auf.

Es wird gebeten, das Fernschreiben des Bundesministers unverzüglich mit einer Höflichkeitsübersetzung weiterzuleiten. Höflichkeitsübersetzung folgt.

Ruth³

Folgt Text der Anlage:

Lieber George,

Wir haben mit großer Befriedigung die Erklärung Präsident Reagans zum amerikanisch-sowjetischen Verhältnis in seiner Rundfunk- und Fernsehansprache am 8. Januar 1983⁴ zur Kenntnis genommen und sie auch öffentlich gewürdigt. Seine erneute Bekräftigung der amerikanischen Bereitschaft, energisch und ernsthaft auf baldige Verhandlungsergebnisse in Genf hinzuwirken, ist besonders wichtig und hilfreich. Sie ist für unsere Auseinandersetzung mit den Gegnern des Doppelbeschlusses und für Gespräche mit der Sowjetunion von großer Bedeutung.

Botschafter Ruth hat mich über die Gespräche unterrichtet, die er am 6. und 7. Januar⁵ in Washington mit Mitarbeitern des State Department, der ACDA, des Verteidigungsministeriums und des Weißen Hauses geführt hat.⁶ Ich gehe davon aus, daß Sie über den Inhalt der von ihm vorgetragenen Position unterrichtet worden sind. Diese Position war von Bundesminister Wörner und mir gebilligt und stellt einen Beitrag der Bundesregierung zu den Vorbereitungen auf die nächste Runde der INF-Verhandlungen dar. Es geht uns darum, bei der Weiterentwicklung der westlichen Verhandlungsposition die im Doppelbeschluß

¹ Durchdruck.

Botschafter Ruth vermerkte maschinenschriftlich: „Vor Abg[ang] Herrn Staatssekretär, Herrn Bundesminister, D 2 m[it] d[er] B[itte] u[m] Mitz[eichnung].“

Hat Legationsrat I. Klasse Ischinger am 11. Januar 1983 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „Von BM genehmigt.“

² Die vierte Runde der INF-Verhandlungen fand vom 27. Januar bis 29. März 1983 in Genf statt.

³ Paraphe vom 11. Januar 1983.

⁴ Für den Wortlaut der Rede des Präsidenten Reagan vgl. PUBLIC PAPERS, REAGAN 1983, S. 23–25.

⁵ Korrigiert aus: „7. und 8. Januar“.

⁶ Zu den Gesprächen des Botschafters Ruth vgl. Dok. 8.

vom Dezember 1979 enthaltene Flexibilität so weit wie möglich auszuschöpfen. Wir müssen am Endziel der beidseitigen Null-Lösung festhalten, uns jedoch angesichts der sowjetischen Weigerung, dieses Ergebnis schon jetzt zu ermöglichen, um ein Teilergebnis bemühen, das, ausgehend von einer signifikanten Reduktion und Vernichtung sowjetischer landgestützter Flugkörper, prüft, ob und in welchem Umfang die westliche Nachrüstung geringer ausfallen kann. Dabei muß klar sein, daß der gänzliche westliche Verzicht auf Nachrüstung nur bei völliger Beseitigung und Vernichtung der sowjetischen Flugkörper möglich ist. Wir wehren damit den sowjetischen Versuch ab, durch Reduktion ihres Potentials bei einem völligen Verzicht des Westens ein Mittelstreckenwaffenmonopol zu sichern. Wie Botschafter Ruth Ihren Mitarbeitern darlegte, sind solche ausgewogenen Teilergebnisse denkbar, die den Kriterien des Doppelbeschlusses entsprechen.

Ich habe vor, Botschafter Ruth unmittelbar im Anschluß an den Besuch Außenminister Gromykos in Bonn⁷ nach Washington zu entsenden, um Ihre Regierung über die rüstungskontrollpolitischen Elemente der Gespräche im Detail zu unterrichten. Ich wäre dankbar, wenn dieser erneute Besuch von Herrn Ruth genutzt werden könnte, um die Erörterungen, die am 6. und 7. Januar⁸ begonnen wurden, fortzusetzen.⁹ Aus meiner Sicht würde dieses neue Gespräch auch der Vorbereitung des Besuchs des Vizepräsidenten¹⁰ und der Diskussion in der Allianz dienlich sein.

Wir freuen uns auf den Besuch von Vizepräsident Bush. Er wird uns eine willkommene Gelegenheit geben, die enge Abstimmung zwischen uns weiter zu vertiefen und damit unsere Solidarität im Bündnis zu dokumentieren.

Mit freundlichen Grüßen
Hans Dietrich Genscher

VS-Bd. 11351 (220)

⁷ Zum Besuch des sowjetischen Außenministers Gromyko vom 16. bis 19. Januar 1983 vgl. Dok. 10 und Dok. 15.

⁸ Korrigiert aus: „7. und 8. Januar“.

⁹ Zu den Gesprächen des Botschafters Ruth am 20./21. Januar 1983 in Washington vgl. Dok. 14.

¹⁰ Zum Besuch des amerikanischen Vizepräsidenten Bush vom 30. Januar bis 1. Februar 1983 vgl. Dok. 27 und Dok. 28.

Aufzeichnung des Ministerialdirektors Pfeffer

201-363.11-85/83 VS-vertraulich

11. Januar 1983¹

Über Herrn Staatssekretär² Herrn Bundesminister mit der Bitte um Billigung von III.2) sowie Unterzeichnung der anliegenden Schreiben an AM Tindemans und AM van den Broek³

Betr.: Möglicher Rückzug Belgiens und der Niederlande aus der integrierten NATO-Luftverteidigung

Bezug: Schreiben des Bundeskanzlers vom 21.12.1982 (liegt bei⁴)

I. Zum Verfahren

1) Mit gleichlautenden Schreiben vom 21.12.1982 an Sie und BM Wörner hat der Bundeskanzler folgenden Auftrag erteilt:

Er halte es für dringend geboten, bei den NATO-Staaten, die Verbände für die integrierte Luftverteidigung stellen, mit dem Ziel zu intervenieren, alle Maßnahmen zu vermeiden, welche die NATO-Luftverteidigung schwächen und den Raumschutz unseres Landes gefährden könnten. Der Bundeskanzler bat zunächst, unseren Ständigen Vertreter bei der NATO anzuweisen, in diesem Sinne bei den NATO-Gremien zu intervenieren.⁵

2) Unsere NATO-Vertretung setzt sich weisungsgemäß seit längerem dafür ein, Belgien von einem Rückzug aus der integrierten NATO-Luftverteidigung abzuhalten. Da diese Bemühungen bisher ohne Erfolg blieben, hat Botschafter Wieck angeregt, auf möglichst hoher Ebene auf die belgische Regierung einzuwirken.⁶ BM Wörner hat die Frage mit seinem belgischen Amtskollegen bereits am Rande der letzten DPC-Ministertagung⁷ erörtert, ohne jedoch eine Änderung der

¹ Die Aufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Hofmann und Vortragendem Legationsrat Seibert konzipiert.

² Hat Staatssekretär Lautenschlager am 13. Januar 1983 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „ChBK sollte nach Billigung der Vorlage u. Absendung des Schreibens unterrichtet werden – ebenso BMVg (u. NATO-Vertretung).“

³ Dem Vorgang beigelegt. Vgl. Anm. 15.

⁴ Dem Vorgang beigelegt. Vgl. Anm. 5.

⁵ Zur Erläuterung schrieb Bundeskanzler Kohl am 21. Dezember 1982 an Bundesminister Genscher: „Luftverteidigung ist für die Bundesrepublik Deutschland eine strategische Aufgabe, ohne die eine wirksame Vorverteidigung nicht möglich ist. Dieses Gebiet, auf dem die gemeinsamen Verteidigungsvorkehrungen am weitesten integriert sind, ist auch ein Prüfstein für die Solidarität im Bündnis. In einer Zeit, in der es darauf ankommt, im Bündnis enger zusammenzustehen, können wir nicht akzeptieren, daß NATO-Partner uns ihre Unterstützung bei der Wahrnehmung elementarer nationaler Sicherheitsinteressen versagen, die zugleich Teil der gemeinsamen Verteidigungsvorkehrungen sind.“ Vgl. VS-Bd. 14119 (010); B 150, Aktenkopien 1982.

⁶ Botschafter Wieck, Brüssel (NATO), empfahl am 2. Dezember 1982, „in enger Abstimmung zwischen AA und BMVg bilateral auf BE Einfluß zu nehmen, um die belgische Beteiligung am integrierten L[uft]V[erteidigungs]-Gürtel zu erhalten“. Vgl. den Drahtbericht Nr. 2221; VS-Bd. 11968 (201); B 150, Aktenkopien 1982.

⁷ Die Ministersitzung des Ausschusses für Verteidigungsplanung (DPC) der NATO fand am 1./2. Dezember 1982 in Brüssel statt. Vgl. dazu AAPD 1982, II, Dok. 329.

belgischen Haltung erreichen zu können.⁸ Ein Gespräch zwischen Ihnen und AM Tindemans am Rande des NATO-Rats⁹ war zwar aus Zeitgründen nicht zustande gekommen; Sie haben jedoch Botschafter Dobbeleer bei seinem Abschiedsbesuch am 4.1.1983 gebeten, der belgischen Regierung den dringenden Wunsch der Bundesregierung zu übermitteln, die Pläne für den Teilrückzug aus der integrierten NATO-Luftverteidigung zu überdenken.¹⁰

3) Nach der offiziellen Bekanntgabe der belgischen Absichten wurde der SACEUR¹¹ mit einer Lagebeurteilung beauftragt. Sie wird Grundlage für Konsultationen des SACEUR mit Belgien und für Beratungen im Militärausschuß sein. Es ist jedoch nicht zu erwarten, daß auf dieser Ebene eine Änderung der belgischen Haltung erreicht werden kann.

4) Eine erneute Weisung an unsere NATO-Vertretung verspricht bei dieser Sachlage keinen Erfolg. Die Angelegenheit sollte daher auf möglichst hoher Ebene mit der belgischen Regierung weiterverfolgt werden. Das Bundeskanzleramt teilt diese Beurteilung. Bei einer Rücksprache von Dg20¹² mit MDg Zeller präzisierte es den Wunsch des Bundeskanzlers dahin, daß der Bundesaußenminister und BM Wörner an ihre belgischen und niederländischen Amtskollegen¹³ schreiben sollten.

Ferner sollten die übrigen Partner in der integrierten Luftverteidigung um flankierende Unterstützung unserer Demarchen bei den Regierungen Belgiens und der Niederlande gebeten werden.

II. Zur Sache

1) Der zusammenhängende, tiefgestaffelte Flugabwehr-Raketengürtel der Systeme Hawk und Nike bildet das Rückgrat des Raumschutzgürtels der integrierten NATO-Luftverteidigung in Mitteleuropa.

Belgien stellt dafür sechs Batterien Hawk und acht Batterien Nike, die Niederlande acht Batterien Hawk und vier Batterien Nike zur Verfügung. Die Raketen-

⁸ Staatssekretär Rühl, Bundesministerium der Verteidigung, z. Z. Brüssel, informierte am 1. Dezember 1982 über ein Gespräch des Bundesministers Wörner mit dem belgischen Verteidigungsminister in Brüssel. Vreven habe angekündigt, „daß er bei der Ausrüstung der belgischen Streitkräfte dem Heer für die Artillerie, die Hubschrauber und die Funkgeräte den Vorrang geben und die Fl[ug]a[bwehr]rak[eten]-Batterien in Deutschland aufgeben müsse. Im einzelnen führte er aus, es sei geplant: 1) die Nike-Batterien aufzugeben und auf Patriot als ‚nicht bezahlbar‘ zu verzichten; 2) ‚eventuell‘ auch die belgischen Hawk-Batterien nach Belgien abziehen und sie um die belgischen Luftbasen und die für die NATO für Aufnahme des überseeischen Nachschubs wichtigen Häfen zu konzentrieren.“ Wörner habe erwidert, daß diese Maßnahme „eine kritische Lücke in die Boden-Luft-Verteidigung der NATO und damit auch in den Schirm der Vorneverteidigung reißen müßte. BM machte auf die ernsten Konsequenzen für die Allianz und die Sicherheit Westeuropas, aber auch für das Verhältnis der NATO-Partner zueinander aufmerksam.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 2192; VS-Bd. 11968 (201); B 150, Aktenkopien 1982.

⁹ Die NATO-Ministerratstagung fand am 9./10. Dezember 1982 in Brüssel statt. Vgl. dazu AAPD 1982, II, Dok. 344–346.

¹⁰ Vortragender Legationsrat Tidten vermerkte am 5. Januar 1983, daß im Mittelpunkt des Gesprächs des Bundesministers Genscher mit dem belgischen Botschafter de Dobbeleer vom Vortrag die Europa-Politik und Ost-West-Fragen gestanden hätten. In diesem Zusammenhang habe Genscher kurz das Thema der integrierten NATO-Luftverteidigung angesprochen und um „Überprüfung der belgischen Haltung“ gebeten. Vgl. Referat 201, Bd. 125631.

¹¹ Bernard W. Rogers.

¹² Hans Schauer.

¹³ Leo Tindemans (Belgien) und Hans van den Broek (Niederlande) bzw. Alfred Vreven (Belgien) und Jacob de Ruiter (Niederlande).

Systeme beider Länder decken im mittleren Teil der BR Deutschland einen zusammenhängenden Bereich von etwa 120 km (Hawk-Gürtel) bzw. 180 km (Nike-Gürtel) Breite zur Abwehr tief- und mittelhoch- (Hawk) sowie hochfliegender Ziele (Nike) ab. Im Norden des belgisch-niederländischen Bereichs schließen sich deutsche, im Süden amerikanische und deutsche Batterien an.

Die gleichmäßige Besetzung des Raketengürtels von der dänischen bis zur österreichischen Grenze mit Waffensystemen, deren Wirkungsbereiche sich in jeder Richtung überlappen, bringt eine Raumschutzwirkung, die gleichermaßen dem Schutz der in der Vorneverteidigung eingesetzten Landstreitkräfte und der in der Tiefe des Raumes liegenden zivilen und militärischen Potentiale dient. Ein Angreifer trifft an jeder Stelle des Gürtels auf ein zentral geführtes wirkungsvolles Abwehrpotential.

2a) Belgien hat den ersatzlosen Abzug von zwei seiner acht Nike-Batterien für 1983 fest angekündigt. Das Gespräch von BM Wörner mit dem belgischen VM am Rande der DPC-Ministertagung und die Erklärung des belgischen Generalstabschefs¹⁴ auf der 81. Sitzung des Militärausschusses auf Ebene der Generalstabschefs haben noch weitergehende belgische Rückzugsabsichten deutlich gemacht. Belgien beabsichtigt, ab 1983 auch seine restlichen sechs Nike-Batterien aus dem Luftverteidigungssystem zurückzuziehen und die Planungen für das Nachfolgesystem Patriot aufzugeben. Ferner muß damit gerechnet werden, daß Belgien auch seine im vorderen Hawk-Gürtel dislozierten Batterien ganz oder teilweise abziehen und zum Schutz der Aufnahmeplätze und -häfen für US-Luft- und -Landverstärkungen in Belgien einsetzen wird. Die USA haben einen derartigen Schutz durch Dislozierung zusätzlicher Batterien gefordert.

Belgien begründet seine Rückzugspläne mit drängenden Finanzproblemen.

b) Die Niederlande haben angekündigt, ihre vier Nike-Batterien von 1983 bis 1986 in vier Jahresschritten zu deaktivieren. Ab 1986 wird dafür die Einführung des Nachfolgesystems Patriot in Aussicht gestellt. Dies wurde jedoch bisher auf politischer Ebene nicht bestätigt. Die Niederlande erwägen ferner, 50% ihres Hawk-Potentials (vier Batterien) aus dem vorderen Raketengürtel herauszulösen und – wie von Belgien in Betracht gezogen – zum Objektschutz in die Niederlande zurückzuverlegen.

3) Die integrierte Luftverteidigung leistet aus strategischer Sicht einen wesentlichen Beitrag zur Vorneverteidigung, da sie einem Angreifer überraschende Anfangserfolge verwehrt und einen unverzichtbaren Schutz für die eigenen Land- und Luftstreitkräfte sowie für unsere zivilen Ressourcen darstellt. Dieses Raumschutzkonzept ist nur in einem lückenlosen Raketengürtel funktionsfähig. Ein Rückzug Belgiens und evtl. auch der Niederlande aus der integrierten Luftverteidigung würde einem Angreifer neue Einsatzoptionen bei vermindertem Risiko eröffnen. Dies würde die Aussichten für eine wirksame Vorneverteidigung erheblich verringern. Abgesehen von den militärischen Auswirkungen wäre auch unsere Zivilbevölkerung unmittelbar betroffen. Auch würden die Planungen des Bündnisses unterlaufen, das konventionelle und nukleare Nike-System durch das konventionelle Nachfolgesystem Patriot zu ersetzen. All dies

¹⁴ Maurice Gysemberg.

könnte nicht ohne Auswirkungen auf die Bündnissolidarität und die Entschlossenheit aller Verbündeten zur Verteidigung bleiben.

III. 1) Mit den anliegenden Schreiben sollen der belgischen und niederländischen Regierung nochmals eindringlich die schwerwiegenden Folgen eines Rückzugs aus der integrierten Luftverteidigung vor Augen gehalten werden.¹⁵

2) Im Einvernehmen mit dem BMVg ist beabsichtigt, die an der integrierten Luftverteidigung beteiligten Partner USA und GB über unsere Demarchen zu unterrichten und sie zu bitten, diese bei den Regierungen Belgiens und der Niederlande flankierend zu unterstützen.¹⁶

Die Vorlage ist mit dem BMVg abgestimmt.

Pfeffer

VS-Bd. 12022 (201)

¹⁵ Bundesminister Genscher schrieb am 18. Januar 1983 dem belgischen Außenminister Tindemans: „Ich verkenne nicht die Finanzprobleme, welche die belgische Regierung veranlaßt haben, derart einschneidende Maßnahmen zu erwägen. [...] Die integrierte Luftverteidigung ist jedoch wesentliche Voraussetzung für eine wirksame Luftverteidigung Westeuropas und damit eine strategische Aufgabe des Bündnisses. [...] Ein Herauslösen einzelner Elemente aus dem Verbund der Luftverteidigung würde eine Lücke im Raketen-Gürtel schaffen, die von keinem anderen Partner geschlossen werden könnte. Dies würde zur Aufgabe des Raumschutzkonzeptes zwingen.“ Genscher bat daher dringend um eine Überprüfung der belgischen Kürzungsabsichten „mit dem Ziel, den unverzichtbaren Beitrag belgischer Raketenkräfte aufrechtzuerhalten.“ Vgl. VS-Bd. 12022 (201); B 150, Aktenkopien 1983.

Mit Schreiben vom selben Tag bat Genscher den niederländischen Außenminister van den Broek um Unterstützung seines Anliegens bei der belgischen Regierung und fuhr fort: „Im übrigen würde es seinen Eindruck auf die belgische Regierung sicherlich nicht verfehlen, wenn die niederländische Regierung die für 1986 beabsichtigte Einführung des Luftabwehrsystems Patriot fest zusagen und zugleich klarstellen könnte, daß die Niederlande nichts unternehmen werden, was den Luftverteidigungsverbund ihrerseits schwächen würde.“ Vgl. VS-Bd. 12022 (201); B 150, Aktenkopien 1983.

¹⁶ Am 21. Januar 1983 wies Ministerialdirektor Pfeffer die Botschaften in London und Washington an, die dortigen Außenministerien über die Demarchen bei der belgischen und der niederländischen Regierung in Kenntnis zu setzen und „um flankierende Unterstützung [...] zu bitten“. Vgl. den Drahterlaß Nr. 370; VS-Bd. 12022 (201); B 150, Aktenkopien 1983.

8

Aufzeichnung des Botschafters Ruth**220-371.76 INF-29/83 geheim****11. Januar 1983**

Über Herrn Staatssekretär¹ dem Herrn Bundesminister² mit dem Vorschlag der Unterrichtung des Bundeskanzlers und des Bundesministers der Verteidigung³ vorgelegt.

Betr.: INF;

hier: Weiterentwicklung der Null-Lösung⁴

Bezug: Aufzeichnung der Abteilung 2 A vom 27.12.82

– 220-371 INF-2320/82 geh.⁵

I. In zweitägigen besonders intensiven Konsultationen habe ich am 6. und 7. Januar in Washington unsere Überlegungen zur Weiterentwicklung der Null-Lösung vorgetragen. Grundlage war die mit dem BMVg abgestimmte Aufzeichnung vom 27.12.82. Der Zeitpunkt für die Konsultationen war besonders günstig, weil er mit den Vorbereitungen der Vereinigten Staaten auf die nächste INF-Runde⁶ zusammenfiel. Als Ergebnis halte ich fest, daß meine Gesprächspartner wie wir die Notwendigkeit eines intensiven Gedankenaustauschs anerkennen, zu weiteren Gesprächen bereit sind, unsere Vorstellungen für interessant halten, sich jedoch in der Sache noch nicht festlegen können. Ich habe vorgeschlagen, daß wir die bilateralen Gespräche anläßlich meiner Anwesenheit in Washington zur Unterrichtung über den Gromyko-Besuch⁷ fortsetzen. Ich beabsichtige, vor diesem Termin in London und Rom unsere Überlegungen darzustellen, um grundsätzliche Unterstützung zu erhalten.⁸

II. 1) Ich habe mit folgenden Vertretern der amerikanischen Regierung Gespräche geführt:

- Botschafter Nitze,
- Botschafter Rowny,
- im State Department:
 - Unterstaatssekretär Eagleburger,

¹ Hat Staatssekretär Lautenschlager am 13. Januar 1983 vorgelegen.

² Hat Bundesminister Genscher am 14. Januar 1983 vorgelegen.

³ Manfred Wörner.

⁴ Zum amerikanischen Vorschlag einer Null-Lösung bei den INF-Verhandlungen vgl. Dok. 2, Anm. 11.

⁵ Für die Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Citron vgl. AAPD 1982, II, Dok. 361.

⁶ Die vierte Runde der INF-Verhandlungen fand vom 27. Januar bis 29. März 1983 in Genf statt.

⁷ Zum Besuch des sowjetischen Außenministers Gromyko vom 16. bis 19. Januar 1983 vgl. Dok. 10 und Dok. 15.

Zu den Gesprächen des Botschafters Ruth am 20./21. Januar 1983 in Washington vgl. Dok. 14.

⁸ Am 17. Januar 1983 vermerkte Botschafter Ruth: „Nach Billigung durch den Herrn Bundesminister habe ich die für INF-Rüstungskontrolle zuständigen hohen Beamten der Außenministerien in London und Rom über den Stand unserer Überlegungen unterrichtet und ihre Zustimmung für eine enge Abstimmung über das weitere Procedere erhalten. Ich habe ferner BM Dr. Wörner und MD Teitschik über die Ergebnisse der bisherigen Sondierungen unterrichtet.“ Vgl. VS-Bd. 11351 (220); B 150, Aktenkopien 1983.

- Richard Burt, Direktor für Politische Angelegenheiten,
- Admiral Jonathan Howe, Direktor des Büros für Politisch-Militärische Angelegenheiten,
- ACDA: Direktor Eugene Rostow,
- Verteidigungsministerium: Assistant Secretary Richard Perle,
- Weißes Haus: General Boverie.

2) Unsere Überlegungen sehen vor, unter grundsätzlicher Beibehaltung des Ideals der beiderseitigen Verzicht auf landgestützte weitreichende Mittelstreckenflugkörper die westliche Verhandlungsposition weiterzuentwickeln. Eine weiterentwickelte Position soll folgende Elemente enthalten:

- globale sowjetisch-amerikanische Obergrenze,
- Einfrieren des sowjetischen Bestandes der SS-20 im Fernen Osten (insgesamt 100 Raketen),
- gleiche Obergrenzen für die in Europa stehenden und auf Europa wirkenden landgestützten INF-Flugkörper als Teil des beiderseitigen Gesamtbestandes,
- besondere Begrenzungen für INF-Flugzeuge,
- Zählkriterium soll Sprengköpfe auf Abschlußvorrichtungen (war heads on launchers) sein.

3) Eine mögliche Instruktion an Botschafter Nitze könnte die Weisung enthalten, in diesem Rahmen alle Möglichkeiten einer Reduzierung des sowjetischen SS-20-Bestandes und Festlegung entsprechender Obergrenzen für die westlichen INF-Planungen auszuloten. Sie könnten theoretisch zwischen null auf beiden Seiten (jedoch bezogen auf Europa) und je 572 auf beiden Seiten liegen.

4) Unsere Vorschläge wurden von allen Gesprächspartnern mit großem Interesse aufgenommen. Besonders intensiv erkundigten sich die Vertreter des State Department und des Weißen Hauses nach Einzelheiten. Mit Botschafter Nitze habe ich vereinbart, am 20.1. in Washington ein weiteres Gespräch zu führen und dabei, wenn möglich, schon Meinungen europäischer Bündnispartner einzubringen. Dazu werde ich in Abstimmung mit dem Bundesminister am 11. und 12.1. nach London und Rom reisen.

Relativ skeptisch, aber weniger skeptisch als erwartet, äußerte sich der Vertreter des Verteidigungsministeriums. Er behielt sich eine Äußerung zur Substanz vor, hielt jedoch ebenfalls eine Fortsetzung des Gesprächs für wünschenswert. Seine Bedenken richten sich gegen die politischen Wirkungen einer Abkehr von der Null-Lösung.

5) Aus den Gesprächen halte ich folgende Einzelaspekte fest:

- a) Die amerikanische Regierung ist ebenfalls mit Prüfung des Komplexes Weiterentwicklung der Null-Lösung beschäftigt. Die Überprüfung ist jedoch noch nicht abgeschlossen.
- b) Von besonderer Bedeutung ist für jede weitere Position des Westens, daß die Null-Lösung als ideales Ergebnis und als westliches Angebot erhalten bleibt.
- c) Auch weitere Vorschläge für Verhandlungsergebnisse müssen den im Doppelbeschluß festgelegten Hauptkriterien entsprechen, d.h.:
 - globale Obergrenzen in Verbindung mit regionalen Obergrenzen;

- die Begrenzungen müssen ausgewogen sein, d. h., das Ziel sind de jure gleiche Obergrenzen;
- britische und französische Systeme können nicht angerechnet werden;
- bei der Behandlung der Reduzierungsmodalitäten und der Begrenzung der sowjetischen Systeme im Fernen Osten müssen die Sicherheitsinteressen der dortigen Staaten, insbesondere der Japaner, bedacht werden.

6) Von besonderer Bedeutung wird die Frage der zeitlichen Festlegung für die Entwicklung, Einführung und Bekanntgabe eines westlichen Schrittes sein. Die Vereinigten Staaten sind sich des Gewichts eines solchen Schrittes für die innenpolitische Diskussion bei uns bewußt. Es dürfte möglich sein, einen entsprechenden Schritt schon für die Zeit während der nächsten Verhandlungsrunde, die am 27. Januar beginnt, vorzubereiten.⁹

III. 1) Einige amerikanische Gesprächspartner waren mit dem Hinweis zurückhaltend, daß der amerikanische Präsident erst kürzlich sich noch auf die Null-Lösung festgelegt habe und noch nicht mit weitergehenden Überlegungen befaßt worden sei. Es ist möglich, daß nach der Rede des Präsidenten am 8.1. diese Bedenken nicht mehr gelten. In dieser Rede hat der Präsident festgestellt: „Amerika wird energisch und ernsthaft verhandeln, um frühe Übereinstimmungen über verminderte und gleichgewichtige Rüstungsstärke zu erzielen.“¹⁰ Dies kann als Hinweis auf die Bereitschaft interpretiert werden, eine Modifizierung der Null-Lösung als Ergebnis anzusprechen. Jedenfalls kann davon ausgegangen werden, daß nach der Rede des Präsidenten die Chancen für die baldige Entwicklung einer gemeinsamen Position für die Weiterentwicklung bei INF gewachsen sind.¹¹

⁹ Bundeskanzler Kohl richtete am 17. Januar 1983 ein Schreiben an Präsident Reagan, in dem er den Besuch des Botschafters Ruth am 20./21. Januar 1983 ankündigte, um über die INF-Verhandlungen in Genf zu sprechen: „Ich würde es sehr begrüßen, wenn es in Vorbereitung der Reise von Vizepräsident Bush und im Interesse einer engen Abstimmung im Bündnis dabei gelänge, in kurzer Frist Elemente für einen westlichen Schritt zu erarbeiten. Je klarer wir an beiden Teilen des Doppelbeschlusses festhalten, umso sorgfältiger und aufgeschlossener können wir intern die Verhandlungslage prüfen, damit keine Möglichkeit eines Verhandlungserfolgs ungenutzt bleibt.“ Vgl. VS-Bd. 14120 (010); B 150, Aktenkopien 1983.

Am 20. Januar 1983 vermerkte Legationsrat I. Klasse Ischinger, daß Bundesminister Genscher über ein Vier-Augen-Gespräch mit Kohl am selben Tag mitgeteilt habe: „Er habe mit dem Bundeskanzler die Frage erörtert, ob wir gegenüber den USA im Sinn der Ruthschen Vorschläge jetzt, also im Januar/Februar, initiativ werden sollten, um damit dem Eindruck zu begegnen, der Westen beziehe in der INF-Frage eine ‚Alles-oder-Nichts-Position‘. Der Bundeskanzler sei wie er, BM, der Auffassung, daß eine solche Initiative unternommen werden sollte. Er, BM, werde das Thema daher bei seinem bevorstehenden Besuch in Washington ansprechen und darauf hinwirken, daß Vizepräsident Bush nicht mit leeren Händen nach Europa kommen wird.“ Vgl. VS-Bd. 14120 (010); B 150, Aktenkopien 1983.

¹⁰ Für den Wortlaut der Rede des Präsidenten Reagan vgl. PUBLIC PAPERS, REAGAN 1983, S. 24.

¹¹ Botschafter Ruth vermerkte am 18. Januar 1983, der designierte Abteilungsleiter im amerikanischen Außenministerium, Burt, habe ihn telefonisch darüber in Kenntnis gesetzt, „daß man zwar bereit sei, am 20./21. Januar 1983 bei meinem Besuch unsere Überlegungen anzuhören, doch noch nicht in der Lage sei, sie zu erörtern. Das Thema werde derzeit in Washington als sehr sensitiv angesehen, da in Washington eine gründliche Überprüfung im kleinsten Kreis stattfinde. Burt, der sich auf AM Shultz berief, sprach die Bitte aus, daß wir unsere Vorstellungen noch nicht im Detail mit anderen erörtern. Er gab zu verstehen, daß insbesondere öffentliche Hinweise auf solche Gespräche von europäischen Bündnispartnern nicht dazu beitragen würden, gute Ergebnisse zu erreichen.“ Er, Ruth, schließe aus dem Gespräch, „daß das State Department besorgt ist über die u. a. durch den Rücktritt Rostows ausgelöste öffentliche Diskussion über die Verhandlungsposition der

2) Auf der nächsten Gesprächsrunde in Washington wird auch darüber zu sprechen sein, wann und wie neue Überlegungen im Bündnis erörtert werden sollten. Bezugspunkte sind dafür die Reise des amerikanischen Vizepräsidenten ab 30. Januar¹² und die nächste SCG-Sitzung am 13. und 14. Februar¹³.

Ruth

VS-Bd. 11351 (220)

9

Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem norwegischen Außenminister Stray

204-321.11 NWG-37/83 VS-vertraulich

13. Januar 1983¹

Gespräch des Herrn Bundesministers mit dem norwegischen Außenminister Stray am 13. Januar 1983 in Bonn (Frühstück, 8.00 bis 10.00 Uhr)²

Teilnehmer am Gespräch:

Norwegische Seite: Botschafter Gjellum, Politischer Direktor Ravne, EG/EPZ-Referent Jervell.

Deutsche Seite: D 2³, D 4⁴, RL 204⁵, LR I Ischinger.

Fortsetzung Fußnote von Seite 37

Allianz. Die amerikanische Seite möchte offenbar angesichts der amerikanischen innenpolitischen Diskussion den Eindruck vermeiden, als lasse man sich durch europäische Bündnispartner unter Druck setzen. Wir sollten daher m. E. weiterhin sehr behutsam vorgehen und vor allem die Gespräche mit europäischen Partnern sehr vertraulich behandeln.“ Vgl. VS-Bd. 11351 (220); B 150, Aktenkopien 1983.

¹² Zum Besuch des amerikanischen Vizepräsidenten Bush vom 30. Januar bis 1. Februar 1983 vgl. Dok. 27 und Dok. 28.

¹³ Zur Sitzung der Special Consultative Group (SCG) der NATO in Brüssel vgl. Dok. 47 und Dok. 48.

¹ Ablichtung.

Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Schenk am 13. Januar 1983 gefertigt und am folgenden Tag über die Ministerialdirektoren Pfeffer und Fischer an das Ministerbüro mit der Bitte um Genehmigung durch Bundesminister Genscher geleitet.

Hat Pfeffer am 14. Januar und Fischer am 17. Januar 1983 vorgelegen.

Hat Legationsrat I. Klasse Ischinger am 18. Januar 1983 vorgelegen, der den Rücklauf über das Büro Staatssekretäre an Schenk verfügte und handschriftlich vermerkte: „1) (Verteilung unter Vorbehalt Genehmigung d[urch] BM.) 2) Rege an VS-v.“

Hat den Vortragenden Legationsräten I. Klasse von Ploetz und Graf York von Wartenburg am 18. bzw. 19. Januar 1983 vorgelegen. Vgl. den Begleitvermerk; VS-Bd. 12934 (204); B 150, Aktenkopien 1983.

² Der norwegische Außenminister Stray hielt sich am 12./13. Januar 1983 in der Bundesrepublik auf. Er führte am 12. Januar 1983 ein Gespräch mit Bundespräsident Carstens. Im Anschluß an das Gespräch mit Bundesminister Genscher traf Stray mit dem SPD-Abgeordneten Bahr und dem Vorsitzenden der CDU/CSU-Fraktion, Dregger, zusammen.

³ Franz Pfeffer.

⁴ Per Fischer.

⁵ Reinhold Schenk.

In dem Gespräch wurden folgende Themen erörtert:

1) Norwegen und EPZ

AM Stray dankte BM, daß dieser trotz schwieriger Terminlage den Besuch ermöglicht habe.⁶ Für Norwegen seien enge Kontakte zur Präsidentschaft⁷ sehr bedeutungsvoll. Norwegen hoffe, daß die unter der belgischen und dänischen Präsidentschaft⁸ eingespielten und bewährten Kontakte zur EPZ unter der deutschen Präsidentschaft fortgesetzt werden können. Er, Stray, sei dankbar, daß die Modalitäten der vorgesehenen Informationskontakte zwischen den Politischen Direktoren (D2 und Ravne) geklärt worden seien.⁹ Er, Stray, hoffe, daß es auch für die EG von Bedeutung sei, die engen Verbindungen mit Norwegen aufrechtzuerhalten.

AM Stray kam gegen Ende des Gesprächs nochmals auf die EPZ zurück und stellte die Frage nach den Kontakten EPZ/USA.

D2 erläuterte hierzu, daß ein „Troika“-Treffen (Dänemark, Belgien und Bundesrepublik Deutschland) unter Vorsitz von MDg Dyvig im vergangenen Herbst mit dem Leiter der Europaabteilung im State Department, Burt, am Rande der VN-GV in New York stattgefunden habe.¹⁰ Burt habe sich sehr befriedigt über dieses neue Instrument gegenseitiger Unterrichtung geäußert und gebeten, auch in Zukunft daran festzuhalten. Dies sei die Absicht der Zehn. Ein neues Treffen sei noch nicht terminiert. Möglicherweise werde es im Zusammenhang mit einer der nächsten Europareisen Burts stattfinden.

Stray begrüßte enge Kontakte zwischen EPZ und USA, äußerte aber die Befürchtung, daß hierbei auch außen- und sicherheitspolitische Fragen im voraus abgesprochen werden könnten, so daß Norwegen dieses später nur noch zur Kenntnis nehmen könne. Durch enge Kontakte mit der EPZ sei Norwegen be-

⁶ Ministerialdirektor Pfeffer vermerkte am 1. Dezember 1982, daß der norwegische Außenminister Stray am 29. November 1982 anlässlich der deutsch-norwegischen Direktorenkonsultationen den Wunsch nach einem „Kurzbesuch“ in die Bundesrepublik geäußert habe: „Die norwegische Regierung bemüht sich mit großem Nachdruck um engere Beziehungen zur EPZ. Sie möchte vor allem die Kontakte zur jeweiligen Präsidentschaft ausbauen. Zu diesen Bemühungen gehört, daß der norwegische Außenminister – wie schon unter der dänischen und belgischen Präsidentschaft – jeweils zu Beginn der Präsidentschaft diese besucht.“ Vgl. Referat 204, Bd. 135246.

⁷ Die Bundesrepublik hatte vom 1. Januar bis 30. Juni 1983 die EG-Ratspräsidentschaft inne.

⁸ Belgien hatte im ersten Halbjahr 1982, Dänemark im zweiten Halbjahr 1982 die EG-Ratspräsidentschaft inne.

⁹ Bei den deutsch-norwegischen Direktorenkonsultationen am 29. November 1982 in Oslo sicherte Ministerialdirektor Pfeffer dem norwegischen Außenminister Stray zu, „daß die deutsche Präsidentschaft auf der Grundlage des Londoner Berichts die EPZ-Kontakte zu Norwegen in großzügiger Weise fortsetzen werde. Man solle jedoch nicht von Formalisierung sprechen. Informationskontakte sollten informell, pragmatisch und flexibel gehandhabt werden. D2 schlug vor, daß die Hauptunterrichtung in Bonn erfolgt (u. a. Vorausinformation über PK-Tagesordnung, direkte Kontakte mit Arbeitsgruppenleitern, Unterrichtung über PK-Ergebnisse). Botschaft Oslo werde ausführlich über EPZ-Fragen unterrichtet werden.“ Vgl. die Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Schenk vom 30. November 1982; Referat 420, Bd. 129949.

¹⁰ Die im Rahmen der EPZ gebildete Troika bestand aus Vertretern der Außenministerien der amtierenden Ratspräsidentschaft sowie aus denen ihrer Vorgängerin und Nachfolgerin. Am 30. September 1982 fand in New York ein Gespräch zwischen Ministerialdirektor Pfeffer, den Abteilungsleitern im belgischen bzw. dänischen Außenministerium, Cahen und Dyvig, sowie dem designierten Abteilungsleiter im amerikanischen Außenministerium, Burt, statt. Vgl. dazu den Runderlaß Nr. 5472 des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Stabreit vom 7. Oktober 1982; VS-Bd. 11420 (221); B 150, Aktenkopien 1982.

müht, eine solche Entwicklung zu vermeiden. Es sei wichtig, daß Norwegen seine Auffassungen den Zehn zur Kenntnis bringen könne, bevor Beschlüsse gefaßt würden.

BM betonte, daß wir immer für einen engen Meinungsaustausch mit Norwegen offen seien. Dieser werde in der Regel auf Beamtenebene erfolgen. Er, *BM*, sei aber auch immer zu einem persönlichen Gespräch mit *AM Stray* bereit, wenn dieser glaube, daß dies vonnöten sei. *AM Stray* bedauerte, daß Norwegen seinerzeit nicht der EG beigetreten sei.¹¹ Dies ließe sich aber auf absehbare Zeit nicht mehr ändern. Es komme jetzt darauf an, das Beste aus dieser Lage zu machen. Er, *Stray*, habe 1970 die ersten norwegischen Beitrittsverhandlungen geführt. Er habe immer die Auffassung vertreten, daß eine enge Zusammenarbeit zwischen der EG und Norwegen für beide wichtig sei.

BM: Er habe vor kurzem noch seinem dänischen Kollegen gegenüber erklärt, die Fische begännen Europas Schicksal zu werden.¹² Es sei ein Hauptfehler gewesen, daß die EG seinerzeit nicht erkannt habe, welche Bedeutung die Fischerei für Norwegen habe.

Stray stimmte dem zu. Es sei vor allem ein schwerwiegender psychologischer Fehler gewesen, daß am Tage vor den norwegischen Beitrittsverhandlungen die EG eine gemeinsame Fischereipolitik beschlossen habe.¹³

D4 ergänzte mit dem Hinweis, daß einer der Bestandteile der gemeinsamen Fischereipolitik die Frage des Zugangs zu den Küstengewässern sei. Jetzt sehe man, daß man nicht umhin könne, die Fischerei in manchen Küstengewässern gewissen Bedingungen zu unterwerfen. Es sei daher um so bedauerlicher, daß der norwegische EG-Beitritt seinerzeit auch wegen dieser Frage gescheitert sei. Die Bundesregierung habe das Problem damals gesehen.

BM: Hinzu komme, daß die Probleme bei den norwegischen Beitrittsverhandlungen nicht vergleichbar gewesen seien mit denen, die sich im Zusammenhang mit der Süderweiterung, insbesondere einem spanischen EG-Beitritt¹⁴ stellen.

¹¹ Norwegen unterzeichnete am 22. Januar 1972 den Vertrag über einen Beitritt zu den Europäischen Gemeinschaften mit Wirkung vom 1. Januar 1973. Am 25./26. September 1972 sprachen sich bei einer Volksabstimmung in Norwegen 54 % der Abstimmenden gegen und 46 % für einen Beitritt zu den Europäischen Gemeinschaften aus. Vgl. dazu AAPD 1972, II, Dok. 295.

¹² Am 21. Dezember 1982 fand in Brüssel eine EG-Ratstagung auf der Ebene der für Fischerei zuständigen Minister statt, um vor dem Auslaufen der in der Beitrittsakte vom 22. Januar 1972 vereinbarten Übergangsbestimmungen am 31. Dezember 1982 neue Regelungen für eine gemeinsame Fischereipolitik zu treffen. Ministerialdirigent Kittel, Brüssel (EG), berichtete am folgenden Tag: „Auch im letzten Anlauf unter dän[ischem] Vorsitz gelang es Rat wiederum nicht, Fischereipaket zu verabschieden und damit Gemeinsame Fischereipolitik auf eine solide und dauerhafte Basis zu stellen.“ Trotz der Bereitschaft der übrigen EG-Mitgliedstaaten zu weiteren Nachbesserungen habe die dänische Regierung wegen einer ablehnenden Stellungnahme des parallel tagenden Marktausschusses des dänischen Parlaments nicht zugestimmt. Vgl. den Drahtbericht Nr. 4708; Referat 411, Bd. 131254. Bundesminister Genscher führte am 6. Januar 1983 ein Gespräch mit dem dänischen Außenminister Ellemann-Jensen, in dessen Mittelpunkt Fragen der Fischerei standen. Vgl. dazu die Aufzeichnung des Ministerialdirektors Fischer vom 7. Januar 1983; Referat 411, Bd. 131255.

¹³ Die Beitrittsverhandlungen zwischen den Europäischen Gemeinschaften und Norwegen begannen am 30. Juni 1970.

Auf seiner Tagung am 29./30. Juni 1970 verabschiedete der EG-Ministerrat „Leitlinien für die Ausarbeitung der Verordnungen über eine gemeinsame Marktorganisation und die Schaffung einer Strukturpolitik im Fischereisektor“. Die Fischerei-Regelung sollte bis zum 1. November 1970 fertiggestellt werden. Vgl. BULLETIN DER EG 8/1970, S. 98. Vgl. dazu ferner AAPD 1970, II, Dok. 289.

¹⁴ Spanien beantragte am 28. Juli 1977 den Beitritt zu den Europäischen Gemeinschaften. Die Bei-

2) Aktuelle EG-Fragen, insbesondere Fischereipolitik

BM erläuterte auf eine entsprechende Frage von AM Stray aktuelle EG-Fragen: Bei den inneren Fragen der EG gebe es schwierige Probleme: Haushalt¹⁵, Fischerei, sehr schwierige Beitrittsverhandlungen mit Portugal¹⁶ und insbesondere mit Spanien.

Am erfreulichsten habe sich die EPZ entwickelt, dies gelte insbesondere für die Abstimmung für das Madrider KSZE-Folgetreffen. Gewisse Probleme gebe es in der Frage der Beziehungen zu Lateinamerika. Diese hingen mit der innenpolitischen Lage in den einzelnen MS zusammen. Weitgehende Übereinstimmung bestehe in der Afrika- und Nahostpolitik. Im Nahosten komme es darauf an, die Reagan-Initiative¹⁷ und den in Fes begonnenen Weg¹⁸ einander anzunä-

Fortsetzung Fußnote von Seite 40

trittsverhandlungen wurden am 18. September 1979 aufgenommen. Referat 410 stellte am 31. Januar 1983 fest, daß sich die Verhandlungen wegen offener Fragen im Agrarbereich „auch in anderen Bereichen etwas festgefahren“ hätten: „Die Hoffnung, bis Ende 1982 ebenso wie bei Portugal die gewerblichen Kapitel im wesentlichen abzuschließen, wurde nicht erfüllt. In den Bereichen Zollunion, EGKS und Außenbeziehungen gibt es noch eine ganze Reihe von offenen Problemfragen, wobei der mangelnde Fortschritt vor allem an F, teilweise auch an langsamen spanischen Reaktionen liegt. Für das 24. Stellvertretertreffen EG-Spanien am 28.1. gelangen allerdings substantielle EG-Erklärungen zu Textil und Außenbeziehungen.“ Entscheidend würden aber die Verhandlungen im Agrarkapitel werden. Vgl. Referat 410, Bd. 130428.

15 Zur Frage der Finanzierung des EG-Haushalts vgl. Dok. 11, Anm. 26.

16 Portugal stellte am 28. März 1977 einen Antrag auf Beitritt zu den Europäischen Gemeinschaften. Die Verhandlungen wurden am 17. Oktober 1978 aufgenommen. Vgl. dazu BULLETIN DER EG 3/1977, S. 8–10, bzw. AAPD 1978, II, Dok. 318.

In den Verhandlungen ungeklärt waren noch die Kapitel Landwirtschaft und Soziales. Auf der Ministertagung mit Portugal am 25. Januar 1983 legten die Europäischen Gemeinschaften eine Erklärung zum Verhandlungskapitel Landwirtschaft vor, in der zu folgenden Fragen Stellung genommen wurde: „Fragen bezüglich der allgemeinen Übergangsmechanismen, eine Untersuchung der Sektoren, zu denen die gemeinsame Prüfung des abgeleiteten Gemeinschaftsrechts bereits abgeschlossen ist; verschiedene Fragen der Agrarstatistik und der Angleichung der Rechtsvorschriften“. Weitere Erklärungen betrafen die Kapitel Soziale Angelegenheiten, Niederlassungsrecht sowie die Kapitel Zollunion und EGKS. Vgl. BULLETIN DER EG 1/1983, S. 42.

17 Am 1. September 1982 verkündete Präsident Reagan in einer Rundfunk- und Fernsehansprache einen Friedensplan für den Nahen Osten. Für den Wortlaut vgl. PUBLIC PAPERS, REAGAN 1982, S. 1093–1097. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1982, D 557–562.

Referat 310 faßte am 10. September 1982 die zentralen Punkte zusammen: „Camp David bleibt Grundlage der amerikanischen Nahostpolitik, wird aber maximal ausgeschöpft; Selbstverwaltung für die Bewohner der besetzten Gebiete in der fünfjährigen Interimsperiode (lt. Camp-David-Vereinbarung); Präferenz für Verbund mit Jordanien als endgültigem Status; keine Erwähnung der PLO, kein unabhängiger Palästinenserstaat, aber auch keine Souveränität und dauernde Kontrolle der besetzten Gebiete durch Israel; Unteilbarkeit Jerusalems bei gleichzeitiger Offenheit über künftigen Status, der ausgehandelt werden soll; sofortiger Siedlungsstopp Israels; israelischer Rückzug auf allen Fronten gegen echten Frieden; Ausweitung des Friedensprozesses durch Einbeziehung insbesondere Jordaniens und der Palästinenser; Annäherung an europäische Vorstellungen.“ Vgl. Referat 310, Bd. 135709.

18 Auf der Konferenz der Könige und Präsidenten der Mitgliedstaaten der Arabischen Liga vom 6. bis 9. September 1982 in Fes einigten sich die Teilnehmer auf folgende Prinzipien für einen Frieden im Nahen Osten („Fes-Plan“): „1) Rückzug Israels aus allen arabischen Gebieten, die es 1967 okkupiert hat, einschließlich des arabischen Jerusalems; 2) Auflösung aller Siedlungen, die Israel nach 1967 in den arabischen Gebieten errichtet hat; 3) Gewährleistung der Freiheit des Gebets und der Religionsausübung an den Heiligen Stätten aller Religionen; 4) Bestätigung des Rechts des palästinensischen Volkes auf Selbstbestimmung und auf die Ausübung seiner festen und unveräußerlichen Rechte unter der Führung der PLO, seines einzigen legitimen Vertreters [...]; 5) Unterstellung des Westjordanlandes und des Gaza-Streifens unter UN-Aufsicht für eine Übergangsperiode, die wenige Monate nicht überschreitet; 6) Errichtung eines unabhängigen palästinensischen Staates mit Jerusalem als seiner Hauptstadt; 7) Ausfertigung von Friedensgarantien durch den Sicherheitsrat

hern. Die Zehn planten keine neue Nahost-Initiative, sie hielten es derzeit für wichtiger, die bestehenden Initiativen zu unterstützen.

Sorgen machten die derzeitigen Beitrittsverhandlungen mit Spanien: Spanien sei NATO-Mitglied. Die Sozialisten seien, wenn auch in unterschiedlichem Maße, dagegen. MP González habe vor der Wahl¹⁹ zu erkennen gegeben, daß er für den NATO-Beitritt sei. Wenn jetzt aber in Spanien der Eindruck entstehe, daß Europa von Spanien zwar die Söhne, aber nicht seine Mittelmeerprodukte haben wolle, so könne dort eine gefährliche Grundstimmung entstehen. Der spanische EG-Beitritt stehe auch im Zusammenhang mit der Stärke der spanischen demokratischen Parteien und ihrem Gewicht im Land. Alle demokratischen Parteien hätten auf die spanische EG-Mitgliedschaft gesetzt. Schwierig sei insbesondere die Lage für die Sozialisten: Sie hätten sich gegen die NATO ausgesprochen, seien aber jetzt NATO-Mitglied. Andererseits sei der von den Sozialisten befürwortete EG-Beitritt noch nicht verwirklicht.

D4 erläuterte anschließend einige Aspekte der mit einem spanischen EG-Beitritt zusammenhängenden Agrarprobleme.

BM erläuterte zur Fischereifrage den derzeitigen Verhandlungsstand: Hoffnung, auf einem abschließenden Treffen am 18.1.83 zwischen Präsidentschaft, EG-Kommission und dänischem Außenminister²⁰ die Grundlage für eine Einigung im Fischereirat am 25.1.²¹ legen zu können, so daß dann auch das Quotenabkommen 1983 mit Norwegen ratifiziert werden könne.²²

Fortsetzung Fußnote von Seite 41

für alle Staaten der Region, einschließlich des unabhängigen palästinensischen Staates; 8) Garantien des Sicherheitsrats für die Durchführung dieser Prinzipien.“ Vgl. EUROPA-ARCHIV 1982, D 567.

19 In Spanien fanden am 28. Oktober 1982 Parlamentswahlen statt, aus denen die Spanische Sozialistische Arbeiterpartei (PSOE) als Siegerin mit absoluter Mehrheit hervorging.

20 Am 18. Januar 1983 führten Bundesminister Genscher und der Präsident der EG-Kommission, Thorn, in Brüssel ein weiteres Gespräch mit dem dänischen Außenminister Ellemann-Jensen. Ministerialdirektor Fischer notierte dazu am 24. Januar 1983, Thorn habe klargestellt, daß das „Paket“ vom 21. Dezember 1982 nicht wieder aufgeschnürt werden könnte. Die Beteiligten hätten aber eine Einigung über Klarstellungen erzielt, die Dänemark eine Zustimmung zu den Maßnahmen ermöglicht habe. Vgl. dazu Referat 411, Bd. 131255.

21 Der EG-Rat auf der Ebene der für Fischerei zuständigen Minister einigte sich am 25. Januar 1983 in Brüssel auf eine neue Verordnung über die Gemeinsame Fischereipolitik. Ministerialdirigent Kittel, Brüssel (EG), informierte am selben Tag: „Einigung umfaßt mit Zugangsregelung, T[otal]A[llowable]C[atch]s und Quoten, gemeinsamer Marktordnung, Strukturpolitik, technischen Erhaltungsmaßnahmen, Kontrollregelung und Drittlandsvereinbarungen mit Norwegen (Eröffnung Fischerei heute um Mitternacht), Schweden und Färöern ein ganzes Bündel wichtiger Elemente, die zusammengekommen wirtschaftliche und rechtliche Basis für künftige Gemeinsame Fischereipolitik – GFP – bilden und damit langjähriges Provisorium nationaler Überbrückungsmaßnahmen beenden.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 312; Referat 411, Bd. 131257.

22 Die Fischereibeziehungen zwischen den Europäischen Gemeinschaften und Norwegen waren durch ein Rahmenabkommen geregelt, auf dessen Grundlage jährlich Absprachen über die Fangquoten getroffen wurden. Am 14. Dezember 1982 einigten sich die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft und Norwegen auf ein Protokoll über die Quoten für 1983, das am 14. Januar 1983 paraphiert wurde, jedoch wegen der ausstehenden Einigung der EG-Mitgliedstaaten auf eine Gemeinsame Fischereipolitik noch nicht in Kraft trat. Nach Billigung einer Interimsregelung für den Fischfang von Drittstaaten in den Gewässern der EG-Mitgliedstaaten durch den EG-Rat auf der Ebene der für Fischerei zuständigen Minister am 25. Januar 1983 in Brüssel erließ das norwegische Fischereiministerium am selben Tag eine entsprechende Verordnung, die es Booten aus EG-Mitgliedstaaten erlaubte, in norwegischen Gewässern zu fischen. Vgl. dazu das Schreiben der norwegischen Ständigen Vertretung bei den Europäischen Gemeinschaften in Brüssel vom 24. Februar 1983 an die EG-Kommission; Referat 411, Bd. 131271.

D4 wies darauf hin, daß einige Mitgliedstaaten zwischen einer Einigung über die interne Fischereipolitik und Außenabkommen eine Verbindung herstellten. Das Quotenabkommen mit Norwegen hänge daher an einer Einigung über die interne Fischereipolitik. Sollte wider Erwarten am 25.1. das Gesamt-Fischereipaket nicht verabschiedet werden, wären wir dankbar, wenn Norwegen zu einem Zwischenabkommen bereit wäre.

3) Geplantes EG-Einfuhrverbot für Jungrobbenfelle²³

BM wies darauf hin, daß er mit einem EG-Einfuhrverbot für Jungrobbenfelle noch vor März rechne. Auch die Bundesregierung setze sich dafür ein.²⁴ Die Tötungsmethode habe eine emotionale Welle hervorgerufen.

AM Stray wies auf die langfristigen Wirkungen der Robbenjagd hin: Das Robben-schlagen sei für die Erhaltung des Fischbestandes notwendig. Dies sei wichtiger als Einkommensverluste der Pelzwirtschaft.

D4 warf ein, daß es auch um die Erhaltung der Arten ginge (Washingtoner Abkommen²⁵). Hierzu seien sicher noch weitere wissenschaftliche Untersuchungen notwendig. Dies gelte auch für die weitere Frage, wie das Gleichgewicht unter den Tierarten geregelt werden könne. Jetzt richte sich der Widerstand vor allem gegen die Art der Tötung.

AM Stray hält die Tötungsmethode nicht für grausam: Allenfalls könne man zur Diskussion stellen, wie zu verhindern sei, daß die Robbenmutter sehe, wie ihre Jungrobbe getötet werde.

4) Weltwirtschaftliche Fragen, deutsch-norwegische Handelsbeziehungen

AM Stray wies auf eine norwegische Initiative in der OECD hin: Er, Stray, werde heute in Paris dem OECD-Generalsekretär ein norwegisches Memorandum übergeben. Hierin werde die OECD aufgefordert, bis zur Mai-Sitzung²⁶ einen Plan für die Überwindung der Weltdepression, insbesondere zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit, zu erarbeiten.²⁷ Norwegen hoffe hierbei auf die deut-

²³ Mit EntschlieÙung vom 11. März 1982 forderte das Europäische Parlament die EG-Kommission dazu auf, einen Einfuhrstopp für Felle und Erzeugnisse aus den Jungtieren von Mützen- und Sattelrobben zu erlassen. Am 6. Oktober 1982 legte die EG-Kommission den Entwurf einer Verordnung für ein Verbot der Einfuhr von Jungrobbenfellen zum 1. März 1983 vor. Vgl. dazu die Aufzeichnung des Referats 411 vom 29. November 1982; Referat 411, Bd. 131282.

²⁴ Das Kabinett stellte am 13. Dezember 1982 fest, daß eine endgültige Entscheidung über einen Importstopp für Jungrobbenfelle noch verfrüht sei. Vgl. dazu den Runderlaß Nr. 6939 des Vortragenden Legationsrats van Edig vom 15. Dezember 1982; Referat 411, Bd. 131282.

In der Kabinettsitzung am 12. Januar 1983 stellte Bundeskanzler Kohl fest, daß sich nach einem Bericht des Fernsehmagazins „Report“ am 28. Dezember 1982 die öffentliche Diskussion über die Tötung von Jungrobben verschärft habe. Bei Stimmenthaltung des Bundesministers Ertl entschied das Kabinett, „bis zum 1. März 1983 mögliche nationale Maßnahmen zur Verhinderung des Imports von Produkten aus Jungrobben einzuleiten, wenn es am 28. Februar 1983 auf dem geplanten EG-Umweltrat nicht zu gemeinschaftlichen Aktionen kommen sollte“. Vgl. den Drahterlaß des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Randermann vom 18. Januar 1983; Referat 411, Bd. 131282.

²⁵ Für den Wortlaut des Übereinkommens vom 3. März 1973 über den internationalen Handel mit gefährdeten Arten freilebender Tiere und Pflanzen (Washingtoner Artenschutzübereinkommen) vgl. BUNDESGESETZBLATT 1975, Teil II, S. 777–833.

²⁶ Die Ministerratstagung der OECD fand am 9./10. Mai 1983 in Paris statt.

²⁷ Das Bundesministerium für Wirtschaft vermerkte am 31. Januar 1983, daß die norwegische Regierung am 13. Januar 1983 dem OECD-Generalsekretär van Lennep ein Memorandum übermittelt habe, in dem „zur Überwindung der gegenwärtigen Massenarbeitslosigkeit neue Initiativen in der Wirtschaftspolitik gefordert“ würden: „Stichworte: internationale Kooperation; differentiated approach, d. h. Expansion in Art, Umfang, Timing etc., je nach Spielraum. Den „pace-setting major coun-

sche Unterstützung. In dem Memorandum würden einige Maßnahmen erwähnt, die nach norwegischer Auffassung erfolversprechend seien. Wichtig sei, daß die OECD einen Gesamtplan für alle Länder erarbeite.

BM unterstrich, daß wir als Präsidentschaft der Frage der Überwindung der Arbeitslosigkeit besonders große Priorität beimessen. Wir würden als Präsidentschaft, aber auch national, an allen Verhandlungen mit dem Ziel der Überwindung der Arbeitslosigkeit mitwirken. Die gegenwärtige Lage sei die Summe der (unterschiedlichen) Fehler aller Länder. Es sei noch nicht absehbar, wie sich die Lage in der EG und im EWS²⁸ in den nächsten Wochen entwickeln werde. Es gebe französische Stimmen, die öffentlich – was besonders schlimm sei – zur Aufwertung der DM aufforderten.²⁹ Gemeinsame Anstrengungen seien notwendig. Fraglich aber sei, ob die einzelnen Regierungen die Kraft hätten, diese durchzusetzen. Wir erlebten derzeit im Wahlkampf³⁰, wie schwierig es sei, die von der Bundesregierung verabschiedeten Maßnahmen verständlich zu machen. AM Stray erläuterte auf Frage von BM die norwegische Wirtschaftslage: Das größte Problem sei das Kostenniveau. Man hoffe, daß die im März anstehenden Tarifverhandlungen die Lage nicht weiter verschlimmerten. Besonders betroffen seien die traditionellen Industrien, insbesondere Stahl, Metall, aber auch Papier und Holz. Man wisse, daß z.B. auch die deutsche Wirtschaft in vielen Fällen billiger liefern könne.

D4 erwähnte die Vorgänge um die Auftragsvergabe in Zusammenhang mit dem Bau einer Erdölplattform³¹: Die Nicht-Berücksichtigung des deutschen Angebots, das erheblich billiger als das norwegische gewesen sei, verstoße gegen meh-

Fortsetzung Fußnote von Seite 43

tries' wird ein erheblicher Manövrierspielraum attestiert. Der OECD-Generalsekretär wird gebeten, Lösungsvorschläge auszuarbeiten, die den skizzierten Vorstellungen entsprechen, und sie den Regierungen der M[itglied]S[taaten] zu unterbreiten.“ Vgl. Referat 412, Bd. 130462.

²⁸ Vortragender Legationsrat Barth vermerkte am 22. Dezember 1982: „EWS stand vorige Woche unter starken Wechselkursspannungen, die von Schwäche der fr[an]z[ösischen] und der ital[ienischen] Währung ausgingen. Inzwischen sei wieder „eine gewisse Beruhigung“ eingetreten. Vgl. Referat 412, Bd. 130476.

²⁹ Ministerialdirektor Fischer vermerkte am 17. Januar 1983: „Französischer F[inanz]M[inister] Delors lehnte am 19.12.1982 – kurz nach dem Höhepunkt der starken Wechselkursspannungen im EWS, die von Schwäche der frz. und der ital. Währung ausgingen – vor Presseclub des Rundfunksenders Europe 1 eine Paritätsänderung des Franc gegenüber DM ab. Bei gleicher Gelegenheit erklärte er wörtlich: „Es wird ein Zeitpunkt kommen, zu dem die Deutschen Pflichten haben werden, und sie werden sie erfüllen.“ Vgl. Referat 412, Bd. 130603.

Am 10. Januar 1983 antwortete der französische Minister für Planung und Raumordnung, Rocard, im französischen Rundfunk auf die Frage, ob eine Aufwertung der DM hilfreich sei, daß dies nicht nur auf den Franc zutrefte: „Wir haben es [...] alle nötig, durch eine Aufwertung der DM Luft zu bekommen, aber das unterliegt der Verantwortlichkeit der deutschen Regierung. Wenn die deutsche Regierung dieses Ungleichgewicht innerhalb des EWS anerkennen würde, ginge alles besser, auch für uns.“ Vgl. die Aufzeichnung von Fischer vom 19. Januar 1983; Referat 412, Bd. 130603.

³⁰ Am 6. März 1983 fanden die Wahlen zum Bundestag statt.

³¹ Botschafter Balser, Oslo, berichtete am 23. November 1982 über die Vergabe eines Auftrags „für den Bau des Tragrahmens für eine Gas-Offshore-Plattform. Das Angebot der Howaldt-Werke soll etwa 200 Mio. nkr betragen haben (ca. 70 Mio. DM). Die norwegische Werft F[redrikstad]M[ekaniske]V[erksted] lag um etwa 100 Mio. nkr (d.h. 50 Prozent) über diesem Angebot. Außerdem sollen die betroffenen Ölgesellschaften befürchten, daß die norwegische Werft größere Schwierigkeiten als die Howaldt-Werke haben wird, den vorgegebenen Zeitplan einzuhalten.“ Trotzdem sei der Auftrag am 19. November 1982 an FMV vergeben worden: „Die Auftragsvergabe an FMV kam, so hat es allen Anschein, nur durch eine Weisung der norwegischen Regierung an die Staatsgesellschaft Statoil, die 40 Prozent der Stimmen in der Heimdal-Gruppe hat, und durch massiven Druck auf die anderen Gesellschaften zustande.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 234; Referat 420, Bd. 129951.

rere internationale Abmachungen (z. B. GATT³², Abkommen EG–Norwegen³³). Die Frage werde sicher bei dem bevorstehenden Besuch des norwegischen Industrieministers erneut angesprochen werden.³⁴ AM Stray wies darauf hin, daß es sich bei diesem Fall um eine Ausnahme gehandelt habe. Der Staat (Stat-oil) sei in diesem Falle Auftraggeber gewesen. Auch Norwegen lehne restriktive Handelspraktiken ab. (Bei dem erwähnten Fall handelt es sich um die Auftragsvergabe an Fredrikstad Mekaniske Verksted – FMV.)

5) INF/START

BM erwähnte den bevorstehenden Gromyko-Besuch³⁵ und den Besuch des SPD-Kanzlerkandidaten Vogel in Moskau³⁶. Es sei offensichtlich, daß wir im Zentrum der sowjetischen Bemühungen stünden, Fortschritte zu erreichen. In der WP-Erklärung aus Prag³⁷ seien neben reiner Polemik und Propaganda einige Elemente enthalten, an die man anknüpfen müsse. Wir würden das Gespräch mit Gromyko nutzen, um auszuloten, ob die SU bereit sei, neben Trägern auch Sprengköpfe abzubauen, und was die angedeutete Bereitschaft zur Zerstörung von Systemen im einzelnen bedeute. Das eigentliche Problem sei, daß in der öffentlichen Meinung des Westens Stimmen lauter würden, die einen Verzicht der Nachrüstung forderten, wenn die SU Teile ihrer Mittelstreckenraketen vernichte. Dies sei für uns nicht akzeptabel, weil damit die Abkoppelung nicht nur de facto, sondern auch vertraglich bestätigt würde. Die SU erhalte damit im Mittelstreckensbereich ein Monopol, während der Westen jetzt noch die Option habe nachzurüsten. Wir blieben bei unserer Forderung einer Null-Lösung. Wenn

³² Für den Wortlaut des Allgemeinen Zoll- und Handelsabkommens vom 30. Oktober 1947 in der Fassung vom 21. April 1951 vgl. BUNDESGESETZBLATT 1951, Teil II, Anlagenbände I–III.

³³ Für den Wortlaut des Abkommens vom 25. Juni 1973 zwischen der EWG und Norwegen vgl. AMTSBLATT DER EUROPÄISCHEN GEMEINSCHAFTEN Nr. L 171 vom 27. Juni 1973, S. 2–102.

³⁴ Der norwegische Industrieminister Bratz hielt sich am 24./25. Januar 1983 auf Einladung der VEBA AG in der Bundesrepublik auf. Bei dieser Gelegenheit traf er am 25. Januar 1983 zu einem Gespräch mit Bundesminister Graf Lambsdorff zusammen. Vgl. dazu die Aufzeichnung des Bundesministeriums für Wirtschaft vom selben Tag; Referat 420, Bd. 129949.

³⁵ Zum Besuch des sowjetischen Außenministers Gromyko vom 16. bis 19. Januar 1983 vgl. Dok. 10 und Dok. 15.

³⁶ Der Kanzlerkandidat der SPD, Vogel, hielt sich vom 10. bis 12. Januar 1983 in Moskau auf. Ihn begleiteten u. a. die SPD-Abgeordneten Bahr und Wischnewski. Am 11. Januar 1983 fand ein Gespräch mit dem Generalsekretär des ZK der KPdSU, Andropow, statt. Dazu berichtete Botschafter Meyer-Landrut, Moskau, am selben Tag, daß die INF-Verhandlungen in Genf im Mittelpunkt gestanden hätten: „GS Andropow ironisierte die von den USA vorgeschlagene Null-Lösung und wiederholte die sowjetische Bereitschaft, das eigene Raketenpotential auf eine Zahl zu reduzieren, das den bereits installierten französischen und britischen Raketen entspreche. [...] Die von der SPD/FDP-Koalition mitgetragene Entscheidung für Raketen-Stationierung sei [...] ein schwerer politischer Fehler gewesen.“ Vogel habe erwidert: „Konkrete Sorge bereite der Aufwuchs der SS-20. Wir wünschten hierzu ein Genfer Ergebnis, das die Zahl der SS-20 einschneidend vermindere und die Dislozierung von US-Raketen bei uns überflüssig mache.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 127; Referat 220, Bd. 124486. Am 13. Januar 1983 informierte Meyer-Landrut, daß Vogel im Gespräch mit sowjetischen Abrüstungsexperten nach der Anrechnung der britischen und französischen Raketensysteme in den INF-Verhandlungen gefragt habe: „Ponomarjow antwortete, die SU wolle nur gleichviel Raketen wie diese beiden Staaten.“ Vogel habe schließlich den Standpunkt geäußert: „Die SS-20 sei eine Realität, die Pershing II sei in der Diskussion. Unser Wunsch sei, daß die Pershing II nicht disloziert werden muß und die SS-20 radikal reduziert werde.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 185; Referat 220, Bd. 124486. Beide Drahtberichte wurden veröffentlicht in: QUICK, Nr. 5 vom 27. Januar 1983, S. 17–20.

Zum Besuch vgl. ferner Dok. 48, Anm. 10.

³⁷ Zur Tagung des Politischen Beratenden Ausschusses des Warschauer Pakts am 4./5. Januar 1983 in Prag vgl. Dok. 40.

diese nicht erreicht werden könne, so müsse man in Anwendung des Doppelbeschlusses im Lichte der konkreten Verhandlungsergebnisse prüfen, welcher Bedarf an Nachrüstung erforderlich sei. Wichtig sei, daß der Zeitpunkt der Stationierung nicht ins Rutschen komme. Eine einmalige Vertagung bedeute ständige Vertagung. Die SU würde dann das erreichen, was sie mit ihren Moratoriumsvorschlägen³⁸ bezwecke.

Wichtig sei für uns, daß an der Gleichzeitigkeit der Stationierung festgehalten werde. Wir seien besorgt über Geräusche aus Großbritannien, nach denen man dort einige Monate früher als im Doppelbeschluß festgesetzt mit der Stationierung beginnen wolle.³⁹ Dies müsse zu Unruhe in der Öffentlichkeit führen und den Eindruck stärken, der Westen beurteile die Verhandlungen in Genf⁴⁰ als wenig aussichtsreich. Auch könnte die SU dies als Vorwand nehmen, die Verhandlungen abubrechen. Wir hätten gegenüber den USA⁴¹ und GB⁴² die Meinung vertreten, daß die Wahl des Stationierungszeitpunkts keine zweiseitige Sache, sondern Angelegenheit des ganzen Bündnisses sei.

AM Stray stimmte BM zu. Er erläuterte die Auffassung der norwegischen Sozialdemokraten, nach der vor einer Stationierung ein weiterer Beschluß in der NATO und durch die nationalen Regierungen (in Norwegen auch durch das Parlament) gefaßt werden müsse. Die norwegische Regierung lehne dies eindeutig ab, auch wenn sie dies nicht ausdrücklich öffentlich erkläre: Ohne ein befriedigendes Abkommen in Genf trete der Doppelbeschluß in Kraft, ohne daß hierfür neue Beschlüsse notwendig seien.

³⁸ Am 23. Februar 1981 schlug der Generalsekretär des ZK der KPdSU, Breschnew, in einer Rede vor dem XXVI. Parteitag der KPdSU in Moskau vor, „bereits jetzt ein Moratorium für die Stationierung neuer Raketenkernwaffen mittlerer Reichweite der NATO-Länder und der UdSSR festzulegen, das heißt, diese Mittel – natürlich einschließlich der vorgeschobenen Kernwaffen der USA in diesem Gebiet – quantitativ und qualitativ auf dem vorhandenen Stand einzufrieren“. Vgl. BRESHNEW, Wege, Bd. 8, S. 756. Vgl. dazu ferner AAPD 1981, I, Dok. 51.

Auf dem XVII. Kongreß der Gewerkschaften der UdSSR in Moskau kündigte Breschnew am 16. März 1982 ein einseitiges Moratorium hinsichtlich der Stationierung von Mittelstreckenraketen, einschließlich der Ersetzung von SS-4- und SS-5- durch SS-20-Raketen, im europäischen Teil der UdSSR an. Vgl. dazu BRESHNEW, Wege, Bd. 9, S. 238 f. Vgl. dazu ferner AAPD 1982, I, Dok. 89 und Dok. 97.

³⁹ Am 8. Dezember 1982 übermittelte Botschafter Hermes, Washington, Informationen des amerikanischen Außenministeriums, wonach bei der britischen Regierung Bedenken dagegen aufgetaucht seien, „dem deutschen Verlangen nach gleichzeitigem INF-Stationierungsbeginn 1983 zu entsprechen. Frau MP Thatcher möchte die für die Konservative Partei günstige Ausgangslage nutzen und 1983 Parlamentswahlen ausschreiben. Der Wahlzeitpunkt liege noch nicht fest, es könnte im Herbst, möglicherweise auch schon im Sommer 1983 gewählt werden. Der britischen Regierung sei sehr daran gelegen, die Stationierungsfrage soweit wie möglich aus dem Wahlkampf fernzuhalten“. Vgl. den Drahtbericht Nr. 5259; VS-Bd. 12051 (201); B 150, Aktenkopien 1982.

⁴⁰ In Genf fanden seit dem 30. November 1981 die INF-Verhandlungen statt. Vgl. dazu Dok. 1, Anm. 19.

⁴¹ Zu dem am 20. Dezember 1982 übermittelten Schreiben des Bundesministers Genscher an den amerikanischen Außenminister Shultz vgl. Dok. 4.

⁴² In einem am 20. Dezember der Botschaft in London übermittelten Schreiben an den britischen Außenminister Pym betonte Bundesminister Genscher die Notwendigkeit, die Stationierung amerikanischer Mittelstreckensysteme in der Bundesrepublik, Großbritannien und Italien „annähernd gleichzeitig“ zu beginnen. Es wäre für die Glaubwürdigkeit der NATO abträglich, „wenn sichtbares Großgerät bereits im Frühjahr 1983 in Europa erscheinen würde. Die Sowjetunion würde sich in einem solchen Fall an die Spitze der Propaganda setzen mit der Behauptung, das Bündnis habe die Zeittafel geändert, um einen Verhandlungserfolg in Genf zu verhindern. Die Bundesregierung strebt daher weiterhin an, daß der Beginn der Stationierung in der Bundesrepublik Deutschland, Italien und dem Vereinigten Königreich nicht mehr als vier Wochen auseinander liegt und die ersten Waffensysteme oder Sprengköpfe nicht vor September 1983 nach Europa überführt werden.“ Vgl. den Drahterlaß Nr. 470; VS-Bd. 12051 (201); B 150, Aktenkopien 1982.

BM verwies auf eine Pressekonferenz vom 12.1., in der er erklärt habe, daß die Entscheidung für die Stationierung im Dezember 1979 getroffen worden sei.⁴³ „Revisionsklausel“ heiße, daß bei Vorliegen konkreter Verhandlungsergebnisse der Bedarf an Nachrüstung unter Berücksichtigung dieser Ergebnisse geprüft werde. Wenn in Genf nichts erreicht werde, werde es in der NATO oder national keine neuen Entscheidungen zur Stationierung geben. Ein weiteres Problem bestehe darin, daß die SU sich sehr auf die Pershing II konzentriere. Sie weise auf die geringen Vorwarnzeiten (D2: nicht, wie von SU behauptet, sechs Minuten, sondern 15 Minuten für Pershing II, gleiche Flugzeit wie SS-20)⁴⁴ und auf den angeblichen Charakter der Pershing II als Erstschlagswaffe hin. 108 Pershing II seien aber keine Erstschlagswaffe. Eine solche liege nur dann vor, wenn man den Gegner unfähig zum Gegenschlag machen könne. Hinter der sowjetischen Argumentation stehe vielmehr folgendes: Wenn man die Pershing II eliminiere, so bedeute dies, daß in der BR Deutschland erst 1986 stationiert werde (1983 Pershing II, 1986 Cruise Missile). Auf diese Weise versuche die SU, den Doppelbeschluß von innen aufzubrechen, denn wenn bei uns nichts stationiert werde, gebe es auch keine Stationierung in Italien. Das Vermeiden einer Singularisierung gelte nicht nur für die BR Deutschland, sondern auch für Italien. *BM* meinte auf eine Frage von *AM Stray* nach der Haltung der SPD, daß diese letztendlich ein Nein zum Doppelbeschluß aussprechen werde. Sie sage, ihr Ziel sei es, die Stationierung zu verhindern. Dies sei auch sein Ziel. Wenn die SPD weiter fordere, die USA müßten sich jetzt bewegen, so könne dies heißen, daß bei einem sowjetischen Abbau der SS-20 wir weniger nachzurüsten brauchten. Dies sei die Haltung der Bundesregierung. Falls aber damit gemeint sei, daß man bei einem „weniger“ an SS-20 bereit sei, ganz von der Stationierung abzusehen, so wäre dies eine nicht akzeptable, einseitige westliche Null-Lösung. Er, *BM*, rechne nicht vor Ende März mit Bewegung in Genf.

6) KWFZ – Nordeuropa

AM Stray meinte auf eine Frage von *BM*, ob die KWFZ-Nord in Norwegen noch ein Thema sei: Die Frage sei in den Hintergrund getreten. Die schwedische Initiative⁴⁵ habe in Norwegen geringes Interesse gefunden.

BM meinte, insgesamt sei die schwedische Initiative ohne große Wirkung gewesen. Hierzu habe auch beigetragen, daß sie im Schatten des sowjetischen Abrüstungswirbels gestanden habe.

7) KSZE – KAE

AM Stray betonte, daß Norwegen einer Einigung in Madrid über ein präzises KAE-Mandat⁴⁶ größte Bedeutung beimesse. Dies erscheine wichtiger, als sich auf allzu viele Details im Menschenrechtsbereich zu konzentrieren.

⁴³ Bundesminister Genscher stellte am 12. Januar 1983 gemeinsam mit Bundesminister Wörner vor der Bundespressekonferenz die Erklärung der Bundesregierung vom selben Tag zur Abrüstungsfrage vor. Vgl. dazu den Artikel „Die Bundesregierung klärt ihre Haltung zum Doppelbeschluß“, FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG vom 13. Januar 1983, S. 1.

⁴⁴ Zur Frage der Flugzeit der Pershing II vgl. Dok. 45.

⁴⁵ Die schwedische Regierung schlug am 8./9. Dezember 1982 den NATO-Mitgliedstaaten, den Warschauer-Pakt-Staaten sowie den europäischen neutralen Staaten und Jugoslawien vor, eine 300 km breite Zone ohne nukleare Gefechtsfeldwaffen zu errichten, die sich vom Mittelmeer bis nach Skandinavien erstrecken sollte. Vgl. dazu AAPD 1982, II, Dok. 356.

⁴⁶ Bei der am 11. November 1980 in Madrid eröffneten zweiten KSZE-Folgekonferenz brachte Frank-

BM wies auf unsere sehr frühzeitige Unterstützung des französischen KAE-Vorschlags hin. Mit der Breschnew-Rede von 1981⁴⁷ sei die Tür für die Einbeziehung eines Gebiets vom Atlantik bis zum Ural geöffnet worden. Dies biete die Chance, das gesamte Territorium der SU in Europa über VBMs in Rüstungskontrollverhandlungen einzubeziehen. Damit würde das europäische Gebiet der SU nicht anders behandelt als Norwegen oder die BR Deutschland. VBMs seien gerade angesichts des konventionellen Übergewichts des WP wichtig, um Überraschungsangriffe zu verhindern. Schließlich könne man auf einer KAE über das konventionelle Kräfteverhältnis in Europa, d.h. über den begrenzten geographischen MBFR-Rahmen⁴⁸ hinaus, diskutieren.

In der Menschenrechtsproblematik müsse man unterscheiden: Humanitäre Fragen (Korb III) seien von großer Bedeutung. Im übrigen sei es wichtig, einzelne Menschenrechtsverletzungen immer wieder aufzugreifen. Hierfür biete die Schlußakte von Helsinki⁴⁹ eine wichtige Berufungsgrundlage, da sie dem Osten das Argument nehme, es handle sich hierbei um innere Angelegenheiten. Allerdings hätten wir nie die Auffassung vertreten, daß die Helsinki-Schlußakte eine Garantie dafür gebe, daß sich die SU zu einer freiheitlich-demokratischen Grundordnung entwickle. Die Wirkung der KSZE liege in einer ganz allmählichen Auflockerung.

8) Beziehungen zur Sowjetunion, einschließlich Ost-West-Wirtschaftsbeziehungen

Nach einem kurzen Meinungs austausch über die Stellung Andropows (*Stray*: Noch nicht eindeutig klar, vieles spricht für Einbindung in kollektive Führung) wies *BM* darauf hin, daß wir den Besuch Gromykos nutzen würden, um möglichst viel über die Lage in Moskau zu erfahren. Gromyko werde vermutlich eine harte Sprache sprechen. Wir würden dem mit großer Festigkeit und klaren

Fortsetzung Fußnote von Seite 47

reich am 9. Dezember 1980 einen Vorschlag zur Einberufung einer Abrüstungskonferenz vor. Diese sollte zur Aufgabe haben, „einen Prozeß einzuleiten, dessen Ziel in der Anfangsphase die Annahme eines in sich geschlossenen Systems von vertrauensbildenden Maßnahmen ist, die auf den gesamten europäischen Kontinent vom Atlantik bis zum Ural anwendbar sind; die Bedingungen aufzustellen, unter denen solche im militärischen Bereiche bedeutsamen und zwingenden vertrauensbildenden Maßnahmen Bestimmungen beigegeben werden, welche die entsprechende Prüfung der unterzeichneten Verpflichtungen gewährleisten“. Vgl. das Dokument CSCE/RM.7; Referat 212, Bd. 133359. Vgl. dazu ferner AAPD 1980, II, Dok. 287 und Dok. 297.

Umstritten war im besonderen der Geltungsbereich von vertrauensbildenden Maßnahmen. Hierzu legten die USA und die UdSSR am 20. Juli 1981 jeweils Textentwürfe vor, denen seitens der neutralen und nichtgebundenen Staaten am 16. Dezember 1981 ein Kompromißvorschlag im Rahmen ihres Entwurfs für ein Schlußdokument (CSCE/RM.16) folgte. Dieser sah vor, dem Wunsch der Warschauer-Pakt-Staaten nach Berücksichtigung eines noch zu bestimmenden Teils der dem europäischen Kontinent vorgelagerten See grundsätzlich zu entsprechen, dies jedoch, wie von den NATO-Mitgliedstaaten gefordert, ausschließlich auf Manöver zu beziehen, die Teil von notifizierungspflichtigen Aktivitäten auf dem Kontinent waren. Vgl. dazu AAPD 1982, II, Dok. 276.

⁴⁷ Der Generalsekretär des ZK der KPdSU, Breschnew, erklärte sich auf dem XXVI. Parteitag der KPdSU am 23. Februar 1981 in Moskau dazu bereit, den Anwendungsbereich der vertrauensbildenden Maßnahmen auf den europäischen Teil der UdSSR auszudehnen. Vgl. dazu BRESHNEW, Wege, Bd. 8, S. 754. Vgl. dazu ferner AAPD 1981, I, Dok. 56.

⁴⁸ Im Schlußkommuniqué der MBFR-Explorationsgespräche vom 31. Januar bis 28. Juni 1973 in Wien wurde Mitteleuropa als Reduzierungsraum festgelegt. Für den Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1973, D 514. Vgl. dazu ferner AAPD 1973, II, Dok. 207.

⁴⁹ Für den Wortlaut der KSZE-Schlußakte vom 1. August 1975 vgl. SICHERHEIT UND ZUSAMMENARBEIT, Bd. 2, S. 913–966.

Erklärungen der Bundesregierung entgegenzutreten. Es scheine im übrigen, daß für die neue sowjetische Führung die Wirtschaft eine immer wichtigere Rolle spiele. Wir seien an einer Aufrechterhaltung der Ost-West-Wirtschaftsbeziehungen nicht so sehr aus wirtschaftlichen Gründen (geringer Umfang unseres Osthandels) interessiert, sondern weil wir in der wirtschaftlichen Zusammenarbeit ein stabilisierendes Element mit noch größeren Perspektiven sähen. Breschnew habe in seinem Spiegel-Interview vom vergangenen Herbst auf die unermesslichen Rohstoffvorkommen der SU hingewiesen.⁵⁰ Wenn die SU sich auf die Entwicklung des Landes konzentriere, habe sie eine gigantische Aufgabe vor sich. Man müsse ihr die Optionen zeigen, die in einer wirtschaftlichen Zusammenarbeit liegen.

AM Stray kam auf die seit September 1982 laufenden westlichen Beratungen (Sieben plus EG) über die Gestaltung der Wirtschaftsbeziehungen zum Osten zu sprechen. Auf seine Frage nach dem weiteren Verfahren erläuterte BM: Die Studien⁵¹ sollten so weit wie möglich in bestehenden Gremien behandelt werden. Wichtig sei die Einbeziehung Japans. Er habe dem japanischen Außenminister bei dessen kürzlichen Besuch in Bonn erklärt⁵², daß wir aus diesem Grunde auch die Beteiligung der OECD befürworten. Die westlichen Beratungen hätten ergeben, daß alle beteiligten Staaten nicht beabsichtigten, Handelskrieg mit der SU zu führen. Andererseits bestehe Übereinstimmung, daß der SU keine günstigeren Bedingungen eingeräumt werden dürften, als man dies untereinander zu tun bereit sei.

D4 ergänzte mit dem Hinweis, daß die Entscheidung, welche Gremien sich mit welchen Studien befassen sollten (OECD, COCOM), so gut wie gefallen sei. Offen sei noch die Frage, ob es eine Gesamtstudie geben werde.⁵³ (D2: Vieles spreche für die französische Auffassung, daß die Summe der Einzelstudien für sich selbst sprechen werde.)

AM Stray sprach sich für eine Befassung der NATO aus. In dieser Frage kommt

⁵⁰ Für das Interview mit dem Generalsekretär des ZK der KPdSU, Breschnew, vgl. den Artikel „Versetzen Sie sich mal in unsere Lage ...“, DER SPIEGEL, Nr. 45 vom 2. November 1981, S. 34–63.

⁵¹ Zur Überprüfung der Ost-West-Wirtschaftsbeziehungen im Rahmen von NATO, OECD und COCOM vgl. Dok. 2, Anm. 5.

Referat 421 informierte am 24. Januar 1983: „1) Im Anschluß an die Erörterungen der sieben Wirtschaftsgipfelländer in Washington und das Herbsttreffen der NATO-AM in Brüssel am 9./10.12.1982 [...] wurde Einvernehmen über Erarbeitung folgender Einzelstudien und ihre Zuweisung an folgende bestehende Gremien erzielt: a) COCOM: Verbesserung der Effizienz des COCOM (Listenrevision, harmonisierte Anwendung der COCOM-Regeln etc.); Prüfung der Kontrollbedürftigkeit des Exports von Hochtechnologie (einschließlich Gas- und Ölausrüstungen) unter Sicherheitsaspekten [...]. b) OECD: Energiebedarf und alternative Energiequellen (OECD/IEA); Kreditpolitik [...]; Studie über Agrarexporte. c) NATO: Studie über die sowjetische Wirtschaft und ihre Belastbarkeit durch Rüstungsaufwendungen. 2) Vorarbeiten für die genannten Studien sind in den zuständigen Gremien teilweise bereits aufgenommen worden.“ Vgl. Referat 424, Bd. 135858.

⁵² Für das Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem japanischen Außenministers Abe am 5. Januar 1983 vgl. Dok. 3.

⁵³ Am 24. Januar 1983 stellte Referat 421 fest, daß eine „Einigung über eine von den USA gewünschte Gesamtstudie betreffend eine gemeinsame Ost-West-Wirtschaftsstrategie [...] vor allem wegen des Widerstands Frankreichs nicht zustande“ gekommen sei. Seitdem würden die USA versuchen, in der NATO und bilateral auf die Verbündeten einzuwirken, um eine Globalstudie nachträglich durchzusetzen: „Wir haben der Durchführung einer Globalstudie von Anfang an grundsätzlich zugestimmt. Dabei sind wir allerdings davon ausgegangen, daß diese auf der Grundlage der zunächst fertigzustellenden Einzelstudien nicht in der NATO (militärisch-strategische Orientierung) erarbeitet werden solle.“ Vgl. Referat 424, Bd. 135858.

die NATO zwar nicht als Beschlußorgan in Frage, sie sei aber als Diskussionsforum nützlich. (BM stimmt dem zu.)

9) Beziehungen zu Ost-Europa

AM Stray erläuterte auf eine Frage von BM nach den norwegischen Beziehungen zu Ost-Europa: Vor dem 13.12.81⁵⁴ seien die Beziehungen mit Polen am dichtesten gewesen. Handelsmäßig stünden Polen und die DDR im Vordergrund. Der Handel mit der SU sei gering (1%). Die Beziehungen zur ČSSR seien in den ersten Nachkriegsjahren besonders intensiv gewesen. Sie hätten sich nach 1968 abgekühlt.

BM erläuterte unser Verhältnis zu den WP-Staaten. Diese seien fast bei jedem Staat durch andere Elemente gekennzeichnet, insgesamt bestünden jedoch intensive Kontakte mit allen.

DDR: Der besondere Charakter der innerdeutschen Beziehungen liege auf der Hand. Wir bemühten uns, unsere Beziehungen zur DDR in einem ordentlichen Zustand zu halten. Das Verhältnis zur DDR gestaltet sich derzeit im großen und ganzen ruhig. Dies schließe Zwischenfälle wie die jetzige Ausweisung des Stern-Korrespondenten (Berichterstattung über Honecker-Attentat) nicht aus.⁵⁵ Der Vorfall zeigt im übrigen, daß die pressemäßige Behandlung dieser Sache die DDR-Behörden mehr störe als der Vorgang selbst.

ČSSR: einziger unmittelbarer Nachbar, Zusammenarbeit im Bereich des Umweltschutzes, insbesondere Gewässerschutz.⁵⁶

Polen: Beziehungen zu Polen hätten einen im guten Sinne emotionalen Charakter. Hier bestehe ein Unterschied in der Meinungsbildung zwischen DDR und BR Deutschland. Früher seien die Herablassung gegenüber Polen („polnische Wirtschaft“) und in evangelischen Gebieten gewisse anti-katholische Effekte verbreitet gewesen. Alle diese „deutsch-nationalen“ Ressentiments seien in der DDR neu genährt worden. Bei uns habe man aus den schlimmen Erfahrungen des Zweiten Weltkrieges heraus ein positives, emotionales Verhältnis zu Polen gefunden. Dies gelte auch für die Deutschen, deren Heimat früher jenseits der Oder-Neiße gewesen sei.

⁵⁴ Am 13. Dezember 1981 wurde der Kriegszustand für das gesamte Territorium Polens verkündet. Zugleich wurde ein Militärrat unter Führung des Ersten Sekretärs des ZK der PVAP, des Ministerpräsidenten und Verteidigungsministers Jaruzelski gebildet. Vgl. dazu AAPD 1981, III, Dok. 365.

⁵⁵ In seiner Ausgabe vom 13. Januar 1983 berichtete der Korrespondent der Wochenzeitschrift „Stern“ in der DDR, Bub, über einen angeblichen Anschlag auf den Generalsekretär des ZK der SED. Danach habe ein 41-jähriger Handwerker versucht, Honecker am 31. Dezember 1982 auf einer Fernstraße bei Klosterfelde zu erschießen, was von Sicherheitskräften aber habe vereitelt werden können. Vgl. den Artikel „Das Attentat“, STERN, Nr. 3 vom 13. Januar 1983, S. 12–17 und 126 f. Die Nachrichtenagentur ADN meldete dagegen am 11. Januar 1983, daß es an diesem Tag in Klosterfelde eine „schwere Verkehrsgefährdung“ durch einen betrunkenen Autofahrer gegeben habe: „Nachdem er einer Aufforderung der Polizei zu stoppen, nicht nachgekommen sei und Fahrerflucht begangen habe, sei er durch eine Polizeistreife gestellt worden. Er habe mit einer Handfeuerwaffe auf die Polizei geschossen, einen Polizisten schwer verletzt und anschließend mit der Schußwaffe Selbstmord begangen.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 25 des Staatssekretärs Bräutigam, Ost-Berlin, vom 11. Januar 1983; Referat 210, Bd. 132577.

Am 12. Januar 1983 entzog die DDR Bub die Akkreditierung und forderte ihn auf, innerhalb von 48 Stunden die DDR zu verlassen. Vgl. dazu den Drahtbericht Nr. 27 von Bräutigam vom 12. Januar 1983; Referat 210, Bd. 132577.

⁵⁶ Zu den Bemühungen der Bundesrepublik und der ČSSR um eine Verbesserung des Umweltschutzes vgl. Dok. 30, Anm. 26 und 27.

Ungarn: Die Beziehungen seien weitgehend problemfrei. Es bestehe eine sehr gute wirtschaftliche Zusammenarbeit, der die große Offenheit in Ungarn für Kooperation zugute komme.

Bulgarien: Beziehungen seien auch hier weitgehend problemfrei. Es bestehe eine lange traditionelle Freundschaft.

Rumänien: Das Verhältnis zu Rumänien sei von besonderer Art. Wir hätten nicht vergessen, daß Rumänien seinerzeit als erster WP-Staat die Tür für Beziehungen zu den Staaten Ost-Europas geöffnet habe.⁵⁷ In Rumänien gebe es eine große deutsche Volksgruppe. Die Rumänen seien die einzigen gewesen, welche die Deutschen nicht aus ihrem Lande vertrieben, sondern nach dem Zweiten Weltkrieg festgehalten hätten. Die rumänische Regierung habe auch keine Volkstumspolitik betrieben. Es gebe deutsche Schulen, deutsche Zeitungen (wenn auch mit kommunistischer Ideologie); für die deutsche Volksgruppe gebe es im ZK der KP Rumäniens einen eigenen Vertreter. Mit den Rumänen führten wir komplizierte Verhandlungen über die Frage der Familienzusammenführung.⁵⁸ Insgesamt stelle die deutsche Volksgruppe im Gegensatz zur ungarischen Minderheit kein Problem für die rumänische Regierung dar.

VS-Bd. 12934 (204)

10

Gespräch des Bundeskanzlers Kohl mit dem sowjetischen Außenminister Gromyko

Geheim

18. Januar 1983¹

Vermerk über das Gespräch des Bundeskanzlers mit Außenminister Gromyko am 18. Januar 1983 von 10.00 bis 11.50 Uhr im Bundeskanzleramt²

Anwesend:

G. M. Kornijenko, Erster Stellvertretender Minister für Auswärtige Angelegenheiten der UdSSR; W. S. Semjonow, Botschafter der UdSSR; A. P. Bondarenko,

⁵⁷ Die Bundesrepublik und Rumänien nahmen am 31. Januar 1967 diplomatische Beziehungen auf. Vgl. dazu AAPD 1967, I, Dok. 39.

⁵⁸ Zu den Gesprächen mit Rumänien über Familienzusammenführung vgl. Dok. 52.

¹ Ablichtung.

Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Ministerialdirektor Teltschik, Bundeskanzleramt, am 3. März 1983 gefertigt und am 7. März 1983 an Vortragenden Legationsrat I. Klasse Graf York von Wartenburg „zur Unterrichtung des Bundesaußenministers“ übermittelt.

Hat York am 7. März 1983 vorgelegen, der die Weiterleitung von Ablichtungen an das Ministerbüro sowie an Vortragenden Legationsrat I. Klasse Edler von Braunmühl und Botschafter Ruth verfügte. Ferner vermerkte er handschriftlich: „H[errn] D 2 mit Bitte um Übernahme“.

Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse von Ploetz am 9. März 1983 vorgelegen. Vgl. das Begleitschreiben; VS-Bd. 14116 (010); B 150, Aktenkopien 1983.

² Der sowjetische Außenminister Gromyko hielt sich vom 16. bis 19. Januar 1983 in der Bundesrepublik auf. Vgl. dazu ferner Dok. 15.

Mitglied des Kollegiums des Ministeriums für Auswärtige Angelegenheiten der UdSSR; W.G. Makarow, Mitglied des Kollegiums des Ministeriums für Auswärtige Angelegenheiten der UdSSR.

Außenminister Hans-Dietrich Genscher; Botschafter Andreas Meyer-Landrut; Ministerialdirektor Teltschik.

Als Dolmetscher: W.N. Smirnow und VLR Weiß.

Angesichts der Bilder im Arbeitszimmer des Bundeskanzlers zeigte sich Außenminister *Gromyko* erfreut, daß der Realismus in der deutschen Kunst noch nicht gestorben sei. Er sei gar nicht so weit vom Sozialistischen Realismus entfernt.

Bundeskanzler *Kohl* wies darauf hin, daß ein Bild von seinem jüngsten Sohn stamme, als er 13 Jahre alt war. Bei seinen Söhnen³ sei der Realismus groß, habe aber nichts mit dem Sozialismus zu tun. Seine Söhne seien über Lenin und insbesondere über seine Schrift zur Sozialdemokratie gut geschult und deshalb gegenüber dem Sozialismus immun.

Gromyko bezeichnete daraufhin den Bundeskanzler als den ersten leninistischen Regierungschef in der Bundesrepublik Deutschland.

Der *Bundeskanzler* entgegnete, daß die Figurengruppe des Schäfers mit seiner Herde eher dem Bild des CDU-Vorsitzenden entspreche.

Gromyko wies auf sein Gastgeschenk hin, ein Drei-Pferde-Gespann, das symbolisch verstanden in Richtung Frieden ziehe.⁴

Bundeskanzler *Kohl* verwies auf die Büste Adenauers, die neben der Troika stehe. In Adenauers Blick spiegele sich deutliche Skepsis wider. Aber es sei auch Realismus dabei, ergänzte *Gromyko*, er habe Adenauer öfters getroffen.

Er wolle aber noch einmal an den Gedankenaustausch über prinzipielle Fragen anknüpfen, den sie während des gemeinsamen Frühstücks geführt hätten. Die Sowjetunion könne nicht darauf verzichten, daß das Prinzip der Gleichheit respektiert werde.⁵ Es gebe keinen Spielraum, von diesem Prinzip abzuweichen. Die Sowjetunion kenne die Ansprüche Washingtons. Westliche Persönlichkeiten erwecken häufig den Eindruck, daß sie das entscheidende Problem nicht sehen: Es gebe Gleichheit, dennoch besitzen die USA im Bereich der Rüstung mittlerer Reichweite gegenüber den Warschauer-Pakt-Staaten einen Vorteil. Die NATO sei in diesem Bereich stärker als die Sowjetunion. Sie verfüge über eine 1 1/2-fache Überlegenheit bei den nuklearen Sprengköpfen. Das Pentagon glaube, daß die Sowjetunion eine schlechte Brille habe und dies nicht erkennen könne. Aber dies sei ein Irrtum. Ungeachtet dieser Überlegenheit der NATO wolle die so-

³ Walter und Peter Kohl.

⁴ Bundeskanzler Kohl erhielt vom sowjetischen Außenminister Gromyko als Geschenk eine „Gußplastik eines bäuerlichen Dreigespanns, etwa 50 Jahre alt“. Vgl. die Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats Günther vom 21. Januar 1983; Referat 213, Bd. 133188.

⁵ Der sowjetische Außenminister Gromyko führte am 18. Januar 1983 aus: „Die zwei Großmächte bzw. die zwei Staatengruppierungen hätten einen Grad der Bewaffnung erreicht, wo es ein Gleichgewicht gebe. Dieses Gleichgewicht habe sich herausgebildet auf einem vielschichtigen und mühsamen Weg. Das Leben aber habe die Notwendigkeit des Gleichgewichts diktiert. Und dabei solle es bleiben. Hier gebe es nichts mehr umzudrehen. Der Grundsatz der Gleichheit dürfe nicht verletzt werden. Wohl aber solle man abrüsten. Dies bedeute Abrüstung unter Beachtung des Grundsatzes der Gleichheit.“ Vgl. die Gesprächsaufzeichnung; Bundeskanzleramt, AZ: 21-30 100 (56), Bd. 63; B 150, Aktenkopien 1983.

wjetische Führung beide Augen zudrücken und auf der Grundlage eines ungefähren Gleichgewichts eine Vereinbarung anstreben. Die Herstellung eines absoluten Gleichgewichtes würde die Einbeziehung der Sprengköpfe erforderlich machen. Das aber wolle die Sowjetunion nicht.

Die amerikanischen Systeme, die in Europa stationiert werden sollen, seien für die Sowjetunion im eigentlichen Sinne strategische Rüstungen. Sie erreichen sowjetisches Gebiet, im besonderen die großen Ansiedlungen wie Wirtschaftszentren. Dagegen würden die sowjetischen Waffen das amerikanische Territorium nicht erreichen. Stationierung der amerikanischen Systeme würde zu einem gewaltigen Übergewicht, zu einer dreifachen Überlegenheit im Bereich der Sprengköpfe führen.

Die sowjetische Führung habe verschiedene Vorschläge eingebracht, darunter die radikalsten in Europa, um die Probleme zu vereinfachen und eine echte Null-Lösung zu erreichen.⁶ Die Nullzahl sollte deshalb aufgegriffen und verwirklicht werden. Darüber hinaus habe die Sowjetunion eine Reihe eingeschränkter Vorschläge unterbreitet, die er dem Außenminister Genscher erläutert habe.⁷

Die Erklärungen trafen nicht zu, daß in Genf⁸ alles gut laufe. Die Tür sei noch nicht offen. Die Verhandlungen laufen schlecht. Es gebe keine Fortschritte, keine Bewegung. Wenn die USA auf ihren Positionen beharren, werde es keine Fortschritte geben. Die Bundesregierung und die NATO vertreten die Version des Doppelbeschlusses. Dies sei ein Beschluß zugunsten der USA, denn er laufe darauf hinaus, daß die Sowjetunion daran schuld sei, wenn es in Genf keine Fortschritte gebe. Das sei die sowjetische Einschätzung des Doppelbeschlusses. Dies sei auch die amerikanische Konzeption: Von vornherein liege bereits fest, daß die Verantwortung allein bei der Sowjetunion liege.

Der *Bundeskanzler* nahm noch einmal Bezug auf seine Ausführungen über die historischen Beziehungen der Deutschen mit den Russen und Sowjets während des gemeinsamen Frühstücks. Sie hätten über die Kriegserfahrungen gesprochen.⁹ Aufgrund dieser intensiven Erfahrungen wüßten die Deutschen in be-

⁶ Vgl. dazu die Vorschläge des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Andropow, vom 21. Dezember 1982; Dok. 2, Anm. 13.

⁷ Im Gespräch mit Bundesminister Genscher am 17. Januar 1983 führte der sowjetische Außenminister Gromyko aus: „Die Sowjetunion ist bereit, ihre Raketen auf den Umfang der britischen und französischen Raketen zu begrenzen. Wir haben auch eine Reduzierung der Raketen in Europa zugesagt. Die Reduzierung kann durch die Hauptmethode der Vernichtung erfolgen. Eine gewisse Anzahl wird in andere Regionen umdisloziert. Zu der Zahl der Sprengköpfe: Es ist die Sowjetunion, die Grund hat, diese Frage aufzuwerfen. Die NATO ist bei den Sprengköpfen 1,5 mal überlegen. Eine Übereinkunft muß die Luftstreitkräfte einbeziehen. [...] Ich möchte noch eine Seite unserer Vorschläge erläutern. Wir haben den radikalen Vorschlag gemacht: vollständige Beseitigung aller Mittelstreckensysteme und auch der taktischen Systeme, d. h. eine Reduzierung auf Null. Dies ist die wirkliche Null-Lösung. Eine andere Variante ist die Reduzierung der nuklearen Mittelstreckensysteme auf ein Drittel. Dies würde Raketen und Flugzeuge einschließen. Die Zahl der sowjetischen Raketen wäre gleich der Zahl der vorhandenen britischen und französischen Raketen. Der Vorschlag der Sowjetunion, die Systeme auf ein Drittel zu reduzieren, würde für die Sprengköpfe folgendes bedeuten: Die Sowjetunion hätte dann weniger Sprengköpfe, als sie im Jahre 1976 hatte. Damals behaupteten Sie, es bestünde ein Gleichgewicht. Damit ist logisch, wenn wir vorschlagen, auf ein Drittel zu reduzieren, daß wir dann nicht überlegen sein können.“ Vgl. die Gesprächsaufzeichnung; Referat 213, Bd. 133189.

⁸ In Genf fanden seit dem 30. November 1981 die INF-Verhandlungen statt. Vgl. dazu Dok. 1, Anm. 19.

⁹ Bundeskanzler Kohl bemerkte im Gespräch mit dem sowjetischen Außenminister Gromyko am 18. Januar 1983, „er wisse, daß viele Menschen in der Sowjetunion, die im Zweiten Weltkrieg Schreckliches

sonderer Weise, was Friede bedeute. In jedem zweiten Haus in der Bundesrepublik lebe eine Familie, die im Ersten oder Zweiten Weltkrieg Angehörige verloren habe. Manchmal sogar in beiden Weltkriegen, wie dies in seiner Familie der Fall sei. Es könne deshalb keinen Zweifel daran geben, daß die Deutschen den Frieden wollen, einen Frieden in Freiheit, einen Frieden im Rahmen unserer Gesellschaftsordnung. Dies müsse respektiert werden, wie auch die Deutschen die sowjetische Gesellschaftsordnung respektieren würden.

Diese Erfahrungen seien auch der Grund dafür, daß die Deutschen Abrüstung wünschen. Aufrüstung erhöhe die Kriegsgefahr, quantitativ wie qualitativ. Deshalb sei es das Ziel der Bundesregierung, daß weder sowjetische noch amerikanische Raketen stationiert werden sollten. Das sei auch die Empfehlung der Bundesregierung an die amerikanische Regierung. Die Bundesregierung wolle intensive und seriöse Verhandlungen in Genf. Wenn sich beide Seiten bewegen, gebe es eine Chance für Verhandlungsergebnisse in Genf. Deshalb habe er sich als Bundeskanzler während seines Besuches in Washington im November letzten Jahres¹⁰ wie jetzt in einem Brief an Präsident Reagan¹¹ erneut für eine Begegnung zwischen Generalsekretär Andropow und Präsident Reagan ausgesprochen. Dieser Gipfel müsse gut vorbereitet werden und dürfe sich nicht in reiner Propaganda erschöpfen. Beide Weltmächte tragen eine elementare Verantwortung für den Frieden, und es sei die Aufgabe der Bundesregierung, sie daran zu erinnern.

Er müsse daran erinnern, daß der Doppelbeschluß wie die Null-Lösung der amerikanischen Regierung von den Europäern aufgedrängt worden sei. Noch vor zwei Jahren hieß es, daß mein Vorgänger¹² Vater dieser Vorschläge sei. Heute sei jedoch die SPD von ihrer Politik abgerückt. Das sei aber bei Vaterschaften häufig so. Er verstehe, daß die Sowjetunion die mögliche Stationierung der Pershing II mit besonderem Interesse verfolge. Dies sei sehr verständlich. Unsere besondere Aufmerksamkeit gelte aber der SS-20, die bereits aufge-

Fortsetzung Fußnote von Seite 53

mitgemacht hätten, was auch in deutschem Namen geschehen sei, dies nicht vergessen könnten. Er wisse auch, daß es in der russischen und sowjetischen Geschichte immer eine Diskussion gegeben habe über die Sicherheitslage und die Sicherheitsbedürfnisse des Landes. Er wünsche, daß trotz der verschiedenen Ausgangslagen zwischen beiden Ländern Verständigung gefunden werde, begründet auf den Respekt der jeweils anderen Gesellschaftsordnung, aber auch auf das Wissen, daß im Angesicht der modernen Vernichtungswaffen Krieg kein Mittel der Politik sei.“ Vgl. die Gesprächsaufzeichnung; Bundeskanzleramt, AZ: 21-30 100 (56), Bd. 63; B 150, Aktenkopien 1983.

¹⁰ Bundeskanzler Kohl hielt sich vom 14. bis 16. November 1982 in den USA auf. Für die Gespräche mit Präsident Reagan und mit dem amerikanischen Verteidigungsminister Weinberger am 15. November sowie mit Außenminister Shultz am 16. November 1982 in Washington vgl. AAPD 1982, II, Dok. 306, Dok. 308 und Dok. 309.

¹¹ Mit Schreiben vom 17. Januar 1983 übermittelte Bundeskanzler Kohl Präsident Reagan den Text einer Erklärung der Bundesregierung vom 12. Januar 1983 zur Abrüstungsfrage. Er erläuterte: „Ich habe diese Klarstellung unserer Haltung auch im Hinblick auf den heute beginnenden Besuch von Außenminister Gromyko für richtig gehalten. Auf der Grundlage dieser Position wird Außenminister Genscher und werde ich selbst mit Außenminister Gromyko sprechen. Eines unserer Ziele bei diesen Gesprächen ist es, das Mögliche zu dem von uns allen gewünschten Durchbruch bei den amerikanischen-sowjetischen Verhandlungen über Mittelstreckenraketen beizutragen. Wir werden nachdrücklich unterstreichen, daß diese schwierigen Verhandlungen nicht durch öffentliche Erklärungen, sondern nur in direkten Kontakten der USA und der Sowjetunion am Verhandlungstisch zum Erfolg geführt werden können. Sie wissen, daß dies nach meinem Urteil ein Gipfeltreffen einschließen sollte.“ Vgl. VS-Bd. 14120 (010); B 150, Aktenkopien 1983.

¹² Helmut Schmidt.

stellt sei. Wenn beide Seiten das gleiche Interesse verfolgen, müsse es doch möglich sein, in Genf einen entscheidenden Schritt zu tun.

Es gebe darüber hinaus einen weiteren Punkt für Abrüstung. Der Friede sei auch zunehmend durch die Armut und das Elend in der Dritten Welt bedroht. Sicherlich gebe es im Osten wie im Westen unterschiedliche Gesellschaftssysteme. In den Augen der Dritten Welt werden beide jedoch als Industrienationen in den gleichen Topf geworfen. Es sei deshalb die Aufgabe beider Seiten, verstärkte Hilfe zur Überwindung der Armut in der Dritten Welt zu leisten.

Das Ziel der Bundesregierung laute: Friede mit immer weniger Waffen. Er füge jedoch hinzu, daß die Bundesregierung auch über die konventionelle Rüstung beunruhigt sei. Ihre Zerstörungskraft sei ebenfalls katastrophal.

Er wolle immer wieder darauf hinweisen, daß auch die USA sehr ernsthaft an einer positiven Entwicklung interessiert seien. Auch in Amerika gebe es Diskussionen über das Wettrüsten. Der Wunsch nach Abrüstung sei inzwischen weltweit gegeben.

Er habe die Erklärungen des Warschauer-Pakt-Gipfels in Prag¹³ sehr genau zur Kenntnis genommen. Er sehe darin einige Chancen, die weiterentwickelt werden müßten. Er sei bereit, dazu seinen Beitrag zu leisten. Er stimme mit seinem Kollegen Willy Brandt in vielen politischen Fragen nicht überein. Aber er unterstütze einen Satz, den Herr Brandt gesagt habe: Von deutschem Boden dürfe nie wieder Krieg ausgehen.

Gromyko begrüßte die Ausführungen des Bundeskanzlers zur Prager Erklärung. Er wolle das erläutern. Der Westen habe immer wieder gleichsam im Chor wiederholt, daß ein einseitiger Verzicht auf atomare Waffen schlecht sei, denn ein Krieg könne auch mit konventionellen Waffen geführt werden. Deshalb sei auch ein Verzicht auf den Ersteinsatz von konventionellen Waffen unverzichtbar und müsse hinzukommen. Mit dieser Argumentation sei der sowjetischen Seite eine falsche Absicht unterschoben worden. Deshalb habe die sowjetische Führung ihren Vorschlag¹⁴ ergänzt und angeboten, auch den Verzicht auf den Ersteinsatz konventioneller Waffen zwischen NATO und Warschauer Pakt einzubeziehen. Es sollte ein Vertrag geschlossen werden, daß weder nukleare noch konventionelle Waffen eingesetzt, noch Gewalt angewendet wird. Was bleibe jetzt noch von den bösen Absichten der Sowjetunion übrig? Es sei der Wunsch der sowjetischen Führung, daß die Bundesregierung und die NATO-Staaten diesen Vorschlag ernsthaft prüfen, ohne Emotionen, mit kalter Vernunft. Ein solcher Vertrag könnte auch einen wichtigen Impuls für die Reduzierung der taktischen und strategischen Waffen geben.

Der *Bundeskanzler* unterstrich noch einmal, daß aus seiner Sicht ein Treffen zwischen Generalsekretär Andropow und Präsident Reagan für alle diese Fragen von großer Bedeutung sei. Ohne eine starke Schubkraft von oben könne in

¹³ Zur Tagung des Politischen Beratenden Ausschusses des Warschauer Pakts am 4./5. Januar 1983 in Prag vgl. Dok. 40.

¹⁴ Der Vorschlag für eine Erklärung, in der der Ersteinsatz von Kernwaffen als Verbrechen gegen die Menschheit bezeichnet werden sollte, wurde vom sowjetischen Außenminister Gromyko in seiner Rede vor der VN-Generalversammlung am 22. September 1981 in New York unterbreitet. Für den Wortlaut seiner Ausführungen vgl. UN GENERAL ASSEMBLY, 36th Session, Plenary Meetings, S. 93. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1981, D 637 f.

Genf kein Durchbruch erreicht werden. Sein Eindruck sei, daß dies auch in den USA so gesehen werde. Präsident Reagan wolle nicht als ein Mann in die Geschichte eingehen, der nicht alles Menschenmögliche für den Frieden getan habe. Der Präsident sei ein sehr warmherziger und emotionaler Mensch.

Gromyko warf die Frage ein, ob Reagan warmherzig sei, wenn er vom großen und kleinen Krieg in Europa spreche?

Der *Bundeskanzler* wies darauf hin, daß es um existentielle Fragen ginge. Und was Europa betreffe, so seien die Europäer zwar nicht immer ein so harmonischer Chor wie die Donkosaken, aber es könne auch keinen Zweifel darüber geben, daß es eine große Geschlossenheit der Europäer in der Sicherheitspolitik gebe.

Außenminister *Gromyko* griff das Beispiel des Donkosaken-Chors auf. Der Chor stelle in der Regel nur die Begleitung dar. Er müsse feststellen, daß die Melodie selbst nicht sehr wohltönend sei. Washington verfolge hartnäckig sein Ziel, Europa mit atomaren Waffen vollzu„spicken“. Reagans Politik sei auf die militärische Aufrüstung konzentriert. Wenn er nicht in dieser Rolle in die Geschichte eingehen wolle, wie der Bundeskanzler sage, habe er jedoch bereits vieles dafür getan. Er habe Zweifel, ob die Zeit für eine Kurskorrektur noch ausreiche. Wer habe dem Präsidenten das Recht gegeben, über das Schicksal der Menschheit und einzelner Länder entscheiden zu können? Er rede ständig von großen, kleinen, begrenzten Kriegen, als ginge es um einen Picknick-Ausflug. Die sowjetische Führung lese alle amerikanischen Erklärungen. Die amerikanische Regierung denke nur in der Kategorie des Krieges: Wer müsse zuerst angreifen oder nicht, wer müsse stärker sein usw. Die amerikanische Regierung betrachte die Welt durch einen militärischen Schleier, durch einen militaristischen Nebel; das sehe wie eine Walpurgisnacht aus.

Der *Bundeskanzler* bezeichnete dieses Bild der sowjetischen Führung über die amerikanische Administration als gefährlich, weil falsch. *Gromyko* müsse davon ausgehen, daß es weit und breit keinen Militarismus gebe. Er persönlich sei unfähig dazu, und gleich wer in diesem Jahrzehnt in Bonn Bundeskanzler sein werde, es werde kein Militarist sein. In ganz Europa gebe es keine Militaristen. Eine Reihe der europäischen Regierungschefs seien persönliche Freunde von ihm. Darunter seien keine Militaristen. Dies gelte auch für die Vereinigten Staaten von Amerika. Jeder, der intelligent sei, wisse, daß es in Mitteleuropa keinen kleinen Krieg geben könne. In jedem Fall sei die Existenz Europas betroffen. Es sei eine reine Theorie, darüber nachzudenken, wie viele in Europa in einem Kriege überleben könnten. Dies sei abstrus und keine reale Politik. Welche Ideale man auch immer vertrete, die des Humanismus, des Marxismus/Leninismus oder des Christentums, in allen Fällen müßte man sich in der Ablehnung des Krieges einig sein.

Gromyko erklärte, daß er es sehr bedaure, daß der Bundeskanzler den militaristischen Kurs der USA in Schutz nehme. Er hätte alle Erklärungen des Bundeskanzlers gelesen. Sie beinhalten härtere Töne, als sie von der vorherigen Regierung zu hören waren. Der Bundeskanzler trete zwar für die Fortsetzung der Ostpolitik ein, aber er könne nicht damit einverstanden sein, daß er die amerikanische Politik in einem günstigen Licht darstelle. Das könne die sowjetische Führung nicht akzeptieren.

Politik müsse man an den Taten messen, erklärte der *Bundeskanzler*, als Beispiel dafür verweise er auf das Verhalten der Bundesregierung in der Frage des Erdgas-Röhren-Geschäftes.¹⁵

Gromyko erwiderte, daß er es sehr hoch zu schätzen wisse, was der Bundeskanzler für die wirtschaftliche Zusammenarbeit mit der Sowjetunion getan habe, insbesondere im Zusammenhang mit dem Erdgas-Röhren-Geschäft. Aber die amerikanische Außen-, Rüstungs- und Sicherheitspolitik laufe dem Frieden und der Entspannung entgegen, ja sie begrabe die Entspannung. Er wolle nur das Beispiel des Nahen Ostens erwähnen. Israel übe die Funktion eines Schlagbolzens aus. Die Amerikaner hätten ein Hauptkommando eingerichtet, um im Krisenfall in 19 Ländern intervenieren zu können, wenn sie mit der dortigen Entwicklung nicht einverstanden seien.¹⁶ Dies alles könne der Bundeskanzler nicht widerlegen. Es sei für sie deshalb unverständlich und täte ihnen leid, daß der Bundeskanzler diesen amerikanischen Kurs unterstütze.

Der Bundeskanzler trete für Kontinuität ein, gelte dies aber auch für die Frage des Friedens, der Strategie? Er sei erstaunt, daß der Bundeskanzler die Reagan-Administration so verteidige. Der Vorschlag der Sowjetunion, auf den Ersteinsatz zu verzichten, sei für sie von großem Risiko. Dennoch habe die amerikanische Regierung darauf nicht reagiert, sondern diesen Vorschlag nur als Ergebnis in die Tasche gesteckt.

Der *Bundeskanzler* gab erneut seiner persönlichen Überzeugung Ausdruck, und dies sei auch die Meinung seiner europäischen Kollegen, daß die Amerikaner in Genf den Erfolg der Verhandlungen wollen. Dies sei auch der Sinn des Doppelbeschlusses. In dieser Frage gebe es in der Tat die Kontinuität, von der der sowjetische Außenminister spreche. Die Bundesregierung werde jeden Schritt in Genf sorgsam verfolgen und erwägen. Die Bundesrepublik bleibe eine Mittelmacht, werde jedoch alles tun, damit die Genfer Verhandlungen zu einem Erfolg führen. Es bleibe dabei, daß die Bundesregierung weder sowjetische noch amerikanische Raketen wolle. Dies diene dem Frieden und den deutschen Interessen.

In der Bundesrepublik stünden keine Angriffswaffen. Die Bundeswehr sei keine Angriffsarmee. Sein ältester Sohn leiste gerade Wehrdienst. Es gebe niemanden, der einen Angriff wolle. Das einzige, was die Deutschen wollen, ist der Wunsch, daß sie ihr Leben so gestalten können, wie sie es selbst wünschen.

Er müsse aber auf ein großes Problem hinweisen, das es in der Tat mit der Sowjetunion gebe. Dieses Problem sei zu seinen Lebzeiten nicht zu lösen. Dies sei seine persönliche Prognose. Er meine die Teilung Deutschlands. Hitler habe sie verschuldet, wir müssen sie ertragen. Es bleibe aber das Ziel der Bundesregie-

¹⁵ Zum Erdgas-Röhren-Geschäft mit der UdSSR vgl. Dok. 2, Anm. 7.

¹⁶ Die USA begannen im Frühjahr 1981 mit dem Aufbau einer „Rapid Deployment Force“ (RDF). Vgl. dazu AAPD 1981, I, Dok. 55.

Am 8. Dezember 1982 gab das amerikanische Verteidigungsministerium die Errichtung eines „Verinigten Zentralkommandos Südwestasien“ mit Sitz in Tampa, Florida, bekannt. Es sollte den Einsatz von RDF-Verbänden mit einer Gesamtstärke von 230 000 Soldaten in der Region des Nahen Ostens, des Persischen Golfs und des Indischen Ozeans koordinieren. Ausgenommen hiervon waren Israel, der Libanon und Syrien, die weiterhin im Verantwortungsbereich des Hauptquartiers in Stuttgart verblieben. Vgl. dazu die Meldung „US-Militärkommando für Südwestasien“; NEUE ZÜRCHER ZEITUNG, Fernausgabe vom 14. Dezember 1982, S. 5.

rung, diese Teilung für die Menschen so erträglich wie möglich zu machen. Beispielsweise müsse es möglich sein, daß Menschen in Frankfurt am Main und Leipzig einander heiraten können. Dies müsse doch ein sehr verständlicher Wunsch sein. Was kann man von einem Volk mehr erwarten, das das natürliche Ziel der Einheit verfolgt, daß es sich so vernünftig hält, daß jeder Revanchismus ohne Chance bleibt. Es zeugt vom guten Geist der Deutschen, daß sie den Ausgleich mit allen Nachbarvölkern wollen.

Im Rahmen der wirtschaftlichen Beziehungen seien der gegenseitige Austausch und die Kommunikation oft bedeutsamer als der wirtschaftliche Ertrag als solcher, der sicherlich auch wichtig sei. Die Bundesrepublik befinde sich zur Zeit in einer schwierigen wirtschaftlichen Lage. In einem Jahr etwa werde sie das Tal überwunden haben. Dies werde auch die wirtschaftlichen Beziehungen verbessern, deren politischer Wert wichtiger sei als ihr ökonomischer.

Außenminister *Gromyko* nahm noch einmal Bezug auf die Beziehungen der Bundesrepublik Deutschland zur DDR. Der Bundeskanzler müsse wissen, daß die Beziehungen der Bundesrepublik zur DDR auch die sowjetischen Beziehungen zur Bundesrepublik berühren. Dies gelte auch für beide Genfer Verhandlungsebenen (INF/START). Die Sowjetunion könne sich jedoch mit dem Doppelbeschluß nicht einverstanden erklären. In Wirklichkeit sei dies der direkte Beschluß mit dem erklärten Ziel, im Falle eines Mißerfolges der Sowjetunion allein die Schuld zuzuschreiben, um dann tatsächlich stationieren zu können. Die Wirklichkeit sehe aber so aus, daß für einen Mißerfolg die Vereinigten Staaten die Verantwortung trügen. Er wolle die direkte Frage an den Bundeskanzler richten: Wenn 1983 so verlaufen werde, daß in Genf kein Verhandlungserfolg möglich sein werde, werden Sie als Bundeskanzler die Erlaubnis für die Stationierung erteilen, oder sollte weiterverhandelt werden?

Der *Bundeskanzler* erklärte, daß er für eine ehrliche, kalkulierbare, berechenbare Politik eintrete. Für ihn gelte vor der Wahl nichts anderes als nach der Wahl.¹⁷ Deshalb wolle er eine klare Antwort geben. Alle Fraktionen des Deutschen Bundestages haben dem Doppelbeschluß unter der Regierung von Bundeskanzler Schmidt zugestimmt. Die jetzige Bundesregierung stehe zu diesem Beschluß, der ausdrücklich die Verhandlungen einschließt. Seit dem 1. Oktober sei er Bundeskanzler, und seitdem habe er jede Gelegenheit genutzt, um darauf Einfluß zu nehmen, daß in Genf ernsthaft und erfolgreich verhandelt werde. Er verstehe nicht, warum er die Verhandlungschancen pessimistisch beurteilen solle.

Er nehme die Erklärungen von Außenminister *Gromyko* und die von Generalsekretär *Andropow*, die dieser gegenüber Präsident *Carstens* und Außenminister *Genscher* geäußert habe¹⁸, sehr ernst. Ebenso ernst nehme er aber auch die Erklärungen von Präsident *Reagan*. Zur Stunde müßte er deshalb davon ausgehen, daß die Verhandlungen nicht scheitern. Selbstverständlich müssen sich beide Seiten bewegen. Sein Beitrag bestehe darin, alles zu tun, daß die Verhandlungen zu einem erfolgreichen Abschluß führen. Deshalb lege er per-

¹⁷ Die Wahlen zum Bundestag fanden am 6. März 1983 statt.

¹⁸ Bundespräsident *Carstens* und Bundesminister *Genscher* hielten sich am 14./15. November 1982 anläßlich der Beisetzung des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, *Breschnew*, in Moskau auf. Vgl. dazu AAPD 1982, II, Dok. 302.

sönlich auf den sehr direkten Kontakt großen Wert. Er verstehe sich dabei nicht als Dolmetscher, sondern wolle mithelfen.

Gromyko erwiderte, daß der direkte Kontakt ein gegenseitiger Wunsch sei. Es sei eine gute Grundlage für die zukünftige Zusammenarbeit, und er werte dies als einen Pluspunkt, als ein Kennzeichen für den gegenwärtigen Stand der Beziehungen. Er müsse aber darauf hinweisen, daß seine Frage nicht beantwortet worden sei.

Der *Bundeskanzler* wiederholte, daß die Bundesregierung zum Doppelbeschluß stehe. Dies sei seine Antwort.

Gromyko warf ein, daß seine Frage anders gelautet habe. Aber darauf komme es nicht so an. Im Rahmen der bilateralen Beziehungen gebe es viele Berührungspunkte. Zusammenfassend wolle er fragen: Wenn der Bundeskanzler an der Regierung bleibe, werde er die Ostpolitik fortsetzen?

Der *Bundeskanzler* antwortete, daß die Antwort davon abhängig sei, wie man die Ostpolitik definiere. Er wolle ehrlich sein: Bundesregierung steht zu den Verträgen. Sie seien von dieser Regierung nicht abgeschlossen worden, und er sei nicht immer in allen Punkten einverstanden gewesen. Eine wichtige Grundlage für den Frieden bleibe jedoch die Vertragstreue. Aber die Bundesregierung wolle die Verträge auch mit Leben erfüllen.

Daran habe die sowjetische Führung keinen Zweifel, erwiderte *Gromyko*.

Der *Bundeskanzler* fügte hinzu, daß die Sowjetunion wisse, daß seit Konrad Adenauer die Bundesrepublik ein verlässlicher Partner sein wolle. Die Bundesregierung wolle deshalb auch die wirtschaftliche Zusammenarbeit fortentwickeln. Dies gelte auch für die kulturellen Beziehungen, sie seien ein besonders wichtiges Feld, das keine großen Taten ermögliche, aber für die Menschen wichtig sei.

Ein besonderes Anliegen für die Bundesregierung bleibe der Bereich der humanitären Beziehungen. Dies gelte insbesondere für die Familienzusammenführung.¹⁹ Er hoffe, daß ein weiterer Schritt möglich werde und insbesondere die gegenseitigen Besuchsmöglichkeiten intensiviert werden könnten. Dies sei insbesondere für die getrennten Familien eine wichtige Hilfe.

Außenminister *Gromyko* sicherte zu, daß er diese Frage im Blickfeld behalten wolle. Dies sei ein Vorschlag, der überlegt werden könnte. Er habe jedoch die humanitären Fragen bereits sehr ausführlich mit dem Außenminister Genscher besprochen.²⁰

¹⁹ Mit Schreiben vom 22. Juni 1983 an Bundeskanzler Kohl trug DRK-Präsident Prinz zu Sayn-Wittgenstein vor, daß beim DRK derzeit 87 065 deutschstämmige Personen aus der UdSSR als ausreisewillig registriert seien. Zusammen mit weiteren noch offenen Fällen müsse davon ausgegangen werden, „daß aus der Sowjetunion weit mehr als 100 000 Deutsche auszureisen wünschen“. Hinsichtlich der erfolgten Ausreisen übermittelte er folgende Zahlen: 5985 (1975); 9701 (1976); 9274 (1977); 8455 (1978); 7226 (1979); 6554 (1980); 3773 (1981); 2071 (1982). Vgl. Referat 213, Bd. 133278.

²⁰ Im Gespräch am 17. Januar 1983 mit dem sowjetischen Außenminister bedauerte Bundesminister Genscher den Rückgang der Ausreisegenehmigungen für sowjetische Staatsbürger deutscher Volkzugehörigkeit. *Gromyko* erklärte daraufhin: „Seit 25 Jahren seien inzwischen über 70 000 Sowjetbürger deutscher Nationalität ausgereist. Das sei eine stattliche Zahl. Wenn beklagt werde, daß jetzt die Zahlen zurückgingen, müsse man fragen, ob dies nicht in der Natur der Sache liege. Irgendwann nähmen die Fälle der Familienzusammenführung ab. Die Sowjetunion habe ihre Einstellung nicht geändert. Sie prüfe die in der Liste übermittelten Ausreisebitten in wohlwollendem Geiste und gemäß

Auch die sowjetische Führung trete für die Weiterentwicklung der bilateralen Beziehungen ein, sowohl im wirtschaftlichen wie im kulturellen Bereich. Hier würden sich die Wünsche beider Seiten treffen. Der Dialog müsse fortgeführt werden. Sicherlich gebe es in vielen internationalen Fragen unterschiedliche Standpunkte. Er habe jedoch die Bitte, daß die Bundesregierung ihre Beschlüsse nicht übereile. Er teile die Einschätzung des Bundeskanzlers über die Politik der Vereinigten Staaten nicht. Er habe die Position der sowjetischen Führung zum Doppelbeschluß dargelegt, er kenne jetzt auch die der Bundesregierung. Er wolle noch einmal darauf hinweisen, daß die Verantwortung bei den Vereinigten Staaten liegen werde, wenn es in Genf zu keinem Abkommen käme. Die Sowjetunion sei nicht bereit, die imperialen Ansprüche der USA zuzulassen. Das Ziel der Sowjetunion sei, daß ein Abkommen das Gleichgewicht sichern muß. Aufgefallen sei ihm, daß der Bundeskanzler den Begriff der Entspannung nicht erwähnt habe, aber er werde durch die Verträge abgedeckt.

Der *Bundeskanzler* erklärte, daß für ihn die Entspannung kein Problem darstelle. Dies habe er bereits beim gemeinsamen Frühstück deutlich gemacht.

Gromyko fragte ihn daraufhin, ob er der sowjetischen Führung sagen könne, Bundeskanzler Kohl sei für den Kurs der Entspannung? Bundeskanzler *Kohl* bejahte dies, wies aber darauf hin, daß auch in diesem Fall wichtig sei, wie man Entspannung definiere. Wichtig sei für ihn, daß es eine Reihe von Punkten der Übereinstimmung gebe. In den anderen Fragen müsse man zu einem Ausgleich kommen.

Der Bundeskanzler bat darum, noch eine Frage stellen zu dürfen, die er jedoch nicht als eine Einmischung in die inneren Angelegenheiten der Sowjetunion verstanden wissen wolle. In der deutschen Öffentlichkeit gebe es eine starke Diskussion über Sacharow.²¹ Dieser genieße viele Sympathien in der Bundesrepublik. Er wolle deshalb ehrlich sein. Das Schicksal von Sacharow wird von vielen Deutschen mit großem Interesse verfolgt. Dies müsse die sowjetische Führung wissen.

Es gebe viele andere wichtige Fragen, erwiderte *Gromyko*. Er wolle zum Abschluß des Gesprächs für die offene Atmosphäre danken. Sie erleichtere den Meinungsaustausch. Die Grüße des Bundeskanzlers an Generalsekretär Andropow werde er bestellen.

VS-Bd. 14116 (010)

Fortsetzung Fußnote von Seite 59

der sowjetischen Gesetzgebung.“ Genscher bezeichnete die von Gromyko gegebenen Zahlen als „zutreffend“, fügte aber hinzu, daß nach dem Eindruck der Bundesregierung „Ausreisewünsche unverändert fortbestünden. Darin drücke sich auch aus, daß sich die Menschen vom KSZE-Prozeß mehr Großzügigkeit in solchen Fragen versprechen.“ Vgl. die Gesprächsaufzeichnung; Referat 213, Bd. 133189.

²¹ Der sowjetische Atomphysiker Sacharow wurde am 22. Januar 1980 in Moskau festgenommen und nach Gorki verbannt. Mit Schreiben vom 28. Dezember 1982 an den Schriftsteller Kopelew sagte Bundeskanzler Kohl zu, sich im Gespräch mit dem sowjetischen Außenminister Gromyko für Sacharow einzusetzen. Vgl. dazu Referat 213, Bd. 139298.

Am 4. Februar 1983 richtete Bundesminister Genscher ein Schreiben an Gromyko, um dessen Aufmerksamkeit auf „zutiefst beunruhigende Berichte über den Gesundheitszustand des Mitglieds der Akademie der Wissenschaften der UdSSR, Andrej Sacharow, zu lenken“. Er bat, „sich dafür einzusetzen, daß Akademie-Mitglied Sacharow gestattet wird, sich an einen Aufenthaltsort seiner Wahl zu begeben, um sich dort medizinisch behandeln lassen und in Frieden leben und arbeiten zu können“. Vgl. den Drahterlaß Nr. 630 des Vortragenden Legationsrat I. Klasse Arnot vom selben Tag an die Botschaft in Washington; VS-Bd. 13380 (213); B 150, Aktenkopien 1983.

11

Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem italienischen Außenminister Colombo

Dg 41-420.10 ITA

19. Januar 1983¹Gespräch BM mit AM Colombo am 19.1.1983²

I. Der kurzfristig angesetzte Besuch von AM Colombo knüpfte an die Tradition häufiger Gespräche zwischen den beiden Ministern an. Das Gespräch dauerte etwa zwei Stunden. Im Mittelpunkt stand ein Bericht des BM über seine Gespräche mit AM Gromyko, den Stand der Abrüstungsverhandlungen und die Frage, wie sich der Westen zu der sowjetischen Abrüstungsoffensive verhalten solle. Die beiden Minister erörterten außerdem EG-Fragen (Aufgaben der deutschen Präsidentschaft³, Europäische Akte, EG-Ratstagung am 24./25. Januar und das dabei vorgesehene Treffen mit dem erweiterten Präsidium des EP). Ebenfalls angesprochen wurden die bevorstehende Reise von AM Colombo nach Ost-Berlin sowie die Airbus-Frage⁴.

II. Im einzelnen

1) Gromyko-Besuch⁵

BM erläuterte, daß dieser Besuch auf eine von ihm im Herbst in New York ausgesprochene Einladung zurückgehe.⁶ Im Vergleich zu seinem Besuch im November 1979⁷ sei Gromyko gemäßigt und eher werbend aufgetreten. Während er damals gedroht habe, es gebe keine Abrüstungsverhandlungen, wenn die NATO den Doppelbeschluß durchführe, habe er dieses Mal keine Drohungen ausgestoßen, sondern die sowjetischen Abrüstungsvorschläge⁸ erläutert. In der Sache habe es – gemessen an dem aus Genf bekannten Sachstand⁹ – keine neuen Elemente gegeben.

¹ Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Ministerialdirigent Ungerer am 20. Januar 1983 gefertigt.

² Der italienische Außenminister Colombo hielt sich am 19. Januar 1983 in der Bundesrepublik auf.

³ Die Bundesrepublik hatte vom 1. Januar bis 30. Juni 1983 die EG-Ratspräsidentschaft inne.

⁴ Die Bundesrepublik und Frankreich arbeiteten seit 1969 bei der Entwicklung des „Airbus“ zusammen. Die Niederlande waren durch eine Zusatzvereinbarung vom 28. Dezember 1970 an Airbus Industrie beteiligt. Spanien trat der Kooperation mit Übereinkommen vom 23. Dezember 1971 bei. Großbritannien schloß sich der Zusammenarbeit am 1. Januar 1979 an. Vgl. dazu AAPD 1975, II, Dok. 252 und AAPD 1978, II, Dok. 367.

Mit Vereinbarung vom 1. März 1982 beteiligte sich auch Belgien am Airbus-Programm. Für die Vereinbarung vgl. Referat 411, Bd. 160424.

⁵ Zum Besuch des sowjetischen Außenministers Gromyko vom 16. bis 19. Januar 1983 vgl. Dok. 10 und Dok. 15.

⁶ Zum Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem sowjetischen Außenminister Gromyko am 5. Oktober 1982 vgl. AAPD 1982, II, Dok. 263.

⁷ Der sowjetische Außenminister Gromyko hielt sich vom 21. bis 24. November 1979 in der Bundesrepublik auf. Vgl. dazu AAPD 1979, II, Dok. 341–344.

⁸ Zu den Vorschlägen des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Andropow, vom 21. Dezember 1982 vgl. Dok. 2, Anm. 13.

Vgl. dazu ferner die Erklärung des Politischen Beratenden Ausschusses des Warschauer Pakts vom 5. Januar 1983 („Prager Erklärung“); Dok. 40.

⁹ Zu den INF-Verhandlungen in Genf vgl. Dok. 1, Anm. 19.

Nachdem BM kurz den Gesprächsinhalt wiedergegeben hatte, bezeichnete er als Kern der weiteren Diskussion die Frage, wie sich der Westen in der durch die sowjetische Abrüstungsoffensive entstandenen Lage verhalten soll.

Nach einer längeren Diskussion stellten beide Minister fest, daß die deutsche und italienische Position in dieser Frage voll übereinstimmen. Die Null-Lösung sei die beste Lösung. Es dürfe kein sowjetisches Monopol bei Mittelstreckenraketen geben. Im übrigen gelte der NATO-Doppelbeschluß, d. h., der Bedarf an INF werde im Lichte der Genfer Verhandlungsergebnisse geprüft. (Ausführlicher VS-v-Vermerk über diesen Teil des Gesprächs wird getrennt vorgelegt.¹⁰)

2) Beide Minister kamen kurz auf die Bundestagswahl¹¹ zu sprechen, wobei *Colombo* ankündigte, es werde möglicherweise im späten Frühjahr Wahlen in Italien geben.¹² Da auch in GB im Frühjahr Wahlen vorgesehen seien¹³, saßen wir alle im gleichen Boot.

Er fragte sodann nach der Reaktion Gromykos auf die Nachricht von seinem bevorstehenden Besuch in Bonn. Er habe den Eindruck, daß der bulgarische Fall Spuren im sowjetisch-italienischen Verhältnis hinterlassen habe.¹⁴ *BM* erwiderte, auf seine Ankündigung, daß er anschließend mit AM *Colombo* zusammentreffen werde, habe sich Gromyko positiv über ihn geäußert.

3) Auf die Frage des BM nach seinem bevorstehenden Besuch in Ost-Berlin sagte AM *Colombo*, der Besuch habe nicht weiter verschoben werden können. *BM* verwies auf Kontakte zwischen unserem Ständigen Vertreter in Ost-Berlin¹⁵ und dem italienischen Vertreter, bei dem alle Probleme Berlins und seines Status angesprochen seien.¹⁶ AM *Colombo* verwies auf ein Gespräch mit

¹⁰ Bundesminister Genscher führte im Gespräch mit dem italienischen Außenminister Colombo am 19. Januar 1983 aus, daß „Lösungen außerhalb der Null-Lösung“ nur „als Schritt in Richtung auf die Null-Lösung akzeptabel und nicht als einseitiger westlicher Verzicht“ denkbar seien. Genscher bemerkte ferner, „daß ein US/SU-Abkommen über eine Null+X-Lösung uns die Stationierung erleichtere. Seine größte Sorge sei jedoch die sich in Europa verbreitende Stimmung, daß der Westen dann auf Nachrüstung verzichten könne, wenn die SU ausreichend reduziere. Die Antwort müsse sein: Wenn die SU verzichtet, wird der Westen das auch tun; wenn die SU nur reduziert, wird der Westen auch nur reduzieren. AM Colombo erwiderte, eine ungleichgewichtige Reduzierung der SU sei nicht akzeptabel. Man müsse einer Stimmung in Europa entgegenwirken, die solchen Reduzierungen Vorschub leiste.“ Vgl. die Gesprächsaufzeichnung; VS-Bd. 14112 (010); B 150, Aktenkopien 1983.

¹¹ Die Wahlen zum Bundestag fanden am 6. März 1983 statt.

¹² Die Wahlen zum italienischen Parlament fanden am 26./27. Juni 1983 statt.

¹³ Die Wahlen zum britischen Unterhaus fanden am 9. Juni 1983 statt.

¹⁴ Am 13. Mai 1981 wurde Papst Johannes Paul II. während einer Generalaudienz auf dem Petersplatz in Rom von Mehmet Ali Agca durch mehrere Schüsse lebensgefährlich verletzt. Am 22. Juli 1981 wurde Agca in Rom zu einer lebenslangen Haftstrafe verurteilt. Vgl. dazu AAPD 1981, II, Dok. 142.

Botschafter Gehlhoff, Rom (Vatikan), teilte am 15. Dezember 1982 mit, daß im Zuge der Ermittlungen mehrere bulgarische Staatsangehörige unter dem Verdacht der Mithilfe verhaftet worden seien. In der italienischen Regierung werde die Frage gestellt, „ob es vorstellbar sei, daß der bulgarische Geheimdienst ein Attentat auf den Papst vorbereiten und durchführen lasse, ohne daß der sowjetische KGB davon Kenntnis habe, ja ohne daß er dem Plan zugestimmt habe. Andererseits frage man sich, ob es in der Linie des KGB und der Moskauer Regierung liege, einen solchen Akt eines individuellen Terrorismus gegen eine derart herausragende internationale Persönlichkeit wie den Papst zu organisieren, und ob sich die sowjetische Führung tatsächlich eine nachhaltige Beruhigung der Lage in Polen aufgrund eines geglückten Mordanschlages auf den Wojtyła-Papst habe ausrechnen können.“ Vgl. den Schriftbericht Nr. 524; Referat 203, Bd. 124901.

¹⁵ Hans Otto Bräutigam.

¹⁶ Ministerialdirigent Hellbeck, Ost-Berlin, teilte am 18. Januar 1983 mit, daß er in der italienischen Botschaft in Ost-Berlin für die Bundesrepublik „sensitive Punkte“ erläutert habe: „Keine Kommu-

Botschafter v. Wechmar¹⁷ und versprach, die Frage des Zwangsumtausches¹⁸ in Ost-Berlin anzusprechen.¹⁹

4) AM Colombo erwähnte sodann ein Gespräch mit Botschafter v. Wechmar über den Airbus, bei dem dieser eine Demarche der Botschafter D, F²⁰ und GB²¹ angekündigt habe. Italien sei für den Airbus unter der Voraussetzung wirtschaftlicher Rentabilität und neuester Technologie. Die Tatsache, daß Italien in letzter Zeit Flugzeuge bei Douglas gekauft habe, stehe dem nicht entgegen.²²

D4 i. V.²³ entgegnete, daß wir durch Berichte über massive Versuche von Boeing, Alitalia Flugzeuge zu verkaufen, alarmiert worden seien. Dies habe uns bewogen, in Demarchen der interessierten Länder auf den Airbus hinzuweisen. Wenn man in Brüssel die Notwendigkeit europäischer technologischer Zusammenarbeit betone, müsse das auch für den Airbus gelten.

AM Colombo bestätigte, daß europäische Projekte für Italien Vorrang haben, äußerte sich jedoch besorgt darüber, daß der angebotene Airbus-Typ mit alten Motoren ausgerüstet sei und somit nicht neuestem technologischem Stand entspreche.

Fortsetzung Fußnote von Seite 62

niqué-Passagen, die innerdeutsche Beziehungen dem Völkerrecht unterstellen; keine Zitate aus der Schlußakte von Helsinki ohne Hinweis darauf, daß Grundlagenvertrag für innerdeutsche Beziehungen verbindlich und bindend ist; keine Akte, die den Sonderstatus von Berlin berühren könnten, wie militärisches Zeremoniell in Berlin oder Kranzniederlegung in Anwesenheit des ‚Stadtkommandanten‘, Besuch der Mauer als ‚Staatsgrenze der DDR‘, Bezeichnung von Berlin (Ost) als ‚Hauptstadt der DDR‘, Erwähnung von Berlin (West) in einem Kommuniké oder einer Erklärung.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 58; Referat 210, Bd. 132591.

17 Botschafter Freiherr von Wechmar, Rom, berichtete am 18. Januar 1983, daß er dem italienischen Außenminister Colombo die Bitte der Bundesregierung übermittelt habe, „bei seinem anstehenden Besuch in der DDR die Frage einer substantiellen Korrektur der Mindestumtauschsätze zur Sprache“ zu bringen. Colombo habe erwidert, er wolle „das Thema im Kopf behalten“. Vgl. den Drahtbericht Nr. 61; Referat 210, Bd. 132591.

18 Am 9. Oktober 1980 gab die DDR bekannt, daß mit Wirkung vom 13. Oktober 1980 der Mindestumtauschsatz für Besuche in die DDR bzw. nach Ost-Berlin von bislang 13 DM bzw. 6,50 DM pro Tag/Person auf einheitlich 25 DM angehoben würden. Vgl. dazu die Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Freiherr von Richthofen vom 10. Oktober 1980; Referat 210, Bd. 132464.

19 Der italienische Außenminister Colombo hielt sich am 26./27. Januar 1983 in der DDR auf. Ministerialdirigent Hellbeck, Ost-Berlin, informierte dazu am 28. Januar 1983, daß Colombo außer mit dem Außenminister der DDR, Fischer, auch mit dem Generalsekretär des ZK der SED, Honecker, gesprochen habe: „Im Verlauf des Besuchs wurden ein Konsularabkommen Italien-DDR sowie eine Vereinbarung über den Status italienischer Arbeiter in der DDR unterzeichnet. Auf Wunsch der italienischen Delegation wurde kein Kommuniké herausgegeben. Man einigte sich jedoch auf ein internes Protokoll der Begegnung.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 103; Referat 210, Bd. 132591.

20 Gilles Martinet.

21 Ronald Arculus.

22 Am 8. November 1982 berichtete Botschafter Freiherr von Wechmar, Rom, daß die italienische Fluggesellschaft Alitalia mit dem amerikanischen Unternehmen McDonnell-Douglas am 3. November 1982 einen Optionsvertrag über den Kauf von 30 Flugzeugen des Typs „DC-9-80“ abgeschlossen habe: Nach übereinstimmender Äußerung des Außenministeriums und der Alitalia gegenüber der Botschaft schließt die Ausübung der Option der Alitalia über die DC-9-80 ein zukünftiges Umsteigen der Alitalia für die 90er Jahre auf den Airbus A320, die Boeing 757 oder die Douglas D-3300 nicht aus. Die Entscheidung für die DC-9-80 sei vielmehr als Zwischenlösung gedacht, die es Italien ermögliche, sich in Ruhe für die 90er Jahre für die Maschinen zu entscheiden, die am wirtschaftlichsten sind.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 1243; Referat 411, Bd. 160424.

23 Werner Ungerer.

5) EG-Fragen

AM Colombo erklärte, daß er sich vom ersten Semester 1983 sehr viel erwarte. Diese Zeit müsse maximal genutzt werden. Nach seiner Meinung sollte man sich auf folgende Punkte konzentrieren:

- a) Verabschiedung der Europäischen Akte²⁴;
- b) Ausarbeitung gemeinsamer Politiken, wobei er das Votum des EP zum Berichtigungshaushalt 1982²⁵ als wichtigen Hinweis für deren Notwendigkeit bezeichnete;
- c) Ausbau des EWS;
- d) Lösung des Problems der eigenen Einnahmen²⁶;
- e) Lösung der Erweiterungsfrage²⁷.

BM erwiderte, er sehe die Aussichten für die Europäische Akte optimistischer als noch im Herbst. Wenn es nicht zu einem Konsens komme, müsse man dies offen sagen.

AM Colombo erinnerte an seinen beim Besuch des Bundespräsidenten in Rom²⁸ vorgetragenen Gedanken, auf dem Europäischen Rat etwa drei Themen, die einen wesentlichen Fortschritt für die EG bedeuten, konkret zu behandeln.

²⁴ Bundesminister Genscher und der italienische Außenminister Colombo verständigten sich am 3. Oktober 1981 in Rom auf Vorschläge zur weiteren Integration der Europäischen Gemeinschaften und unterbreiteten am 26./27. November 1981 bei der Tagung des Europäischen Rats in London den Entwurf einer politischen Grundsatzerklärung zur Europäischen Union (Europäische Akte). Vgl. dazu AAPD 1981, III, Dok. 282, Dok. 332, Dok. 348 und Dok. 349.

Die Beratungen in der EPZ über den Text der Erklärung waren noch nicht abgeschlossen. Offen waren u. a. noch die Abschnitte über die Gemeinsame Agrarpolitik, die Frage von Mehrheitsbeschlüssen, die Rolle des Europäischen Parlaments und die Frage, ob die Akte nach fünf Jahren hinsichtlich ihrer Überführung in einen Vertrag über die Europäische Union geprüft werden sollte („Revisionsklausel“). Vgl. dazu AAPD 1982, II, Dok. 349.

²⁵ Das Europäische Parlament beschäftigte sich am 14. Dezember 1982 in erster Lesung mit Entwürfen der EG-Kommission für den Haushalt 1983 und für einen Berichtigungs- und Nachtragshaushalt für 1982. In ersterem waren erwartete Überschüsse des Europäischen Ausrichtungs- und Garantiefonds für die Landwirtschaft, Abteilung Garantie, ausgewiesen, die zur Deckung von Ausgleichsmaßnahmen zugunsten von Großbritannien herangezogen werden sollten. In einer Entschließung äußerte das EP seine Besorgnis „über die weitere Zunahme der Ausgleichsmaßnahmen zugunsten bestimmter Mitgliedstaaten“. Es sprach sich gegen weitere Übergangslösungen aus und forderte die EG-Kommission auf, einen Haushaltsentwurf vorzulegen, in dem „diese Sondermaßnahmen (zugunsten des Vereinigten Königreichs) wieder in den Rahmen der bestehenden Gemeinschaftspolitiken eingegliedert werden“. Am 16. Dezember 1982 lehnte das Europäische Parlament die Haushaltsentwürfe ab. Vgl. BULLETIN DER EG 12/1982, S. 7 f.

²⁶ Am 21. April 1970 beschloß der EG-Ministerrat, das bisher beitragsfinanzierte Einnahmesystem der Europäischen Gemeinschaften zum 1. Januar 1975 durch eine vollständige Finanzierung aus Eigenmitteln zu ersetzen. Dazu sollten Einnahmen aus der Abschöpfung von Überschüssen im Rahmen der Gemeinsamen Agrarpolitik, Abgaben auf Zucker, Zölle und Mehrwertsteuereinnahmen in Höhe von 1 % verwendet werden. Für den Wortlaut des Beschlusses vgl. BUNDESGESETZBLATT 1970, Teil II, S. 1262–1273.

Um die steigenden Ausgaben im Rahmen der Erweiterung der Europäischen Gemeinschaften und des Ausbaus der Gemeinschaftspolitik in neue Bereiche wie Energie, Forschung und Entwicklung zu decken, legte die EG-Kommission am 4. Februar 1983 ein „Grünbuch“ über Finanzierungsmöglichkeiten vor. Darin schlug sie u. a. eine Erhöhung des Mehrwertsteuersatzes, eine progressive Besteuerung der Mitgliedstaaten sowie zusätzliche Einnahmen aus dem Agrarbereich vor. Vgl. dazu die Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse von Kyaw vom 14. Februar 1983; Referat 410, Bd. 130353. Vgl. dazu ferner BULLETIN DER EG 1/1983, S. 10–14.

²⁷ Zu den Verhandlungen über einen EG-Beitritt Spaniens und Portugals vgl. Dok. 9, Anm. 14 und 16.

²⁸ Bundespräsident Carstens hielt sich vom 25. bis 29. Oktober 1982 in Italien und im Vatikan auf.

BM erwiderte, er habe darüber mit dem Bundeskanzler gesprochen. Dieser Plan, den wir unterstützen, müsse im März im Europäischen Rat²⁹ erörtert werden. Allerdings müßten die Vorbereitungen dafür früher beginnen.

AM Colombo erwähnte ein Gespräch mit dem britischen Außenminister Pym³⁰, aus dem er den Eindruck gewonnen hatte, daß man noch lange mit den Briten sprechen müsse, bis GB mit voller Kraft an der europäischen Einigung mitwirke.

BM meinte, britisches Beitragsproblem³¹ werde uns auf dem Allgemeinen Rat am 24. Januar³² beschäftigen. Das am gleichen Tag vorgesehene Treffen mit dem EP-Präsidium werde schwierig werden.³³

(Dieser Vermerk ist vom *BM* noch nicht genehmigt.)

VS-Bd. 14112 (010)

²⁹ Zur Tagung des Europäischen Rats am 21./22. März 1983 in Brüssel vgl. Dok. 78.

³⁰ Der italienische Außenminister Colombo hielt sich am 13. Januar 1983 in Großbritannien auf.

³¹ In einer gemeinsamen Vorlage des Auswärtigen Amts sowie der Bundesministerien der Finanzen und für Wirtschaft vom 25. November 1982 hieß es: „GB und D sind seit Jahren einzige ‚Nettozahler‘ der Gemeinschaft (Rückflüsse an GB vor allem aus Agrarfonds sind relativ gering). Im Unterschied zu uns haben Briten jedoch ein unter EG-Durchschnitt liegendes Pro-Kopf-BIP (GB = viertärmstes EG-Land). Mit Rücksicht auf diese Situation hat Gemeinschaft Briten für 1980, 1981 und jetzt auch für 1982 jeweils H[aus]H[alts]-Entlastung gewährt. [...] AM beschlossen am 25.5.1982, Verhandlungen über eine ‚Lösung für 1983 und später‘ bis Ende November 1982 abzuschließen. Bis jetzt fand jedoch nur eine erste Orientierungsdebatte im Rat (am 22.11.) über Kommissionvorschlag vom 17.11. für eine Anschlußregelung statt. Vorschlag sieht wiederum nur eine Ad-hoc-Lösung für 1983 und 1984 (mit Verlängerungsmöglichkeit allenfalls für 1985) vor [...]. Nach Ablauf der neuen Regelung soll britisches Problem im Rahmen einer strukturellen Reform [des] EG-Finanzsystems, für die Kom[mission] im Frühjahr 1983 Vorschläge vorlegen will, endgültig gelöst werden.“ Vgl. Referat 410, Bd. 130421. Vgl. dazu ferner AAPD 1982, II, Dok. 205.

³² Zur EG-Ministerratstagung am 24./25. Januar 1983 in Brüssel vgl. Dok. 25.

³³ Zum Treffen der Außenminister der EG-Mitgliedstaaten mit dem erweiterten Präsidium des Europäischen Parlaments am 24. Januar 1983 in Brüssel vgl. Dok. 25, Anm. 8.

12

Runderlaß des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Steinkühler

012-312.74 VS-NfD

Aufgabe: 19. Januar 1983, 18.59 Uhr¹

Fernschreiben Nr. 5 Ortez

Zum Besuch des Generalsekretärs der Liga der Arabischen Staaten, Chedli Klibi, in der Bundesrepublik Deutschland am 13. und 14. Januar 1983

1) Verlauf und Bedeutung des Besuchs

Der Generalsekretär der Liga der Arabischen Staaten, Chedli Klibi, stattete der Bundesrepublik Deutschland am 13. und 14. Januar 1983 einen Besuch ab.

Der diesjährige Aufenthalt war der dritte Besuch des GS in Bonn. GS Klibi wurde im Juli 1980 das erste Mal in der Bundesrepublik Deutschland empfangen.² Im Mai 1981 hielt er einen Vortrag vor dem Komitee für Europäisch-Internationale Zusammenarbeit in Bonn.³

Auf Beschluß des Rates der Arabischen Liga (AL) war die Mitgliedschaft Ägyptens nach der Unterzeichnung des Friedensvertrages zwischen Ägypten und Israel im März 1979⁴ suspendiert, der Sitz der AL von Kairo nach Tunis verlegt und der Tunesier Chedli Klibi zum neuen GS gewählt worden.⁵ Diesen Posten hatte bis dahin seit der AL-Gründung 1945 stets ein Ägypter inne.

GS Klibi führte in Begleitung des stellvertretenden GS, Botschafter Omran, ein ausführliches Gespräch mit dem BM, der ihm ein Mittagessen gab. Der GS traf außerdem mit dem BK zu einem einstündigen Gespräch zusammen. Wei-

¹ Durchdruck.

² Der Generalsekretär der Arabischen Liga, Klibi, besuchte am 21./22. Juli 1980 die Bundesrepublik. Vgl. dazu AAPD 1980, II, Dok. 219.

³ Auf Einladung des Instituts für Internationale Begegnungen e.V. hielt der Generalsekretär der Arabischen Liga, Klibi, am 6. Mai 1981 in Bonn einen Vortrag zu Nahost-Fragen. Am folgenden Tag führte er ein Gespräch mit Bundesminister Genscher. Für die Gesprächsaufzeichnung vgl. Unterabteilung 31, Bd. 135645.

⁴ Ministerpräsident Begin, Präsident Carter und Präsident Sadat trafen vom 5. bis 17. September 1978 in Camp David, dem Landsitz des amerikanischen Präsidenten, zusammen, um eine Friedensregelung auszuarbeiten. Für den Wortlaut der am 17. September 1978 in Washington unterzeichneten Dokumente vgl. DEPARTMENT OF STATE BULLETIN, Bd. 78 (1978), Heft 2019, S. 7–11. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1979, D 47–54. Vgl. dazu ferner AAPD 1978, II, Dok. 271, Dok. 278, Dok. 281 und Dok. 282.

Nach weiteren Verhandlungen vom 21. bis 25. Februar 1979 in Camp David unterzeichneten Ägypten und Israel am 26. März 1979 in Washington einen Friedensvertrag. Für den Wortlaut des Vertrags, einschließlich einer gemeinsamen Auslegung zu vier Vertragsartikeln und der Anhänge („agreed minutes“) sowie der Briefe, vgl. UNTS, Bd. 1136, S. 100–235. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1979, D 235–252. Vgl. dazu ferner AAPD 1979, I, Dok. 86 und Dok. 98.

⁵ Auf ihrer Konferenz vom 27. bis 31. März 1979 in Bagdad beschlossen die Außen- und Wirtschaftsminister arabischer Staaten wegen der Unterzeichnung des ägyptisch-israelischen Friedensvertrags den Abbruch der diplomatischen Beziehungen zu Ägypten. Zu den weiteren Beschlüssen teilte Botschafter Menne, Bagdad, am 1. April 1979 mit, daß die Mitgliedschaft Ägyptens in der Arabischen Liga „ab sofort“ eingefroren und der Sitz der Arabischen Liga nach Tunis verlegt werde. Vgl. den Drahtbericht Nr. 154; Unterabteilung 31, Bd. 135595.

tere Gesprächspartner waren StM Dr. Mertes⁶ und StM Möllemann sowie BM a. D. Wischniewski.

2) Hauptinhalt der Gespräche

a) Im Mittelpunkt der Gespräche standen die Entwicklung im Nahen Osten nach der Beendigung des Libanon-Konfliktes⁷ und die Möglichkeiten der Europäischen Gemeinschaft, einen Beitrag zur Lösung des Nahost-Konflikts zu leisten.

Aus der Sicht des GS kommt der Bundesrepublik Deutschland, die seit 1. Januar die Präsidentschaft in der Europäischen Gemeinschaft innehat, eine wichtige Rolle bei der Formulierung der Nahostpolitik der Staaten der Gemeinschaft zu.

Um arabische Befürchtungen zu zerstreuen, nahm die Bundesregierung diesen Besuch erneut zum Anlaß, die kontinuierliche Fortführung unserer Nahostpolitik im Rahmen der Nahostpolitik der Europäischen Gemeinschaft und auf der Grundlage der Prinzipien der Erklärung von Venedig⁸ zu erläutern.

b) Das Gespräch des BM mit GS Klibi ergab Übereinstimmung in der Beurteilung der fortbestehenden gefährlichen Lage im Nahen Osten und der Dringlichkeit weiterer Bemühungen zur Herbeiführung eines umfassenden, gerechten und dauerhaften Friedens. Beide Seiten waren sich einig, daß der Zeitfaktor angesichts der forcierten israelischen Siedlungspolitik⁹ in den besetzten Gebieten die Lage kompliziere. GS Klibi warnte davor, daß die Fortsetzung der Siedlungstätigkeit jede Friedenslösung unmöglich machen könne. BM übte scharfe Kritik an der israelischen Siedlungspolitik und bezeichnete diese in seiner Tischrede als völkerrechtswidrig.¹⁰

Ungeachtet der dramatischen Ereignisse im Libanon im vorigen Jahr und insbesondere der Massaker in Sabra und Chatila¹¹ sah Klibi in den Beschlüssen

⁶ Im Gespräch mit dem Generalsekretär der Arabischen Liga, Klibi, am 14. Januar 1983, versicherte Staatsminister Mertes, „daß in der Nahostpolitik der Bundesregierung kein Wechsel eingetreten sei. Meldungen, daß die Bundesregierung von ihrer bewährten ausgewogenen Haltung gegenüber den Problemen des Nahen Ostens abgewichen sei, träfen nicht zu.“ Vgl. die Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Fiedler vom 20. Januar 1983; Unterabteilung 31, Bd. 137558.

⁷ Am 6. Juni 1982 marschierten israelische Truppen im Libanon ein. Vgl. dazu AAPD 1982, I, Dok. 178 und Dok. 191.

Am 28. Dezember 1982 begannen in Chalde südlich von Beirut unter amerikanischer Vermittlung israelisch-libanesischen Verhandlungen über den Abzug fremder Truppen. Zur zwölften Runde am 3. Februar 1983 in Netanja berichtete Botschafter Eitel, Beirut, am 4. Februar 1983, daß sowohl die Tiefe der Sicherheitszone als auch Einzelheiten des Grenzregimes noch strittig seien. Gleichfalls ungeklärt sei die „Rolle ausländischer Truppen (MNF, UNIFIL) in und vor der Sicherheitszone: Israel soll aber erste Anzeichen eines Einlenkens bezüglich UNIFIL haben erkennen lassen, sich aber umso hartnäckiger gegen MNF-Truppen gestellt haben“. Vgl. den Drahtbericht Nr. 88; Referat 310, Bd. 135768.

⁸ Für den Wortlaut der Erklärung des Europäischen Rats vom 12./13. Juni 1980 zum Nahen Osten vgl. BULLETIN DER EG 6/1980, S. 10 f. Vgl. dazu ferner AAPD 1980, I, Dok. 177.

⁹ Referat 310 vermerkte Mitte Januar 1983: „Israel ist an Zeitgewinn in hohem Maße interessiert, um die ‚schleichende Annexion‘ der besetzten Gebiete so irreversibel wie möglich zu machen. Dank der Fertigstellung neuer Siedlungsblocks wird sich die jüdische Bevölkerung dort in den nächsten Monaten auf 40 000 verdoppeln. Die Kommerzialisierung der Siedlungstätigkeit verspricht neuen Zulauf von Siedlern aus Israel. Zugleich ist der Einfluß von PLO- oder Jordanien-freundlichen Persönlichkeiten weiter eingeschränkt worden. Die Abwanderung insbesondere jüngerer Bewohner wird gefördert. Es besteht die Gefahr, daß es hinsichtlich des Westjordanlandes in Bälde nichts mehr zu verhandeln gibt.“ Vgl. Referat 310, Bd. 137545.

¹⁰ Für den Wortlaut der Rede des Bundesministers Genscher am 14. Januar 1983 vgl. BULLETIN 1983, S. 49 f.

¹¹ Am 17./18. September 1982 kam es in den palästinensischen Flüchtlingslagern Sabra und Chatila

der Gipfelkonferenz der AL von Fes¹² ein hoffnungsvolles Signal für die Entwicklung in der Region. Fes biete als Ausdruck arabischen Friedenswillens eine Grundlage für die Lösung aller Probleme des Nahen Ostens. Ohne konkrete Schritte der Freunde der Araber seien Fortschritte aber nicht möglich. Während Klibi vor allem auf Hilfe von dritter Seite vertraut, sah Präsident Mubarak bei seinem Besuch in Bonn im Dezember 1982¹³ unverändert in Verhandlungen mit Israel die einzige Chance, besetzte Gebiete wieder zu gewinnen (vgl. Ortey Nr. 123/82¹⁴).

GS Klibi forderte eine Fortentwicklung der europäischen Position in Richtung auf den arabischen Standpunkt und eine Nutzarmachung der privilegierten Beziehungen der Europäer zu den Vereinigten Staaten, denen er eine Schlüsselrolle bei der Lösung des Nahost-Konflikts zuerkannte. Er betonte: Die Araber würden keine Probleme mit der Reagan-Initiative¹⁵ haben, wenn die USA das Selbstbestimmungsrecht des palästinensischen Volkes in ihren Plan aufnehmen würden. Klibi schränkte seine Aussage allerdings dadurch ein, daß er die Annahme aller VN-Resolutionen in bezug auf den Rückzug Israels aus den besetzten Gebieten als Vorbedingung für eine Unterstützung des Reagan-Plans bezeichnete. Der Fes- und Reagan-Plan könnten sich gegenseitig ergänzen.

Die Europäische Gemeinschaft könne zwischen beiden Plänen eine Brücke schlagen.

GS Klibi drückte die Hoffnung aus, daß die Bundesrepublik Deutschland während ihrer EG-Präsidentschaft eine wichtige Rolle bei der Weiterentwicklung der europäischen Nahostpolitik spielen möge. Er erwartet die Intensivierung der Kontakte mit der PLO und ihre Anerkennung als einzige und legitime Vertreterin des palästinensischen Volkes sowie die Anerkennung des Rechts auf Errichtung eines unabhängigen Staates auf palästinensischem Territorium. Die EG solle nunmehr, wie in der Venedig-Erklärung vorgesehen, aktiv werden. Eine neue Erklärung würde nicht weiterführen. Er versprach sich mehr von einer Einflußnahme auf die Vereinigten Staaten und Druckausübung auf Israel.

BM versicherte dem GS, daß der Nahe Osten unter der deutschen EG-Präsidentschaft zu den herausragenden Themen bei der Gestaltung der Außenbeziehungen der Gemeinschaft gehören werde. Die Bundesregierung werde alles tun, um zu einer gerechten Lösung des Nahost-Konflikts beizutragen. Sie wolle aber den Beschlüssen von Fes und dem Vorschlag des US-Präsidenten für eine Friedenslösung im Nahen Osten keine eigene Initiative hinzufügen.

BM lobte die Tugenden der Mäßigung und des Realismus, von denen die arabischen Staaten in Fes Zeugnis abgelegt hätten. Er appellierte an alle vom Nah-

Fortsetzung Fußnote von Seite 67

zu gewaltsamen Übergriffen libanesischer Milizen, denen zahlreiche Flüchtlinge zum Opfer fielen. Vgl. dazu AAPD 1982, II, Dok. 243.

¹² Zur Konferenz der Könige und Präsidenten der Mitgliedstaaten der Arabischen Liga vom 6. bis 9. September 1982 in Fes vgl. Dok. 9, Anm. 18.

¹³ Präsident Mubarak hielt sich vom 13. bis 15. Dezember 1982 in der Bundesrepublik auf. Für das Gespräch mit Bundeskanzler Kohl am 14. Dezember 1982 vgl. AAPD 1982, II, Dok. 350.

¹⁴ Für den Runderlaß des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Steinkühler vom 21. Dezember 1982 vgl. Referat 012, Bd. 124420.

¹⁵ Zum Friedensplan des Präsidenten Reagan vom 1. September 1982 für den Nahen Osten vgl. Dok. 9, Anm. 17.

ost-Konflikt betroffenen Parteien, die politischen Möglichkeiten der Initiative Präsident Reagans und von Fes unverzüglich zu nutzen, da die Zeit dränge.

BM sicherte zu, mit seinen EG-Kollegen darüber zu sprechen, was wir tun können, um den komplementären Initiativen der Reagan-Initiative und von Fes zum Erfolg zu verhelfen. Zur Frage eines unabhängigen Palästinenser-Staates verwies BM auf seine Sechs-Punkte-Erklärung von Abukir vom 1.9.1979 (vgl. Ortex Nr. 97/79¹⁶). Die Bundesrepublik Deutschland habe sich als erster EG-Staat bereits im Jahre 1974 für das Selbstbestimmungsrecht des palästinensischen Volkes in der GV der VN eingesetzt.¹⁷ Es könne aber nicht unsere Aufgabe sein, dem palästinensischen Volke vorzuschreiben, wie es das Selbstbestimmungsrecht ausübe.

c) Auch das Gespräch des BK mit GS Klibi verlief in einer guten und anregenden Atmosphäre.¹⁸ Der BK hob die historischen Beziehungen zwischen Deutschen und Arabern hervor und betonte besonders die kulturelle Komponente. Klibi zeigte Verständnis für das moralische Engagement des deutschen Volkes gegenüber dem jüdischen Volk. BK unterstrich, daß er als Angehöriger der jüngeren Generation unserer Vergangenheit mit größerer Unbefangenheit gegenüberstehe. Zu seiner angekündigten Reise nach Israel¹⁹ erklärte BK, daß er diese bereits als Oppositionsführer zugesagt habe. Seine Reise dürfe nicht als Unter-

¹⁶ Vortragender Legationsrat Boll informierte am 5. September 1979, daß Bundesminister Genscher am 1. September 1979 vor der Presse in Abukir anlässlich seines Besuchs vom 31. August bis 2. September 1979 in Ägypten folgende Grundsätze formuliert habe: „Das palästinensische Volk hat einen Anspruch auf Verwirklichung seines Selbstbestimmungsrechts. Das palästinensische Volk hat ein Recht auf ein Heimatland. Das palästinensische Volk hat allein das Recht zu entscheiden, wer es repräsentieren soll. Das palästinensische Volk allein ist berechtigt, über seine Zukunft zu entscheiden. Hierüber hat niemand anders zu befinden. Ziel muß sein ein gerechter, umfassender und dauerhafter Friede. Daher kann es auch keinen separaten Frieden geben.“ Boll legte dar: „Es handelt sich bei diesen Grundsätzen – wie BM ausdrücklich betont hat – nicht um einen neuen Plan, sondern um eine ‚Zusammenfassung von Standpunkten‘, denen kein Eigengewicht verliehen werden soll.“ Vgl. den Runderlaß Nr. 97; Referat 012, Bd. 111778. Vgl. dazu auch AAPD 1979, II, Dok. 249.

¹⁷ Vgl. dazu die Erklärung des Botschafters Freiherr von Wechmar, New York (VN), vom 19. November 1974; UN GENERAL ASSEMBLY, 29th Session, Plenary Meetings, S. 969 f. Vgl. dazu ferner AAPD 1974, II, Dok. 339.

¹⁸ Bundeskanzler Kohl erklärte dem Generalsekretär der Arabischen Liga, Klibi, am 14. Januar 1983 die Bereitschaft der Bundesregierung, zur Lösung des Nahost-Konflikts beizutragen: „Der Bundeskanzler legte dem Generalsekretär seine Auffassung dar, daß ein umfassender Friede im Nahen Osten eine möglichst große Geschlossenheit der arabischen Welt in bezug auf den Friedensprozeß voraussetze, und brachte in diesem Zusammenhang seine Hoffnung zum Ausdruck, daß die Liga der arabischen Staaten durch die Rückkehr Ägyptens in ihre Reihen bald wieder ihr volles Gewicht im Interesse des Friedens und der Stabilität in der Region geltend machen könne. Dies werde auch die europäisch-arabische Zusammenarbeit befruchten, die wir im Rahmen des Euro-Arabischen Dialogs geschaffen hätten und ausbauen wollten.“ Vgl. den Runderlaß Nr. 231 des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Fiedler vom 17. Januar 1983; Unterabteilung 31, Bd. 137558.

¹⁹ Am 8. November 1982 meldete Botschafter Hansen, Tel Aviv, daß in den israelischen Medien ausführlich über einen möglichen Besuch des Bundeskanzlers Kohl in Israel im folgenden Jahr berichtet werde: „Besuchstermin 1983 war unter Hinweis auf Interview in Bild-Zeitung in Rundfunk seit 5.11. genannt worden. Zusätzliche Einzelheiten, wie Besuchstermin ‚early next year‘ wurden im Laufe des 5.11. gesendet. [...] Regierungssprecher habe betont, daß Beziehungen zu Israel für BK gleichen Rang haben wie seinerzeit für Adenauer (Maariv). Mehrfach heißt es, BK wolle mit Besuch die in letzten Jahren abgekühlten Beziehungen verbessern.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 961; Referat 310, Bd. 135750.

Zur Verschiebung der Reise vgl. Dok. 245.

stützung der israelischen Politik gewertet werden, sondern sei Teil seiner Kontakte mit allen Konfliktparteien. Der Dialog könne mehr zum politischen Ausgleich beitragen als Druck auf Israel, der kontraproduzent sei. Klibi warnte davor, nur die Araber in die Pflicht zu nehmen. Es seien die Israelis, die sich total negativ verhielten. Auf die Pressemitteilung nach dem Gespräch mit dem BK wird verwiesen.²⁰

3) Wertung

Der Besuch GS Klibis gab uns nach dem Besuch Präsident Mubaraks im Dezember 1982 die Gelegenheit, das Gespräch mit einem führenden Vertreter der arabischen Welt fortzusetzen und der arabischen Seite die europäische Nahostpolitik in der Zeit der deutschen Präsidentschaft zu erläutern. Die Gespräche ergaben, daß eine neue Nahost-Initiative der Europäischen Gemeinschaft angesichts der vorliegenden Friedenspläne Präsident Reagans und von Fes als nicht zweckmäßig angesehen wird. Vielmehr kann die EG durch flankierende Maßnahmen zur Annäherung bereits vorhandener und komplementärer Ansätze einen Beitrag zum Friedensprozeß leisten. Dazu gehören auch Bemühungen, gegenüber den Amerikanern das Selbstbestimmungsrecht stärker ins Gespräch zu bringen.

Steinkühler²¹

Referat 012, Bd. 124454

²⁰ Für die Pressemitteilung vgl. den Runderlaß Nr. 231 des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Fiedler vom 17. Januar 1983; Unterabteilung 31, Bd. 137558.

²¹ Paraphe vom 19. Januar 1983.

13

Gespräch des Bundeskanzlers Kohl mit Ministerpräsident Mauroy

VS-vertraulich

20. Januar 1983¹

Vermerk über die Gespräche des Bundeskanzlers mit PM Mauroy und Staatspräsident Mitterrand am Donnerstag, den 20. Januar 1983, von 10.10 bis ca. 11.00 Uhr²

An den Gesprächen nahmen außerdem teil: der stellvertretende Kabinettsdirektor im Matignon, Herr Peyrelevade (bis 10.35 Uhr), MDg Dr. Zeller sowie Dolmetscher.

In Begleitung des Staatspräsidenten ab 10.40 Uhr BM Genscher und AM Cheysson.

BK und *PM* vereinbarten, über den Gromyko-Besuch³ in Anwesenheit des Präsidenten zu sprechen und zunächst wirtschaftliche Fragen zu erörtern.

Einleitend würdigten der Bundeskanzler und PM die große Bedeutung des Elysée-Vertrages⁴ für die Beziehungen zwischen den beiden Staaten und Völkern. Sie hoben dabei auch die Bedeutung des deutsch-französischen Jugendwerkes hervor.

PM bemerkte, daß mit der deutsch-französischen Freundschaft die erste Bedingung für den Aufbau Europas erfüllt sei. Es gelte jetzt, Europa weiter zu bauen.

PM verwies auf die schwierigen weltpolitischen und weltwirtschaftlichen Probleme. Die beiden Länder könnten noch mehr tun, um mit der Weltwirtschaftskrise besser fertig zu werden. Wir sollten sowohl in der Analyse wie in der Aktion aufeinander zugehen. Die Notwendigkeit sei evident, noch enger zusammenzuarbeiten, um bestehende Chancen noch besser zu nutzen.

BK will diesen Gedanken gerne aufgreifen. Er habe schon bei seinem letzten kurzen Besuch in Paris mit dem Präsidenten die Möglichkeit erörtert, daß zwei oder drei wichtige Mitarbeiter in aller Diskretion zusammentreffen, um beste-

¹ Durchdruck.

Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Ministerialdirigent Zeller, Bundeskanzleramt, am 21. Januar 1983 gefertigt und am selben Tag über Ministerialdirektor Teltschik und Staatssekretär Schreckenberger, beide Bundeskanzleramt, an Bundeskanzler Kohl geleitet. Dazu vermerkte er: „StM und AL4 haben Durchdruck nur persönlich.“ Er fügte hinzu: „Der Vermerk ist lediglich zur internen Verwendung bestimmt. Bei einem Treffen deutscher und französischer Experten wäre zu beachten, daß auf französischer Seite auch der Elysée nicht nur das Amt des PM beteiligt. Über die deutsche Beteiligung könnte im Lichte des Papiers von PM Mauroy entschieden werden.“

Hat Staatsminister Jenninger, Bundeskanzleramt, am 25. Januar 1983 vorgelegen. Vgl. den Begleitvermerk; Bundeskanzleramt, AZ: 21-30 100 (56), Bd. 63; B 150, Aktenkopien 1983.

² Staatspräsident Mitterrand und Ministerpräsident Mauroy hielten sich anlässlich der Feierlichkeiten zum 20. Jahrestag der Unterzeichnung des deutsch-französischen Vertrags vom 22. Januar 1963 in der Bundesrepublik auf.

³ Zum Besuch des sowjetischen Außenministers Gromyko vom 16. bis 19. Januar 1983 vgl. Dok. 10 und Dok. 15.

⁴ Für den Wortlaut des Vertrags zwischen der Bundesrepublik und Frankreich vom 22. Januar 1963 über die deutsch-französische Zusammenarbeit vgl. BUNDESGESETZBLATT 1963, Teil II, S. 706–710.

hende Fragen zu erörtern.⁵ Die Diskretion sei dabei besonders wichtig, denn es nütze wenig, Vermutungen über eine deutsch-französische Achse zu speisen.

Auch er empfinde die Notwendigkeit besserer gegenseitiger Information auf wirtschaftlichem Gebiet. Diese müßte Unterrichtung darüber einschließen, was den einen und anderen beschwere. Jedenfalls gehe es darum, miteinander und nicht übereinander zu sprechen. Vor allem solle man davon Abstand nehmen, einander, und dies etwa gar in der Öffentlichkeit, Ratschläge zu geben. Auch in Fragen des Protektionismus könne man in aller Stille die gegenseitigen Beschwerden auflisten.

PM bemerkte, es gehe auch um die Führung unserer Wirtschaftspolitik.

Gewiß seien die Wirtschaftspolitiken im Ansatz nicht die gleichen. Aber die gegenseitigen Abhängigkeiten seien so groß, daß wir miteinander arbeiten müßten. Im Währungsbereich gebe es gewisse Schwierigkeiten⁶, und auch Europa komme nicht voran.

PM begrüßte die Anregung des Bundeskanzlers zu diskreten Treffen. In der Tat sei Diskretion unerlässlich, sonst komme es zu Spekulationen.

Würden wir nicht versuchen, aufeinander zuzugehen, so könnte sich die Politik der beiden Länder auf wirtschaftlichem Gebiet auseinanderentwickeln. Dies wäre gefährlich.

Man müsse auch über Landwirtschaftspolitik sprechen.

Auch unsere bilateralen Beziehungen stagnierten.

PM Mauroy wollte über diese Punkte noch referieren.

Da jedoch die Ankunft des Präsidenten bevorstand, bat der BK den PM um eine ausschließlich für ihn bestimmte Notiz zu den genannten Themen. Im Anschluß daran könnten die Mitarbeiter zusammentreffen.

PM stimmte zu. Er fügte an, daß das Handelsdefizit Frankreichs enorm sei und es so nicht weitergehen könne.⁷ Dies sei nicht allein eine französische Angelegenheit. Die Gefahr bestehe, daß Frankreich aus dem EWS ausscheren müsse, was es aber keineswegs wolle.

Eben deshalb müsse man auch über Wirtschaftspolitik sprechen. Auch F führe jetzt eine Austeritätspolitik und versuche die Inflation zu bekämpfen.

Nochmals bemerkte er, daß das französische Handelsdefizit auch zu einer deutsch-französischen Angelegenheit geworden sei.

BK bemerkte, daß seine Regierung in der Wirtschafts- und Haushaltspolitik eine einschneidende Disziplin verfolge. Dies würde nicht nachteilig für die Wahl⁸ ausschlagen, sondern eher von Vorteil sein. Andererseits habe seine Regierung

⁵ Vgl. dazu das Gespräch des Bundeskanzlers Kohl mit Staatspräsident Mitterrand am 7. Dezember 1982 in Paris; AAPD 1982, II, Dok. 331.

⁶ Zu den Wechselkursschwankungen im EWS vgl. Dok. 9, Anm. 28 und 29.

⁷ Botschafter Herbst, Paris, informierte am 30. März 1983, daß sich das französische Außenhandelsdefizit seit 1979 wegen der Erdöl- und Rohstoffsteuerung von 42,4 Mrd. Franc auf 104,5 Mrd. Franc (1981) und 151,4 Mrd. Franc (1982) erhöht habe: „Die französische Handelsbilanz gegenüber der Bundesrepublik Deutschland hat sich seit 1973 verschlechtert und schoß 1981 mit einem Passivsaldo von 22,7 Mrd. FF [...] und 1982 mit einem Passivsaldo von 38,1 Mrd. FF.“ Vgl. Referat 202, Bd. 140615.

⁸ Am 6. März 1983 fanden die Wahlen zum Bundestag statt.

mit großem Erfolg etwas zur Ankurbelung der Bauwirtschaft getan.⁹ Die zur Verfügung gestellten Mittel seien schon nach 14 Tagen belegt gewesen.

Mit Präsident Mitterrand fand ein kurzes Begrüßungsgespräch statt. Der *Präsident* bat den Bundeskanzler, ihm noch Gelegenheit zu geben, seine Rede vor dem Bundestag¹⁰ nochmals zu überarbeiten.

Der *BK* und *PM* führten ihr Gespräch sehr informell fort. Dabei berichtete der *BK* über den Gromyko-Besuch und die innenpolitische Diskussion zur Sicherheitspolitik.

Bundeskanzleramt, AZ: 21-30 100 (56), Bd. 63

14

Botschafter Ruth, z.Z. Washington, an Bundesminister Genscher

114-10269/83 geheim
Fernschreiben Nr. 299
Citissime

Aufgabe: 21. Januar 1983, 20.05 Uhr
Ankunft: 22. Januar 1983, 02.09 Uhr

Bitte sofort Bundesminister und Staatssekretär¹ vorlegen.

Nur für Bundesminister, Staatssekretär und D2A².

Betr.: Deutsch-amerikanische Rüstungskontrollkonsultationen am 20./21. Januar;

hier: Weiterentwicklung der INF-Position

Zur Unterrichtung

Ich habe heute Gelegenheit zu einem ausführlichen Gespräch mit R. McFarlane, dem stellvertretenden Sicherheitsberater des Präsidenten, gehabt. Im Mittelpunkt stand die Frage der INF-Verhandlungen und der Weiterentwicklung der INF-Position des Bündnisses. Aus diesem nach meiner Einschätzung besonders wichtigen Gespräch halte ich folgendes fest:

⁹ Die Bundesregierung billigte am 27. Oktober 1982 Sofortmaßnahmen zur Förderung des Wohnungsbaus, die Eingang in das Haushaltsbegleitgesetz vom 20. Dezember 1982 bzw. den Bundeshaushaltsplan für 1983 fanden. Sie betrafen u. a. die Verbesserung der steuerlichen Absetzbarkeit von Schuldzinsen beim Bau von Häusern und Eigentumswohnungen. Ferner stellte die Bundesregierung den Ländern zwei Mrd. DM für den sozialen Wohnungsbau zur Verfügung sowie weitere 500 Mio. DM zur Förderung der Bausparzwischenfinanzierung, mit deren Hilfe Bauvorhaben zeitlich vorgezogen werden sollten. Vgl. dazu JAHRESBERICHT 1982, S. 381 f.

¹⁰ Für den Wortlaut der Rede des Staatspräsidenten Mitterrand am 20. Januar 1983 im Bundestag vgl. BT STENOGRAPHISCHE BERICHTE, Bd. 123, S. 8978–8992.

¹ Berndt von Staden.

² Hat Botschafter Ruth am 22. Januar 1983 vorgelegen.

1) Ich habe klargemacht, daß es uns angesichts der öffentlichen Diskussion und der sowjetischen Propaganda vor allem darum gehe, eine einheitliche und glaubwürdige Rüstungskontrollpolitik zu haben. Es liege auf der Hand, daß dabei die westliche INF-Position eine besondere Rolle spiele. McFarlane, wie meinen anderen Gesprächspartnern, ist nach meinem Eindruck klar gewesen, daß es uns besonders um enge Zusammenarbeit zwischen uns und den Vereinigten Staaten geht.

2) McFarlane stellte fest, daß es dem Präsidenten³ wesentlich sei, nichts zu tun, was die Position der Bundesregierung unter Bundeskanzler Kohl beeinträchtigen könne. Es habe hier die Auffassung gegeben, daß es unter diesem Gesichtspunkt das Beste sei, daß sich die Vereinigten Staaten vor dem 6. März⁴ nicht bewegten. (Dies ist auch ein Argument, das in der amerikanischen Presse zu lesen war.) Ich habe dieser Interpretation der Interessenlage bei uns auf persönlicher Basis widersprochen. Ich habe gesagt, daß ich es für unverzichtbar hielte, daß die Bundesregierung auf eine glaubwürdige Verhandlungsführung der Vereinigten Staaten und auf die partnerschaftliche Zusammenarbeit mit den Vereinigten Staaten hinweisen kann. Dazu gehöre auch, daß bei uns in der Öffentlichkeit klar werde, daß die Null-Lösung zwar das beste denkbare Verhandlungsergebnis, aber keine Alles-oder-nichts-Position sei. Es sei nach meiner Auffassung dringend notwendig, den Eindruck zu vermeiden, als beharrten die Vereinigten Staaten in einer unbeweglichen Position mit Rücksicht auf die Bundesregierung. Diese Argumente wurden von McFarlane mit großem Interesse und Verständnis aufgenommen. Ich habe sie im übrigen auch gegenüber dem stellvertretenden AM Dam wiederholt.

3) Zur Illustration einer jetzt möglichen Formulierung einer glaubwürdigen, weil erfolgsorientierten INF-Verhandlungsposition habe ich auf persönlicher Grundlage die beiden in der Anlage folgenden Absätze übergeben. Bei dieser Formulierung, die ich im Lichte meiner gestrigen Gespräche und der Erklärung des amerikanischen Präsidenten nach seinem heutigen Gespräch mit Paul Nitze und Ed Rowny⁵ aufgeschrieben habe, ist gedacht an⁶ eine behutsame Verbindung zwischen Festhalten an der Null-Lösung und Bereitschaft zur Sondierung möglicher ausgewogener Ergebnisse, die dem Prinzip der Gleichheit entsprechen.

4) McFarlane nahm den Text zur Kenntnis und sagte, es sei für den Präsidenten von größter Bedeutung, daß er die Meinung des Bundeskanzlers zu diesen Fragen erfahre. Ich schlage deshalb vor, daß der Bundeskanzler beim Besuch von Paul Nitze am Montag die Formulierung und den damit intendierten Sachverhalt anspricht.⁷ Dabei wird es insbesondere wichtig sein, die Frage zu be-

³ Ronald W. Reagan.

⁴ Am 6. März 1983 fanden die Wahlen zum Bundestag statt.

⁵ Für den Wortlaut der Erklärung des Präsidenten Reagan vom 21. Januar 1983 vgl. PUBLIC PAPERS, REAGAN 1983, S. 85.

⁶ Korrigiert aus: „sind gedacht als“.

⁷ Bundeskanzler Kohl und der Leiter der amerikanischen INF-Delegation, Nitze, führten am 24. Januar 1983 ein Gespräch. Dazu teilte Vortragender Legationsrat I. Klasse Citron der Botschaft in Washington am folgenden Tag mit, die Gesprächspartner hätten darin übereingestimmt, „daß es jetzt darum gehe, zu einem möglichst frühen Zeitpunkt einen Durchbruch bei den Verhandlungen zu erzielen. Dabei bleibt es das gemeinsame Ziel, eine beiderseitige Null-Lösung für amerikanische und sowjetische landgestützte nukleare Mittelstreckenraketen anzustreben. Dieser westliche Lösungsvorschlag werde jedoch nicht als Forderung „alles oder nichts“ präsentiert.“ Citron übermittel-

antworten, ob aus unserer Sicht ein bestimmtes Maß an Flexibilität und die damit verbundene Glaubwürdigkeit der Rüstungskontrollposition auch vom Bundeskanzler als hilfreicher bezeichnet wird als bloßes Beharren auf der beiderseitigen Null-Lösung.

5) Ich habe den Eindruck, daß die Amerikaner bereit sind, die von mir vorgeschlagene Kombination zur Grundlage einer eigenen Äußerung zu machen, falls der Bundeskanzler ihr zustimmen kann.

Über zusätzliche Argumente bitte ich am Wochenende⁸ vortragen zu können. Ich schlage vor, daß ich am Montag die Thematik mit MD Teltschik aufnehme.

[gez.] Ruth

Folgt Anlage

Die Verbündeten betrachten weiterhin die Null-Lösung bei den Genfer INF-Verhandlungen als das beste Ergebnis, das erreicht werden kann. Damit schlägt die USA der Sowjetunion den völligen Verzicht auf eine ganze Kategorie nuklearer Waffen vor. Dieser Vorschlag beinhaltet das Angebot an die Sowjetunion, auf die Stationierung amerikanischer Pershing II und landgestützter Marschflugkörper zu verzichten, vorausgesetzt, daß die Sowjetunion bereit ist, ihre SS-20 Raketen zu beseitigen und die SS-4- und -5-Raketen außer Dienst zu stellen.

Die Verbündeten stellen fest, daß die Sowjetunion noch nicht bereit ist, dieses gleichgewichtige (equitable) und weitreichende Ergebnis möglich zu machen. Der Unterhändler der Vereinigten Staaten hat Weisung, weiterhin auf die Annahme dieses Vorschlags hinzuwirken und gleichzeitig jede Möglichkeit für die Erreichung eines Abkommens über konkrete Ergebnisse in den Verhandlungen zu verfolgen, welches mit dem Prinzip der Gleichheit in Rechten und in Obergrenzen vereinbar ist. Die Verbündeten haben schon in ihrer Entscheidung vom 12.12.79 erklärt, daß die NATO bereit ist, den erforderlichen Umfang von INF-Systemen im Lichte konkreter Verhandlungsergebnisse zu überprüfen.⁹ Dies bleibt unsere gemeinsame Haltung.

Anlage 2

[...]¹⁰

VS-Bd. 11351 (220)

Fortsetzung Fußnote von Seite 74

te ferner den von Botschafter Ruth konzipierten Text mit der Bitte um Weiterleitung an den designierten Abteilungsleiter im amerikanischen Außenministerium, Burt: „Der Text hat die Zustimmung des Bundeskanzlers und von BM Genscher und BM Wörner gefunden. [...] Die Formulierungen sind gedacht als eine behutsame Verbindung zwischen Festhalten an der Null-Lösung und Bereitschaft zur Sondierung möglicher ausgewogener Ergebnisse, die dem Prinzip der Gleichheit entsprechen. Wir würden es begrüßen, wenn sie von amerikanischer Seite als Grundlage für eine eigene politische Erklärung genutzt würden.“ Vgl. den Drahterlaß Nr. 97; VS-Bd. 11351 (220); B 150, Aktenkopien 1983.

⁸ 22./23. Januar 1983.

⁹ Vgl. dazu Ziffer 11 Absatz B) des Communiqués der gemeinsamen Tagung der Außen- und Verteidigungsminister der NATO-Mitgliedstaaten am 12. Dezember 1979 in Brüssel; NATO FINAL COMMUNIQUE 1975–1980, S. 123. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1980, D 37.

¹⁰ Beigefügt war die englische Übersetzung der Anlage 1. Vgl. VS-Bd. 11351 (220); B 150, Aktenkopien 1983.

15

Runderlaß des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Steinkühler

012-312.74 VS-NfD

Aufgabe: 24. Januar 1983, 12.02 Uhr¹

Fernschreiben Nr. 6 Ortez

Zum Besuch von AM Gromyko in Bonn vom 16. bis 19.1.1983

I. Hintergrund und Ablauf

Mit seinem Besuch in Bonn erwiderte AM Gromyko die Reise von Bundesminister Genscher nach Moskau Ende März/Anfang April 1981.² Es war der erste Aufenthalt des sowjetischen Außenministers im Westen nach Andropows Wahl zum neuen Generalsekretär der KPdSU.³ Im Anschluß an seine Bonner Gespräche flog Gromyko – wie bereits nach seinem Bonn-Besuch im November 1979⁴ – nach Ost-Berlin weiter.⁵

Die Bonner Hauptprogrammpunkte Gromykos waren: ein Vier-Augen-Gespräch mit dem Bundesminister bei einem privaten Abendessen am Ankunftsstag⁶, zwei Delegationsgespräche beim Bundesminister von insgesamt rund vier Stunden⁷, ein von deutscher Seite gegebenes Abendessen mit Tischreden⁸ und ein von sowjetischer Seite gegebenes Mittagessen, ein ausführliches Gespräch mit dem Bundeskanzler⁹, ein Höflichkeitsbesuch beim Bundespräsidenten¹⁰, beide in

¹ Durchdruck.

Das Fernschreiben wurde in zwei Teilen übermittelt. Vgl. Anm. 23.

² Bundesminister Genscher hielt sich vom 2. bis 4. April 1981 in der UdSSR auf. Vgl. dazu AAPD 1981, I, Dok. 93, Dok. 95–97 und Dok. 99.³ Zum Wechsel an der Spitze der KPdSU vgl. Dok. 1, Anm. 2.⁴ Der sowjetische Außenminister Gromyko hielt sich vom 21. bis 24. November 1979 in der Bundesrepublik auf. Vgl. dazu AAPD 1979, II, Dok. 341–344.

Am 4. Dezember 1979 reiste er zu Gesprächen nach Ost-Berlin, wo am 5./6. Dezember 1979 die Außenminister der Mitgliedstaaten des Warschauer Pakts zusammentrafen.

⁵ Der sowjetische Außenminister Gromyko hielt sich vom 19. bis 21. Januar 1983 in der DDR auf.⁶ Im Mittelpunkt des Gesprächs des Bundesministers Genscher mit dem sowjetischen Außenminister Gromyko am 16. Januar 1983 standen die Wahlen zum Bundestag am 6. März 1983 und die Möglichkeiten einer nuklearen Abrüstung. Vgl. dazu die Gesprächsaufzeichnung; VS-Bd. 14116 (010); B 150, Aktenkopien 1983.⁷ Zu den Gesprächen des Bundesministers Genscher mit dem sowjetischen Außenminister Gromyko am 17. Januar 1983 vgl. Dok. 10, Anm. 7 und 20.⁸ Für den Wortlaut der Tischreden des Bundesministers Genscher und des sowjetischen Außenministers Gromyko vom 17. Januar 1983 vgl. EUROPA-ARCHIV 1983, D 134–139.⁹ Für das Gespräch des Bundeskanzlers Kohl mit dem sowjetischen Außenminister Gromyko am 18. Januar 1983 vgl. Dok. 10.¹⁰ Themen des Gesprächs des Bundespräsidenten Carstens mit dem sowjetischen Außenminister am 17. Januar 1983 waren neben Fragen der Familienzusammenführung die INF-Verhandlungen in Genf. Gromyko beurteilte deren Stand „unter Berücksichtigung der Positionen der USA nicht optimistisch. [...] Daß Verhandlungen stattfinden, kann positiv eingeschätzt werden, ist aber noch kein Hinweis auf ein Resultat. Was die Wiener Verhandlungen betrifft, so gibt es keinen Fortschritt, nicht einmal um einen Zentimeter. In Madrid ist die letzte Sitzungsperiode etwas sachlicher verlaufen, als dies vorher der Fall war. Es ist aber zu früh, um beurteilen zu können, ob die USA das Folgetreffen mit einem positiven Resultat, insbesondere zu KAE, zum Abschluß bringen wollen. In Madrid müssen wir abwarten, wie sich die Positionen der USA entwickeln.“ Vgl. die Gesprächsaufzeichnung; Referat 213, Bd. 133189.

Anwesenheit des Bundesministers, und ein Abschlußgespräch des Bundesministers vor Gromykos Abflug¹¹. Im Rahmen des Besuchsprogramms empfing Gromyko die Vorsitzenden von SPD¹² und CSU¹³ und den SPD-Kanzlerkandidaten Vogel zu Gesprächen.¹⁴ Als eigene Veranstaltung gab AM Gromyko – wie im November 1979 – eine Pressekonferenz.¹⁵

II. Gesprächsatmosphäre

Die Gespräche verliefen in freundlicher, geschäftsmäßiger und unpolemischer Atmosphäre.

III. Gesprächsinhalt

Der Schwerpunkt der Gespräche lag auf den bilateralen Beziehungen und Rüstungskontrollfragen (vor allem INF).

1) Bilaterale Fragen

Der Bundesminister unterstrich die günstige bisherige Entwicklung der deutsch-sowjetischen Beziehungen und betonte unsere Entschlossenheit, Dialog und Zusammenarbeit mit der SU unter voller Nutzung der bestehenden Verträge kontinuierlich fortzuführen.

AM Gromyko äußerte sich zum Stand der bilateralen Beziehungen ebenfalls positiv und betonte die guten Perspektiven einer langfristig angelegten Zusammenarbeit im Wirtschaftsbereich. Er rief dazu auf, nichts zu unternehmen, was diese wieder zurückwerfen könnte (indirekter Hinweis auf die eventuelle INF-Dislozierung). Gromyko enthielt sich in den Gesprächen jedes Versuches, in den strittigen Fragen Druck auszuüben. Er würdigte allerdings vieldeutig die Haltung der Bundesregierung beim Erdgas-Röhren-Geschäft¹⁶, die gezeigt habe, daß es für die Bundesrepublik Deutschland nützlich sei, sich nach ihren eigenen Interessen zu richten. Unter Bezugnahme auf die Situation in der Bundesrepublik Deutschland betonte Gromyko, daß die SU sich nicht in unsere inneren Angelegenheiten einmischen wolle.

Auf unseren Appell, den beunruhigenden rückläufigen Trend bei der Aussiedlung Deutscher aus der SU wieder umzukehren (1982 nur noch rund 2000 Aussiedler gegenüber knapp 10000 1976), wiederholte Gromyko die sowjetische Position, daß der Rückgang durch Zeitablauf und hohe Ausreisesezahlen in der Vergangenheit in der Natur der Sache liege, sagte aber zu, Anträge „weiter wohlwollend“ zu prüfen. Diese Zusage ist nur formal, nicht aber in der Sache positiv, da entsprechende frühere Zusagen nichts anderes als ein stetiges weiteres Absinken der Ausreisesezahlen zur Folge hatten.

¹¹ Für das Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem sowjetischen Außenminister Gromyko am 19. Januar 1983 vgl. Referat 213, Bd. 133189.

¹² Willy Brandt.

¹³ Franz Josef Strauß.

¹⁴ Vortragender Legationsrat Günther vermerkte am 21. Januar 1983: „MP Strauß verspätete sich, aus München kommend, um 20 Minuten und sprach knapp eine Stunde. Das anschließende Gespräch mit Brandt, begleitet von Bahr, dauerte 2 1/2 Std., das Gespräch mit Vogel 1 1/4 Std., das mit Mies 3/4 Std. (Das Gespräch mit Mies war wie üblich im Programm nicht ausgedruckt und wurde von Prot[okoll] nicht wahrgenommen.“ Vgl. Referat 213, Bd. 133188.

¹⁵ Für den Wortlaut der Ausführungen des sowjetischen Außenministers Gromyko am 18. Januar 1983 vor der Presse vgl. EUROPA-ARCHIV 1983, D 140 f. (Auszug).

¹⁶ Zum Erdgas-Röhren-Geschäft mit der UdSSR vgl. Dok. 2, Anm. 7.

2) West-Ost-Beziehungen

Der BM wies auf unsere vielfältigen Kontakte mit den WP-Ländern und die Kontakte der SU mit unseren Verbündeten und Freunden hin und unterstrich unser Interesse an einem konstruktiven Dialog zwischen USA und SU. Der Kritik Gromykos an der Rolle der USA im West-Ost-Verhältnis widersprachen der BM und der BK nachdrücklich und unterstrichen die Einheitlichkeit des Bündnisses in der Einschätzung der politischen Lage und in der Politik.

Der BM äußerte Interesse an einem konstruktiven Dialog der SU mit den USA und wies auf die Äußerungen des BK in Washington zugunsten eines Treffens Reagan/Andropow¹⁷ hin. Gromyko sagte dazu, die USA hätten den sowjetischen Gipfelvorschlag¹⁸ zurückhaltend, im Grunde negativ, aufgenommen. An einem solchen Treffen hätten aber die SU und die USA ebenso Interesse wie die Welt insgesamt.

3) KSZE – KAE

Der BM bekräftigte erneut unsere Position und führte aus, daß wir einem ausgewogenen Ergebnis des Madrider Treffens¹⁹ einschließlich eines präzisen Mandats für eine KAE große Bedeutung beimessen.

AM Gromyko stellte fest, daß die letzte Madrider Runde in geschäftsmäßiger Atmosphäre verlaufen sei. Es sei jedoch noch zu früh zu sagen, ob die USA das Treffen wirklich zu einem positiven Abschluß bringen wollten, besonders was die KAE anbelange.

4) WP-Vorschlag für einen Gewaltverzichtsvertrag

Gromyko warb für den in der Prager WP-Gipfelerklärung enthaltenen Vorschlag. Wir bestätigten unsere Bereitschaft, den östlichen Vorschlag gemeinsam mit unseren Freunden und Verbündeten zu prüfen. Gleichzeitig wiesen wir aber auf die unveränderte Lage in Afghanistan hin, das in diesem Zusammenhang nicht ignoriert werden könne.

5) Rüstungskontrollfragen

Abrüstung und Rüstungskontrolle nahmen bei den Gesprächen breiten Raum ein. Erwartungsgemäß bildeten die INF-Verhandlungen dabei den Schwerpunkt.

¹⁷ Vgl. dazu das Gespräch des Bundeskanzlers Kohl mit Präsident Reagan am 15. November 1982 in Washington; AAPD 1982, II, Dok. 306.

Vgl. dazu ferner das Schreiben von Kohl vom 17. Januar 1983 an Reagan; Dok. 10, Anm. 11.

¹⁸ Vgl. dazu die Erklärung des Politischen Beratenden Ausschusses des Warschauer Pakts vom 5. Januar 1983 („Prager Erklärung“); Dok. 40.

¹⁹ Die KSZE-Folgekonferenz in Madrid wurde am 9. Februar 1982 mit einer Debatte über die Lage in Polen wiederaufgenommen. Am 12. März 1982 beschlossen die Teilnehmerstaaten, das Treffen bis 9. November 1982 zu unterbrechen. Die Delegationen verabschiedeten sich am 17. Dezember 1982 bis zum 8. Februar 1983 in die Weihnachtspause. Zum Stand vermerkte Botschafter Kastl, Madrid (KSZE-Delegation): „Unseren Zielen entsprechend hat die sechste Phase des Madrider Folgetreffens sich nicht in Implementierungskritik erschöpft, sondern aufgrund der vom Westen neu eingebrachten Vorschläge auch Verhandlungen zur Sache gebracht. Sie wurden von den USA sowohl im Menschenrechtsbereich als auch zu einer KAE vorbehaltlos und aktiv mitgetragen. Dieser Verlauf ist als ein Erfolg zu werten. Wie nicht anders zu erwarten, hat das Verhandlungspaket, auf welches sich der Westen geeinigt hatte, um den Vereinigten Staaten die Teilnahme an Verhandlungen zu ermöglichen, die Verhandlungen erschwert. Aber auch unabhängig hiervon zeigte sich, daß die fortbestehenden grundsätzlichen Auffassungsunterschiede hinsichtlich der Menschenrechte sowie die gegensätzlichen Konzepte einer KAE einer Einigung in Madrid nach wie vor entgegenstehen.“ Dabei konnte, auch in Teilbereichen, keine Einigung über ein Schlußdokument erzielt werden.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 1023 vom 17. Dezember 1982; Referat 212, Bd. 133422.

Angesprochen wurden auch die Themen MBFR, konventionelles Gleichgewicht in ganz Europa.

Auffallend war die sowjetische Dialogbereitschaft sowie das Ausbleiben von Drohungen. Gromyko war offensichtlich bemüht, eigene INF-Position argumentativ darzulegen und hierfür um Verständnis zu werben.

Die Bundesregierung unterstrich den Willen des Westens, in Genf jede Verhandlungsmöglichkeit zu nutzen, um zu konkreten Ergebnissen zu gelangen, die dem Grundsatz der Gleichheit und Parität entsprechen. Die vertrauensvolle und umfassende Konsultation im Bündnis sowie unsere Solidarität mit den USA wurden eindringlich klargemacht. Die Kritik Gromykos an der Abrüstungspolitik der USA wurde entschieden zurückgewiesen.

Der Meinungsaustausch zu INF war sachlich und sehr detailliert, wobei beide Seiten ihre Positionen verdeutlichten. Gromyko vermied eine Festlegung in der Frage, ob die SU auch zur Vernichtung oder lediglich zur Verlegung von modernen SS-20-Raketen bereit ist. In der Frage des Zählkriteriums (Träger oder²⁰ Gefechtsköpfe) vermittelte Gromyko den Eindruck, daß die SU ihre bisherige schwache Argumentation korrigieren möchte und „Gefechtsköpfe“ als Zählkriterium nicht mehr kategorisch ablehnt. Eine Zugrundelegung von Gefechtsköpfen hängt jedoch nach den Äußerungen Gromykos davon ab, daß eine entsprechende Vereinbarung auch INF-Flugzeuge (und ihre nukleare Beladung) einbezieht. Mit dieser Forderung, die im Widerspruch zum westlichen Verhandlungsansatz eines stufenweisen Vorgehens steht (Konzentration auf Raketen in erster Phase), wird ein anderes Hindernis für Verhandlungsfortschritte aufgebaut. Gromyko machte klar, daß vorerst keine sowjetische Bereitschaft besteht, eine getrennte Regelung über Raketen zeitlich vorzuziehen.

Wir wiesen sowjetische Forderung nach Anrechnung britischer und französischer Systeme zurück und betonten, daß unsere Sicherheit auf der amerikanischen Nukleargarantie beruht.

Andere Rüstungskontrollfragen spielten eine nachgeordnete Rolle. Wir unterstrichen unser Interesse an der Vereinbarung vertrauensbildender Maßnahmen für ganz Europa über den unzureichenden, von MBFR erfaßten Raum Mitteleuropa²¹ hinaus. Gromyko verhielt sich hier eher rezeptiv und wies auf die Kompliziertheit derartiger Verhandlungen hin.

IV. Ergebnisse

Die Gespräche ergaben Einvernehmen über den positiven Stand der bilateralen Beziehungen (abgesehen von der Aussiedlung), den Willen zur kontinuierlichen Fortführung von Dialog und Zusammenarbeit zwischen beiden Ländern, die Bedeutung der deutsch-sowjetischen Beziehungen für das Ost-West-Verhältnis und den Wunsch, die zwischen Ost und West strittigen Fragen durch Dialog und Verhandlungen zu lösen.

²⁰ Korrigiert aus: „der“.

²¹ Im Schlußkommuniqué der MBFR-Explorationsgespräche vom 31. Januar bis 28. Juni 1973 in Wien wurde Mitteleuropa als Reduzierungsraum festgelegt. Für den Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1973, D 514. Vgl. dazu ferner AAPD 1973, II, Dok. 207.

Kein Einvernehmen wurde erzielt über die Ursachen der Belastungen, die zu ihrer Beseitigung zu unternehmenden Schritte und die Rolle der USA im West-Ost-Verhältnis.

Beide Seiten bewerteten die Gespräche als nützlich und notwendig und unterstrichen ihren Willen, den Dialog auf der Grundlage der bestehenden Verträge fortzusetzen. Der Bundesminister hat eine Einladung zu einem offiziellen Besuch in Moskau angenommen. Die Minister vereinbarten, daß der Abrüstungsbeauftragte der Bundesregierung im Februar d. J. zu Gesprächen über Rüstungskontrolle und Abrüstung in ganzer Breite nach Moskau reist.²²

²³V. Bewertung

Der Zeitpunkt der Gespräche mit AM Gromyko zu Beginn eines für das West-Ost-Verhältnis wichtigen Jahres und unserer EG-Präsidentschaft²⁴ und nach dem Wechsel in Moskau war günstig.

Der Nutzen der Gespräche bestand vor allem in der von beiden Seiten intensiv wahrgenommenen Gelegenheit, einander ihre jeweiligen Standpunkte zu erläutern und auf diese Weise zu größerer Transparenz in den West-Ost-Beziehungen beizutragen. Die Gespräche stellten auch erneut die Nützlichkeit einer funktionierenden Kommunikationslinie zur östlichen Führungsmacht unter Beweis.

In den Gesprächen machte Gromyko zwar weder Abstriche von den sowjetischen Positionen, noch ergab seine Darlegung der sowjetischen Haltung bis auf einige Präzisierungen bei INF neue Gesichtspunkte. Bedeutsam und positiv zu werten ist jedoch die offene und argumentative Art, mit der Gromyko die sowjetische Haltung darstellte und die Bereitschaft erklärte, den bestehenden Dissens zu Fragen der Genfer Verhandlungen im Wege des Dialogs weiterzuverfolgen. Positiv ist ebenso, daß Gromyko in der Pressekonferenz davon abgesehen hat, zu diesen Themen definitive pessimistische Wertungen vorzunehmen. Weder in den Gesprächen noch in der Öffentlichkeit hat Gromyko versucht, uns durch Druck und Einschüchterungen oder dramatische Gesten für die sowjetischen Wünsche zugänglicher zu machen. Bei seinem Besuch in Ost-Berlin im Anschluß an seine Bonner Gespräche drohte Gromyko allerdings – anknüpfend an entsprechende frühere sowjetische Äußerungen – wieder, die Stationierung von US-Mittelstreckenraketen „würde die Staaten des Warschauer Vertrags vor die Notwendigkeit stellen, für effektive Gegenmaßnahmen zu sorgen“. Gleichzeitig sprach er von seinem Appell an die Bundesregierung, ihre Position noch einmal sorgfältig abzuwägen, darunter auch „unter dem Blickwinkel ihrer Beziehungen zu den sozialistischen Staaten“.²⁵

Es ist der weiteren Entwicklung der deutsch-sowjetischen Beziehungen zuträglich, daß Gromyko in Bonn darauf verzichtet hat, den Eindruck einer Parteinahme im deutschen Wahlkampf²⁶ zu vermitteln. Die Betonung des sowjetischen Wunsches nach Kontinuität über die Bundestagswahlen hinaus verdient Be-

²² Zu den Gesprächen des Botschafters Ruth am 24./25. Februar 1983 in Moskau über Themen der Abrüstung und Rüstungskontrolle vgl. Dok. 47, Anm. 13.

²³ Beginn des mit Runderlaß Nr. 7 übermittelten zweiten Teils des Fernschreibens. Vgl. Anm. 1.

²⁴ Die Bundesrepublik hatte vom 1. Januar bis 30. Juni 1983 die EG-Ratspräsidentschaft inne.

²⁵ Für den Wortlaut der Erklärung des sowjetischen Außenministers Gromyko am 21. Januar 1983 in Ost-Berlin vgl. AUSSENPOLITIK DER DDR, Bd. XXXI (1983), S. 236–238.

²⁶ Am 6. März 1983 fanden die Wahlen zum Bundestag statt.

achtung. Auch ist davon auszugehen, daß die SU weiter darum bemüht sein wird, ihre Ziele auf beiden Wegen – Dialog mit der Bundesregierung und Einflußnahme auf die Öffentlichkeit – nach Kräften zu fördern. Wie die Pressekonferenz Gromykos sich auf die Haltung der öffentlichen Meinung ausgewirkt hat, ist noch nicht sicher abzusehen. Wir zweifeln daran, daß Gromyko damit wesentliche Punkte für den sowjetischen Standpunkt zu sammeln vermochte.

Appelle Gromykos an vermeintliche eigene deutsche Interessen mit dem Hintergedanken, zwischen uns und unsere Verbündeten und Partner Keile zu treiben, waren von Anfang an zum Scheitern verurteilt. Der sowjetische Außenminister hat vielmehr feststellen müssen, daß wir in allen Fragen fest auf dem Boden der Bündnispositionen und zum deutsch-amerikanischen Verhältnis stehen. Daß die sowjetische Seite in Kenntnis dessen den Wunsch zur Fortsetzung des Dialogs unterstrichen hat, ist eine für die weitere Entwicklung wichtige Tatsache. Das Interesse der SU an der Kontinuität des Dialogs und der Zusammenarbeit mit uns zog sich als roter Faden durch Gromykos gesamte Gesprächsführung.

VI. Auftreten und Stellung Gromykos

Das selbstsichere, souveräne und – im Unterschied zu manchen früheren Begegnungen – gelöste Auftreten des sowjetischen Außenministers ist ein Indiz dafür, daß Gromykos Gewicht innerhalb der sowjetischen Führung – er wird neben Andropow, Tschernenko, Tichonow und Ustinow zu deren innerem Kreis gezählt – unverändert ist. Entgegen den in Moskau umlaufenden Gerüchten konnten wir während des Besuches keine Anzeichen für eine Amtsmüdigkeit Gromykos sehen.

In diesem Zusammenhang bemerkenswert ist das selbstsichere Bekenntnis Gromykos gegenüber dem Bundesminister zum Prinzip der kollektiven Führung in der SU. (Gromyko hatte sich nach Breschnews Tod zwei westlichen Gesprächspartnern gegenüber schon einmal im gleichen Sinne geäußert.) Gromyko sagte, die prinzipielle Politik der SU zum Ost-West-Verhältnis, speziell zum Verhältnis gegenüber den USA, und zum friedlichen Zusammenleben der Völker sei bekannt und bleibe unverändert. Sie habe schon vor 10 oder 20 Jahren bestanden, habe unter Breschnew gegolten und gelte jetzt unter Andropow. Die in der SU regierende Partei führe eine Außenpolitik, die von Parteitage und in der praktischen Tätigkeit vom ZK bestimmt werde.

Steinkühler²⁷

Referat 012, Bd. 124454

²⁷ Paraphe vom 24. Januar 1983.

16

Botschafter von Pachelbel-Gehag, Addis Abeba, an das Auswärtige Amt

114-16165/83 VS-vertraulich
Fernschreiben Nr. 35

Aufgabe: 24. Januar 1983, 11.30 Uhr¹
Ankunft: 24. Januar 1983, 10.59 Uhr

Betr.: Beziehungen zu Äthiopien²

Bezug: DE Nr. 7 vom 20.1.1983 – 320-320.00 ATH – VS-v³
DB Nr. 607 vom 12.11.1982 – Pol 681.32⁴

1) Der nun seit genau vier Monaten unveränderte Sachstand in Schulfrage, und zwar trotz eindeutiger, unter ausdrücklichem Bezug auf höchste Führungsspitze durch äthiopischen AM persönlich erklärter Zusage der Rückgabe, wird hier nicht nur ebenso wie im Bezugs-DE, sondern auch als geradezu skandalös empfunden. Das einzig Positive an der ganzen Angelegenheit ist, daß der sehr kleine Kreis der eingeweihten Äthiopier bisher offenbar wirklich dichtgehalten hat und erstaunlicherweise die östlichen Gegenkräfte noch nichts von der Rückgabezusage erfahren haben. Aber wie lange wird sich das garantieren lassen? Zumal inzwischen angeblich auch der äthiopische Botschafter in Bonn⁵ von der

¹ Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Vergau am 24. Januar 1983 vorgelegen, der die Weiterleitung an Vortragenden Legationsrat Staks und Ministerialdirigent Haas „n[ach] R[ückkehr]“ verfügte.

Hat Staks am 25. Januar 1983 vorgelegen.

Hat Haas am 28. Januar 1983 vorgelegen.

Hat Vergau am 31. Januar 1983 erneut vorgelegen.

² Eine ungeklärte Frage in den Beziehungen zu Äthiopien war die Beschlagnahmung der Deutschen Schule Addis Abeba am 5. Januar 1978 durch äthiopische Behörden. Vgl. dazu AAPD 1978, I, Dok. 20, und AAPD 1978, II, Dok. 342.

Im September 1982 entschloß sich die äthiopische Regierung, die Gebäude zurückzugeben, und äußerte im Gegenzug die Erwartung, daß die Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und Äthiopien wieder normalisiert würden. Vgl. dazu AAPD 1982, II, Dok. 237.

Mit Drahterlaß Nr. 172 vom 24. September 1982 wies Vortragender Legationsrat Holl die Botschaft in Addis Abeba an, im äthiopischen Außenministerium mitzuteilen, daß das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit entschieden habe, das Ausbildungsprojekt für Wasserwerkspersonal wieder aufzunehmen: „Gleichzeitig ist die Bundesregierung bereit, aus Rest-Mitteln der Straßenbauprojekte Awassa – Dilla – Yabello mit Zustimmung der äth[iopischen] Regierung 8 Mio. DM Rest-Mittel umzuprogrammieren zugunsten der Fortführung des Städteprogramms Wasserversorgung“. Vgl. Referat 320, Bd. 137953.

³ Ministerialdirektor Gorenflös bat die Botschaft in Addis Abeba um Stellungnahme zu der Frage, „ob eine realistische Wertung der Absichten und der Möglichkeiten auf äthiopischer Seite weiterhin die Erwartung der tatsächlichen Rückgabe der Schule rechtfertigt. Falls sie dies bejaht, interessiert hier, welche Schritte aus dortiger Sicht nunmehr unternommen werden sollen, um den Schwebezustand zu beenden.“ Vgl. Referat 320, Bd. 137953.

⁴ Botschafter von Pachelbel-Gehag, Addis Abeba, berichtete, er habe am Vortrag gegenüber dem äthiopischen Außenminister Feleke „in gebotener Eindringlichkeit unsere Verwunderung zum Ausdruck gebracht, daß Implementierung seiner Versicherung noch nicht erfolgt sei, gem[äß] welcher die Räumung u. Rückgabe der Schulgebäude unmittelbar nach Übermittlung unserer Projektzusage (Wasserwerkspersonal Training Institute) veranlaßt werden sollte. Feleke habe auf seine häufige Abwesenheit von Addis Abeba verwiesen: „Andererseits habe er Probleme mit dem Central Supreme Planning Council gehabt, der bzgl. der unmittelbaren Realisierbarkeit der von uns erteilten Projektzusage Zweifel geäußert habe“. Vgl. Referat 320, Bd. 137953.

⁵ Haile Gabriel Dagne.

seitens des AM gegenüber BM in New York zur Schulfrage gemachten Äußerung⁶ erfahren hat und einigen seiner Besucher Andeutungen darüber gemacht haben soll.

2) AM Dr. Feleke ist seit der mit DB Nr. 480 vom 24.9.1982 berichteten Erklärung, daß nun unverzüglich diejenigen Persönlichkeiten, die damit zu befassen seien – wie z.B. der Universitätspräsident und der Wohnungsminister⁷ –, zusammengerufen werden würden⁸, insgesamt lediglich 16 Tage in Addis Abeba gewesen und hat allein acht Tage davon unansprechbar in den Sitzungen des ZK und Kongresses von COPWE⁹ verbracht. An einem der anderen acht Tage gelang es, ihn anzusprechen und in einer Form, die kaum noch deutlicher möglich war, auf den Ernst der Lage zu dieser Sache hinzuweisen (vgl. Bezugs-DB), was seine erneute Zusage erbrachte, sofort nach Rückkehr aus Tripolis von der OAE¹⁰ das Erforderliche zu veranlassen. Seitdem ist jedoch wiederum nichts geschehen. Seit zwei Wochen liegt seiner Sekretärin die von Leiter der Europa-Abteilung¹¹ unterstützte Bitte um einen dringenden Termin baldmöglichst nach seiner Rückkehr von der Blockfreien-Vorbereitungskonferenz aus Managua vor.¹² Er wurde an diesem Wochenende¹³ zurückerwartet.

3) Unser Handicap ist zusätzlich, daß der AM um äußerst vertrauliche Behandlung gebeten hatte, was es uns erschwerte, über andere vertrauenswürdige Äthiopier Sondierungen darüber anzustellen, ob und wenn ja was für eine unvorhersehbare Hürde entstanden sein könnte. Die gemäß Bezugs-DB von AM behaupteten Zweifel des Central Planning Supreme Council an unseren Gegenleistungen in Gestalt der Projektzusage gaben mir jedoch Gelegenheit, beim Chef des Council, dem Senior Minister¹⁴ sowie beim Water Commissioner¹⁵ vertraulich nachzufragen (Ende November). Beide waren erstaunt, daß man ihnen über eine für den Staatschef selbst so wichtige Zusage nichts mitgeteilt habe. Da wir daraufhin den AM nun nicht mehr verschonen können, habe ich den auf mehreren Gebieten von uns unterstützten RRC¹⁶-Chief Commissioner Shimelis

⁶ Bundesminister Genscher und der äthiopische Außenminister Feleke trafen sich am 6. Oktober 1982 am Rande der VN-Generalversammlung in New York. Vortragender Legationsrat I. Klasse Vergau informierte am 18. Oktober 1982 die Botschaft in Addis Abeba, „daß AM Feleke im Verlauf der Gespräche kurz und generell Lösung der Schulfrage andeutete. BM reagierte mit Kopfnicken.“ Vgl. den Drahterlaß Nr. 185; Referat 320, Bd. 137953.

⁷ Tesfaye Maru.

⁸ Botschafter von Pachelbel-Gehag, Addis Abeba, informierte am 24. September 1982, daß der äthiopische Außenminister Feleke die Mitteilung der Bundesregierung über die Wiederaufnahme der Projekthilfe „mit spürbarer Erleichterung“ aufgenommen und die unverzügliche Befassung der zuständigen Personen zugesagt habe, „damit die Rückgabe der Schulgebäude an uns so schnell wie möglich und so unspektakulär wie möglich vor sich gehen könne“. Vgl. den Drahtbericht Nr. 480; Referat 320, Bd. 137953.

⁹ Vom 3. bis 6. Januar 1983 fand in Addis Abeba der Zweite Kongreß der Commission for Organizing the Party of the Working People of Ethiopia (COPWE) statt.

¹⁰ Vom 15. bis 20. November 1982 fand in Tripolis eine Konferenz der Außenminister der OAE-Mitgliedstaaten zur Vorbereitung einer Konferenz der Staatsoberhäupter statt, die nicht zustande kam.

¹¹ Tekil Amelga.

¹² Die Außerordentliche Ministertagung des Koordinationsbüros blockfreier Staaten fand vom 12. bis 15. Januar 1983 in Managua statt.

¹³ 22./23. Januar 1983.

¹⁴ Haile Yimenu.

¹⁵ Kelilew Tadesse.

¹⁶ Relief and Rehabilitation Commission.

Adugna vertraulich unterrichtet, der nun Mengistu selbst darauf ansprechen will. Dank seiner Sonder- und Vertrauensstellung wird ihm dies möglich sein. Er rechnet mit einem Termin bei Mengistu in den nächsten Tagen und versprach, nicht uns als Quelle der Information anzugeben.

4) Als besonders unverständlich kommt hinzu, daß auf diese Weise ja auch unsere Projektzusage (Wasserausbildungsinstitut), an der Mengistu selbst soviel lag und die gar nicht schnell genug verwirklicht werden konnte, nicht zum Zuge kommt. Es muß irgend etwas aufgetreten sein, womit die äthiopische Seite bisher nicht fertig wurde. Für den Fall, daß es das Problem einer anderweitigen Unterbringung der jetzt die Gebäude benutzenden Studenten ist, gibt es dafür jedenfalls bisher keine Anhaltspunkte. Darüber muß das nun hoffentlich zustandekommende beantragte Gespräch mit dem AM Klärung bringen, zumal ihm vollauf bewußt ist, daß sich ohne eine solche auch unsererseits nichts bewegen kann. Denn ein Zurückgehen unsererseits auf frühere äthiopische Teillösungsvorschläge scheidet aus hiesiger Sicht aus.¹⁷

Vor dreitägiger Dienstreise nach Eritrea diktiert.

[gez.] Pachelbel

VS-Bd. 13658 (322)

¹⁷ Am 7. Februar 1983 berichtete Botschafter von Pachelbel-Gehag, Addis Abeba, daß das Gespräch mit dem äthiopischen Außenminister „endlich“ zustande gekommen sei: „Ich unterstrich ihm gegenüber die Verwunderung der Bundesregierung über die ‚unerklärlichen und unerklärten Gründe‘ für die Verzögerung, die äthiopischerseits in der Implementierung einer immerhin im Namen des Staatschefs uns zugesagten Amtshandlung eingetreten sei; wies ihn darauf hin, daß für die Äthiopienpolitik der Bundesregierung diese Angelegenheit jetzt wirklich zu einem Prüfstein geworden sei“. Feleke habe versichert, daß die Entscheidung der äthiopischen Regierung „nach wie vor gelte“. Pachelbel-Gehag fuhr fort: „Der AM, sichtlich verlegen, erklärte dann: Er werde die Sache ‚sofort und mit Nachdruck auf die Hörner nehmen‘; er bitte mich um Verständnis (weil Sie ja die ‚constraints from which our country is suffering‘ kennen!), daß es immer wieder mal unvorhersehbare ‚oscillations‘ gebe, die eine jedoch ‚sicher nicht lange‘ Verzögerung mit sich brächten. Meine Frage nach den Gründen könne er leider nicht, ‚wenigstens noch nicht‘ beantworten!“ Vgl. den Schriftbericht Nr. 117; Referat 320, Bd. 137953.

17

Gespräch des Bundeskanzlers Kohl mit Ministerpräsident Lubbers

202-321.10 NLD-50/83 geheim

25. Januar 1983¹

Gespräch des Herrn Bundeskanzlers mit dem niederländischen Ministerpräsidenten Lubbers am 25.1.1983²

Nach einem etwa 30minütigen Sechs-Augen-Gespräch, an dem nur Bundeskanzler, Ministerpräsident und niederländischer Außenminister³ teilnahmen, führte der Bundeskanzler ein 45minütiges Gespräch in Anwesenheit des niederländischen Botschafters⁴, des niederländischen Politischen Direktors Jacobovits und des Beraters des Ministerpräsidenten, Merckelbach, sowie von MD Teltschik, Botschafter Fischer und dem Unterzeichner⁵, das während des etwa einstündigen Mittagessens fortgesetzt wurde.

BK ging zunächst auf den Gromyko-Besuch ein, der in einer freundlichen und entspannten Atmosphäre stattgefunden habe.⁶ Gromyko sei im Grunde nur einmal scharf geworden, als er die Amerikaner, u. a. wegen ihrer Politik im Nahen Osten, angegriffen habe. Er, der *BK*, habe diesem Angriff die sowjetische Politik (Afghanistan) sowie eine Würdigung der Persönlichkeit des amerikanischen Präsidenten entgegengehalten und sich für ein Treffen Reagan–Andropow ausgesprochen.

Gromyko habe im übrigen herausfinden wollen, ob wir zum Doppelbeschluss stünden, uns vor einer Stationierung gewarnt und die neuen Elemente der

¹ Durchschlag als Konzept.

Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Ministerialdirigent Schauer am 25. Januar 1983 gefertigt und am selben Tag an Staatssekretär Lautenschlager „zur Unterrichtung“ geleitet. Als Empfänger weiterer Ausfertigungen waren das Büro Staatssekretäre, das Ministerbüro, die Ministerialdirektoren Pfeffer und Fischer, Botschafter Ruth, die Referate 201 und 202 sowie die Botschaft in Den Haag vorgesehen.

Hat Lautenschlager am 26. Januar 1983 vorgelegt, der die Weiterleitung an Staatssekretär von Staden und Bundesminister Genscher „n[ach] R[ückkehr] m[it] d[er] B[itt]e um Kenntnisnahme“ verfügte und handschriftlich vermerkte: „Ich habe Herrn Schauer gebeten, den Verteiler drastisch einzuschränken. Ggf. Auszüge an die jeweils betroffenen Abteilungen.“ Ferner strich er das Büro Staatssekretäre, Fischer, die Referate 201 und 202 sowie die Botschaft in Den Haag aus dem Verteiler und vermerkte handschriftlich: „(B[otschafter] Fischer hat teilgenommen).“

Hat Staden am 27. Januar 1983 vorgelegen.

Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse von Ploetz am 27. Januar 1983 vorgelegen, der den Rücklauf über das Büro Staatssekretäre an Schauer verfügte. Dazu vermerkte er handschriftlich: „Vermerk wurde nach Wash[ington] übermittelt und hat dort BM vorgelegen.“

Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Graf York von Wartenburg am 28. Januar 1983 vorgelegen. Hat Legationsrätin I. Klasse Völkel am 7. Februar 1983 vorgelegen, die handschriftlich vermerkte: „Ausfertigung] 1 des Vermerks (Anlage) an ChBK [Referat] 211 auf Bitten des Bundeskanzleramtes.“ Vgl. den Begleitvermerk; VS-Bd. 12920 (200); B 150, Aktenkopien 1983.

² Der niederländische Ministerpräsident Lubbers hielt sich am 25. Januar 1983 in der Bundesrepublik auf.

³ Hans van den Broek.

⁴ Kasper W. Reinink.

⁵ Hans Schauer.

⁶ Zum Besuch des sowjetischen Außenministers Gromyko vom 16. bis 19. Januar 1983 vgl. Dok. 10 und Dok. 15.

Prager Gipfelerklärung⁷ hervorgehoben. Der sowjetische AM habe sich aus dem Wahlkampf⁸ herausgehalten, auch gerade bei seiner Pressekonferenz⁹, und, wie wir wüßten, in seinen anschließenden Gesprächen in der DDR¹⁰ die freundliche Atmosphäre des Bonn-Besuchs gewürdigt.

Auf die Erkundigung des BK nach Sacharow habe Gromyko sehr kühl reagiert. Im übrigen sei das schwierige Problem der Familienzusammenführung besprochen worden.

Er, der BK, halte es durchaus für möglich, daß sich in Genf¹¹ etwas bewege, die Null-Lösung sei der Idealfall und wünschenswert. Politisch könne es nicht sinnvoll sein, sie aufzugeben. Unsere Position sei fest gegründet auf dem Beschluß der NATO. Er, der BK, bedauere, daß das Nachrüstungsthema zum Wahlkampfthema geworden sei. Er meine, daß man über der Debatte über den Doppelbeschluß auch keinesfalls die konventionelle Disparität in Europa übersehen dürfe. Aus seinem gestrigen Gespräch mit Nitze¹² habe er den Eindruck gewonnen, daß man in den Vereinigten Staaten die Probleme der Nachrüstung durchaus sehe und ohne Frage seriös verhandele. Man dürfe nicht vergessen, daß es auch eine lebhaftige Diskussion über dieses Thema in den USA gebe. Die Emotionen, die der Vollzug des Beschlusses ausgelöst habe, seien eine Tatsache, an der der Politiker nicht vorbeigehen könne. Sehr wichtig sei für ihn aber die folgende Feststellung: Die Mehrheit der Deutschen akzeptiere den Doppelbeschluß, und die Deutschen seien keine Wanderer zwischen zwei Welten. Wenn in Deutschland gefragt werde, wem man mehr vertraue, den USA oder der Sowjetunion, dann bekäme man ein Ergebnis von etwa 92 zu 8.

Zum Mittelrand-Besuch¹³ übergehend erläuterte der BK die französische Interessenlage. Schließlich sei es für Frankreich entscheidend, ob jenseits des Rheins die Bundeswehr und die 7. amerikanische Armee stehen oder irgendwelche Thälmann-Brigaden.

Zu Beginn seiner Erwiderung betonte der *niederländische MP*, daß er um strikt vertrauliche Behandlung seiner folgenden Ausführungen bitte. In den nächsten sechs bis acht Monaten, also bis etwa September, brauche sich die niederländische Regierung in der Nachrüstungsfrage nicht zu bewegen.¹⁴ Sie könne

⁷ Zur Tagung des Politischen Beratenden Ausschusses des Warschauer Pakts am 4./5. Januar 1983 in Prag vgl. Dok. 40.

⁸ Am 6. März 1983 fanden die Wahlen zum Bundestag statt.

⁹ Für den Wortlaut der Ausführungen des sowjetischen Außenministers Gromyko am 18. Januar 1983 vor der Presse vgl. EUROPA-ARCHIV 1983, D 140 f. (Auszug).

¹⁰ Der sowjetische Außenminister Gromyko hielt sich vom 19. bis 21. Januar 1983 in der DDR auf.

¹¹ In Genf fanden seit dem 30. November 1981 die INF-Verhandlungen statt. Vgl. dazu Dok. 1, Anm. 19.

¹² Zum Gespräch des Bundeskanzlers Kohl mit dem Leiter der amerikanischen INF-Delegation, Nitze, am 24. Januar 1983 vgl. Dok. 14, Anm. 7.

¹³ Staatspräsident Mitterrand hielt sich am 20. Januar 1983 anlässlich der Feierlichkeiten zum 20. Jahrestag der Unterzeichnung des deutsch-französischen Vertrags vom 22. Januar 1963 in der Bundesrepublik auf. Vgl. dazu Dok. 19.

¹⁴ Auf der gemeinsamen Tagung der Außen- und Verteidigungsminister der NATO-Mitgliedstaaten am 12. Dezember 1979 in Brüssel äußerten die Niederlande hinsichtlich der Durchführung des NATO-Doppelbeschlusses den Vorbehalt, hinsichtlich der Stationierung amerikanischer Mittelstreckensysteme erst im Dezember 1981 „nach Prüfung der dann vorliegenden Rüstungskontrollergebnisse“ zu entscheiden. Vgl. die Aufzeichnung des Referats 220 vom 14. Dezember 1979; VS-Bd. 11343 (220); B 150, Aktenkopien 1979.

Referat 201 notierte am 13. Januar 1983, daß sich nach den Parlamentswahlen in den Niederlan-

die Verhandlungen unterstützen und im übrigen die administrative Vorbereitung der Stationierung weiterlaufen lassen. Ende des Sommers werde sie jedoch einen Zehnjahresplan für die Verteidigung unterbreiten und sich dann auch dem Parlament stellen müssen. Zu diesem Zeitpunkt werde im übrigen auch die physische Vorbereitung der Stationierung beginnen. Die Debatte im Parlament werde für die Regierung nicht einfach sein. Die Öffentlichkeit stehe der Nachrüstung kritisch gegenüber, und zwar aus folgenden Gründen:

- Man sei skeptisch hinsichtlich des Verhandlungswillens in Genf.
- Man habe immer die nuklearen Gefechtsfeldwaffen reduzieren wollen und sei enttäuscht, daß die High-Level-Group-Studie¹⁵ wohl kaum – wie von der Regierung in Aussicht gestellt – zu einem positiven Ergebnis in dieser Frage komme.
- Man glaube, daß START und INF zusammengehörten.
- Man sei der Auffassung, daß die französischen und britischen nuklearen Waffen in irgendeiner Weise berücksichtigt werden müßten.
- Man vermisste eine klare Aussage über die Rolle der Forward Based Systems.

Unter diesen Aspekten sei es für die Regierung schwierig, einfach festzustellen, daß disloziert werden müsse. Er überlege einen neuen Ansatz, und zwar, der SU etwa folgendes Angebot zu machen. Falls sie, die SU, bereit sei, sechs Monate lang keine neuen SS-20 zu stationieren und in diesen sechs Monaten einige Dutzend dieser Systeme zu verschrotten, sei der Westen bereit, sechs Monate lang nicht zu stationieren. Der Vorteil eines solchen Vorgehens wäre, daß der Westen einen konkreten Schritt in Richtung Abrüstung vollzöge und die SU in eine schwierige Lage bringe, falls sie dieser Aufforderung nicht entsprechen wolle. Tue sie dies nicht, werde stationiert. Der Nachteil, daß die SU diesen Vorschlag als Zeichen der Schwäche interpretieren könne, sei ihm bewußt.

BK wies in seiner Erwiderung vor allem auf zwei Nachteile dieses Vorschlags hin: Einmal, daß die SU, selbst wenn sie die Hälfte ihrer SS-20 abbauen würde, dann immer noch ein Monopol mit ihren etwa 150 Mittelstreckenwaffen habe; zum anderen bezweifle er, daß man der Bevölkerung nach dem Abbau und

Fortsetzung Fußnote von Seite 86

den am 8. September 1982 die Koalitionsregierung aus CDA und VVD darauf geeinigt habe, die Möglichkeit einer Stationierung offenzuhalten, eine Grundsatzentscheidung hierüber jedoch noch nicht zu treffen. Vgl. VS-Bd. 11974 (201); B 150, Aktenkopien 1983.

¹⁵ Auf der Sitzung vom 7. bis 10. Februar 1983 in San Diego verabschiedete die High Level Group (HLG) den Entwurf für einen Zwischenbericht an die Nukleare Planungsgruppe (NPG) über die Studie zu den nuklearen Systemen der NATO mit kürzerer Reichweite. Dazu vermerkte Ministerialdirigent Schauer am 11. Februar 1983: „In diesem Bericht werden erste allgemeine Feststellungen enthalten sein, von denen ich die wichtigsten nenne: SRINF/SNF haben eine wichtige kontinuierliche Rolle im Spektrum der Abschreckung; eine breite und ausgewogene geographische Verteilung würde die Abschreckung erhöhen; die Solidarität der Mitglieder der Allianz bei der Teilung des Risikos ist wesentlich; die SRINF/SNF müssen in der Lage sein, dem Gegner militärisch bedeutsamen Schaden zuzufügen, falls ihre Abschreckungswirkung glaubhaft sein soll; die HLG soll sich auf die vorrangige Rolle dieser Systeme konzentrieren, nämlich auf ihren selektiven Einsatz; es wäre nicht im Interesse der NATO, diese Waffen mehrfach einzusetzen, insbesondere nicht auf alliitem Territorium [...]; Verbesserungen bei den Waffensystemen und eine größere Flexibilität bei ihrer Anwendung können es ermöglichen, die gegenwärtige Abschreckung aufrechtzuerhalten, evtl. unterhalb der gegenwärtigen Kapazitäten. Verbesserungen der konventionellen Systeme könnten ebenfalls die Möglichkeit eröffnen, Reduktionen in der Zahl der Nuklearwaffen vorzunehmen, obwohl damit hohe Kosten entstehen würden.“ Vgl. VS-Bd. 12056 (201); B 150, Aktenkopien 1983.

den sechs Monaten das wirkliche, dann immer noch vorhandene Ausmaß der Bedrohung klarmachen könne. MP *Lubbers* warf ein, daß auch für ihn Zielpunkt die Null-Option bleibe. Im übrigen wolle man ja zunächst nur sechs Monate warten. BK sagte, er fühle sich an die Jahre 1938/39 erinnert. Im übrigen wolle er noch einmal wiederholen, er sehe die Chance, daß sich in der SU etwas bewege. Andropow sei ein neuer Mann von 68 Jahren, der nicht mehr allzu viel Zeit habe, um auf ein gutes Bild seiner selbst in der Geschichte hinzuwirken. Er habe auch Probleme, die er lösen müsse. Nämlich einmal, die Streitkräfte zu befriedigen, zum anderen, die nicht unbeträchtlichen Versorgungsprobleme zu lösen. Beides gleichzeitig werde er kaum können. Er werde auch außenpolitische Erfolge suchen, wobei er, der BK, das Problem Polen für kaum lösbar halte, und ob es eine politische Lösung für Afghanistan gebe, sei auch unsicher. Deshalb sei er für das Gipfeltreffen, aber in der Zwischenzeit dürften wir nichts tun, was bei den Sowjets den Anschein erwecken könnte, wir meinten es nicht ernst mit dem Doppelbeschluß. Er sei über den Vorschlag des MP besorgt. Er beinhalte die Gefahr, daß die Termine¹⁶ aus psychologischen Gründen nicht haltbar seien. Wir müßten durchhalten. Er sei überzeugt, falls Ende des Jahres die Verhandlungen festgefahren seien und wir alle zum Beschluß stünden, sich die Sowjets bewegen würden. Die entscheidende Phase werde voraussichtlich nach der im Juli endenden INF-Runde¹⁷ beginnen.

Der *niederländische MP* verwahrte sich vorsichtig gegen den Vergleich mit 1938/39. Der BK betonte, ihm gehe es auch nur darum, daß, wie Mitterrand gesagt habe¹⁸, kaltblütig verhandelt werde.

BK unterstrich im Hinblick auf die Stationierungsdaten, daß die Niederlande doch wohl kaum unter Zeitdruck stünden.

Der MP gab das zu, deutete jedoch an, daß seine Lage trotzdem schwierig sei und er die Null-Lösung für nicht machbar halte.

Später kam der *niederländische AM* nochmals auf das INF-Problem zurück. Er stellte dem BK zwei Fragen. Es sei klar, daß die SU alles tue, um den Anfang der Stationierung zu verhindern. Glaube der BK, daß der Druck des Westens auf die SU stärker vor der Stationierung oder nach einer solchen sei? Zweitens: Glaube der BK, daß der Vollzug der Stationierung in der Bundesrepublik und in Italien durchgesetzt werden könne? BK erwiderte, der Vollzug werde selbstverständlich Schwierigkeiten mit sich bringen. Im übrigen werde die SU nur dann verhandeln, wenn sie wisse, daß wir einig seien. In Italien seien die Dinge anders als bei uns gelagert. Er müsse aber sehr deutlich unterstreichen, daß beim Vollzug des Doppelbeschlusses für uns größere Schwierigkeiten entstehen würden, falls die Niederländer nein sagten.

Der *niederländische MP* wiederholte noch einmal, ein gemeinsames Operieren sei in den nächsten Monaten kein Problem. Die SU werde aber propagandistisch und eventuell durch einen zur Schau gestellten Verhandlungswillen unsere Position beeinflussen. Wie sähen wir das? Werde sich in den nächsten Monaten

¹⁶ Zum Zeitplan für die Stationierung amerikanischer Mittelstreckensysteme in Europa vgl. Dok. 4.

¹⁷ Die fünfte Runde der INF-Verhandlungen fand vom 17. Mai bis 14. Juli 1983 in Genf statt

¹⁸ Vgl. dazu die Rede des Staatspräsidenten Mitterrand am 20. Januar 1983 im Bundestag; BT STENOGRAPHISCHE BERICHTE, Bd. 123, S. 8978–8992.

etwas bewegen? Der *BK* wiederholte, für die *SU* sei ein sehr wichtiges Datum der 6.3. Gromyko sei u. a. gekommen, um herauszufinden, was er, der *BK*, nach dem 6.3. tun werde. Es sei vor allem wichtig, Festigkeit und Entschlossenheit gegenüber Moskau zu zeigen. Das lehre¹⁹ die Erfahrung aus vielen Verhandlungen mit den Russen. Im übrigen wolle er in dieser Frage Kontakt halten und werde sich schon nach dem Bush-Besuch²⁰ telefonisch mit dem *MP* in Verbindung setzen. Natürlich sei die Null-Lösung eine Wunschvorstellung. Es sei normal, so an die Lösung eines Problems heranzugehen. Wichtig sei, daß die Bevölkerung wisse, dies sei unser Ziel.

BK sagte, beim nächsten Treffen sollten auch einige EG-Fragen besprochen werden. Er sei gern bereit, hierfür in die Niederlande zu kommen.

Auf die Erwähnung des Dollart-Ems-Problems²¹ durch den *BK* äußerte sich der *AM* zufrieden darüber, daß die Sachgespräche darüber morgen beginnen.²²

MP fragte, ob wir schon eine Analyse des OPEC-Treffens²³ hätten, was verneint wurde. Dies sei auch ein Problem, sagte der *BK*, das zwischen beiden Ländern besprochen werden sollte. Er sei gern bereit, auch Fachleute hierfür nach Den Haag zu entsenden. *MP* äußerte den Gedanken eines Energie-Verbundes im Rahmen der EG unter Einschluß Großbritanniens. Wenn die Energiepreise jetzt runtergingen, könne dies für GB durchaus interessant sein. *BK* war skeptisch, sagte jedoch zu, am 4.2. in Chequers Frau Thatcher zu fragen.²⁴

¹⁹ Korrigiert aus: „zeigen. lehre“.

²⁰ Zum Besuch des amerikanischen Vizepräsidenten Bush vom 30. Januar bis 1. Februar 1983 in der Bundesrepublik vgl. Dok. 27 und Dok. 28.

²¹ Referat 513 informierte am 13. Januar 1983: „Wir verhandeln nun seit fast fünf Jahren über den Ausbau des Hafens von Emden. Nachdem die Verhandlungen zunächst zwischen den beiderseitigen Verhandlungsdelegationen geführt worden sind, haben am 30. November und am 9. Dezember die beiderseitigen Außenminister sich mit der Angelegenheit befaßt. Schwierigster Punkt ist die Frage, ob in dem sogenannten Vertragsgebiet eine gemeinsame Umweltpolitik betrieben werden soll oder ob das jeweilige nationale Umweltrecht weiterhin maßgebend sein soll. Letzteres ist die deutsche Vorstellung, da sonst eine Rechtsunsicherheit für potentielle Investoren eintreten würde. Da ein Einvernehmen über diese Frage auch in den Gesprächen zwischen den Außenministern nicht zu erzielen war, ist zwischen ihnen die Idee einer sog. ‚kleinen Lösung‘ erörtert worden; darunter wird der Verzicht auf die industrielle Nutzung des im Zusammenhang mit der Verlegung der Emsfahrrinne aufzuschüttenden sog. Geise-Rückens verstanden.“ Zwar habe wegen der hohen regionalen Arbeitslosigkeit die Bundesrepublik ein Interesse an einer Nutzung des Geise-Rückens; die „kleine Lösung“ würde aber die Frage des Umweltregimes entschärfen. Vgl. Referat 202, Bd. 140589.

²² Am 16. März 1983 bat Ministerialdirigent Bertele die Botschaft in Den Haag, im niederländischen Außenministerium folgende Mitteilung zu übergeben: „In dem Gespräch zwischen Vertretern der beiderseitigen Außenministerien am 26.1.1983 legte die niederländische Seite dar, man habe das Ministergespräch vom 9.12.1982 dahingehend verstanden, daß nun der Geise-Rücken gar nicht mehr aufgespült werde, vielmehr lediglich der Geise-Leitdamm verstärkt werde. Man lege Wert darauf, daß von einer Aufspülung des Geise-Rückens abgesehen werde. Die deutsche Seite hat die hiermit zusammenhängenden Fragen eingehend geprüft. Sie muß zunächst feststellen, daß der Bundesminister des Auswärtigen in den Gesprächen am 30.11. und 9.12.1982 nur einen möglichen Verzicht auf die industrielle Nutzung, nicht aber einen Verzicht auf die Aufspülung des Geise-Rückens angesprochen hat. Die deutsche Seite sieht sich nicht in der Lage, von der mit den Niederlanden gemeinsam in jahrelangen Modellversuchen erarbeiteten Lösung abzuweichen.“ Vgl. Referat 202, Bd. 140589.

²³ Am 23./24. Januar 1983 tagte in Genf eine außerordentliche Konferenz der Erdölminister der OPEC-Mitgliedstaaten, um über Maßnahmen zur Stützung des Rohölpreises zu beraten. Jedoch vermochten sich die Teilnehmer weder auf eine Gesamtfördermenge noch auf die Verteilung der Förderquoten zu einigen. Vgl. dazu den Artikel „Die OPEC-Konferenz endet im Streit“; FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG vom 25. Januar 1983, S. 9.

²⁴ Für das Gespräch des Bundeskanzlers Kohl mit Premierministerin Thatcher vgl. Dok. 37.

Nach einer kurzen Erörterung der EG-Fischereipolitik²⁵ und des Jungrobben-Problems²⁶ sagte der *niederländische AM*, es sei wichtig, daß die Bundesrepublik während ihrer Präsidentschaft²⁷ die Fragen des „Transport-Dossiers“, die schon lange einer Bearbeitung harreten, voranbringe.

Der *niederländische MP* erkundigte sich anschließend nach unserem Konzept für die Stahlindustrie.²⁸ Der *BK* erläuterte die Schwierigkeiten einer Lösung.²⁹

Beide Seiten vereinbarten, den anliegenden Text³⁰ der Presse zu übergeben.

VS-Bd. 12920 (200)

²⁵ Zur Gemeinsamen Fischereipolitik der Europäischen Gemeinschaften vgl. Dok. 9, Anm. 12 und 21.

²⁶ Zur Frage eines Einfuhrverbots für Jungrobbenfelle in die EG-Mitgliedstaaten vgl. Dok. 9, Anm. 23 und 24.

²⁷ Die Bundesrepublik hatte vom 1. Januar bis 30. Juni 1983 die EG-Ratspräsidentschaft inne.

²⁸ Die EG-Kommission stellte am 6. Oktober 1980 gemäß Artikel 58 des EGKS-Vertrags vom 18. April 1951 fest, daß sich die Stahlindustrie in einer Krise befinde. Der EG-Rat auf der Ebene der für Industriefragen zuständigen Minister stimmte daraufhin am 30. Oktober 1980 in Luxemburg der Einführung von Produktionsquoten zu. Vgl. dazu AAPD 1980, II, Dok. 304.

Am 24. Juni 1981 billigte der EG-Rat auf der Ebene der Wirtschaftsminister einen Maßnahmenkatalog, der sich insbesondere mit der Frage der Beihilfen für die Eisen- und Stahlindustrie sowie der Preispolitik und mengenmäßigen Produktionsbeschränkungen befaßte. Eine entsprechende Verordnung, die Beihilfe an Stahlunternehmen von Umstrukturierungsmaßnahmen abhängig machte und auf einen Abbau der Produktionskapazitäten abzielte, wurde am 7. August 1981 erlassen. Sie sah letzte Entscheidungen der EG-Kommission bis zum 1. Juli 1983 vor. Vgl. dazu BULLETIN DER EG 6/1981, S. 19–22. Vgl. ferner AMTSBLATT DER EUROPÄISCHEN GEMEINSCHAFTEN, Nr. L 228 vom 13. August 1981, S. 26.

²⁹ Hinsichtlich einer Lösung der Stahlkrise in der Bundesrepublik vermerkte Referat 412 am 3. Februar 1983, daß die Bundesregierung von einem „Moderatorenkonzept“ folgenden Inhalts ausgehe: „Bildung von zwei Produktionsgruppen (Gruppe Rhein: Thyssen, Krupp; Gruppe Ruhr: Hoesch, Peine – Salzgitter, Klöckner – Bremen): Vorschlag knüpft an die Walzstahl-Fertigerzeugnisse als die marktmäßig und technisch wichtigste Einflußgröße an und zielt [...] auf die Schaffung von zwei gleichrangigen, voneinander unabhängigen Anbietern im Markt ab. [...] Bildung von zwei oder vier Verkaufsgesellschaften; öffentliche Hilfen in Höhe von 2 bis 3 Mrd. DM; als flankierende Maßnahme Schutz gegenüber subventionierten Importen aus der Gemeinschaft – sofern zur Absicherung des Restrukturierungsprozesses unumgänglich – durch Mengenregelung [...]; Verlängerung der Quotenregelung gemäß Art. 58 EGKS-V[ertrag] bis 1985.“ Vgl. Referat 416, Bd. 130944.

³⁰ Dem Vorgang beigelegt. Für die Presseerklärung vgl. VS-Bd. 12920 (200); B 150, Aktenkopien 1983.

18

Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem amerikanischen Außenminister Shultz in Washington

Geheim

25. Januar 1983¹

Besuch des Bundesministers in Washington am 25. und 26. Januar²;
hier: Gespräch mit Außenminister Shultz am 25. Januar von 18.00 bis 19.00 Uhr
Teilnehmer: Burns, Dam, Eagleburger, Kornblum, Obst, Hermes, Pfeffer, Ruth,
Weber.

Der *Bundesminister* eröffnete das Gespräch mit einer Bewertung des Gromyko-Besuchs.³ Der Zeitpunkt des Besuchs sei aus sowjetischer Sicht gewählt worden, um zu zeigen, daß der neue Mann im Kreml⁴ entscheidungsfreudig ist. Die Einladung an Außenminister Gromyko sei zunächst bei dem Gespräch Bundesminister/Gromyko in New York im Oktober ausgesprochen worden.⁵ Gromyko habe damals geantwortet, das müsse er mit Breschnew und der Führung besprechen. Als Bundespräsident und Bundesminister in Moskau waren⁶, habe Bundesminister GS Andropow die Frage gestellt, wie es mit dem Besuch stehe. GS Andropow habe gesagt, die Antwort stehe im Prinzip fest. Am folgenden Tag sei unser Botschafter in das sowjetische Außenministerium einbestellt worden und habe den Termin Januar 1983 mitgeteilt bekommen.⁷

Beim Besuch von Dr. Vogel sei Gromyko nicht in Erscheinung getreten.⁸ Wenn man den Besuch Gromykos in Bonn im Januar 1983 vergleiche mit seinem Besuch im November 1979⁹, d. h. kurz vor dem Doppelbeschluß, könne man feststellen, daß der Besuch moderater, eher verbend als drohend ausgefallen sei. Bei der Pressekonferenz 1979 habe er gedroht, daß bei Zustimmung zum Doppel-

¹ Die Gesprächsaufzeichnung wurde vom Botschafter Ruth, z. Z. Washington, am 25. Januar 1983 gefertigt.

Hat Bundesminister Genscher vorgelegen.

² Zum Besuch des Bundesministers Genscher vgl. ferner Dok. 20, Dok. 23 und Dok. 24.

³ Zum Besuch des sowjetischen Außenministers Gromyko vom 16. bis 19. Januar 1983 vgl. Dok. 10 und Dok. 15.

⁴ Zum Wechsel an der Spitze der KPdSU vgl. Dok. 1, Anm. 2.

⁵ Bundesminister Genscher und der sowjetische Außenminister Gromyko trafen am 5. Oktober 1982 in New York zusammen. Vgl. dazu AAPD 1982, II, Dok. 258.

⁶ Bundespräsident Carstens und Bundesminister Genscher hielten sich am 14./15. November 1982 anläßlich der Beisetzung des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Breschnew, in Moskau auf. Vgl. dazu AAPD 1982, II, Dok. 302.

⁷ Botschafter Meyer-Landrut, Moskau, informierte am 16. November 1982, daß ihm der Abteilungsleiter im sowjetischen Außenministerium, Bondarenko, mitgeteilt habe, als Termin für einen Besuch des sowjetischen Außenministers Gromyko komme „vorzugsweise die mit dem 17. Jan[uar] beginnende Woche“ in Frage: „B[ondarenko] bezog sich ausdrücklich auf die Bemerkung, die der Herr Minister am Vorabend gegenüber Andropow gemacht hatte.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 4946; Referat 213, Bd. 133188.

⁸ Zum Besuch des Kanzlerkandidaten der SPD, Vogel, vom 10. bis 12. Januar 1983 in der UdSSR vgl. Dok. 9, Anm. 36, und Dok. 48, Anm. 10.

⁹ Der sowjetische Außenminister Gromyko hielt sich vom 21. bis 24. November 1979 in der Bundesrepublik auf. Vgl. dazu AAPD 1979, II, Dok. 341–344.

beschluß es keine Verhandlungen im Mittelstreckenbereich geben wird.¹⁰ Diesmal sei auch die Pressekonferenz moderat verlaufen.¹¹

Nach Auffassung des Bundesministers sei es jetzt das Ziel der Sowjetunion, durch das Angebot Andropows, sowjetische Mittelstreckenraketen zu reduzieren¹², den Westen zum gänzlichen Verzicht auf die Nachrüstung zu veranlassen. Damit sei die Absicht verbunden, einen Abkopplungsprozeß in Gang zu setzen. Diese Strategie überschreite in ihrer Bedeutung bei weitem die Bedeutung eines bloßen Streitkräftevergleichs. Es gehe darum, daß sich die Sowjetunion ihr Monopol im Bereich der Mittelstreckenraketen vertraglich absichern lassen wolle. Dies werde bedeuten, daß die Lage nach einem Abkommen schlechter sei, als wenn es nie Verhandlungsbemühungen gegeben hätte.

Mit einem solchen Abkommen würde den Vereinigten Staaten auch die Option zur Stationierung genommen. Es sei nicht einzusehen, warum ein Ausschluß von Optionen nicht zunehmend auch für andere Waffenarten gelten könne. Hier zeige sich die logische Fortsetzung eines Prozesses, der seit 1945 in seiner Zielsetzung zu erkennen sei.

Es gehe bei der Entscheidung, die ansteht, um die Frage einer möglichen politischen Wende im West/West-Verhältnis wie im Verhältnis zur Sowjetunion. Werde der Westen dieser Offensive widerstehen, werde die Sowjetunion zu ernsthaften Verhandlungen bereit sein.

Unterhalb der großen Strategie gebe es eine substrategische Problematik, nämlich das besondere Problem der Pershing II. Die Sowjetunion richte ihre Polemik besonders gegen dieses Waffensystem. Dahinter stecke die Absicht, wenn schon kein westlicher Verzicht auf die Nachrüstung durchsetzbar sei, ein Abkommen mit den Vereinigten Staaten zu erzielen, keine Pershing II zu stationieren. Er, der Bundesminister, würde ein solches Abkommen für falsch halten. Käme es zustande, würden nach dem Dislozierungsplan 1983 in der Bundesrepublik Deutschland keine Mittelstreckensysteme stationiert, wohl aber in Italien. Italien allein werde aber eine solche Singularisierung politisch nicht durchhalten können. Die Sowjetunion glaube, daß man über die Pershing II den Doppelbeschluß aushebeln kann. Es sei ganz wesentlich, dieses Problem sorgfältig im Auge zu haben, wenn man über den Waffen-Mix spricht!

Über den Stand der Diskussion in der Bundesrepublik Deutschland sagte der Bundesminister: Er wolle zu Pressemeldungen der letzten Zeit Stellung nehmen. Die Bundesregierung und die sie tragenden Parteien hielten die beiderseitige Null-Lösung für essentiell. Hier bestehe ein fundamentaler Gegensatz

¹⁰ Bei einer Pressekonferenz am 23. November 1979 legte der sowjetische Außenminister Gromyko dar: „Man sagt uns [...]: Nein, zuerst wird der entsprechende Beschluß – das heißt über die Produktion, dann aber folglich auch über die Stationierung – gefaßt, und dann werden wir bereit sein, mit Ihnen zu verhandeln. [...] Wir haben dazu offen gesagt, daß diese politische Vorbedingung den Verhandlungen die ganze Grundlage wegnimmt. Ich wiederhole: Eine solche Position einiger NATO-Staaten zerstört selbst die Grundlage für die Verhandlungen.“ Vgl. die „Nachschrift einer Konsekutiv-Übersetzung“ des Presse- und Informationsamts; Referat 213, Bd. 133136.

¹¹ Für den Wortlaut der Ausführungen des sowjetischen Außenministers Gromyko am 18. Januar 1983 vor der Presse vgl. EUROPA-ARCHIV 1983, D 140 f. (Auszug).

¹² Zu den Vorschlägen des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Andropow, vom 21. Dezember 1982 vgl. Dok. 2, Anm. 13.

zu Herrn Vogel. Er sei offensichtlich¹³ bereit, einen Stationierungsverzicht bei bloßer Reduzierung auf sowjetischer Seite zu akzeptieren. Die Bundesregierung sei auf keinen Fall bereit, einer Lösung zuzustimmen, mit der der Westen verzichtet und die Sowjetunion ein Monopol erhält. Auf den Einwurf von Außenminister *Shultz*, ob Dr. Vogel dazu wirklich bereit sei, sagte der *Bundesminister*, daß dies in der Tat das Ergebnis sein würde, wenn man die sowjetische Rechnungsweise akzeptiere und die britischen und französischen Systeme zur Berechnungsgrundlage nehme. Er mache dieses Monopol dadurch verständlich, daß er sage, daß 150 SS-20-Raketen einer Vernichtungskraft von 3000 Hiroshima-Bomben entsprechen.

Gromyko sei in Bonn deutlich gesagt worden, er solle den Gedanken fallenlassen, daß die Bundesregierung einem Verzicht auf Stationierung zustimmen werde, wenn die Sowjetunion nicht zu einer Reduzierung auf Null bereit sei.

In Europa werde die Frage gestellt, wie man sowjetische Reduzierungsbereitschaft honorieren solle. Man könne dies als Phrase bezeichnen und zur Tagesordnung übergehen, oder man könne sagen, man wende die Konzeption des Doppelbeschlusses an: Wenn die Sowjetunion zu Reduzierungen bereit sei, werde der Nachrüstungsbedarf im Lichte eines konkreten Verhandlungsergebnisses geprüft. Das werde bedeuten, daß auf westlicher Seite weniger stationiert werden müsse. Das Datum des Stationierungsbeginns werde jedoch nicht verändert. Das habe Ruth in Washington vorgetragen¹⁴, und der Bundeskanzler habe Nitze gestern gesagt¹⁵, das sei Meinung der Bundesregierung.

In Washington habe es Geräusche gegeben, wonach der Präsident und das Weiße Haus der Meinung seien, eine westliche Initiative bei INF wäre geeignet, die Wahlaussichten der gegenwärtigen Regierung zu schwächen. Deshalb wolle man vor dem 6. März¹⁶ keine Initiative ergreifen. Hierzu wolle er feststellen, daß nichts der Bundesregierung mehr schade als eine solche Aussage. Die Frage, ob und wann eine westliche Initiative ergriffen werden solle oder nicht, sei nicht eine Frage des Datums der Bundestagswahl, sondern beantworte sich nach der Zweckmäßigkeit und nach dem Stand der Verhandlungen. Unabhängig von der Frage, ob man eine Initiative ergreifen wolle oder nicht, müsse man darüber sprechen, wie eine solche Initiative aussehen könne. Wir hätten dazu Vorschläge gemacht. Botschafter Ruth habe dies vorgetragen. Wie Botschafter Nitze sicher berichtet habe, stehe der Bundeskanzler voll hinter diesen Überlegungen. Dabei gehe es um folgende Grundsätze:

- Gleiche Rechte und Obergrenzen als Grundprinzip.
- Weltweite Obergrenzen mit
 - Einfrieren in Fernost,
 - de jure gleichen Obergrenzen auf möglichst niedrigem Niveau für landgestützte Systeme in Europa und in Reichweite Europas.

¹³ Dieses Wort wurde von Bundesminister Genscher handschriftlich eingefügt.

¹⁴ Zu den Gesprächen des Botschafters Ruth am 6./7. Januar und am 20./21. Januar 1983 in Washington vgl. Dok. 8 und Dok. 14.

¹⁵ Zum Gespräch des Bundeskanzlers Kohl mit dem Leiter der amerikanischen INF-Delegation, Nitze, am 24. Januar 1983 vgl. Dok. 14, Anm. 7.

¹⁶ Am 6. März 1983 fanden die Wahlen zum Bundestag statt.

- Getrennte Obergrenzen für landgestützte Flugkörper und für INF-Flugzeuge.
- Das wichtigste Prinzip sei der Ausschluß britischer und französischer Systeme.

Der französische Außenminister werde im Februar in Moskau sein.¹⁷ Er werde sicherlich mit Weihräucherei empfangen werden. Man werde ihm erläutern, daß der Sowjetunion nichts ferner liege, als die Reduzierung der französischen Systeme zu fordern. Man wolle nur, daß sie angerechnet werden.

Der Bundesminister sehe in der Forderung nach Anrechnung folgende Überlegungen der Sowjetunion:

1) Die Existenz britischer und französischer Systeme wird als Begründung für die Festschreibung eines sowjetischen Raketenmonopols und damit den Ausschluß der USA herangezogen.

2) Bei den Europäern solle die Vorstellung hervorgerufen werden, daß interkontinentalstrategische Parität zwischen der Sowjetunion und den USA bestehen solle und bei den Mittelstreckensystemen zwischen der Sowjetunion und Großbritannien und Frankreich. Dies würde völlige Abkoppelung bedeuten. Im Blick auf diese Konsequenzen sei die Rede von Präsident Mitterrand¹⁸ von historischer Bedeutung gewesen. Es sei klar, daß er sich mit seinen Klarstellungen auch an die Adresse der SPD gewandt habe.

Wenn der Westen die Gefahren hinter dieser Strategie erkannt habe, liege die Antwort nahe, daß einerseits der Vorschlag der beiderseitigen Null-Lösung aufrechterhalten werde. Andererseits gehe es um die Art der Reaktion auf die sowjetische Reduzierungsbereitschaft. Er, der BM, habe in dieser Situation die Möglichkeit eines Zwischenergebnisses¹⁹ erwähnt, um klarzumachen, daß dies ein Schritt auf die Null-Lösung zu sein müsse.

Der Bundesminister sagte, er wolle ein Wort zu den Bemerkungen von Ministerpräsident Strauß²⁰ sagen. S.E. habe er in bayerischer Art unterstreichen

¹⁷ Zum Besuch des französischen Außenministers Cheysson vom 16. bis 21. Februar 1983 in der UdSSR vgl. Dok. 49, Anm. 30.

¹⁸ Für den Wortlaut der Rede des Staatspräsidenten Mitterrand am 20. Januar 1983 im Bundestag vgl. BT STENOGRAPHISCHE BERICHTE, Bd. 123, S. 8978–8992.

¹⁹ Der FDP-Vorsitzende Genscher sicherte auf dem Bundesparteitag der FDP am 6. November 1982 in Berlin (West) zu, er werde vor Beginn einer möglichen Stationierung amerikanischer Mittelstreckensysteme einen Bericht zum Nachrüstungsbedarf geben: „Nachrüstungsbedarf bedeutet, für den Fall, daß die Null-Lösung, nämlich der beiderseitige Verzicht, erreicht ist: Wir brauchen nicht nachzurüsten. Wenn auf der anderen Seite es nur zu einer Reduzierung kommt, bedeutet es auch bei uns eine Reduzierung.“ Vgl. die Anlage zur Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Paschke vom 11. Februar 1983; Referat 201, Bd. 125683.

Am 9. Januar 1983 präzisierte Genscher in einem Interview für die Sendung „Bonner Perspektiven“ des ZDF, daß, „wenn die Sowjetunion noch nicht bereit ist, alle Mittelstreckenraketen sofort zu beiseitelegen, dann muß man sich um ein Zwischenergebnis bemühen, so daß auf jeden Fall einmal die sowjetische Drohung vermindert wird und deshalb auch auf der westlichen Seite die Nachrüstung entsprechend geringer ausfallen kann. Man könnte dann, ausgehend von einem solchen Zwischenergebnis, sich weiter um den gänzlichen Verzicht in Verhandlungen bemühen.“ Vgl. die Pressemitteilung des Auswärtigen Amtes vom selben Tag; Referat 013, Bd. 179048.

²⁰ Am 24. Januar 1983 wurde in der Presse gemeldet, daß der CSU-Vorsitzende Strauß vor CSU-Delegierten eine Null-Lösung zwar nicht abgelehnt habe, diese Idee aber als „schlechterdings unsinnig, unreal und unerreichbar“ bezeichnet habe: „Vor den Delegierten der CSU sagte er, da die Sowjetunion allenfalls zu einem geringen Abbau ihres Raketenpotentials bereit sei, lasse sich nicht verhindern, auf der westlichen Seite ein quantitatives und qualitatives Gegengewicht zu schaffen.“ In einem Gespräch mit dem „Deutschlandfunk“ habe Strauß es als möglich erachtet, „daß man den

wollen, daß stationiert werden müsse. Auf seine Weise habe er versucht, der Illusion entgegenzutreten, daß wir nicht zu stationieren brauchten, wenn die Sowjetunion reduzierte. In der Substanz gebe es zwischen ihm und der Bundesregierung keine Unterschiede.

Unabhängig von der INF-Problematik stelle sich die Frage, wie der Westen die Initiative bewahren könne. Die Wirkung des Prager Gipfels²¹ sei deutlich geringer, als vom Osten erwartet, gewesen. Diese Wirkung hätte gefährlich werden können. Die mögliche negative Wirkung sei nicht eingetreten. Der Westen habe gelassen reagiert.

Es sei die Frage gestellt worden, ob nunmehr eine förmliche Reaktion der NATO erfolgen solle. S.E. sei das nicht tunlich. Die NATO solle aber überlegen, wie aufbauend auf der Bonner Erklärung²² eine neue rüstungskontrollpolitische Initiative, Interpretationen, ein offensives Konzept dargelegt werden könne. Ein mögliches Instrument sei eine Sonderkonferenz der NATO. Er erinnere an seine Äußerung vom Dezember 82, daß im Frühjahr 1983 eine Lage entstehen könne, in der es zweckmäßig sei, eine Sonderkonferenz einzuberufen. Er habe hierüber mit drei europäischen Kollegen gesprochen:

- Colombo sei für den Gedanken.
- Der französische Außenminister sei sehr dafür, er halte eine Friedensinitiative des Westens für gut. Man solle an ein inoffizielles Treffen denken, zu dem der Ehrenpräsident der NATO²³ einlade.
- Zurückhaltender habe Außenminister Pym reagiert. Möglicherweise hätten dahinter Erwägungen im Zusammenhang mit dem britischen Wahltermin gestanden.

Es sei wichtig, diese Frage unter den Bündnispartnern zu prüfen.

Der Bundesminister nahm zur innenpolitischen Situation in der Bundesrepublik Deutschland Stellung. Er habe Gromyko gesagt, er solle davon ausgehen, daß er es auch nach dem 6. März mit dieser Regierung zu tun habe. Es sei die Erwartung der Bundesregierung, daß die gegenwärtige Koalition bestätigt werde und daß die FDP zwar geschwächt, aber Teil der Regierung sein werde. Dies verbürge für die überschaubare Zeit Berechenbarkeit und Festigkeit.

Außenminister Shultz bezeichnete die Ausführungen des Ministers als einen beruhigenden Überblick. Er wolle zunächst die Frage stellen nach den Gründen, warum Gromyko Dr. Vogel in Moskau nicht getroffen habe.

Fortsetzung Fußnote von Seite 94

Wahnsinn, den die Russen mit ihrer SS-20 angerichtet haben, wieder abbaut in dem Sinne, daß die Russen die Zahl ihrer Raketen vermindern und daß der Westen, nicht einmal an Zahl und Stärke gleichwertig, aber zumindest für die Wirkung der Kriegsverhinderung ausreichend – mehr wollen wir ja nicht –, Mittelstrecken-Systeme aufstellt“. Vgl. den Artikel „Die Nachrüstung beherrscht den Wahlkampf. Strauß: Null-Lösung unsinnig und unerreichbar“, FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG vom 24. Januar 1983, S. 1 f.

²¹ Zur Tagung des Politischen Beratenden Ausschusses des Warschauer Pakts am 4./5. Januar 1983 vgl. Dok. 40.

²² Für den Wortlaut des Dokuments über Rüstungskontrolle und Abrüstung, das bei der Tagung des NATO-Rats auf der Ebene der Staats- und Regierungschefs am 10. Juni 1982 in Bonn verabschiedet wurde, vgl. NATO FINAL COMMUNIQUE 1981–1985, S. 75 f. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1982, D 345 f.

²³ Uffe Ellemann-Jensen.

Der *Bundesminister* erwiderte, daß offenbar Gromyko Dr. Vogel nicht habe sehen wollen, um zu zeigen, daß der zuständige Vertreter der Sowjetregierung zuerst mit der Regierung und dann mit der Opposition sprechen wolle. Es habe ihm wohl daran gelegen, der Bundesregierung zu zeigen, daß sie der offizielle Partner Moskaus sein werde.

Interessant sei folgendes:

1) Als der Bundesminister im Oktober Gromyko eingeladen habe, sei Gromyko nicht in der Lage gewesen zu sagen, daß er prüfen werde, ob er kommen könne oder nicht. Er habe vielmehr gesagt, er werde Breschnew und der Führung vortragen. Er habe nie so reagiert, daß er bei einer solchen Frage sich auf den Generalsekretär berufen habe.

2) Andropow habe wie ein Minister gehandelt, der über die Reise eines Beamten verfügt habe. Einen Tag nach dem Gespräch mit Andropow habe der Leiter der Dritten Abteilung im sowjetischen Außenministerium²⁴ dem deutschen Botschafter in Moskau²⁵ gesagt, der Bundesminister habe GS Andropow auf die Frage der Einladung an Gromyko angesprochen. Er wolle mitteilen, daß Gromyko kommen könne. Hier sollte gezeigt werden, wer die Sache in der Hand hat.

3) Beim Gespräch Andropows mit dem Bundespräsidenten habe Gromyko kein Wort gesagt. Bei Gesprächen mit Breschnew habe er sich immer mit eigenen Bemerkungen zu Wort gemeldet. Dies sei nicht nur eine Frage des Gesundheitszustandes Breschnews gewesen. Dieses Mal habe Gromyko wie ein Note-taker gewirkt. Das könne ein Zeichen von Konzilianz gewesen sein, es könne aber auch bedeutet haben, daß das Gewicht Andropows unterstrichen werden sollte.

Außenminister *Shultz* bezeichnete die Rede Mitterrands als kraftvoll. *Burns* fragte, wie sie von der deutschen Presse behandelt worden sei. Der *Bundesminister* antwortete, die Reaktion sei positiv gewesen, abgesehen davon, daß das Fernsehen der Rede nicht die von ihm gewünschte Aufmerksamkeit gewidmet habe.

Zu INF sagte Außenminister *Shultz*: Nach amerikanischer Auffassung sei das sowjetische Angebot nicht darauf angelegt gewesen, um wirkliche Fortschritte zu erzielen, sondern um die Verbündeten auseinanderzuidividieren und die Stationierung zur Entgleisung zu bringen. Eine weitere Wirkung sei, mit der Aussicht auf die Dislozierung der reduzierten Raketen in den Fernen Osten die Länder in Asien, insbesondere Japan und China, zu bedrohen.

Der Ort, um zu verhandeln, sei Genf. Botschafter Nitze habe die Instruktion,

1) die beste Lösung, die beiderseitige Null-Lösung, zu verfolgen, d.h. Reduzierungen und die Beseitigung der Raketen und somit Gleichheit herzustellen.

2) Er sei autorisiert und dazu aufgefordert (wie der Präsident dies schon in seiner Rede 1981 festgestellt habe²⁶) zu erklären, daß die Vereinigten Staaten bereit sind, jedem vernünftigen sowjetischen Vorschlag zuzuhören und ihn zu explorieren. Die Sowjetunion habe noch keinen solchen Vorschlag gemacht.

²⁴ Alexander Pawlowitsch Bondarenko.

²⁵ Andreas Meyer-Landrut.

²⁶ Vgl. dazu die Rede des Präsidenten Reagan am 18. November 1981 vor dem „National Press Club“ in Washington; PUBLIC PAPERS, REAGAN 1981, S. 1062–1067. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1981, D 654–660.

Es stelle sich die Frage nach der richtigen Taktik. Er verstehe den Punkt des Ministers, daß die deutschen Wahlen nicht als Bestimmungsfaktor für die Verhandlungsposition gesehen werden sollten. Die Verhandlungssituation solle aus sich selbst heraus beurteilt werden. Aber die deutschen Wahlen seien natürlich sehr relevant. Es seien die deutschen Wahlen, die die sowjetischen Aktivitäten hervorgerufen hätten. Man habe ihm in Europa im Dezember²⁷ auch von SPD-Seite gesagt, daß die Sowjetunion kein echtes Verhandlungsangebot vor den deutschen Wahlen vorlegen werde. Sollte sie dies doch tun, sei es zu begrüßen. Die amerikanische Verhandlungsposition sei die der Kontinuität: Festhalten an der besten Lösung und auf vernünftige sowjetische Vorschläge antworten.

Der *Bundesminister* sagte, er wolle seine Position in einem Punkt klarmachen: In der Haltung der Sowjetunion werde es vor dem 6.3. sicherlich keine Veränderung geben, weil im Falle eines Wechsels das Ziel des sowjetischen Raketenmonopols erreichbar erscheine. Dies könne man als ein Kompliment für die Regierung verstehen.

Was der Bundesregierung zu schaffen mache, seien Meldungen, die Vereinigten Staaten könnten aus Sorge, die Wahlaussichten der Bundesregierung zu schwächen, vor dem 6.3. keine Initiative unternehmen. Dies sei eine sehr schädliche Position.

Es sei wünschenswert, daß die amerikanische Seite deutlich das Problem der Position, Verzicht im Westen und Reduzierungen im Osten, behandeln werde. Die Sowjetunion habe mit dem Andropow-Vorschlag ein Bild entworfen, das laute: Wir, die Sowjetunion, reduzieren um die Hälfte, und was sagen die Vereinigten Staaten? Nichts. Dieses Bild habe die Sowjetunion erzeugen wollen. Als im Westen Überlegungen geäußert wurden, daß man bei Reduzierungen im Osten nur mit Reduzierungen im Westen rechnen könne, habe die Sowjetunion sehr gereizt reagiert. Erst heute habe er einen Bericht über einen Zeitungsartikel gelesen, wo Colombo, Pym, Luns und er selbst angegriffen würden.

Er empfehle, die Problematik der Position Andropows in der öffentlichen Diskussion deutlich zu machen. Er wiederhole, daß eine Hinnahme der SS-20-Rüstung besser wäre als der Verzicht auf eine verteidigungs- und abschreckungspolitische Option. Es sei wichtig zu fragen, wie man den Überlegungen Andropows begegnen könne. Dem könnte eine Erörterung der Vorschläge dienen, wie Botschafter Ruth sie bereits gemacht hat. Wir seien uns im klaren, daß am Verhandlungstisch verhandelt werde. Der Kampf um die öffentliche Meinung müsse aber in der Öffentlichkeit ausgetragen werden.

Außenminister *Shultz* bemerkte, er sei nicht so sicher, ob er verstehe, was mit dem Vorschlag einer Sonderkonferenz der Außenminister gemeint sei. Er wolle fragen, ob der Minister ein formelles oder informelles NATO-Ministertreffen vorschlage und ob dabei Rüstungskontrollfragen erörtert werden sollen.

²⁷ Der amerikanische Außenminister Shultz hielt sich am 7./8. Dezember 1982 in der Bundesrepublik auf. Vgl. dazu AAPD 1982, II, Dok. 332–334.

Am 8. Dezember 1982 reiste Shultz zu einem Treffen mit den Außenministern Cheysson (Frankreich), Genscher (Bundesrepublik) und Pym (Großbritannien) nach Brüssel, wo am 9./10. Dezember 1982 die NATO-Ministerratstagung stattfand. Vgl. dazu AAPD 1982, II, Dok. 339–341 bzw. Dok. 344–346.

Der *Bundesminister* erläuterte, er habe beim Herbsttreffen der NATO darauf hingewiesen, daß im Frühjahr eine Situation eintreten könne, bei der der Westen eine Offensive starten müsse. Das von ihm vorgeschlagene Treffen müsse natürlich gut vorbereitet werden. Das könne unter den Vier oder unter Fünf, d.h. mit Italien, geschehen. Er meine, daß man dem Modell des informellen Treffens folgen solle. Es könne dort stattfinden, wo eine gutwillige Regierung im Amt sei, es aber mit einer schwierigen Opposition zu tun habe. Dies treffe für Dänemark zu. Cheysson habe gemeint, daß man ein solches Treffen ohne große Ankündigungen gewissermaßen aus dem Stand machen solle. Im übrigen wolle er bemerken, daß er die Frage eines Sondertreffens mit Cheysson, Pym und Colombo unter vier Augen erörtert habe, so daß es ein Gedanke sei, der erst in einem kleinen Kreis diskutiert werde. Außenminister *Shultz* bemerkte, daß er darüber nachdenken werde. Er hoffe, vor der Abreise des Ministers eine Antwort geben zu können.

Bundesminister fragte, wie die amerikanische Regierung die Absichten der neuen sowjetischen Führung²⁸ einschätze.

Außenminister *Shultz* antwortete, daß man noch kein sicheres Gefühl dafür habe. Es scheine, daß Andropow die Zügel in der Hand habe. Es sei offensichtlich, daß Andropow intellektuell beweglich sei. Der Wechsel sei evident. Wenn die amerikanische Regierung die Signale betrachte, die sie erhalte, dann müsse man feststellen, daß sie widersprüchlich seien. Der Präsident werde in seiner State of the Union Message zu der Frage Stellung nehmen.²⁹ Auf amerikanischer Seite sei man bereit, auf sowjetische Signale zu reagieren und aktiv mit der Sowjetunion in Verbindung zu treten.

Der *Bundesminister* bemerkte, es sei ein großer Unterschied zwischen Andropow und der Zeit Breschnews. Wenn sich der Präsident mit Andropow treffe, habe er einen Gesprächspartner, nicht jemanden, dem Zettel zugeschoben werden. Im Jahre 1982 habe es sich bei der Frage des Treffens mehr um ein Problem der Propaganda gehandelt. Jetzt könne der Präsident Andropow als Gesprächspartner treffen. Er sehe in einem solchen Treffen großen Nutzen. Der Bundeskanzler habe bekanntlich das Interesse der Bundesregierung an einem solchen Gespräch geäußert.³⁰ Er wolle fragen, ob Außenminister Shultz vorhabe, sich mit Gromyko zu treffen.

Außenminister *Shultz* antwortete, daß ein solches Treffen des Präsidenten mit Andropow in Frage komme, wenn es gut vorbereitet sei und etwas dabei herauskomme, aber er glaube nicht an ein Treffen um seiner selbst willen.

Der *Bundesminister* sagte, er wolle eine zusätzliche Bemerkung machen. Was Außenminister Shultz gesagt habe, sei normalerweise richtig. Er habe aber die Wirkung beobachtet, die Präsident Reagan in Cancún³¹ auf die Leute dort ge-

²⁸ Zum Wechsel an der Spitze der KPdSU vgl. Dok. 1, Anm. 2.

²⁹ Für den Wortlaut der Rede des Präsidenten Reagan am 25. Januar 1983 vor beiden Häusern des Kongresses in Washington vgl. PUBLIC PAPERS, REAGAN 1983, S. 102–110.

³⁰ Vgl. dazu das Gespräch des Bundeskanzlers Kohl mit Präsident Reagan am 15. November 1982 in Washington; AAPD 1982, II, Dok. 306.

Vgl. dazu ferner das Schreiben von Kohl vom 17. Januar 1983 an Reagan; Dok. 10, Anm. 11.

³¹ Präsident Reagan hielt sich vom 21. bis 24. Oktober 1981 anlässlich der Nord-Süd-Gipfelkonferenz in Cancún auf. Vgl. dazu AAPD 1981, III, Dok. 315.

habt habe, auch auf Leute mit Vorbehalten. Sie seien wie umgewandelt gewesen. Es könne sein, daß dieser Präsident mit seiner Offenheit und Entschlossenheit den Weg freimachen könne für weitere Entwicklungen. Er könne sich auch vorstellen, daß die Hindernisse im Senat³² leicht zu Fehleinschätzungen in Moskau führen. Es lohne sich, dies aufzuklären. Präsident Reagan könne deutlich machen, daß er fest zu den Sicherheitsgarantien und den Verteidigungsanstrengungen der Vereinigten Staaten stehe, daß er aber offen für Vereinbarungen sei. Ein solches Treffen könne der Beginn einer neuen Ära sein, und dies könne der Gewinn des Treffens sein.

Außenminister *Shultz* stellte fest, daß er die Gründe des Ministers verstehe. Es sei wichtig, daß ein Treffen sorgfältig vorbereitet sei und Aussicht auf ein Ergebnis bieten müsse.

Der amerikanische Außenminister beendete das Gespräch mit Hinweis auf die State of the Union Message und mit einer Verpflichtung im Kongreß.

VS-Bd. 14118 (010)

19

Runderlaß des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Steinkühler

012-312.74 VS-NfD

25. Januar 1983¹

Fernschreiben Nr. 9 Ortez

Aufgabe: 26. Januar 1983, 16.04 Uhr

Zu den Feierlichkeiten aus Anlaß des 20. Jahrestages des deutsch-französischen Vertrages²

I. 20jähriges Jubiläum des Elysée-Vertrages wurde in Bonn und Paris würdig und eindrucksvoll begangen und eine überzeugende Demonstration enger deutsch-französischer Zusammenarbeit und Freundschaft.

Feierlichkeiten begannen am Donnerstag, dem 20. Januar, mit einem halbstündigen Gespräch zwischen Bundespräsident und Staatspräsident, an das sich Unterredung Bundeskanzler–Mitterrand anschloß.³

³² Zur Entscheidung des amerikanischen Kongresses vom 20. Dezember 1982 über einen vorläufigen Verteidigungshaushalt für das Jahr 1983 vgl. Dok. 1, Anm. 9, und Dok. 20, Anm. 20 und 21.

¹ Durchdruck.

² Für den Wortlaut des deutsch-französischen Vertrags vom 22. Januar 1963 vgl. BUNDESGESETZBLATT 1963, Teil II, S. 706–710.

³ Nach seiner Ankunft in Bonn am 20. Januar 1983 wurde Staatspräsident Mitterrand von Bundespräsident Carstens zu einem Gespräch empfangen. Dazu wurde in der Presse berichtet: „Der Bundespräsident überreichte Mitterrand die höchste Auszeichnung der Bundesrepublik für einen ausländischen Träger, die Sonderstufe des Großkreuzes des Verdienstordens. Danach suchte der französische Präsident Bundeskanzler Helmut Kohl im Kanzleramt auf. Parallel dazu fanden Gespräche zwischen einigen deutschen Ministern und deren französischen Kollegen statt, die Mitterrand nach Bonn begleitet hatten. So unterrichtete Bundesaußenminister Hans-Dietrich Genscher seinen

In seiner Ansprache vor dem Deutschen Bundestag⁴ rief Präsident Mitterrand u.a. dazu auf, Freundschaft und Solidarität zwischen beiden Völkern auf der Grundlage des in zwei Jahrzehnten deutsch-französischer Zusammenarbeit Erreichten weiter zu vertiefen und zu festigen.

In einem Fernsehgespräch, das in Frankreich und Deutschland direkt übertragen wurde, erörterten Bundeskanzler und Staatspräsident insbesondere Fragen der sicherheitspolitischen Zusammenarbeit, der Wirtschafts- und der kulturellen Beziehungen.

Bundespräsident gab zu Ehren von Präsident Mitterrand ein Mittagessen, an dem auch der Premierminister⁵ und zahlreiche deutsche und französische Minister teilnahmen.

Die Kranzniederlegung am Ehrenmal für die Opfer der Kriege und der Gewaltherrschaft war ein ergreifendes Symbol der Versöhnung zwischen Franzosen und Deutschen.

Besuch des Konrad-Adenauer-Hauses in Rhöndorf stellte historische Verdienste Bundeskanzler Adenauers um die deutsch-französische Freundschaft und den Elysée-Vertrag heraus.

Besuch des Deutsch-Französischen Jugendwerkes galt der Institution, die durch ihre Austauschprogramme für Jugendliche, Schüler und Studenten in beispielhafter Weise dazu beigetragen hat, das Netz persönlicher Kontakte zwischen Deutschen und Franzosen enger zu knüpfen und das gegenseitige Verständnis für das Nachbarland zu vertiefen.

Abendlicher Empfang, den der Bundeskanzler für 1000 geladene Gäste in der Godesberger Stadthalle gab, schloß das Programm des ersten Festtages in Bonn ab.

Der folgende Tag in Paris hatte mit der erstmaligen Kranzniederlegung am Arc de Triomphe durch Bundeskanzler in Begleitung des Staatspräsidenten einen Höhepunkt.

An Vier-Augen-Gespräch schloß sich von Mitterrand gegebenes Mittagessen an, gefolgt von Zeremonie mit kurzen Ansprachen im Salon Murat, wo Elysée-Vertrag am 22. Januar 1963 unterzeichnet worden war.

In seiner großen Rede im Hôtel de la Monnaie hat Bundeskanzler den Elysée-Vertrag als Auftrag gewürdigt, deutsch-französische Gemeinsamkeit herzustellen und zu festigen, wo immer dies möglich sei.⁶ Der Rede schloß sich ein Empfang des französischen Staatspräsidenten an, gefolgt von einem Brahms-Requiem im Invalidendom mit Chorgesang in deutscher Sprache.

II. Festveranstaltungen in Bonn und Paris machten der Bevölkerung beider Länder den hohen Stellenwert der deutsch-französischen Beziehungen deutlich, aber

Fortsetzung Fußnote von Seite 99

französischen Kollegen Cheysson über seine Gespräche mit dem sowjetischen Außenminister Andrej Gromyko.“ Vgl. den Artikel „Mitterrand warnt vor Abkoppelung Europas von den Vereinigten Staaten“; SÜDDEUTSCHE ZEITUNG vom 21. Januar 1983, S. 1.

⁴ Für den Wortlaut der Rede des Staatspräsidenten Mitterrand am 20. Januar 1983 vgl. BT STENOGRAPHISCHE BERICHTE, Bd. 123, S. 8978–8992.

⁵ Pierre Mauroy.

⁶ Für den Wortlaut der Rede des Bundeskanzlers Kohl am 21. Januar 1983 in Paris vgl. BULLETIN 1983, S. 77.

auch Quantität und Qualität der erreichten Zusammenarbeit. Programmatische Rede Mitterrands vor dem Deutschen Bundestag ging inhaltlich über Würdigung des Vertragsjubiläums und Bestandsaufnahme beiderseitigen Verhältnisses weit hinaus. Mitterrand warnte eindringlich vor einer Verschiebung des Kräftegleichgewichts in Europa, vor einem Abweichen vom NATO-Doppelbeschluß und einer Abkoppelung von den USA. Er ließ erkennen, daß Frankreich der sicherheitspolitischen Zusammenarbeit mit uns hohe Priorität einräumt.

Am Ende seiner Rede wandte er sich an die Abgeordneten des Deutschen Bundestages und sagte wörtlich: „Ich richte meine Worte an Sie persönlich und darüber hinaus an Ihr ganzes Volk, dieses große, noble und mutige Volk, das wir Franzosen kennen und lieben gelernt haben.“

Bundeskanzler betonte auf Pariser Boden ebenso wie Staatspräsident Bedeutung sicherheits- und verteidigungspolitischer Abstimmung. Trotz unterschiedlicher Lage und Rolle hätten beide Länder gemeinsame Besorgnisse in bezug auf ihre Sicherheit. Zusammenarbeit zwischen Frankreich und Deutschland habe in den zurückliegenden 20 Jahren eine Intensität gewonnen, wie sie zwischen souveränen Staaten wohl einzigartig sei. Bundeskanzler setzte sich für Struktur Anpassungen im nationalen Bereich zur Überwindung der wirtschaftlichen Krisensituation ein. Die Europäische Gemeinschaft könne dabei Hilfestellung leisten, jedoch nicht die alleinige Verantwortung übernehmen.

Er schloß seine Ansprache mit folgenden Worten: „Der Elysée-Vertrag hat Deutschen und Franzosen die Chance geboten, dem vielleicht schönsten Wort der französischen Revolution einen neuen, Grenzen überschreitenden Sinn zu geben: Brüderlichkeit. Ich wünsche mir, ich wünsche uns allen, daß es uns gelingt, auf unserem kleinen Kontinent ein Europa der Brüderlichkeit zu verwirklichen.“

III. Sinn und Zweck der Feierlichkeiten in Paris und Bonn war es weniger, die deutsch-französischen Beziehungen auf einen neuen Höhepunkt zu führen, als durch das Gedenken an die Vertragsunterzeichnung, die damals handelnden Personen und den Vertragsinhalt der Bevölkerung in beiden Ländern die Breite und Tiefe der Zusammenarbeit und den hohen politischen Rang des jeweiligen Nachbarlandes vor Augen zu führen.

Beide Seiten gaben durch Gesten, durch den protokollarischen Rahmen und politische Aussagen der verantwortlichen Stellen den politischen Willen zu erkennen, noch weiter aufeinander zuzugehen, zum Nutzen beider Länder – und wie es im Vertragstext heißt – „in der Erkenntnis, daß die Verstärkung der Zusammenarbeit zwischen beiden Ländern einen unerläßlichen Schritt auf dem Wege zu einem vereinigten Europa bedeutet, welches das Ziel beider Völker ist“.

Steinkühler⁷

Referat 012, Bd. 124454

⁷ Paraphe vom 26. Januar 1983.

20

Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem amerikanischen Verteidigungsminister Weinberger in Washington

204-321.35 USA-59/83 VS-vertraulich

26. Januar 1983¹

Bundesminister in Washington 25. bis 26. Januar 1983;
hier: Gespräch mit Verteidigungsminister Weinberger 15.15 bis 16.00 Uhr²

Der *Bundesminister* leitete das Gespräch mit der Bemerkung ein, er wolle die Positionen zu den zentralen Fragen, die er bereits mit dem Präsidenten³ und Außenminister Shultz⁴ besprochen habe und die Weinberger kenne, nicht noch einmal wiederholen, sondern ein Thema ansprechen, das er bisher aus Zeitgründen nicht habe aufnehmen können: die START-Verhandlungen. Welches sei die Einschätzung des amerikanischen Verteidigungsministers?

Weinberger erwiderte, der Präsident habe vorgestern im kleinen Kreis die Basis-Instruktion mit Botschafter Rowny besprochen. Reagan habe auch mit den katholischen Bischöfen Amerikas gesprochen. Rowny sei überzeugt, daß eine Chance für echte Reduzierungen bestehe. Die sowjetische Seite versuche, die beiden Verhandlungsstränge (START und INF) zusammenzuführen. Er widersetze sich diesem Versuch, der nicht zu wirklichen Ergebnissen führen würde. Man brauche für eine solche Verhandlung eine ungeheure Geduld. Die SU spiele auf Zeit.

¹ Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Ministerialdirektor Pfeffer am 27. Januar 1983 gefertigt und am selben Tag über Staatssekretär von Staden an Bundesminister Genscher geleitet. Hat Staden am 28. Januar 1983 vorgelegen.

Hat Genscher am 1. Februar 1983 vorgelegen. Vgl. den Begleitvermerk; VS-Bd. 12939 (204); B 150, Aktenkopien 1983.

² Vor dem Gespräch mit dem amerikanischen Verteidigungsminister traf sich Bundesminister Genscher mit Vizepräsident Bush. Im Mittelpunkt des Gesprächs standen die INF-Verhandlungen in Genf, die Rüstungszusammenarbeit zwischen den USA und den europäischen NATO-Mitgliedstaaten sowie die Beziehungen zwischen den USA und der Volksrepublik China. Vgl. die Gesprächsaufzeichnung; VS-Bd. 12939 (204); B 150, Aktenkopien 1983.

³ Zum Gespräch des Bundesministers Genscher mit Präsident Reagan am 26. Januar 1983 in Washington vgl. Dok. 23.

⁴ Für das Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem amerikanischen Außenminister Shultz am 25. Januar 1983 in Washington vgl. Dok. 18.

In einem weiteren Gespräch mit Shultz am 26. Januar 1983 erinnerte Genscher an die von Botschafter Ruth am 21. Januar 1983 in Washington übergebenen Entwürfe der Bundesregierung für eine öffentliche Erklärung der amerikanischen Regierung zu den INF-Verhandlungen in Genf. Shultz erwiderte, „das erwähnte Papier sei eine sorgfältig und gut formulierte Aussage. Es sei dem Präsidenten und Vizepräsidenten vorgelegt worden. Eine endgültige Entscheidung habe noch nicht gefällt werden können. Zum Inhalt wolle er feststellen, daß es die bisher vom Präsidenten eingenommene Position ausweite. Es bestehe die Gefahr, daß durch eine Vielfalt von Stellungnahmen mit unterschiedlichen Wortlauten Unsicherheit über unsere tatsächliche Position gestiftet werden könne. Es sei wichtig, daß versucht werde, die öffentliche Debatte zu beruhigen und die Diskussion nach Genf zu verlegen.“ Vgl. die Gesprächsaufzeichnung; VS-Bd. 14118 (010); B 150, Aktenkopien 1983.

Weitere Themen des Gesprächs waren die bevorstehende Europareise des Vizepräsidenten Bush, die Türkei-Hilfe und das Verhältnis zwischen den Europäischen Gemeinschaften und den USA. Vgl. dazu den Drahtbericht Nr. 367/370 des Botschafters Hermes, Washington, vom 26. Januar 1983; VS-Bd. 14118 (010); B 150, Aktenkopien 1983.

Sie wolle zunächst die Propaganda-Effekte des Andropow-Vorschlags zu INF⁵ einheimen.

Der *Bundesminister* stellte die Frage, ob Rowny seinen Optimismus aus dem begrenzten Blickfeld der START-Verhandlungen oder aus der allgemeinen Haltung der SU zu Rüstungskontrollverhandlungen an allen Tischen ableite.⁶

Weinberger: Die SU würde sehr gerne zu einem Ergebnis kommen, wenn ein solches Ergebnis ihr einen großen Sicherheitsvorsprung (great margin of security) lasse. Beim Andropow-Vorschlag sei nicht klar, ob sie die SS-20-Raketen zu zerstören bereit sei.

Bei START weigere sich die SU, die am meisten destabilisierenden schweren Raketen gemäß Reagans Vorschlag⁷ zu reduzieren. Sie wolle vielmehr alle möglichen anderen Waffen, auch Cruise Missiles, in die Verhandlungen einbeziehen und außerdem, wie schon gesagt, die beiden Verhandlungsstränge zusammenführen. Sie wolle die französischen und britischen Systeme in beiden Verhandlungen angerechnet sehen, einige davon sogar zweimal.

Der *Bundesminister* fragte, ob Weinberger sich vorstellen könne, daß die SU bei START zu einem ausgewogenen Resultat kommen wolle um den Preis, daß die USA bei INF dem Andropow-Vorschlag zustimmen, um so das sowjetische Hauptziel zu erreichen, nämlich eine Abkoppelung der USA von Europa zu initiieren.

Weinberger: Das halte er für möglich. Die SU wolle in der Tat die Atlantische Allianz aufbrechen und die USA von Europa abkoppeln. Sowjetische Desinformationen und Verhandlungspositionen zielten in diese Richtung. Vor allem wolle Moskau die Dislozierung der Pershing II verhindern.

Auf die Frage des *Bundesministers*, warum sie nach Ansicht Weinbergers gerade diese spezifische Dislozierung verhindern wolle, äußerte sich *Weinberger* zu Flug- und Vorwarnzeit: Insofern entspreche die SS-20 der Pershing II.⁸ Er verstehe nicht, warum westliche Kommentatoren und Parteien sich derart über Pershing II und nicht über SS-20 aufregten.

Der *Bundesminister* bezweifelte, daß diese Antwort ganz zutreffend sei.

Weinberger unterbrach: Die Sowjets fürchteten die Pershing II, weil sie eine sehr effektive, mobile und genaue Waffe sei, die gehärtete Ziele zerstören könne.

⁵ Zu den Vorschlägen des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Andropow, vom 21. Dezember 1982 vgl. Dok. 2, Anm. 13.

⁶ Der Leiter der amerikanischen START-Delegation, Rowny äußerte am 29. Dezember 1982 in einem Interview mit dem Fernsehsender NBC, daß er die Chancen, noch im Jahr 1983 bei START ein Verhandlungsergebnis zu erzielen, bei 50:50 liegen sehe. In Genf seien schnellere Fortschritte als bei den SALT gemacht worden: „Ich möchte sagen, daß wir in den letzten sechs Monaten geschafft haben, was bei SALT etwa zwei Jahre dauerte“. Vgl. den Artikel „Rowny: Verhandlungschancen für START-Vertrag 50:50“, FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG vom 30. Dezember 1982, S. 3.

⁷ Vgl. dazu die Vorschläge des Präsidenten Reagan vom 9. Mai 1982; Dok. 1, Anm. 18.

⁸ Ministerialdirektor Pfeffer vermerkte am 28. Januar 1983: „Die Ausführungen Weinbergers zur Flug- und Vorwarnzeit der Pershing II waren uns nicht auf Anhieb verständlich. Nach Besprechung mit Botschafter Ruth und Herrn Citron interpretieren wir die Äußerung folgendermaßen: Die Flugzeit der Pershing II beträgt 14 Minuten. Während der ersten sechs Minuten kann die SU die Rakete offenbar nicht erfassen. Es bleiben deshalb acht Minuten Vorwarnzeit. Es wäre wichtig zu wissen, ob die gleichen oder ähnliche Daten für die SS-20 zutreffen. Dann bleibt die Frage, ob diese Daten nach außen verwandt werden sollen.“ Vgl. VS-Bd. 14120 (010); B 150, Aktenkopien 1983.

Der *Bundesminister* bemerkte, viele fragten sich, wann der amerikanische Verteidigungsminister seine MX-Entscheidung durchsetzen werde.⁹ Was die Pershing II angehe, so sei die Argumentation Weinbergers militärisch richtig. Aber die militärische Argumentation der SU greife nur, wenn sie unterstelle, die USA würden die Pershing II als Erstschlag-Waffe einsetzen wollen. Dafür sei aber die Pershing II schon wegen der begrenzten Reichweite und der geplanten Zahl nicht geeignet.

Weinberger warf ein, die Frage der Erstschlag-Kapazität stelle sich nicht, denn die USA hätten ja keine solche Absicht.

Der *Bundesminister* erläuterte¹⁰: Die SU kenne den Zeitplan für die INF-Dislozierung¹¹. Im Herbst 1983 würden Cruise Missiles in Großbritannien und Italien und Pershing II in Deutschland aufgestellt, CMs in Deutschland aber erst 1985 (Weinberger erwähnte Ende 1984). Wenn es der SU gelinge, in Verhandlungen mit den USA die Pershing II auszuschließen, dann werde in Deutschland im Herbst 1983 überhaupt nicht disloziert. Dann könne aber Italien nicht dislozieren. Hinter den militärischen Argumenten der SU stehe in Wirklichkeit ein politisches Motiv. Die SU wolle die Dislozierung von INF-Waffen über Deutschland in ganz Europa aushebeln. Deshalb sei es so wichtig, in Genf auf dem Waffen-Mix zu bestehen.¹²

Weinberger: Wir sollten in der Tat am Zeitplan und am Waffen-Mix festhalten. Er sei letzte Woche mit dem italienischen Verteidigungsminister Lagorio zusammengetroffen, der sehr standfest sei. Er, Weinberger, sei besorgt über eine Schwächung der öffentlichen Meinungen, die zu Regierungswechseln führen könnten. So sprächen führende Politiker der SPD, darunter auch Apel, von einem Aufschub der Dislozierung.¹³ Insofern sehe er auch mit Sorge auf die deutschen Wahlen am 6. März 1983.¹⁴ Die SU und die Friedensbewegungen arbeiteten sehr hart.

⁹ Zur Entscheidung des amerikanischen Kongresses, die Mittel für MX-Raketen im Verteidigungshaushalt 1983 zu streichen, vgl. Dok. 1, Anm. 9.

Vortragender Legationsrat I. Klasse Hartmann notierte am 20. Januar 1983: „Die Schwierigkeiten des MX-Programms haben für die amerikanische START-Position neue Unsicherheiten geschaffen. [...] In der Tat ist der amerikanische START-Ansatz auf die bereits geplanten Modernisierungsprogramme (MX, Trident II, B 1, Stealth) abgestimmt. Mit der vorgeschlagenen weitgehenden Verringerung der strategischen Potentiale geht er von der Notwendigkeit moderner, stark „gemirvter“ Systeme aus. Die vorgeschlagenen Höchstgrenzen (850 Raketen mit 5000 G[efechts]K[öpfen]) bedeuten, daß relativ wenige Raketen relativ viele GK tragen müssen.“ Sollte das MX-Programm endgültig scheitern, bliebe den USA nur die Möglichkeit, ein neues System zu entwickeln bzw. ein bestehendes System wie Minuteman III mit einem höheren „Mirvungsgrad“ umzurüsten oder ihre START-Vorschläge anzupassen. Vgl. VS-Bd. 11370 (220); B 150, Aktenkopien 1983.

¹⁰ An dieser Stelle wurde von Bundesminister Genscher gestrichen: „er habe eine etwas andere Sicht“.

¹¹ Zum Zeitplan für die Stationierung amerikanischer Mittelstreckensysteme in Europa vgl. Dok. 4.

¹² Zu diesem Absatz vermerkte Staatssekretär von Staden handschriftlich: „Ich würde vermuten, daß beides zutrifft. Bo[tschafter] Semjonow hat der Sorge wegen Vorwarnzeit gegenüber BK Schmidt schon Nov[ember] 79, d. h. vor Doppelbeschluß, Ausdruck gegeben. Ebenso schlüssig ist das hier vorgelegte taktische Argument.“

¹³ Vgl. dazu auch die Äußerungen des SPD-Abgeordneten Bahr vom 24. Januar 1983 gegenüber dem Leiter der amerikanischen INF-Delegation, Nitze; Dok. 21.

¹⁴ Am 6. März 1983 fanden die Wahlen zum Bundestag statt.

Der *Bundesminister* erwiderte, die Position der Bundesregierung sei klar und fest. Weinberger könne davon ausgehen, daß die Bundesregierung durch die Wahlen am 6. März 1983 bestätigt werde.

Weinberger: Das ist eine beruhigende Nachricht.

Bundesminister führte aus, für den Kampf um die öffentliche Meinung sei es ganz wichtig, daß wir nicht die Initiative verlören. Wir müßten nicht nur „Nein“ zum Andropow-Plan sagen, was richtig sei, sondern auch offensiv gemäß Doppelbeschluß handeln und den Sinn des Doppelbeschlusses in der Öffentlichkeit klarmachen.

Weinberger: Wir haben auch Schwierigkeiten mit unserer öffentlichen Meinung, wenn auch nicht im gleichen Maße wie die europäischen Regierungen. Außerdem mache der Kongreß Ärger, da er Mittel für Pershing II gestrichen habe.¹⁵

Bundesminister: Ich habe es als sehr beruhigend empfunden, was der Präsident über die Abstimmung mit den Alliierten gesagt und wie er den ernsthaften Verhandlungswillen der USA betont hat.¹⁶ Der Westen kann den Kampf um die öffentliche Meinung nur bestehen, wenn die USA mit allem Nachdruck und Ernst verhandeln und wenn wir alle in der Öffentlichkeit überzeugend darlegen, welches der Sinn des Doppelbeschlusses ist und was er genau sagt, daß nämlich die Allianz den Nachrüstungsbedarf im Lichte konkreter Verhandlungsergebnisse prüfen wird.

Weinberger: Wir werden ernsthaft verhandeln. Wir werden uns an den Doppelbeschluß einschließlich des Dislozierungsteils halten. Sonst besteht die Gefahr, daß die SU vom Verhandlungstisch aufsteht. Wir werden weiterhin alles versuchen, um die öffentliche Meinung auf diesem Kurs zu halten.

Der *Bundesminister* erklärte, er habe heute den Senatoren Percy und Baker gesagt¹⁷, daß wir über die Kongreß-Entscheidungen über WHNS¹⁸, POMCUS¹⁹ und Speciality Metals Clause²⁰ sehr unglücklich seien.²¹

¹⁵ Zur Entscheidung des amerikanischen Kongresses vom 20. Dezember 1982 vgl. Dok. 1, Anm. 9.

¹⁶ Vgl. dazu die State of the Union Message des Präsidenten Reagan am 25. Januar 1983 in Washington; PUBLIC PAPERS, REAGAN 1983, S. 102–110.

¹⁷ Zum Gespräch des Bundesministers Genscher mit den amerikanischen Senatoren Percy und Baker am 26. Januar 1983 in Washington vgl. Dok. 24.

¹⁸ Wartime Host Nation Support.

Am 4. November 1980 legte der amerikanische Botschafter Stoessel den Wunsch der amerikanischen Regierung dar, die Bundesregierung möge ihre Leistungen für die in der Bundesrepublik stationierten US-Streitkräfte erhöhen. Priorität besaßen dabei Unterstützungsleistungen für im Krisen- oder Kriegsfall auf dem Territorium der Bundesrepublik einzusetzende amerikanische Verstärkungstreitkräfte. Vgl. dazu AAPD 1980, II, Dok. 370.

Ein entsprechendes Abkommen über Unterstützung durch den Aufnahmestaat in Krise oder Krieg („Wartime Host Nation Support Agreement“) wurde am 15. April 1982 unterzeichnet. Für den Wortlaut vgl. BUNDESGESETZBLATT 1982, Teil II, S. 451–454.

¹⁹ Prepositioned Overseas Material Configured in Unit Sets.

Im Rahmen des POMCUS-Konzepts der NATO wurden Ausrüstungsgegenstände in Depots voreingelagert, mit denen im Ernstfall in die Bundesrepublik verlegte Verstärkungstruppen ausgestattet werden sollten. Am 4. Oktober 1982 berichtete Brigadegeneral von Ondarza, Washington, daß vor dem Hintergrund der Kürzungsabsichten des amerikanischen Kongresses auch im Verteidigungsministerium Zweifel an der Zweckmäßigkeit der weiteren Finanzierung des Programms geäußert worden seien „mit der Begründung: zu teuer; legt erhebliche Mittel regional fest und schränkt damit strategische Flexibilität ein; unterwirft Rüstungsgüter einer gewissen Kontrolle des Gastlandes.“

Weinberger zeigte Verständnis und fügte hinzu, wie der Präsident in der gestrigen State of the Union Message bekanntgegeben habe, müßten in den nächsten fünf Jahren 55 Milliarden Dollar am Verteidigungshaushalt eingespart werden. Das sei nach seiner Ansicht ein Limit. Bei weiteren Einsparungen würde das Rüstungsprogramm geschwächt und ein falsches Signal an die SU und die öffentlichen Meinungen im Westen gegeben. In freien Gesellschaften müsse man in dieser Beziehung immer auf zwei Schauplätzen kämpfen – daheim und gegenüber dem Ausland. Verteidigungsausgaben würden ja fast durchweg kritisiert.

Bundesminister: Auch in diesem Kampf müssen wir Verbündete bleiben. Er könne im übrigen feststellen, daß Verteidigungsausgaben in der Bundesrepublik Deutschland nicht wirklich unter Kritik stünden.

Weinberger meinte, das liege wohl daran, daß der Zuwachs im Verteidigungsbudget der USA so besonders groß hätte sein müssen, weil etwa ein Jahrzehnt lang die amerikanischen Verteidigungsausgaben vernachlässigt worden seien, während die SU dies nicht getan habe.

Der Bundesminister bemerkte, auch wir hätten das nicht getan. Er schloß mit der Hoffnung, Weinberger demnächst bei einem Besuch in Europa zu sehen.

VS-Bd. 12939 (204)

Fortsetzung Fußnote von Seite 105

Auch die Verwundbarkeit der POMCUS-Lager sei ein gewichtiger, neu zu beurteilender Faktor.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 4215; VS-Bd. 12021 (201); B 150, Aktenkopien 1982.

²⁰ In dem vom amerikanischen Kongreß am 20. Dezember 1982 verabschiedeten vorläufigen Verteidigungshaushalt für das Jahr 1983 war ein Verbot des Kaufs von militärischem Gerät mit bestimmten Spezialmetallen im Ausland mit Ausnahme von Waffen und Waffensystemen enthalten. Eine Ausnahmeklausel für NATO-Mitgliedstaaten war entfallen. Ministerialdirigent Schauer erläuterte dem amerikanischen Senator Chiles am 17. Januar 1983, daß die Bundesrepublik von der Ausnahmeregelung nicht profitiere, da sie keine Waffen an die USA verkaufe, „sondern vor allem Zubehör und Ersatzteile, Fernmeldegerät und ähnliches“ liefere. Die Klausel könne ferner „Instandsetzungsaufträge der hier stationierten US-Streitkräfte an die deutsche Industrie behindern und außerdem den Abschluß von Kompensationsabkommen zwischen den Industrien beider Länder bei der Beschaffung amerikanischer Rüstungsgüter verhindern“. Vgl. die Aufzeichnung vom 18. Januar 1983; Referat 201, Bd. 125655.

²¹ Referat 201 vermerkte am 13. Januar 1983, daß der am 20. Dezember 1982 vom amerikanischen Kongreß verabschiedete vorläufige Verteidigungshaushalt für das Jahr 1983 weiterhin folgende Entscheidungen enthalte: „Streichung der von der Regierung beantragten 44 Mio. Dollar für das War-time Host Nation Programm (WHNS). Damit entziehen sich die USA Verpflichtungen zur Realisierung des am 15.4.1982 mit uns abgeschlossenen WHNS-Abkommens, in dem paritätische Kostenaufteilung vereinbart worden war; Streichung von 32 Mio. Dollar für die Vorauslagerung von schwerem US-Militärgerät in Europa (POMCUS set 5 und 6), mit dem ein in der NATO vereinbartes Programm zur konventionellen Verstärkung Europas im Krisen- und Kriegsfall durchgeführt wird; Stornierung des US-Truppenumfangs in Europa auf dem Stand von Herbst 1982 (d. h. auf insgesamt 315 600 Mann ohne Personal auf Schiffen). Damit müssen geplante Verstärkungen der US-Landstreitkräfte zunächst aufgeschoben werden.“ Vgl. Referat 201, Bd. 125670.

21

**Aufzeichnung des
Vortragenden Legationsrats I. Klasse Citron****220-371.76 INF-153/83 VS-vertraulich****26. Januar 1983¹**

Betr.: Gespräch zwischen MdB Bahr und Botschafter Paul Nitze am 24. Januar 1983

Auf meine Bitte unterrichtete mich amerikanische Botschaft über das Gespräch zwischen MdB Bahr und Paul Nitze am 24.1.83.

Das Gespräch dauerte 45 Minuten. Die Äußerungen beider Seiten waren zum Teil sehr deutlich. Bahr behauptete u. a., daß die Raketenfrage gegen den Wunsch der SPD zu einem Wahlkampfthema² geworden sei. Er erklärte ferner, daß die SPD bei der Vorbereitung des Doppelbeschlusses sich für seegestützte Systeme ausgesprochen habe, jedoch durch die USA falsch informiert worden sei, dahingehend, daß dies technisch unmöglich sei. Die amerikanischen Teilnehmer haben dieser Fehldarstellung widersprochen. Herr Bahr ließ deutlich erkennen, daß die SPD Ende 1983 eine weitere Verschiebung des Stationierungsdatums im Sinne habe. So erklärte er, falls es Ende 1983 Fortschritte in Richtung auf ein Abkommen gebe, sollte man den Verhandlungen noch einmal vier bis sechs Monate Zeit geben und die Aufstellung von Raketen dementsprechend verschieben. Er begründete dies u. a. damit, daß der frühere Bundeskanzler Schmidt vier Jahre Zeit für die Verhandlungen gewollt habe, jetzt aber leider nur zwei Jahre zur Verfügung ständen.

Er wünschte erneut die Berücksichtigung britischer und französischer Systeme, zeigte jedoch eine Präferenz, sie bei START zu behandeln.

Er vertrat die Meinung, ein weiteres Festhalten der USA an der beiderseitigen Null-Lösung würde die Grünen in den Bundestag bringen.

Im Zusammenhang mit seinem Bericht über seine Gespräche in Moskau³ beklagte er sich über die ihm von deutscher und amerikanischer Seite gegebenen Informationen über die INF-Verhandlungen. So habe er erst in Moskau erfahren, welche geographischen Rückzugslinien die Sowjets im einzelnen für ihre Systeme vorgesehen hätten und welchen Vorschlag Moskau für die Behandlung der Short-Range-INF gemacht habe.⁴

¹ Hat Legationsrat I. Klasse Ischinger am 27. Januar 1983 vorgelegen, der für Bundesminister Genscher handschriftlich vermerkte: „Dies läßt an Deutlichkeit nichts zu wünschen übrig.“ Hat Genscher vorgelegen.

² Am 6. März 1983 fanden die Wahlen zum Bundestag statt.

³ Der SPD-Abgeordnete Bahr begleitete den Kanzlerkandidaten der SPD, Vogel, bei dessen Besuch vom 10. bis 12. Januar 1983 in der UdSSR. Vgl. dazu Dok. 9, Anm. 36.

⁴ An dieser Stelle Fußnote in der Vorlage: „MdB Bahr hatte diese Kritik bereits am 20. Januar 1983 im Unterausschuß für Abrüstung und Rüstungskontrolle ausgesprochen. Ich habe ihn darauf hingewiesen, daß die Bundesregierung in vorangegangenen Sitzungen über beide Punkte informiert hatte.“

Botschafter Nitze habe widersprochen und daran erinnert, daß er Herrn Bahr persönlich in Washington über die o. a. Punkte informiert hätte.⁵ Er habe hinzugefügt, daß die Sowjets in Genf versprochen hätten, einen Annex zu dem Thema SRINF zu übergeben, dies aber bisher nicht getan hätten.

Herr Bahr übergab im übrigen ein Papier mit dem Vorschlag von MdB Ehmke.⁶

Herr Bahr erwähnte ferner, daß die Sowjets ihre Abneigung gegen die Verschrottung ihrer Systeme mit der Aufrüstung Japans und der Indienststellung der „New Jersey“⁷ begründet hätten.⁸

Nitze hat darauf erwidert, daß die Sowjets in Genf ihre Position mit der Bedrohung durch die VR China begründet hätten.

Citron

VS-Bd. 14120 (010)

⁵ Der SPD-Abgeordnete Bahr begleitete den Kanzlerkandidaten der SPD, Vogel, bei dessen Besuch vom 5. bis 7. Januar 1983 in den USA. Vgl. dazu Dok. 5.

⁶ Legationsrat I. Klasse Erath hielt am 24. Januar 1983 fest, daß der SPD-Abgeordnete Ehmke zur Reduzierung nuklearer Mittelstreckensysteme folgenden Vorschlag gemacht habe: „Verschrottung der Hälfte der gegen Westeuropa gerichteten SS-20 (243) sowie Verzicht der NATO auf P[er]shing II und Hälfte der 464 CM. Dann noch vorhandenes Ungleichgewicht (zu Lasten der USA) soll im START-Rahmen ausgeglichen werden. Endziel bleibt vollständiger Verzicht auf ‚eurostrategische Waffen‘. Stationierungsstopp bei SRINF.“ Vgl. Referat 220, Bd. 124521.

⁷ Am 28. Dezember 1982 wurde nach umfangreichen Modernisierungsarbeiten das amerikanische Kriegsschiff „USS New Jersey“ durch Präsident Reagan erneut in Dienst genommen. Vgl. dazu PUBLIC PAPERS, REAGAN 1982, S. 1647–1650.

⁸ Im Gespräch am 12. Januar 1983 in Moskau führte der stellvertretende Abteilungsleiter beim ZK der KPdSU, Sagladin, gegenüber dem Kanzlerkandidaten der SPD, Vogel, und dem SPD-Abgeordneten Bahr aus, „auch von Osten erhöhe sich die Gefahr für die SU nach der Wiederindienststellung der ‚New Jersey‘ mit ihren SLCM und der Stationierung von F-16 in Japan. Es werde zwar behauptet, sie trügen keine Kernwaffen, sie seien dazu aber fähig. Die SU müsse das in Rechnung stellen.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 185 des Botschafters Meyer-Landrut, Moskau, vom 13. Januar 1983; Referat 201, Bd. 125683.

22

Botschafter Wieck, Brüssel (NATO), an das Auswärtige Amt**114-16208/832 VS-vertraulich****Aufgabe: 26. Januar 1983, 05.50 Uhr¹****Fernschreiben Nr. 147****Ankunft: 26. Januar 1983, 06.30 Uhr****Cito**

Betr.: INF;

hier: Unterrichtung des Rats durch Botschafter Nitze am 25.1.1983

Bezug: 1) DB Nr. 142 und 143 vom 25.1.1983, AZ.: I-371.80/32-308/83 geheim²2) DB Nr. 146 vom 26.1.1983³, AZ.: I-371.80/32-309/83 VS-v⁴

Zur Unterrichtung

1) Auf deutschen Wunsch gab der Leiter der amerikanischen INF-Verhandlungsdelegation, Botschafter Paul Nitze, am 25.1. im NATO-Rat einen Bericht über seine durch Indiskretion auch in der Öffentlichkeit bekannt gewordenen Sondierungsgespräche mit dem sowjetischen Unterhändler, Botschafter Kwi-zinskij, im Sommer vergangenen Jahres.⁵ Die in Sondierungsgesprächen außerhalb des Verhandlungsraumes, bei sogenannten Waldspaziergängen entwickelten Gedanken für ein mögliches amerikanisch-sowjetisches INF-Abkommen sind, wie Botschafter Nitze ausführte, zu Beginn der dritten Verhandlungsperiode

¹ Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Hofmann am 27. Januar 1983 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „Das Gefährlichste an Nitzes Privatvorschlag scheint mir der angebotene Verzicht auf P[er]shing II zu sein; denn dann könnte die Dislozierung 1983 in der BRD nicht beginnen, was zum Zusammenbruch der Stationierung insgesamt führen könnte; gegen GLCM ist ein Kraut gewachsen (Anti-Missile Defense), gegen P II und SS-20 nicht.“

Hat Ministerialdirektor Pfeffer am 29. Januar 1983 vorgelegen, der handschriftlich zum Vermerk von Hofmann notierte: „So BM in Washington.“

Hat Ministerialdirigent Schauer am 31. Januar 1983 vorgelegen. Vgl. den Begleitvermerk; VS-Bd. 12052 (201); B 150, Aktenkopien 1983.

² Botschafter Wieck, Brüssel (NATO), übermittelte den Sprechzettel des Leiters der amerikanischen INF-Delegation, Nitze, anhand dessen dieser am selben Tag den Ständigen NATO-Rat über den Stand der INF-Verhandlungen in Genf unterrichtete. Vgl. VS-Bd. 14120 (010); B 150, Aktenkopien 1983.

³ Korrigiert aus: „25.1.1983“.

⁴ Botschafter Wieck, Brüssel (NATO), faßte die Unterrichtung des Ständigen NATO-Rats am Vortag über die am 27. Januar 1983 beginnende vierte Runde der INF-Verhandlungen in Genf durch den Leiter der amerikanischen INF-Delegation, Nitze, zusammen: „Ausgehend von der Andropow-Rede vom 21.12.1982, dem wichtigsten Ereignis seit Ende der dritten Verhandlungsrunde, legte Nitze die bekannte amerikanische Interpretation der sowjetischen Haltung dar und gab einen Ausblick auf die kommende Runde. Insbesondere werden die USA die SU drängen, die Vorschläge Andropows näher zu erläutern. Gleichzeitig werden sie deren Unzulänglichkeiten aufzeigen. Er habe den Auftrag, den amerikanischen Vorschlag der Null-Lösung aktiv zu vertreten und auf konstruktive Vorschläge der sowjetischen Seite, falls sie bei der Ablehnung der Null-Lösung bleibe, zu drängen sowie deren konstruktive Prüfung zuzusagen. Darüber hinaus planen die USA, im Bereich der vertrauensbildenden Maßnahmen einen Abkommensentwurf über die Vorankündigung von INF-Raketenstarts sowie neues Material zur Verifikationsfrage einzuführen.“ Vgl. VS-Bd. 11351 (220); B 150, Aktenkopien 1983.

⁵ Am 16. Juli 1982 kamen der Leiter der amerikanischen INF-Delegation, Nitze, und der Leiter der sowjetischen INF-Delegation, Kwizinskij, als Abschluß einer Reihe von Spaziergängen außerhalb von Genf überein, ihren Regierungen auf persönlicher Basis Elemente für ein INF-Abkommen vorzuschlagen („Waldspaziergang“). Vgl. dazu AAPD 1982, II, Dok. 279. Vgl. dazu auch die Aufzeichnung von Nitze vom 16. Juli 1982; http://www.thereaganfiles.com/nitze_walk_in_the_wood.pdf. Vgl. dazu ferner NITZE, Hiroshima, S. 376–385; KWIZINSKIJ, Sturm, S. 300–305.

im Oktober 1982⁶ von Kwizinskij namens seiner Regierung ausdrücklich und vollständig abgelehnt worden. Allerdings erklärte sich der sowjetische Unterhändler zu weiteren Sondierungsgesprächen dieser Art grundsätzlich bereit.

Auf amerikanischer Regierungsseite sind die aus den informellen Gesprächen hervorgegangenen Gedanken für ein amerikanisch-sowjetisches INF-Abkommen nur in Teilen zurückgewiesen, aber in weitaus größerem Umfang akzeptiert worden.⁷

2) Zum Verfahren sagte Botschafter Nitze folgendes: Gegründet auf seine Erfahrungen bei den SALT-Verhandlungen⁸ und auf die anderer amerikanischer Unterhändler bei der Vorbereitung des Vier-Mächte-Abkommens über Berlin⁹ ist im vergangenen Sommer der Gedanke aufgekommen, den sowjetischen Unterhändler zu informellen Gesprächen außerhalb der Verhandlungen einzuladen und exploratorische Gespräche über den Inhalt eines INF-Abkommens zu führen. Der sowjetische Unterhändler, der in dieser Hinsicht bei den Berlin-Verhandlungen zu Beginn der 70er Jahre hilfreich gewesen war, ist auf diesen Gedanken eingegangen. Nach einer nicht genannten Zahl von Begegnungen hat er ein Gespräch mit AM Gromyko in der Sache geführt und erhielt den Hinweis, daß er Konzepte, bei denen die französischen und britischen Systeme unberücksichtigt bleiben würden, nicht verfolgen sollte.¹⁰ Kwizinskij hat gleichwohl den Fortgang der Gespräche befürwortet und entsprechend gehandelt. Die Antwort der sowjetischen Seite, also die Ablehnung des gesamten Konzepts, folgte dann bei Wiederaufnahme der Verhandlungen im Oktober 1982. (Meines Erachtens ist nicht auszuschließen, daß für die sowjetische Haltung in der Sache auch die Veränderungen in der innenpolitischen Szene in der Bundesrepublik Deutschland eine Rolle gespielt haben könnten, die zunächst eine abwartende Position

⁶ Die dritte Verhandlungsrunde fand vom 30. September bis 30. November 1982 in Genf statt.

⁷ Am 25. Januar 1983 gab der Leiter der amerikanischen INF-Delegation, Nitze, Bundesminister Genscher zum Hintergrund des „Waldspaziergangs“ vom 16. Juli 1982 die Information, „daß der Inhalt der ausgearbeiteten Position auf den Widerstand beider Regierungen gestoßen sei. Die sowjetische Regierung habe sie jedoch zuerst und in dramatischer Weise verworfen.“ Die Reaktion der amerikanischen Regierung sei „differenzierter“ gewesen und habe sich auf zwei spezifische Punkte bezogen: „Ausgestaltung der vereinbarten Obergrenze im Westen nach dem Prinzip des freedom to mix (Pershing II und Cruise Missiles) statt dem im Paket enthaltenen Verzicht auf Pershing II; Forderung, die sowjetischen Systeme im Fernen Osten zu reduzieren, und Bereitschaft, die amerikanischen Systeme außer Reichweite Europas in eine weltweite Obergrenze einzubeziehen statt – wie im Paket – sowjetische Systeme nur einzufrieren und nicht auf Europa bezogene Systeme unberücksichtigt zu lassen. Die ablehnende amerikanische Position unterscheide sich damit wesentlich von der prinzipiellen Ablehnung durch die Sowjetunion.“ Vgl. die Gesprächsaufzeichnung; VS-Bd. 14118 (010); B 150, Aktenkopien 1983.

⁸ Paul H. Nitze gehörte von 1969 bis 1973 der amerikanischen Delegation bei den Verhandlungen mit der UdSSR über die Begrenzung der strategischen Nuklearwaffen (SALT) an. Am 19. Januar 1972 sprachen er und das Mitglied der sowjetischen Delegation Schtschukin informell bei einem Spaziergang auf dem „Felsenweg“ außerhalb von Wien über Möglichkeiten für eine ABM-Regelung. Vgl. dazu NITZE, Hiroshima, S. 316–318.

⁹ Der Passus „Gegründet auf ... über Berlin“ wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Hofmann hervorgehoben. Dazu vermerkte er handschriftlich: „+ MBFR“. Für den Wortlaut des Vier-Mächte-Abkommens über Berlin vom 3. September 1971 sowie des Schlußprotokolls vom 3. Juni 1972, mit dem das Abkommen in Kraft trat, vgl. BUNDESANZEIGER, Nr. 174 vom 15. September 1972, Beilage, S. 44–73.

¹⁰ Das Gespräch zwischen dem Leiter der sowjetischen INF-Delegation, Kwizinskij, und dem sowjetischen Außenminister Gromyko fand am 20. September 1982 in Moskau statt. Vgl. dazu KWIZINSKIJ, Sturm, S. 313–316.

der sowjetischen Regierung verursacht haben dürften.) Nitze unterstrich immer wieder, daß die inhaltlichen und prozeduralen Aspekte eines Abkommens ohne verpflichtenden Charakter für die jeweiligen Regierungen erörtert worden seien und daß dies für beide Seiten eine unerläßliche Voraussetzung für die auf persönlicher Basis geführten Gespräche gewesen sei.

3) Zur inhaltlichen Ausgestaltung einer amerikanisch-sowjetischen Vereinbarung machte Botschafter Nitze folgende Ausführungen:

Er habe, wie er berichtete, dem sowjetischen Unterhändler eine Reihe von Grundpositionen, Prinzipien genannt, die bei einem Kompromißabkommen berücksichtigt werden müßten, und zwar:

(1) Über französische und britische Systeme wird nicht verhandelt. Sie können durch die amerikanisch-sowjetischen Gespräche nicht limitiert oder in irgendeiner Weise berührt werden. Die amerikanische Seite kann der sowjetischen Seite keine Kompensation für französische oder britische Systeme einräumen. Die amerikanische Seite kann kein die Allianz als ganzes kompromittierendes Abkommen schließen.

(2) Es können keine Flugzeuge einbezogen werden, die wegen ihrer Doppelrolle im konventionellen und im nuklearen Bereich zwar auch zum nuklearen Kräfteverhältnis beitragen, die aber wegen ihrer Rolle in der konventionellen Verteidigung unverzichtbar sind.

(3) Vereinbarungen in bezug auf Europa dürfen nicht als Export von Bedrohungspotentialen nach dem Fernen Osten wirken.¹¹

(4) Jede Vereinbarung muß die westliche Auffassung über gleiche Rechte und Verpflichtungen berücksichtigen.

Diesen Prinzipien der amerikanischen Seite habe Kwizinskij als weiteres Prinzip das der Ablehnung der Null-Null-Lösung zur Seite gestellt.

Vor dem Hintergrund dieser fünf Prinzipien sei eine Reihe materieller Punkte erörtert und gedanklich in den Rahmen eines Abkommens gestellt worden. Er – Botschafter Nitze – habe vorgeschlagen, daß beide Seiten 75 Systeme landgestützter Mittelstreckenraketen behalten, und zwar auf amerikanischer Seite Marschflugkörper mit je vier Raketen und auf sowjetischer Seite SS-20 mit je drei Sprengköpfen. Die unterschiedliche Zahl der Sprengköpfe (300 auf der amerikanischen Seite und 225 auf der sowjetischen Seite) habe sich aus der unterschiedlichen Natur der Systeme abgeleitet.

Bei den Flugzeugen sollten auf amerikanischer Seite nur F-111 und FB-111 und auf sowjetischer Seite die Flugzeuge des Typs Backfire, Badger und Blinder Berücksichtigung finden. Eine weitere Reihe von kollateralen Verständigungen würde sich auf die Verfügung über die nun überschüssigen Systeme, insbesondere auf die SS-4, SS-5 und SS-20, beziehen, wobei eine Begrenzung der Aufstellung von SS-20 in bezug auf den sowjetischen Fernen Osten vorgenommen werden sollte. Eine Festlegung der amerikanischen Potentiale mit Marschflugkörpern in anderen Teilen als Europa war ein weiterer Fragenkom-

¹¹ Zu diesem Absatz vermerkte Vortragender Legationsrat I. Klasse Hofmann handschriftlich: „D. h. auch Absage an Ruth'sche Vorstellungen?“

plex. Die weder in Europa noch im Fernen Osten Berücksichtigung findenden landgestützten Raketen sollten verifizierbar vernichtet werden.¹²

4) Botschafter Nitze beendete seinen Vortrag mit der Feststellung, daß dieser Ansatz zwar auf der sowjetischen Seite zurückgewiesen worden sei (von seiner eigenen Regierung nur in einzelnen Abschnitten), daß aber möglicherweise dieser gedankliche Rahmen eines Kompromißabkommens in der Zukunft noch eine Rolle spielen könne.

[gez.] Wieck

VS-Bd. 12052 (201)

23

Botschafter Ruth, z.Z. Washington, an das Auswärtige Amt

114-16227/83 VS-vertraulich

Aufgabe: 26. Januar 1983, 17.20 Uhr¹

Fernschreiben Nr. 354

Ankunft: 26. Januar 1983, 23.43 Uhr

Citissime

Betr.: Besuch Bundesministers in Washington am 25./26.1.²;

hier: Gespräch BM mit dem Präsidenten am 26.1. von 10.00 bis 10.30 Uhr

Der Bundesminister hatte heute ein 30minütiges Gespräch mit Präsident Reagan. Die Begegnung fand in sehr herzlicher und freundschaftlicher Atmosphäre statt. In der Substanz ging es bei dem Gespräch in erster Linie um die Genfer INF-Verhandlungen. Der Bundesminister hatte Gelegenheit, unsere Position darzulegen. Der Präsident unterstrich die Bedeutung des engen vertrauensvollen Verhältnisses im Bündnis und die Bedeutung des Festhaltens am Doppelbeschluß und dem darin festgelegten Stationierungstermin und an der Null-Lösung als dem optimalen Verhandlungsziel des Westens.

¹² Botschafter Wieck, Brüssel (NATO), übermittelte am 31. Januar 1983 zusätzliche Informationen der amerikanischen INF-Delegation. Danach habe der amerikanische Delegationsleiter Nitze dem Leiter der sowjetischen INF-Delegation, Kwizinskij, am 16. Juli 1982 vorgeschlagen: „1) Gesamtobergrenze für INF-Systeme in Europa: 225; a) Untergrenze für landgestützte Systeme: 75; b) Untergrenze für Flugzeuge: 150. 2) Begrenzung der SS-20 in der fernöstlichen SU: 90.“ Damit ergebe sich unter Heranziehung der von Nitze am 25. Januar 1983 im Ständigen NATO-Rat mitgeteilten Zahlen folgendes Gesamtbild: „1) Gesamtobergrenze für INF-Systeme in Europa: 225, Untergrenze von 75 landgestützten Systemen; a) auf amerikanischer Seite 75 Abschußgestelle (T[ransporter]E[rector]L[auncher]) für GLCM mit je vier Raketen zu einem Gefechtskopf. Insgesamt 300 G[efechts]K[öpfe]; b) Auf sowjetischer Seite 75 Abschußgestelle für SS-20 mit je einer Rakete mit drei GK. Insgesamt 225 GK. Untergrenze von 150 Flugzeugen; a) auf amerikanischer Seite F-111 und FB-111; b) auf sowjetischer Seite Backfire, Badger und Blinder. 2) Begrenzung der SS-20 in der fernöstlichen Sowjetunion auf 90 Abschußgestelle; 3) Kollaterale Maßnahme; 4) Verifikationsmaßnahme.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 176; VS-Bd. 12052 (201); B 150, Aktenkopien 1983.

¹ Hat Legationsrat I. Klasse Ischinger am 27. Januar 1983 vorgelegen.

Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse von Ploetz am 31. Januar 1983 vorgelegen.

² Zum Besuch des Bundesministers Genscher vgl. ferner Dok. 18, Dok. 20 und Dok. 24.

Teilnehmer auf amerikanischer Seite: Vizepräsident³, AM Shultz, Sicherheitsberater Clark und die Präsidenten⁴ Meese und Baker; auf deutscher Seite: Botschafter Hermes und Ruth.

Im einzelnen:

Der Bundesminister überbrachte dem Präsidenten die Grüße des Bundeskanzlers. Er beglückwünschte den Präsidenten zu seiner State of the Union Message⁵ und stellte fest, daß die wirtschaftlichen Strategien der Bundesrepublik Deutschland eine große Ähnlichkeit aufwiesen.

Der Präsident begrüßte den Minister. Er stellte fest, daß er sich über seinen Besuch freue. Er unterstrich die Wertschätzung der engen Zusammenarbeit zwischen unseren beiden Ländern und dem Bündnis und stellte die Bedeutung der bevorstehenden Reise des Vizepräsidenten⁶ heraus. Mit besonderem Nachdruck unterstrich er das Gewicht der Allianzharmonie für die INF-Politik des Bündnisses.

Der Bundesminister leitete seine Ausführungen mit einem Dank für die Form der deutsch-amerikanischen Zusammenarbeit ein. Die Kooperation im Mittelstreckenbereich sei ein besonders gutes Beispiel für die Zusammenarbeit zwischen Europäern und den Vereinigten Staaten.

Zum Thema der Mittelstreckenverhandlungen führte der Minister aus, daß auch für uns die beiderseitige Null-Lösung das ideale Verhandlungsergebnis bleibe. Es sei ein Ergebnis, das besonders im Interesse der Europäer liege, weil es im Ergebnis die bestehende Bedrohung beseitigen würde. Die beiderseitige Null-Lösung sei aber auch ein entscheidendes Element im Kampf um die öffentliche Meinung des Westens.

Die Andropow-Vorschläge mit der Bereitschaft, das sowjetische Raketenpotential zu reduzieren, wenn die Amerikaner auf die Stationierung ihrer Systeme verzichteten⁷, seien Teil einer politischen Strategie, die darauf hinauslaufe, Europa von den Vereinigten Staaten abzukoppeln. Ein Vertrag auf dieser Grundlage sei schlechter, als daß gar nicht verhandelt worden wäre, weil er den Vereinigten Staaten die vorher vorhandene Option, auf sowjetische Nachrüstung zu antworten, nehmen würde. Die Bundesregierung habe im Gespräch mit Außenminister Gromyko deutlich gemacht, daß sie auf keinen Fall bereit sei, ein Ergebnis zu akzeptieren, das Null bei uns und ein weiter bestehendes Bedrohungspotential auf sowjetischer Seite bedeuten würde.⁸ Die sowjetische Forderung nach Einbeziehung britischer und französischer Systeme zeige, daß die Sowjetunion Abkoppelung und Regionalisierung für Europa auch dadurch anstrebe, daß im interkontinentalstrategischen Bereich der Bezugspunkt die Vereinigten

³ George H. W. Bush.

⁴ So in der Vorlage.

⁵ Für die State of the Union Message des Präsidenten Reagan vom 25. Januar 1983 in Washington vgl. PUBLIC PAPERS, REAGAN 1983, S. 102–110.

⁶ Zum Besuch des amerikanischen Vizepräsidenten Bush vom 30. Januar bis 1. Februar 1983 in der Bundesrepublik vgl. Dok. 27 und Dok. 28.

⁷ Zu den Vorschlägen des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Andropow, vom 21. Dezember 1982 vgl. Dok. 2, Anm. 13.

⁸ Zum Besuch des sowjetischen Außenministers Gromyko vom 16. bis 19. Januar 1983 vgl. Dok. 10 und Dok. 15.

Staaten, im Mittelstreckebereich dagegen die britischen und französischen Systeme sein sollen. Es sei wichtig klarzumachen, daß auch damit das Ziel die politische Abkoppelung sei.

Es erhebe sich die Frage, wie der Westen auf den Andropow-Vorschlag reagiere. Es genüge nicht, daß man sage, der Westverzicht auf Stationierung sei angesichts der Unausgewogenheit des Vorschlags nicht denkbar. In der Logik des Doppelbeschlusses liege es vielmehr, zu argumentieren, daß Reduzierungen bei der Sowjetunion Reduzierungen des geplanten Stationierungsumfangs im Westen auf ein gleichgewichtiges Niveau bedeuten werden. Dies sei der Sinn der Festlegung der NATO, daß der Nachrüstungsbedarf im Lichte konkreter Verhandlungsergebnisse geprüft werde.⁹ Dabei müsse klar sein, daß der Stationierungszeitplan¹⁰, wie im Doppelbeschluß festgelegt, eingehalten werden müsse. Es sei denn, die Verwirklichung der beiderseitigen Null-Lösung mache die Stationierung überflüssig.

Man müsse hier auch klarmachen, daß es sich bei der Stationierung im Westen um zwei Systeme handle, die Pershing II und die Cruise Missiles. Die Sowjetunion versuche, mit ihrer Polemik gegen die Pershing-II-Stationierung den Doppelbeschluß aus den Angeln zu heben. Sie hoffe, daß die in Deutschland vorgesehene Stationierung der Pershing unterbleibe, weil damit auch die Implementierung der Stationierung der Cruise Missiles in Italien nicht mehr durchgeführt werden könne.

Der Minister stellte fest, daß es wichtig sei, am Ziel der beiderseitigen Null-Lösung festzuhalten, aber gleichzeitig deutlich zu machen, daß wir nicht bereit sind, ein sowjetisches Raketenmonopol zu akzeptieren.

Der Minister nahm Bezug auf amerikanische Pressebemerkungen, wonach die Vereinigten Staaten meinten, daß sie vor dem 6.3.¹¹ mit Rücksicht auf die Wahlaussichten keine Initiative ergreifen sollen. Eine solche Ansicht entspräche keinesfalls unserer eigenen Einschätzung. Vielmehr sei das Argument unrichtig. Wenn bei uns der Eindruck entstünde, daß die Vereinigten Staaten mit Rücksicht auf die Bundestagswahlen keine Initiative ergreifen wollten, würde dies außerordentlich schädlich sein. Der Sachstand in Genf solle entscheiden, wann es zweckmäßig ist, eine Initiative einzubringen. Es sei aber keine Frage, daß es wichtig sei, daß eine offensive westliche Verhandlungsstrategie sichtbar werde und daß eine entsprechende ergebnisorientierte amerikanische Verhandlungsstrategie der Politik der Bundesregierung entspreche und die Glaubwürdigkeit dieser gemeinsamen Politik unterstreiche. Worum es uns gehe, sei nicht, daß der Wahltag als Bezugspunkt angeführt werde. Uns gehe es um die Glaubwürdigkeit unserer gemeinsamen Rüstungskontrollpolitik.

Der Bundesminister erinnerte daran, daß der Bundeskanzler Botschafter Nitze empfangen und seine volle Übereinstimmung innerhalb der Bundesregierung

⁹ Vgl. dazu Ziffer 11 Absatz B) des Kommuniqués der gemeinsamen Tagung der Außen- und Verteidigungsminister der NATO-Mitgliedstaaten am 12. Dezember 1979 in Brüssel; NATO FINAL COMMUNIQUE 1975–1980, S. 123. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1980, D 37.

¹⁰ Zum Zeitplan für die Stationierung amerikanischer Mittelstreckensysteme in Europa vgl. Dok. 4.

¹¹ Am 6. März 1983 fanden die Wahlen zum Bundestag statt.

zu diesen Fragen zum Ausdruck gebracht habe.¹² Diese Vorstellungen beruhten auf Übereinstimmungen bei den Mittelstreckenverhandlungen, die die Vorstellungen des Bündnisses seien. Hiervon weiche die gegenwärtige Opposition ab.

Der Präsident stellte fest, daß die Vereinigten Staaten den Verhandlungen in Genf größte Bedeutung beimessen und einen Verhandlungserfolg mit aller Kraft anstrebten. Die beiderseitige Null-Lösung bleibe das beste Verhandlungsziel. Es sei für ihn hochinteressant gewesen, die Ausführungen des Bundesministers zu hören, insbesondere was er zur Einhaltung der Zeitplanungen beim Nachrüstungsteil des Doppelbeschlusses gesagt habe. Es sei entscheidend wichtig, daß die Stationierung plangemäß vor sich gehe. Für die Vereinigten Staaten sei es unakzeptabel, daß die Sowjetunion in Europa über ein Mittelstreckenmonopol verfüge. Dies zu verhindern sei der Sinn der Verhandlungen wie der Stationierung. Die Vereinigten Staaten seien entschlossen, ihre Verhandlungsbemühungen in voller Harmonie mit den Bündnispartnern fortzusetzen.

Mit einem kurzen Gedankenaustausch über die gemeinsame Position hinsichtlich der britischen und französischen Systeme, bei dem der Bundesminister auf die hilfreiche Rede des französischen Präsidenten¹³ hinwies, schloß die Unterhaltung mit Präsident Reagan.

Nach diesem Gespräch ergab sich Gelegenheit, mit Sicherheitsberater des Präsidenten, Clark, und dessen Vertreter, McFarlane, die Problematik der Mittelstreckenverhandlungen zu vertiefen.

[gez.] Ruth

VS-Bd. 14118 (010)

¹² Zum Gespräch des Bundeskanzlers Kohl mit dem Leiter der amerikanischen INF-Delegation, Nitze, am 24. Januar 1983 vgl. Dok. 14, Anm. 7.

¹³ Für den Wortlaut der Rede des Staatspräsidenten Mitterrand am 20. Januar 1983 im Bundestag vgl. BT STENOGRAPHISCHE BERICHTE, Bd. 123, S. 8978–8992.

24

Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse von Ploetz

27. Januar 1983¹

Betr.: Besuch BM in Washington am 25./26.1.1983²;
hier: Gespräche im Capitol

BM traf am 26.1. bei einem Frühstück mit dem Vorsitzenden des Auswärtigen Ausschusses des Senats, Percy, und bei einem Gespräch mit dem Mehrheitsführer im Senat, Baker, zusammen. Aus den Gesprächen wird festgehalten:

1) State of the Union Rede des Präsidenten vom 25.1.³

Beide Senatoren äußerten sich zustimmend, besonders zum innen- und wirtschaftspolitischen Teil. Baker erwartete, daß bisher bemerkenswert gute Zusammenarbeit zwischen Senat und Repräsentantenhaus in innen- und außenpolitischen Fragen fortgesetzt werden kann; er rechnete damit, daß sie angesichts bequemer Mehrheit der Demokraten im Haus sogar besser werden könnte. Wie immer werde aber der Haushalt umstritten sein: Besonders im Verteidigungshaushalt seien energische Kürzungsversuche zu erwarten. Wichtige Waffensysteme würden jedoch ausgespart.

BM bewertete Bemühungen positiv, öffentliche Ausgaben zu reduzieren, das Zinsniveau zu senken und Investitionen zu ermutigen. Wir stünden vor ähnlichen Problemen und strebten die gleichen Ziele an und seien an einem Erfolg der amerikanischen Bemühungen sehr interessiert.

2) Sicherheitspolitische Zusammenarbeit

Im Zusammenhang mit den Haushaltsfragen bedauerte BM die Entscheidungen des Kongresses bei WHNS, POMCUS⁴ und Rüstungszusammenarbeit (specialty metals clause).⁵ BM unterstrich, daß solche Entscheidungen die Glaubwürdigkeit der gemeinsamen westlichen Verteidigungsanstrengungen reduzieren könnten. Es würde politisch ungünstige Wirkungen erzeugen, wenn die Rüstungszusammenarbeit eine Einbahn- und nicht eine Zweibahnstraße werde.

Senator Baker verwies auf Druck aus Wirtschaftskreisen. Er bat Botschafter Hermes um eingehende Unterrichtung über den Problemstand und sagte zu, die Angelegenheit mit Senator Tower, dem Vorsitzenden des Streitkräfteausschusses, aufzunehmen.

¹ Hat Bundesminister Genscher vorgelegen.

² Zum Besuch des Bundesministers Genscher vgl. ferner Dok. 18, Dok. 20 und Dok. 23.

³ Für den Wortlaut der State of the Union Message des Präsidenten Reagan am 25. Januar 1983 in Washington vgl. PUBLIC PAPERS, REAGAN 1983, S. 102–110.

⁴ Zum Programm „Prepositioned Overseas Material Configured in Unit Sets“ der NATO vgl. Dok. 20, Anm. 19.

⁵ Zur Entscheidung des amerikanischen Kongresses am 20. Dezember 1983 über einen vorläufigen Verteidigungshaushalt für das Jahr 1983 vgl. Dok. 20, Anm. 20 und 21.

Gegenüber Senator Percy äußerte sich BM auch besorgt über Bestrebungen im Kongreß, die auf Reduzierung der amerikanischen Truppenpräsenz in Europa abzielen.

Senator Percy erklärte kategorisch, daß das Stevens-Amendment⁶ keine Aussicht auf Zustimmung hätte.

3) Innenpolitische Lage in der Bundesrepublik Deutschland

Auf Bitten der Senatoren erläuterte BM die innenpolitische Lage.

4) Ost-West-Beziehungen, Rüstungskontrolle

Percy erklärte sich nicht einverstanden mit allem, was in Washington zur Rüstungskontrolle gesagt wurde: Andropow habe einen Vorschlag gemacht unter dem Eindruck einer festen westlichen Haltung.⁷ Es könne aber der Festigkeit zu viel geben. Ihn besorge auch, daß für die Ratifizierung eines eventuellen START- oder INF-Abkommens im US-Senat nur noch sehr begrenzte Zeit unter der Präsidentschaft von Reagan zur Verfügung steht.

BM erklärte gegenüber beiden Senatoren, die in einigen US-Pressestimmen wiedergegebene angebliche Sorge des Weißen Hauses, durch Bewegung bei den INF-Verhandlungen vor dem 6.3.⁸ der Bundesregierung zu schaden, sei absolut unzutreffend, im Gegenteil: Der Eindruck würde schädlich sein, daß die USA mit Rücksicht auf den 6.3. eine an sich beabsichtigte Bewegung bei den Verhandlungen zurückstellten. Die Verhandlungen in Genf müßten ohne jede Rücksicht auf Wahltermine irgendwo aus sich heraus geführt werden.

Zu den INF-Verhandlungen selbst bemerkte BM: Die Null-Option gehe auf einen deutschen, von den USA und der Allianz übernommenen Vorschlag zurück. Das Ziel eines beiderseitigen Verzichts auf landgestützte Mittelstreckenraketen sei unverändert richtig. Es stelle sich aber die Frage einer westlichen Reaktion auf das sowjetische Angebot, ihr Potential auf 150 zu reduzieren, wobei offengelassen werde, was mit den abzuziehenden Systemen geschehe.

BM verwies auf die politische Strategie der SU, sich durch dieses Reduzierungsangebot ein vertraglich bestätigtes Monopol im Mittelstreckenbereich zu sichern. Eine solche Vereinbarung würde sogar die Option beseitigen, US-Systeme in Europa zu stationieren; der Westen würde damit schlechter dastehen als vor Verhandlungsbeginn. Der Prozeß der sicherheitspolitischen und militärischen Abkoppelung Europas von den USA wäre damit eingeleitet. Aus diesem Grunde sei der östliche Vorschlag für den Westen unannehmbar.

BM sprach sich aber dagegen aus, auf die sowjetische Reduzierungsbereitschaft mit einer Alles-oder-nichts-Haltung zu reagieren. Der Westen müsse vielmehr zur Reduzierung der Nachrüstung bereit sein auf der Grundlage der Gleichheit

⁶ Am 21. September 1982 verabschiedete der Unterausschuß für Verteidigung des Bewilligungsausschusses des amerikanischen Senats unter seinem Vorsitzenden Stevens einen Antrag mit der Empfehlung, den Umfang der amerikanischen Truppen in Europa auf dem Stand von 1980 einzufrieren. Vortragender Legationsrat I. Klasse Hofmann vermerkte am 24. September 1982, daß dies eine Verringerung um 23 340 Mann bedeuten würde: „Diesem Votum, das wohl als Signal der Unzufriedenheit mit der Lastenteilung im Bündnis gedacht ist, hat sich der Haushaltsausschuß des Senats angeschlossen.“ Vgl. Referat 201, Bd. 125652.

⁷ Zu den Vorschlägen des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Andropow, vom 21. Dezember 1982 vgl. Dok. 2, Anm. 13.

⁸ Am 6. März 1983 fanden die Wahlen zum Bundestag statt.

und Parität. Eine andere als die Null-Lösung könne aber immer nur eine Zwischenlösung sein, das Ziel eines völligen beiderseitigen Verzichts dürfe nicht aufgegeben werden. Westliche Reduzierungsbereitschaft als Antwort auf östliche Reduzierungsbereitschaft werde dem Westen die Initiative erhalten, was bei dem Kampf um die öffentliche Meinung wichtig sei. Dabei sei klar, daß die eigentlichen Verhandlungen am Verhandlungstisch geführt würden. Der Öffentlichkeit müsse aber deutlich sein, daß wir in Genf die Initiative behielten und konstruktive Vorschläge mit Festigkeit verbanden.

Senator Baker war überzeugt, daß der Präsident zu konstruktiven Verhandlungen entschlossen sei: Er halte konsequent an beiden Teilen des Doppelbeschlusses fest und habe klargemacht, daß er auch etwas anderes als die Null-Lösung in Erwägung ziehe. Die bisherigen Vorschläge der SU seien aber nicht ausreichend.

Percy verwies darauf, daß zwischen der strategischen Triade der USA und den sowjetischen Potentialen insgesamt ein Gleichgewicht bestehe, die Sorge und Aufmerksamkeit sich aber besonders auf Europa richten müsse. Hier war Percy auch wegen möglicher Auswirkungen der Freeze-Bewegung besonders besorgt.

Percy erwartete, daß AM Shultz in seiner neuen Koordinierungsfunktion in Rüstungskontrollfragen wirkungsvoll tätig werden könnte. Er werde seine Zustimmung zur Bestätigung von Adelman⁹ davon abhängig machen, daß dieser die übergeordnete Position von Shultz ausdrücklich akzeptiere; dies werde im Auswärtigen Ausschuß die allgemeine Haltung sein.

BM begrüßte dies ausdrücklich und verwies darauf, daß die zunächst kritische Stimmung in Europa nach dem Ausscheiden Rostows¹⁰ umgeschlagen sei, als Koordinierungsrolle von Shultz sichtbar wurde.¹¹

BM bestätigte Percy ausdrücklich, daß Information und Konsultation im Zusammenhang mit den INF-Verhandlungen enger und besser seien als je zuvor bei einer Rüstungskontrollverhandlung.

BM sprach sich gegenüber beiden Senatoren ausdrücklich für ein frühes Treffen zwischen Präsident Reagan und GS Andropow aus. BM erläuterte seine eigenen Beobachtungen bei dem Nord-Süd-Gipfel-Treffen in Cancún 1981¹² über die besondere Fähigkeit des US-Präsidenten, seine Gesprächspartner zu beein-

⁹ Präsident Reagan berief am 12. Januar 1983 Kenneth L. Adelman zum neuen Leiter der amerikanischen Rüstungskontroll- und Abrüstungsbehörde. Der Senat stimmte am 14. April 1983 der Ernennung zu. Vgl. dazu PUBLIC PAPERS, REAGAN 1983, S. 42 f. und S. 573.

¹⁰ Am 12. Januar 1983 trat der Leiter der amerikanischen Rüstungskontroll- und Abrüstungsbehörde, Rostow, zurück. Für den Wortlaut des Schreibens an Präsident Reagan vgl. PUBLIC PAPERS, REAGAN 1983, S. 41.

¹¹ Gesandter Wallau, Washington, informierte am 14. Januar 1983, daß Präsident Reagan und der amerikanische Außenminister Shultz wegen der „kritischen Bewertung der Entlassung Rostows auf dem Hill, in Teilen der amerikanischen Öffentlichkeit und vor allem in Europa“ öffentlich ihre Entschlossenheit bekundet hätten, „auf Rüstungskontrollvereinbarungen hinzuarbeiten. Shultz hat dabei seine Rolle in der Formulierung der Rüstungskontrollpolitik des Präsidenten betont. Sein Stellvertreter Dam wird praktisch die ACDA leiten [und] wird dem zum amtierenden Direktor ernannten Ass[istan]t Director für multilaterale Angelegenheiten, Dr. George (bis zur Bestätigung des designierten Direktors Adelman), die Weisungen erteilen (provide day-to-day policy guidance).“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 191; Referat 220, Bd. 124495.

¹² Am 22./23. Oktober 1981 fand in Cancún die Nord-Süd-Gipfelkonferenz statt. Vgl. dazu AAPD 1981, III, Dok. 315.

drucken. Es sei wichtig, daß Andropow aus dem Mund Reagans die Grundlinien der US-Politik erläutert würden:

- die Entschlossenheit, alles für die Sicherheit Notwendige zu tun,
- andererseits die Bereitschaft, im guten Glauben zu verhandeln.

Beide Senatoren stimmten BM zu und nahmen Ausführungen BMs über seine Beobachtungen im Gespräch mit Andropow in Moskau¹³ mit großem Interesse zur Kenntnis. Percy stellte fest, daß er beim Präsidenten auf eine Reduzierung übertriebener Rhetorik gegenüber der SU hingewirkt habe und Erfolge dieser Bemühungen registriere; dies sei im Vorfeld eines möglichen Gipfels wichtig. Baker hielt sorgfältige Vorbereitung, wobei er den „back channel“ als geeignetsten Weg bezeichnete, für notwendig.

Ploetz

VS-Bd. 14118 (010)

25

Runderlaß des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Steinkühler

012-312.74 VS-NfD

Aufgabe: 27. Januar 1983, 17.28 Uhr¹

Fernschreiben Nr. 10 Ortez

Zur 820. Tagung des Rates der Europäischen Gemeinschaften am 24./25.1.1983 in Brüssel

Der Allgemeine Rat der Europäischen Gemeinschaft tagte am 24./25. Januar 1983 erstmalig unter deutschem Vorsitz (BM Genscher). Im Mittelpunkt standen die britische Haushaltsentlastung für 1983², ein Treffen mit dem erweiterten Präsidium des Europäischen Parlaments und Fragen der Beitrittsverhandlungen mit Portugal und Spanien.

1) Der Rat hatte auf der Grundlage neuer Kommissionsvorschläge³ eine Aussprache über den britischen Ausgleich und die hierbei vorgesehene deutsche

¹³ Bundesminister Genscher hielt sich am 14./15. November 1982 anlässlich der Beisetzung des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Breschnew, in der UdSSR auf. Vgl. dazu AAPD 1982, II, Dok. 302.

¹ Durchdruck.

² Zum britischen Beitrag zum EG-Haushalt vgl. Dok. 11, Anm. 31.

³ Die EG-Kommission legte am 19. Januar 1983 neue Vorschläge für Ausgleichsmaßnahmen zugunsten von Großbritannien vor. Sie sahen im einzelnen 692 Mio. ECU für von Großbritannien selbst durchzuführende Maßnahmen zur „sozio-ökonomischen Entwicklung“ vor, ferner 610 Mio. ECU für Maßnahmen in Großbritannien und der Bundesrepublik im Energiebereich. Weitere 35 Mio. ECU waren für sonstige energiepolitische Maßnahmen vorgesehen, u. a. zur Investitionsförderung und für Einsparprogramme. Die Mehrausgaben für den Haushaltsplan 1983 beliefen sich damit auf 1,337 Mrd. ECU, die aus dem Saldo des Haushalts 1981 und als Vorschuß auf zu erwartende Einnahmen im Haushalt 1982 finanziert werden sollten. Vgl. dazu BULLETIN DER EG 1/1983, S. 54 f.

Entlastung im Rahmen eines Nachtragshaushalts für das Jahr 1983. Sie diente der Vorbereitung von Gesprächen mit dem Europäischen Parlament, das Ende des vergangenen Jahres seine Zustimmung zur Durchführung der vom Rat beschlossenen Lösung des britischen Beitragsproblems für das Jahr 1982 in der bisher vorgesehenen Form verweigert hatte.⁴ In der Aussprache ging es vor allem um die Frage der Letztmaligkeit des Ausgleichs zugunsten Großbritanniens (vom EP und F mit Nachdruck gefordert, von GB als unrealistisch abgelehnt). Das EP fordert statt dessen eine künftig ausgewogenere Lastenverteilung über ausgabewirksame Gemeinschaftspolitiken. Der Rat einigte sich im Ergebnis auf eine gemeinsame, vom Präsidenten gegenüber dem EP abzugebende Erklärung, in der die Übereinstimmung mit der Zielrichtung einer „Gemeinschaftslösung für die Haushaltsprobleme“ zum Ausdruck gebracht wird.

2) Bei den das EP betreffenden Fragen schlug BM als Termin für die nächste Europadirektwahl den Zeitraum vom 24. bis 27. Mai 1984 vor. LUX, GB und IRL äußerten terminliche Bedenken.⁵ Zum einheitlichen Wahlverfahren stellte Rat fest, daß eine rechtzeitige Einigung noch für die nächste Direktwahl nicht mehr möglich sei. Die Bemühungen um eine Teileinigung zum aktiven bzw. passiven Wahlrecht der EG-Bürger⁶ sollen fortgesetzt, im übrigen die Arbeiten auf die Direktwahl 1989 ausgerichtet werden. Das anschließende Treffen mit dem erweiterten EP-Präsidium behandelte neben der Frage des einheitlichen Wahlverfahrens vornehmlich die EP-Aspekte der deutsch-italienischen Initiative zur Europäischen Union.⁷ Die EP-Vertreter schlugen ein Dialogverfahren Rat-EP vor, das die AM wohlwollend zu prüfen versprochen.⁸

3a) Aus Anlaß der Ratstagung fand das 11. Ministertreffen EG-Portugal im Rahmen der Beitrittsverhandlungen⁹ statt. In Vorbereitung dieses Treffens ge-

⁴ Zur Ablehnung der Haushaltsentwürfe der EG-Kommission durch das Europäische Parlament am 16. Dezember 1982 vgl. Dok. 11, Anm. 25.

⁵ Botschafter Poensgen, Brüssel (EG), teilte am 24. Januar 1983 mit, daß eine Einigung auf den von der EG-Ratspräsidentschaft vorgeschlagenen Wahltermin vom 24. bis 27. Mai 1984 nicht möglich gewesen sei: „LUX sprach sich für Wahltermin unter Einschluß des 3.6.84 aus, um Zusammenlegung mit nationalen Wahlen in LUX zu ermöglichen. [...] Bedenken äußerten aber ebenfalls GB, weil 28.5. in GB Feiertag sei, und IRL hinsichtlich der Möglichkeit einer Zusammenlegung mit Gemeindewahlen.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 275; Referat 410, Bd. 130321.

⁶ Hinsichtlich des Verfahrens für die Wahlen zum Europäischen Parlament 1984 war neben der Frage, ob eine Mehrheits- oder Verhältniswahl durchgeführt werden sollte, auch das Wahlrecht ungeklärt. Botschafter Poensgen, Brüssel (EG), berichtete am 24. Januar 1983, daß acht EG-Mitgliedstaaten bereit seien, „ihre Staatsangehörigen unabhängig von ihrem Wohnsitz in der EG in ihrem Heimatland wählen zu lassen. Ablehnende Haltung von zwei Delegationen (IRL, GB) führte aber dazu, daß nicht alle EG-Bürger an Wahlen teilnehmen könnten. GB erklärte sich zu wohlwollender Prüfung der Frage des aktiven Wahlrechts bereit, IRL nicht. IRL wies darauf hin, daß derzeit in IRL ca. 2,5 Mio. Iren wahlberechtigt seien und diese Zahl bei Gewährung des Wahlrechts an Auslandsiren um ca. 1 Mio., also ca. 40 Prozent, ansteige.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 275; Referat 410, Bd. 130321.

⁷ Zur deutsch-italienischen Initiative für eine Europäische Union vgl. Dok. 11, Anm. 24.

⁸ Am 24. Januar 1983 fand in Brüssel eine Zusammenkunft der Außenminister der EG-Mitgliedstaaten mit dem Präsidium des Europäischen Parlaments statt, an dem ferner dessen Fraktions- und Ausschußvorsitzende, der Vizepräsident der EG-Kommission, Tugendhat, und das Mitglied der EG-Kommission, Andriessen, teilnahmen. Als amtierender Ratspräsident gab Bundesminister Genscher einen Überblick über den Stand der Vorbereitungen für eine Europäische Akte und schlug ein verbessertes Konzertierungsverfahren zwischen Europäischem Parlament und dem Rat der Europäischen Gemeinschaften vor. Vgl. dazu BULLETIN DER EG 1/1983, S. 57.

⁹ Zu den Verhandlungen über einen EG-Beitritt Portugals vgl. Dok. 9, Anm. 16.

lang es, im Rat eine seit Monaten umstrittene Erklärung zum Landwirtschaftskapitel zu verabschieden. F akzeptierte einen Kompromißvorschlag der deutschen Präsidentschaft¹⁰, der zunächst offenläßt, ob Gemeinschaft evtl. bei einigen Agrarprodukten spezielle Übergangsmechanismen (Stufenlösung?) vorschlagen wird (so F) oder nicht (so D und andere).¹¹ Ferner wurde eine Erklärung zum Sozialkapitel verabschiedet, die zur Dauer der Übergangszeit beim Zugang portugiesischer Arbeitnehmer zum EG-Arbeitsmarkt von der griechischen Lösung (sieben Jahre) als Minimum ausgeht.¹²

b) Auch bei den Beitrittsverhandlungen mit Spanien¹³ konnte der Rat Fortschritte erzielen und verabschiedete eine substantielle Erklärung zum Kapitel „Außenbeziehungen“ mit Präzisierungen zu den Handelsbeziehungen insbesondere mit Japan, den EFTA-Staaten und den Mittelmeerpräferenzpartnern. Die von F aufgestellte Vorbedingung einer befriedigenden Lösung der für die südlichen Mittelmeer-Anrainer durch die Süderweiterung entstehenden Probleme vor Beitritt konnte in mühsamen Verhandlungen im Sinne eines parallelen Bemühens entschärft werden. Das Textildossier wurde dem Ausschuß der Stellvertreter (AStV) zur Behandlung zugewiesen. Die deutsche Haltung (weitgehende Liberalisierung) findet nicht die Unterstützung von F und GB.

4) Zur Handelspolitik nahm der Rat eine Erklärung der französischen Delegation zur US-Agrarpolitik entgegen, in der darauf hingewiesen wurde, daß die USA mit ihrem Weizenmehlliefervertrag an Ägypten¹⁴ die Gemeinschaft von diesem traditionellen Markt verdränge und damit eine aggressive Exportpolitik verfolge. Die italienische Delegation gab eine Erklärung ab, in der die italienische Sorge hinsichtlich kanadischer Maßnahmen gegenüber italienischen Einfuhren bei Stahlprodukten, Polyestergeräten, elektrischen Generatoren und einzelnen Agrarprodukten unterstrichen wurde, verbunden mit einer Bitte an die Kommission, sich für Aufhebung dieser Maßnahmen einzusetzen.

¹⁰ Die Bundesrepublik hatte vom 1. Januar bis 30. Juni 1983 die EG-Ratspräsidentschaft inne.

¹¹ Am 24. Januar 1983 informierte Botschafter Poensgen, Brüssel (EG), daß sich der EG-Ministerrat auf den Text für Erklärungen zu den Kapiteln „Landwirtschaft“ und „Soziales“ habe einigen können. Bei letzterem habe Luxemburg nunmehr seine Zustimmung erteilt. Zum Agrarkapitel teilte er mit: „F hob Vorbehalt gegen Kompromißformel des Vorsitzenden auf [...], der offenhält, ob Gemeinschaft im Verhältnis zu PTG möglicherweise in bestimmten Fällen spezielle Übergangsmechanismen bei der Landwirtschaft vorschlagen wird oder nicht.“ Keine Einigung habe hingegen in der Frage von Nullsätzen bei der Mehrwertsteuer auf Lebensmittel und beim Kapitel Rechtsangleichung erzielt werden können. Vgl. den Drahtbericht Nr. 268; Referat 410, Bd. 130298.

¹² Auf der elften Verhandlungstagung zwischen den Europäischen Gemeinschaften und Portugal auf Ministerebene am 25. Januar 1983 in Brüssel legten erstere Erklärungen zu den Kapiteln „Landwirtschaft“, „Soziales“, „Niederlassungsrecht“ sowie zu einigen Fragen aus den Kapiteln „Zollunion“ und „EGKS“ vor. Portugal präsentierte Erklärungen zu den Kapiteln „Soziales“, „Niederlassungsrecht“, „Zollunion“ und eine Zwischenerklärung zum Kapitel „Landwirtschaft“. Vgl. dazu BULLETIN DER EG 1/1983, S. 42.

¹³ Zu den Verhandlungen über einen EG-Beitritt Spaniens vgl. Dok. 9, Anm. 14.

¹⁴ Gesandter Wallau, Washington, berichtete am 19. Januar 1983, daß der amerikanische Landwirtschaftsminister Block eine Vereinbarung zwischen den USA und Ägypten über die Lieferung von einer Million Tonnen Weizenmehl in den nächsten 12 bis 14 Monaten bekanntgegeben habe. Der Gesamtwert belaufe sich auf mehr als 150 Mio. Dollar. „Damit dürfte die EG weitgehend aus dem ägyptischen Markt für Weizenmehl verdrängt werden. Ein Vertreter des USDA sagte, mit der Aktion exportiere man die Überkapazität an amerikanischen Mühlen nach Europa.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 253; Referat 411, Bd. 131184.

Der Rat nahm einen kurzen Bericht der Kommission zu den Handelsbeziehungen EG–Japan entgegen, in dem die jüngsten japanischen Beschlüsse zur weiteren Öffnung des japanischen Marktes¹⁵ als grundsätzlich positiver, aber weiterhin nicht ausreichender Schritt bewertet wurden und ein Überblick über die Ende Januar/Anfang Februar mit der japanischen Seite anstehenden Gespräche¹⁶ gegeben wurde. Der Rat beriet auch einen EGK-Vorschlag, Verhandlungen und Konsultationen im GATT über die Änderung der Zollzugeständnisse für (japanische) Tonwiedergabegeräte zu führen, ohne dabei eine Entscheidung zu treffen.

5) Die Diskussion des Rats über ein Fünf-Jahres-Programm für Demonstrationsvorhaben im Energiebereich blieb insbesondere wegen noch bestehender Differenzen hinsichtlich der finanziellen Ausstattung eines solchen Programms erwartungsgemäß ohne Ergebnis.

Im Stahlbereich beschloß der Rat zur Verstärkung der Krisenmaßnahmen die Einbeziehung einer weiteren Produktgruppe in den EGKS-Vertrag¹⁷ (kalkgeweißte Bleche über 3 mm). Außerdem nahm der Rat in der Frage der gegen europäische Edelmetallhersteller laufenden Verfahren nach dem amerikanischen Trade Act¹⁸ von der Absicht der Kommission Kenntnis, mit der US-Regierung Sondierungsgespräche aufzunehmen.¹⁹

¹⁵ Zu den Maßnahmen der japanischen Regierung im Rahmen einer Liberalisierung des Handels vgl. Dok. 3, Anm. 12 und 18.

¹⁶ Am 28./29. Januar 1983 fanden in Tokio Gespräche zwischen den Europäischen Gemeinschaften und Japan über die gegenseitigen Handelsbeziehungen statt. Gesandter Massion, Tokio, informierte am 30. Januar 1983, es habe keine entscheidende Fortschritte gegeben: „Japanische Seite erklärte offiziell lediglich in allgemeiner Form Fortsetzung ihrer mäßigen Exportpolitik gegenüber D und Benelux bei Automobilen im Zusammenwirken mit der Industrie [...]. Ein gewisses Entgegenkommen habe die japanische Seite hinsichtlich einer Verbesserung Marktzugangs für europäische Produkte in Japan gezeigt: Sie stellte außerdem Entsendung einer Import Promotion Mission und einer Investment Study Mission nach Europa in Aussicht, befürwortete eine vermehrte industrielle Kooperation und verwies auf jüngste Fortschritte bei der Durchführung des GATT-Kodex für industrielle Standards.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 113; Referat 411, Bd. 131139.

Weitere Verhandlungen wurden von den Vizepräsidenten der EG-Kommission Davignon und Haferkamp vom 6. bis 13. Februar 1983 in Tokio geführt, bei denen es u. a. um eine „Exportmoderation bei Videorecordern (VTR) und großen Fernsehrohren ging“. Dabei konnte eine Einigung dahingehend erzielt werden, „daß Japan – unilateral – die Ausfuhren dieser Erzeugnisse in die EG beschränken“ werde, sofern die „Abschaffung zentralen Einfuhrverfahrens für VTR in Frankreich (Poitiers) sowie [...] Rücknahme des von europäischer Industrie angestrebten Antidumping-Verfahrens“ erfolge. Vgl. den Drahtbericht Nr. 128 des Botschafters Blech, Tokio, vom 13. Februar 1983; Referat 341, Bd. 127030.

Der EG-Ministerrat stimmte dieser Absprache am 21./22. Februar 1983 in Brüssel zu. Vgl. dazu BULLETIN DER EG 2/1983, S. 52.

¹⁷ Für den Wortlaut des Vertrags vom 18. April 1951 über die Gründung einer Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl vgl. BUNDESGESETZBLATT 1952, Teil II, S. 447–504.

Am 13. Dezember 1982 billigte der EG-Ministerrat weitere Maßnahmen zur Entschärfung der Krise in der europäischen Stahlindustrie, darunter die Stützung der Orientierungspreise und verstärkte Lieferkontrollen der Stahlunternehmen und Stahlhändler. Die Minister beauftragten ferner die EG-Kommission, deren Vorschlag des Vormonats, in den Anhang I des EGKS-Vertrags vom 18. April 1951 zusätzliche Produktgruppen der Stahlindustrie aufzunehmen, weiter zu prüfen. Vgl. dazu BULLETIN DER EG 12/1982, S. 27–29.

¹⁸ Für den Wortlaut des amerikanischen Handelsgesetzes vom 3. Januar 1975 vgl. US STATUTES AT LARGE 1974, Bd. 88, S. 1978–2076.

¹⁹ Ministerialdirektor Fischer vermerkte am 11. Januar 1983: „Die USA-Stahlindustrie befindet sich weiterhin in einer tiefen Strukturkrise: Schwache Binnennachfrage, Exportrückgänge und Anstieg der Importe haben die Produktion 1982 auf 60 bis 67 Mio. t gedrückt (1979 noch 100 Mio. t), die

6) Rat unterstrich politische Bedeutung von UNCTAD VI²⁰ und drückte Hoffnung auf baldiges Zustandekommen der Globalen Verhandlungen²¹ aus. Er betonte Notwendigkeit einer konstruktiven Rolle der Gemeinschaft auf dieser Konferenz.

7) Zu EG–Grönland kritisierte DK „langsame Behandlung“ des von DK vorgelegten grönländischen Austrittsbegehrens durch EGK.²² Kommission verwies auf vielschichtige Problematik und kündigte Stellungnahme in „naher Zukunft“ an.²³ Rat beabsichtigt erste Orientierungsdebatte im Februar.

8) DK sprach die türkische Import-Sonderabgabe in Höhe von 15 Prozent auf 45 Gemeinschaftsprodukte an²⁴ und verlangte Zusammentreten des Assoziationsausschusses, ggf. des Assoziationsrates auf Botschafterebene. BM verwies auf die zahlreichen Probleme, welche die Beziehungen EG–Türkei gegenwärtig belasten würden (Finanzhilfe²⁵, Textilhandel²⁶ u. a.) und unterstrich das Ge-

Fortsetzung Fußnote von Seite 122

Kapazitätsauslastung auf 35–59 % sinken und die Arbeitslosigkeit der Stahlarbeiter auf 49 % steigen lassen; die Verluste 1982: ca. drei Mrd. US-\$. Das zwischen EG und USA im Sommer letzten Jahres ausgehandelte Massenstahlabkommen hat die EG-Edelstahllexporte ausgespart. Sie werden nun durch Antidumping- und Ausgleichszollverfahren behindert. Betroffen sind vor allem Exporte aus D (Antidumping-Verfahren) und GB (Ausgleichszollverfahren aufgrund des Vorwurfs der Subventionierung).“ Fischer fuhr fort, daß es noch offen sei, ob die Gespräche zwischen der EG-Kommission und den USA „zu einem Arrangement analog der Massenstahl-Vereinbarung führen werden. Deutsche Hersteller scheinen an einem Arrangement interessiert zu sein.“ Vgl. Referat 411, Bd. 131184.

20 Zur VI. VN-Konferenz für Handel und Entwicklung (UNCTAD) vom 6. Juni bis 3. Juli 1983 in Belgrad vgl. Dok. 208.

21 Mit Resolution Nr. 34/138 beschloß die VN-Generalversammlung am 14. Dezember 1979 die Einrichtung eines „globalen Dialogs“ über internationale wirtschaftliche Zusammenarbeit für Entwicklung im Rahmen des VN-Systems. Ministerialdirektor Fischer vermerkte am 3. März 1983, daß die Konferenz noch nicht zustande gekommen sei, da es weiterhin keine Einigung über den Text einer Eröffnungsresolution gebe. „Die Aufmerksamkeit konzentrierte sich jetzt auf UNCTAD VI in Belgrad (5. bis 30.6. 1983), die wichtigste Nord-Süd-Veranstaltung des Jahres 1983“. Vgl. Referat 402, Bd. 133878.

22 Am 23. Februar 1982 sprachen sich in Grönland bei einer Volksabstimmung 52 % der Abstimmenden gegen den Verbleib in den Europäischen Gemeinschaften aus. Die dänische Regierung stellte daraufhin am 25. Mai 1982 den Antrag, die Zugehörigkeit Grönlands zu den Europäischen Gemeinschaften zu beenden und dafür den Status eines „überseeischen Gebiets“ gemäß Artikel 131 bis 136 des EWG-Vertrags vom 25. März 1957 zu gewähren. Vgl. dazu die Aufzeichnung des Ministerialdirektors Fischer vom 17. August 1982; Referat 410, Bd. 121995.

23 Die EG-Kommission legte am 3. Februar 1983 ihre Stellungnahme zum dänischen Antrag vor. Darin kam sie zu dem Ergebnis, daß Grönland der Status eines „überseeischen Gebiets“ unter der Voraussetzung gewährt werden könne, daß eine befriedigende Lösung für die gegenseitige Gewährung von Fischereirechten gefunden werde. Vgl. dazu BULLETIN DER EG, Beilage 1/1983, S. 14–16.

24 Am 13. Dezember 1982 meldete Gesandter von Hassell, Ankara, daß die türkische Regierung mit Wirkung vom selben Tag „eine Sonderabgabe von 15 Prozent auf Importe von Stahl-, Eisenwaren und bestimmten petrochemischen Produkten aus EG“ erheben werde: „Sonderabgabe ist zeitlich unbefristet. Einbehaltene Mittel fließen in Sonderfonds, aus dem Stützungszahlungen für Industrie geleistet werden sollen.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 2098; Referat 410, Bd. 130293.

25 Referat 410 informierte am 18. November 1982: „Das am 31.10.1981 abgelafene Dritte Finanzprotokoll EG–Türkei (310 Mio. ECU), dessen Mittel praktisch vergeben sind, sollte an sich durch das am 19.6.1981 paraphierte Vierte Finanzprotokoll abgelöst werden (600 Mio. ECU; davon 115 Mio. ECU EIB-Darlehen, 375 Mio. ECU Mittel aus EG-Haushalt zu soft terms, davon 50 Mio. ECU Zuschüsse; Laufzeit 1981 bis 1986). Zur Inkraftsetzung des Protokolls bedarf es der Vorlage durch die Kommission an den Rat zwecks endgültiger Billigung und Unterzeichnung. Die Kommission hält das Protokoll bisher bei sich zurück, worauf sich die Außenminister am 17.11.1981 verständigt hatten.“ Vgl. Referat 410, Bd. 130293.

26 Referat 411 notierte am 18. November 1982: „Die EG strebt seit langem den Abschluß eines umfassenden Abkommens mit der Türkei für den Textilsektor an, das vor allem die zulässigen Höchst-